



Landtag von Baden-Württemberg

68. Sitzung

11. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 24. Mai 1995 · Haus des Landtags

Beginn: 9.30 Uhr

Schluß: 17.46 Uhr

INHALT

- Eröffnung — Mitteilungen des Präsidenten 5575
- Antrag auf Dringlicherklärung der Anträge Drucksachen 11/5891 und 11/5922 5575
- Abg. Pfister FDP/DVP (zur Geschäftsordnung) . . . 5575
- Abg. Jacobi GRÜNE (zur Geschäftsordnung) . . . 5576
- Staatssekretär Baumhauer 5577
- Abg. Kurz CDU (zur Geschäftsordnung) 5578
- Abg. Weimer SPD (zur Geschäftsordnung) 5578
- Abg. Deuschle REP (zur Geschäftsordnung) . . . 5579
- Abg. Bütikofer GRÜNE (zur Geschäftsordnung) . . 5580
- Dr. Witzel GRÜNE (zur Geschäftsordnung) 5580
- Abg. Maurer SPD (zur Geschäftsordnung) 5581
- Abg. Kuhn GRÜNE (zur Geschäftsordnung) 5582
1. Aktuelle Debatte — **Blockade der Gewerbesteuerreform und der Neuordnung der kommunalen Finanzen** — beantragt von der Fraktion der FDP/DVP 5582
- Abg. Dr. Döring FDP/DVP 5582, 5591
- Abg. Keitel CDU 5583
- Abg. Maurer SPD 5584
- Abg. Rapp REP 5585, 5594
- Abg. Bütikofer GRÜNE 5587, 5593
- Staatssekretär Baumhauer 5588
- Abg. Kurz CDU 5590
- Minister Dr. Spöri 5592
- Minister Birzele 5591, 5594
2. Große Anfrage der Fraktion der CDU mit der Antwort der Landesregierung — **Weiterentwicklung der Bauindustrie und der Bauwirtschaft** — Drucksachen 11/3130, 11/3606 5595
- Abg. Kurz CDU 5595
- Abg. Weyrosta SPD 5596
- Abg. Krisch REP 5598
- Abg. Renz GRÜNE 5599
- Abg. Dr. Döring FDP/DVP 5600
- Minister Dr. Spöri 5602
3. Große Anfrage der Fraktion der SPD mit der Antwort der Landesregierung — **Wirtschaftsnahe Forschung in Baden-Württemberg** — Drucksachen 11/2449, 11/2980 5604
- Abg. Wettstein SPD 5604
- Abg. Remppel CDU 5606
- Abg. Dr. Eckert REP 5608
- Abg. Renz GRÜNE 5609
- Abg. Pfister FDP/DVP 5610
- Minister Dr. Spöri 5611
- Minister von Trotha 5615
4. Fragestunde — Drucksache 11/5955
- 4.1 Mündliche Anfrage des Abg. Norbert Schneider CDU — **Zuschußrichtlinien des Landes für Abwasserbeseitigung und Wasserversorgung** . 5617

Abg. Schneider CDU	5617, 5618		
Staatssekretär Reinelt	5617, 5618		
Abg. List CDU	5618		
4.2 Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD — Flurbereinigung Rudenberg der Stadt Titisee-Neustadt	5618		
Abg. Gustav-Adolf Haas SPD	5618, 5619		
Staatssekretär Reddemann	5619		
4.3 Mündliche Anfrage des Abg. Richard Drautz FDP/DVP — Umgehung Baden-Württembergs beim Schlachtviehtransport	5619		
Abg. Drautz FDP/DVP	5619, 5620		
Staatssekretär Reddemann	5620		
4.4 Mündliche Anfrage des Abg. Max Reimann REP — Förderung eines städtebaulichen Erneuerungs- und Sanierungsprogramms der Stadt Ebersbach	5617		
Abg. Reimann REP	5617		
Staatssekretär Brechtken	5617		
4.5 Mündliche Anfrage der Abg. Birgitt Bender GRÜNE — Verweigerung von Schwangerschaftsabbrüchen im Landkreis Waldshut	5620		
Abg. Birgitt Bender GRÜNE	5620, 5621		
Staatssekretär Weinmann	5620, 5621		
Abg. Scheffold CDU	5621		
Abg. Hackl GRÜNE	5621		
5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung — Gesetz zur Änderung des Landeswaldgesetzes — Drucksache 11/5385			
Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ländlichen Raum und Landwirtschaft — Drucksache 11/5773	5622		
Antrag Drucksache 11/5965			
Abg. Hauk CDU	5622		
Abg. Dr. Caroli SPD	5623		
Abg. Herbricht REP	5624		
Abg. Buchter GRÜNE	5625		
Abg. Drautz FDP/DVP	5627		
Minister Weiser	5628		
Beschluß	5630		
6. a) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus und Sport — Leitlinien zur Weiterentwicklung des Schulwesens in Baden-Württemberg — Drucksache 11/1908			
b) Große Anfrage der Fraktion der SPD mit der Antwort der Landesregierung — Schulentwicklungsplan — Drucksachen 11/2875, 11/3410			
c) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus und Sport — Plan zur Weiterentwicklung des Schulwesens — Drucksache 11/5796	5630		
Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE	5630, 5639		
Abg. Zeller SPD	5632		
Abg. Rau CDU	5634		
Abg. König REP	5636		
Abg. Pfister FDP/DVP	5637		
Ministerin Dr. Marianne Schultz-Hector	5640		
Beschluß	5641		
7. Aktuelle Debatte — Gesellschaftliche Akzeptanz neuer Technologien — beantragt von der Fraktion der CDU	5641		
Abg. Rosely Schweizer CDU	5642		
Abg. Köder SPD	5643		
Abg. Trageiser REP	5644		
Abg. Dr. Salomon GRÜNE	5645		
Abg. Schöning FDP/DVP	5646		
Minister von Trotha	5649		
8. Beschlußempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben — Drucksachen 11/5229, 11/5230, 11/5889, 11/5929, 11/5930	5652		
Beschluß	5652		
9. Beschlußempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten sowie zu Eingaben — Drucksache 11/5875	5652		
Beschluß	5652		
10. Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 19. Dezember 1994 — Anmeldung des Landes zum 24. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ — Drucksachen 11/5174, 11/5899	5652		
Beschluß	5652		
11. Beschlußempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu dem Schreiben des Wirtschaftsministeriums vom 28. November 1994 — Energiebericht '93 — Drucksache 11/5755	5652		
Beschluß	5652		
12. Kleine Anfragen — Drucksachen 11/5826, 11/5836	5652		
Nächste Sitzung	5652		

Protokoll

über die 68. Sitzung vom 24. Mai 1995

Beginn: 9.30 Uhr

Präsident Dr. Hopmeier: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 68. Sitzung des 11. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich erteilt Frau Abg. Liane Offermanns sowie den Herren Abg. Amann, Heiler, Dr. Klunzinger und Dr. Weingärtner.

Dienstlich verhindert sind die Frau Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung Helga Solinger, Herr Finanzminister Mayer-Vorfelder, Herr Minister Dr. Vetter sowie Herr Staatssekretär Dreier.

Ehe wir in die Tagesordnung eintreten, müssen wir über die Dringlicherklärung der am Schluß der Tagesordnung nachrichtlich aufgeführten Anträge der Abg. Pfister u. a. FDP/DVP, Drucksache 11/5891, und der Fraktion GRÜNE, Drucksache 11/5922, entscheiden. Das Präsidium hat die Dringlicherklärung der Anträge abgelehnt. Ich verweise im übrigen auf meine Ausführungen zu Beginn der gestrigen Plenarsitzung und erteile nun das Wort Herrn Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die FDP/DVP-Fraktion ist nach wie vor nicht bereit, den Verstoß der Badenwerke gegen das Einspeisungsgesetz hinzunehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich bezeichne diesen Verstoß noch einmal als das, was er ist, nämlich als einen klaren Rechtsbruch.

(Beifall des Abg. Dr. Döring FDP/DVP — Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Sehr gut!)

Nach wie vor bin ich der Meinung, daß die Anträge von FDP/DVP und Grünen, übrigens auch der Antrag des Kollegen Wieser, dringlich sind. Die Debatte hierüber ist notwendig, und die Debatte ist im wesentlichen aus drei Gründen dringlich.

Erstens: Bis zum kommenden Mittwoch, 31. Mai, müssen die Badenwerke eine Stellungnahme zu dem kartellrechtlichen Mißbrauchsverfahren abgeben, das Wirtschaftsminister Dr. Spöri eingeleitet hat. Ich bin der Meinung, daß der Landtag diese Zeit bis zum nächsten Mittwoch dafür nutzen sollte, in der heutigen Plenarsitzung mit einem eindeutigen und klaren Votum das Badenwerk aufzufordern, endlich wieder zur Rechtmäßigkeit zurückzukehren und die Gesetze einzuhalten.

(Beifall bei der FDP/DVP und den GRÜNEN — Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Richtig!)

Dies gilt selbstverständlich nicht nur für das Badenwerk, dies gilt auch für die anderen beiden betroffenen EVUs. Aber Sie wissen, das Badenwerk ist für uns von besonderer Bedeutung, weil wir als Land Baden-Württemberg an die 50 % daran beteiligt sind.

Einen zweiten Grund will ich nennen: Wir dürfen uns eine langwierige Hängepartie in dieser Frage nicht erlauben, weder juristisch noch politisch.

(Beifall des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

Denn dies würde bedeuten, daß es zu Investitionshemmnissen bei den Kleinkraftwerkbetreibern kommt. Es würde bedeuten, daß wünschenswerte Investitionen ausbleiben würden. Diese Investitionen werden nur dann durchgeführt, wenn die Betreiber dieser Kleinkraftwerke wirklich Klarheit über die Einspeisevergütungen haben. Deshalb muß hier Klarheit geschaffen werden, ob diese Einspeisevergütungen in der Zukunft gelten.

Und dritter Punkt: Meine Damen und Herren, es ist interessant — —

Präsident Dr. Hopmeier: Zur Geschäftsordnung, Herr Kollege.

Abg. Pfister FDP/DVP: Ich spreche zur Geschäftsordnung. Ich nenne Ihnen drei Punkte.

(Widerspruch — Abg. Maurer SPD: Wir haben das auch schon gemacht, und deswegen ist es erlaubt!
— Abg. Weyrosta SPD: Sie machen es ja zum letzten Mal! Machen Sie es!)

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen zwei Punkte genannt, weshalb diese Anträge als dringlich zu behandeln sind. Ich will noch einen dritten Punkt nennen.

Es gibt hier in diesem Haus einen Aufsichtsratsvorsitzenden bei den Badenwerken, und dieser Aufsichtsratsvorsitzende ist normalerweise nicht auf den Mund gefallen.

(Abg. Ströbele CDU: Der ist beurlaubt!)

Im Augenblick ist er allerdings auf Tauchstation.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Jawohl!)

Ich fordere diesen Aufsichtsratsvorsitzenden auf, an dieser Stelle einmal zu erklären, ob er das Geschäftsgebaren der Badenwerke unterstützt, ja oder nein.

(Pfister)

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Und wie er gestimmt hat!
— Beifall bei der FDP/DVP und den GRÜNEN)

Wenn er dieses Geschäftsgebaren der Badenwerke nicht unterstützt, ist es seine Aufgabe, den Vorstandsvorsitzenden endlich zur Räson zu bringen.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Sehr gut!)

Wenn er es unterstützt, unterstützt er allerdings auch einen Rechtsbruch. Dann müssen auch Konsequenzen gegenüber diesem Aufsichtsratsvorsitzenden gezogen werden.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Zitieren Sie einmal die Verfassung, Herr Kollege! — Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Unglaublich!)

Wie auch immer, ich bin der Meinung, daß diese Debatte notwendig und auch dringlich ist. Wir sollten diese Debatte an dieser Stelle führen.

(Beifall bei der FDP/DVP — Abg. Kurz CDU: Genau!)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Jacobi. Dann hat Herr Staatssekretär Baumhauer um das Wort gebeten, dem ich nachher das Wort erteilen werde.

Abg. Jacobi GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte die Kollegen der anderen Fraktionen bitten, damit einverstanden zu sein, daß wir über die Vergütung für Stromeinspeisungen durch das Badenwerk diskutieren, und zwar heute. Ich möchte vier Punkte zur Begründung anführen.

Erstens: Neben dem Antrag der Fraktion GRÜNE gibt es einen Antrag der Fraktion der FDP/DVP sowie einen Antrag der Abg. Wieser u. a. CDU, der formal eine heutige Diskussion blockiert.

(Abg. Weimer SPD: Und einen Antrag der SPD!)

Mein Vorschlag ist, daß wir alle drei Anträge gleichermaßen als dringliche Anträge ansehen und alle drei gemeinsam heute auf die Tagesordnung setzen. Ich bitte die CDU-Fraktion — der Herr Kollege Wieser ist heute morgen nicht da —,

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Der schläft noch! —
Abg. Kuhn GRÜNE: Der sucht noch das Alka-Seltzer!)

dem zuzustimmen und die Brücke zu beschreiten.

Ich möchte auch sagen, daß man es in der Öffentlichkeit nicht verstehen würde, meine Damen und Herren von der CDU, wenn Sie aus dieser Diskussion ausbüßen würden.

Zweitens: Auf die bekanntgewordene Geschäftspraxis des Badenwerks hat Minister Dr. Spöri mit einer Anordnung, mit einer Mißbrauchsverfügung reagiert. Gestern hat der Ministerpräsident das Badenwerk aufgefordert, zur Einhaltung des Gesetzes zurückzukehren.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Sehr gut!)

Wer geglaubt hat, daß sich die Angelegenheit damit erledigt hat, hat sich getäuscht. Das Badenwerk ist stur und starrsinnig und hält an seiner gesetzeswidrigen Linie fest. Das ist ein weiterer Grund, meine Damen und Herren — ein neuerlicher Grund —, für die Dringlichkeit. Das Badenwerk kümmert sich nicht um die politischen Vorgaben. Es kümmert sich nicht um die Haltung der Landesregierung. Es macht, was es will.

(Abg. Weimer SPD: Informelle Aussage eines nicht bekannten Pressesprechers!)

Meine Damen und Herren, das Landesunternehmen ist außer Kontrolle geraten. Es reicht nicht mehr, daß jetzt der Wirtschaftsminister in seiner Aufsichtsfunktion tätig wird, sondern wir müssen die Vertreter des Landes Baden-Württemberg im Aufsichtsrat aktiv werden lassen, und zwar schnell. Das ist bisher nicht geschehen. Der Landtag sollte die Vertreter des Landes im Aufsichtsrat auffordern, eine Sondersitzung des Aufsichtsrats zu veranlassen, damit das Badenwerk zur ursprünglichen Praxis, zu Recht und Gesetz zurückkehrt.

Wer sitzt im Aufsichtsrat? Herr Mayer-Vorfelder, Herr Baumhauer und Herr Bogusch. Von diesen Herren hat man bisher offiziell nichts gehört.

(Abg. Weimer SPD: Na, na, na! — Abg. Bütikofer GRÜNE: Offiziell nichts!)

Der Landtag muß von seinem Mitglied, dem Aufsichtsratsvorsitzenden Mayer-Vorfelder, ein klares Wort erwarten. Was ist denn das für ein Aufsichtsrat? Welche Rolle spielt denn dieser Aufsichtsrat? Ich frage, was daran Aufsicht ist. Es darf ja wohl nicht wahr sein. Das ist noch ein Grund, hier dringlich zu debattieren.

(Zuruf des Abg. Dr. Döring FDP/DVP — Abg. Kuhn GRÜNE: Sehr gut!)

Es ist jetzt über den Gerüchteweg zu hören, daß Herr Mayer-Vorfelder bei der entsprechenden Abstimmung sogar selbst die Hand gehoben hat. Es wird immer besser.

Drittens: Jeder Bürger ist gehalten, sich an Recht und Gesetz zu orientieren und Gesetze einzuhalten. Jedes Unternehmen selbstverständlich auch. Dies gilt mindestens auch für jedes Unternehmen des Landes. Das Badenwerk verstößt offen, vorsätzlich und trotz mehrfacher Aufforderung, dies nicht zu tun, gegen Recht und Gesetz. Dies ist unerträglich. Dies ist ein einmaliger Vorgang. Dazu darf dieser Landtag nicht schweigen. Im übrigen verlangt auch das Aktiengesetz, daß die Geschäftsführung legal und nach Recht und Gesetz handelt.

(Abg. Kurz CDU: Richtig!)

Wenn Herr Goll einen gewollten Rechtsbruch begeht, ist auch die Frage zu stellen, ob dies der richtige Mann an der richtigen Stelle ist.

(Abg. Straub CDU: Die Frage ist, ob dies eine Geschäftsordnungsdebatte ist!)

Der Landtag darf hier nicht zusehen und hoffen, daß sich das Problem irgendwann einmal von selbst löst. Dieser Vor-

(Jacobi)

gang ist wirklich wunderbar. Es ist jetzt jeder eingeladen, sich auf diesen Vorgang zu berufen. Der Landtag schaut zu. Was ist denn das für eine Signalwirkung? In Zukunft darf sich jeder aussuchen, ob er Gesetze einhalten will oder nicht. Wenn es ihm nicht paßt, läßt er Gesetz Gesetz sein. Dies darf die Landespolitik, meine Damen und Herren, keinen einzigen Tag hinnehmen.

Vierter und letzter Punkt: Ich will jetzt gar nicht weiter formal argumentieren, ich sage ganz einfach: Es wäre unpolitisch, es wäre in höchstem Maß unpolitisch, wenn sich der Landtag aus irgendwelchen formalistischen Gründen der Debatte verweigern würde. Wir können ja den Weg weitergehen und uns selbst überflüssig machen und uns selbst politisch kastrieren. Aber dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn die Landespolitik und der Landtag nicht mehr ernst genommen werden.

Meine Damen und Herren, aus all diesen Gründen bitte ich und fordere ich die anderen Fraktionen auf, den genannten Anträgen formal die Dringlichkeit zuzugestehen, damit wir uns heute im Landtag von Baden-Württemberg dieses Themas annehmen können.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP/DVP)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort hat Herr Staatssekretär Baumhauer.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Aha, zur Geschäftsordnung!
— Abg. Bütikofer GRÜNE: Zur Geschäftsordnung?
— Weitere Zurufe von der SPD, den GRÜNEN und der FDP/DVP)

— Ein Mitglied der Regierung kann sich jederzeit zu Wort melden. Herr Kollege Weimer.

Staatssekretär Baumhauer: Ich kann mich jederzeit zu Wort melden.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich meine, daß meine Ausführungen zur Klärung der Situation beitragen können. Insoweit sollten Sie nicht widersprechen, wenn ich mir das Recht herausnehme, zu dem etwas zu sagen, was bisher behauptet worden ist.

(Abg. Maurer SPD: Bericht aus dem Aufsichtsrat!)

Zum einen ist es so, daß der Aufsichtsrat des Badenwerks, wo Herr Finanzminister Gerhard Mayer-Vorfelder, Herr Bogusch und ich drin sind, seine Aufgaben sehr ernst nimmt und vor diesem Hintergrund vom Badenwerk eine wirtschaftliche Geschäftsführung verlangt. Die wirtschaftliche Geschäftsführung bedingt für das Badenwerk, daß es jede Position auf den Prüfstand nimmt und prüft, ob Ausgaben gerechtfertigt sind oder nicht.

Beim Einspeisungsgesetz war man in der Geschäftsführung der Meinung, daß hier die Kosten für das Unternehmen nicht gedeckt sind und daß man sich deshalb Gedanken darüber machen muß, wie man von den Kosten herunterkommt.

Die Geschäftsführung war der Meinung, daß sich dies nicht gegen alternative Energiearten richtet, sondern daß man — —

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Hopmeier: Herr Staatssekretär, es geht hier um die Geschäftsordnung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP/DVP)

Staatssekretär Baumhauer: Das will ich ja erläutern, Herr Präsident.

(Lachen bei den GRÜNEN und der FDP/DVP)

Präsident Dr. Hopmeier: Es geht nur um die Geschäftsordnung und die Frage der Dringlichkeit, nicht um die Sache.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der FDP/DVP)

Staatssekretär Baumhauer: Herr Präsident, ich glaube, daß meine Ausführungen zur Klärung dieser Frage beitragen,

(Zurufe: Nein!)

aber ich will mich natürlich nicht mit dem Präsidenten streiten.

Der Hintergrund, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist der, daß man den Aufsichtsrat deshalb darüber informiert hat — und darauf bin ich ja angesprochen worden —, daß man das Einspeisungsgesetz in der Weise nicht hinnehmen wolle.

Nun ist nicht richtig, Herr Jacobi, daß hier eine Abstimmung stattgefunden und daß Herr Mayer-Vorfelder für das Vorgehen der Geschäftsführung gestimmt hätte. Richtig ist vielmehr, daß wir der Meinung waren, das sei ein operatives Geschäft nach dem Aktiengesetz,

(Lachen des Abg. Kuhn GRÜNE — Lebhafter Widerspruch bei den GRÜNEN und der FDP/DVP)

und daß Herr Bogusch und ich darauf hingewiesen haben, daß dies politisch problematisch werden kann, weil wir uns in dem Haus, dem Landtag, einig waren, daß wir im Einspeisungsgesetz eine hohe Vergütung erreichen wollten.

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Hopmeier: Es geht um die Dringlichkeit, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Baumhauer: Nun, meine Damen und Herren, Herr Präsident, ist die Dringlichkeit deshalb nicht gegeben,

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Zu welchem Aufsichtsrat reden Sie gerade?)

weil gestern Gespräche mit Herrn Goll stattgefunden haben und er dem Herrn Ministerpräsidenten und mir mitgeteilt hat — jetzt will ich auf den Punkt kommen —:

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

„Aus diesen Gründen“ — ich will die jetzt nicht im einzelnen nennen — „zahlen wir Herrn Kail bereits ab 1. Juni 1995, also in wenigen Tagen, wieder die volle Vergütung nach dem Stromeinspeisungsgesetz.“ Das heißt, das, was Sie als dringlich reklamieren, ist nicht mehr dringlich.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Unter Vorbehalt!)

— Herr Dr. Witzel, unter Vorbehalt.

(Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

(Staatssekretär Baumhauer)

Deshalb meine ich, daß die Anträge, die jetzt für dringlich erklärt werden sollen, deshalb nicht dringlich sind, weil über diese Dinge, die mit dem Einspeisungsgesetz zusammenhängen, Gespräche mit Herrn Wirtschaftsminister Rexrodt — auf der Ebene — geführt werden. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, empfehle ich dem Landtag, heute die Dringlichkeit nicht anzuerkennen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das hätten Sie aber früher sagen können! — Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Das war jetzt gerade der nachsichtsratspolitische Sprecher!)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort hat Herr Abg. Kurz.

Abg. Kurz CDU: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Durch diese Wortmeldung des Staatssekretärs ist ein Großteil der Luft aus diesem Ballon entwichen.

(Lebhafter Widerspruch bei den GRÜNEN und der FDP/DVP — Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Der ist kurz vor dem Platzen!)

Ich möchte die Dringlichkeit absolut verneinen.

(Oh-Rufe von den GRÜNEN und der FDP/DVP)

Zum einen, lieber Herr Kollege Dr. Döring, gibt es einen Antrag der CDU, der Kollegen Wieser u. a.,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wieso ist der eigentlich nicht für dringlich erklärt worden?)

am 10. Mai eingereicht, und es gibt spätere Anträge, für die ab dem 16. Mai die Dringlichkeit gebührt wurde.

Nach § 57 der Geschäftsordnung ist die Lage klar. Es kann, wenn eine parlamentarische Initiative zu einem Sachverhalt vorliegt, kein anderer Antrag hierzu nachträglich für dringlich erklärt werden. Nachdem nun der Herr Staatssekretär heute erklärte, daß gestern eine Entscheidung fiel, ab dem 1. Juni wieder die alten Einspeisepreise zu bezahlen, ist die Dringlichkeit auf keinen Fall mehr gegeben, und es gibt auch keine Fristen, die zu beachten wären und eine Dringlichkeit begründen würden.

Ich möchte auch darauf hinweisen — und da sind wir uns ja alle weitgehend einig —, daß das Vorgehen des Badenwerks in keiner Weise und zu keinem Zeitpunkt akzeptabel war.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Aha! — Abg. Jacobi GRÜNE: Jetzt! — Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Und was sind die Konsequenzen?)

Wir leben in einer Wirtschaftsordnung, der freien Marktwirtschaft, eingebettet in eine Rechtsordnung. Jedes Unternehmen in diesem Land, ob mit Staatsbeteiligung oder ohne, hat sich an Recht und Ordnung zu halten.

(Abg. Ströbele CDU: So ist es!)

Was uns das Badenwerk zugemutet hat, ist etwas jenseits von dem, was wir eigentlich in einem Rechtsstaat als noch angemessen empfinden können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU — Abg. Wieser CDU: Sehr gut! — Abg. Ströbele CDU: Das ist eine Sauerei! — Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Das war eine starke Passage!)

Von daher, meine ich, sollten wir jetzt nicht die aufgeregten Hosen anziehen. Die parlamentarische Initiative steht. Wir werden den Sachverhalt in den kommenden Beratungen sehr sorgfältig aufarbeiten, und wir werden auch dafür sorgen, daß den Investoren kein Schaden entsteht.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist der Punkt!)

Denn es kann nicht sein, daß für die zurückliegende Zeit die Entschädigung nicht bezahlt wird.

Auf jeden Fall: Die CDU-Fraktion lehnt die Dringlichkeit ab. Im Sachverhalt selbst werden wir dazu beitragen, daß es zu einer Lösung kommt, die Recht und Ordnung entspricht, bei der niemand wirtschaftlich zu Schaden kommt und auch kein Vertrauensschaden entsteht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU — Abg. Ströbele CDU: Bravo!)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Weimer.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Jetzt wird's spannend!)

Abg. Weimer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie es bei Geschäftsordnungsdebatten üblich ist, sind die Grenzen zwischen Sachdebatte und GO-Debatte fließend.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Deswegen kommst du jetzt raus! — Abg. Bütikofer GRÜNE: Das weiß keiner besser als der Weimer! — Abg. Dr. Döring FDP, DVP: Weimer fließt! — Abg. Maurer SPD: Alles fließt, vor allem die FDP!)

Deswegen bitte ich um Nachsicht, wenn ich jetzt auch eine Gratwanderung unternehme.

Von der Geschäftsordnungslage her ist die Sache an sich eindeutig. Der Kollege Wieser, der in der Zwischenzeit anwesend ist

(Abg. Wieser CDU: Ich habe ein Gespräch geführt!)

und den wir herzlich begrüßen — guten Morgen, Herr Kollege —,

(Abg. Wieser CDU: Guten Morgen, Herr Kollege!)

hat das Erstgeburtsrecht im Aufgreifen dieses Themas. Er hat als erster den Braten gerochen

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Wer?)

— der Kollege Wieser —, hat einen Antrag eingebracht und hat parlamentarisch — —

(Beifall bei Abgeordneten der CDU — Abg. Pfister FDP/DVP: Das stimmt doch gar nicht!)

— Doch.

(Abg. Wieser CDU: Die FDP/DVP hat das doch verschlafen! — Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

— Nein, Herr Kollege Pfister, er hat das aufgegriffen.

(Abg. Walter GRÜNE: Also, jetzt zum Thema oder zur Geschäftsordnung!)

(Weimer)

Solange er nicht bereit ist, seinerseits die Dringlicherklärung seines Antrags zu beantragen, blockiert er alle anderen Anträge.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Nicht mit der FDP/DVP streiten! Die haben Schläger!)

Im übrigen, meine Damen und Herren, sind wir ja in der Sache einig. Was das Badenwerk gemacht hat, ist ohne jeden Zweifel ein eindeutiger Rechtsbruch, ist grob rechtswidrig nach dem Motto: legal, illegal, schnurzegal. Das kann so nicht stehenbleiben.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Das heißt nicht schnurzegal, das heißt scheißegal! — Gegenruf des Abg. Maurer SPD: Aber das ist nicht parlamentarisch!)

Deswegen begrüßt es die SPD-Fraktion ausdrücklich, daß der Wirtschaftsminister unverzüglich mit einer Mißbrauchsverfügung reagiert hat. Ich finde es erfreulich, daß der Herr Staatssekretär — offensichtlich vor dem Hintergrund, daß der Wirtschaftsminister reagiert hat — heute den Rückzug des Badenwerks in dieser Sache angekündigt hat. Der Wirtschaftsminister hat sich offensichtlich durchgesetzt, und deshalb gehe ich davon aus, daß die Sache vom Tisch ist.

(Abg. Walter GRÜNE: Der erste Erfolg in der großen Koalition!)

Im übrigen werden wir mit Sicherheit Gelegenheit haben, sowohl den Antrag des Kollegen Wieser als auch die Anträge der FDP/DVP und der Grünen sowie den zwischenzeitlich vorliegenden Antrag von CDU und SPD in der nächsten Plenarsitzung zu behandeln. Sowohl die CDU-Fraktion als auch die FDP/DVP und die Grünen haben die Möglichkeit einer vorgezogenen Initiative, so daß wir auf dieser Geschäftsgrundlage in einer der Plenarsitzungen im Juni noch einmal unseren gemeinsamen Willen bekunden werden.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Hopmeier: Herr Kollege Weimer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Pfister?

Abg. Weimer SPD: Dann, Herr Kollege Pfister, werden Sie auch das Geheimnis lüften können, wie sich der Finanzminister bei der dann anstehenden Abstimmung verhalten wird.

Präsident Dr. Hopmeier: Gestatten Sie jetzt die Zwischenfrage?

Abg. Weimer SPD: Bitte.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Kollege Weimer, gestatten Sie mir, daß ich Sie in einem Punkt in aller Höflichkeit korrigiere.

Präsident Dr. Hopmeier: Nein, stellen Sie bitte eine Zwischenfrage, Herr Kollege.

Abg. Pfister FDP/DVP: Das war die erste Frage. Wenn er sie nicht mit Ja beantwortet —

(Heiterkeit)

Präsident Dr. Hopmeier: Das war keine Frage. Das war wirklich keine Frage.

Abg. Pfister FDP/DVP: Wenn Sie, Herr Kollege Weimer, diese Frage mit Ja beantworten, möchte ich Sie fragen: Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß der Antrag der FDP/DVP-Fraktion — Sie haben darüber gesprochen — am 10. Mai eingereicht worden ist, der Antrag des Kollegen Wieser am 12. Mai?

Abg. Weimer SPD: Die erste Frage beantworte ich ungern mit Ja, weil ich mich ungern korrigieren lasse. Aber wenn Sie das so sagen, mag es denn so sein. Dennoch bleibt übrig, daß nach § 57 Abs. 3 der Geschäftsordnung der Antrag des Kollegen Wieser — er hätte auch die Möglichkeit, ihn heute zurückzuziehen — die anderen Anträge leider blockiert. Daran kommt man nicht vorbei. Das ist die Rechtslage. Es tut mir leid.

(Abg. Wieser CDU: Wir sind an Ergebnissen orientiert! — Abg. Jacobi GRÜNE: Dringlich ist dringlich! — Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Wenn es presiert, dann presiert's!)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es liegt hier ein eindeutiger Beschluß des Landtagspräsidiums vor. Der Kollege Wieser hat seinen Antrag zu diesem Thema nicht zurückgezogen. Von daher ist es auch nach der Geschäftsordnung nicht zu rechtfertigen, die Dringlichkeit der Anträge der Grünen und der FDP/DVP zu bejahren.

Auch die Fraktion Die Republikaner kritisiert das Verhalten des Badenwerks. Das ist gar keine Frage. Nur: Ich möchte mich hier ganz strikt an die Geschäftsordnung halten. Ich fordere auch FDP/DVP und Grüne auf, sich nicht nur an die Geschäftsordnung zu halten, wenn es ihnen paßt, und nicht Debatten wie gestern und schon einige Male zu verhindern oder sich gar nicht daran zu beteiligen.

(Zurufe von den GRÜNEN, u. a. Abg. Kuhn: Was für eine Debatte? Wo war da gestern eine Debatte?)

Vielmehr haben auch Sie sich, meine Damen und Herren, an die Geschäftsordnung zu halten.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner — Zurufe von den GRÜNEN, u. a. Abg. Walter: Zur Geschäftsordnung! — Zuruf des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

Versuchen Sie nicht, hier mit Tricks eine Debatte zu führen, nur damit die Zuhörer und die Presse morgen wieder über Sie berichten können.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner — Lachen des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bütikofer. Danach kommt Herr Abg. Dr. Witzel, wenn ich es richtig weiß. Sie kommen als nächster zu Wort und dann Herr Abg. Maurer.

Abg. Bütikofer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte doch noch einmal festhalten: Der Landtag hat sich eine Geschäftsordnung gegeben. Es ist nicht etwa so, daß sich die Geschäftsordnung einen Landtag gewählt hat. Das heißt, der Landtag ist nicht Gefangener der Geschäftsordnung. Eine Bestimmung der Geschäftsordnung erlaubt uns sogar ausdrücklich, im Einzelfall von der mehrheitlich beschlossenen Geschäftsordnung abzuweichen, wenn wir dies für politisch richtig halten. Deswegen können sich alle Seiten in diesem Haus nicht formal aus der Debatte herausstellen.

(Beifall des Abg. Kuhn GRÜNE)

Vielmehr muß man sich entscheiden, ob man hier eine politische Dringlichkeit für gegeben hält.

Ich bin der Meinung, daß eine solche Dringlichkeit auch nach den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs im Finanzministerium noch besteht. Sie ist in einer Hinsicht sogar noch deutlicher geworden, und zwar bezüglich des Verhaltens des Finanzministers als Mitglied des Aufsichtsrats.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN – Abg. Kuhn GRÜNE: Sehr gut!)

Herr Baumhauer hat vorhin sinngemäß vorgetragen, Herr Boguseh und er hätten die Vorgehensweise des Badenwerks für problematisch gehalten. Das erachte ich durchaus als eine sehr vornehme Äußerung.

(Beifall des Abg. Renz GRÜNE)

wenn man bedenkt, daß in dem Eid, den die Mitglieder der Regierung nach Artikel 48 der Landesverfassung zu schwören haben und den sie noch dazu unter Berufung auf Gottes Hilfe geleistet haben, steht, man werde Verfassung und Recht wahren und verteidigen. Darunter, Verfassung und Recht zu wahren und zu verteidigen, stelle ich mir eine etwas aktivere, engagiertere Tätigkeit vor.

(Heiterkeit des Abg. Walter GRÜNE)

als dies einfach nur für problematisch zu halten.

Damit ist aber auf gar keinen Fall die Haltung vereinbar, die der Finanzminister offensichtlich an den Tag gelegt hat, indem er, im Unterschied zumindest zu Herrn Boguseh und zu Ihnen selbst, Herr Baumhauer, wenn ich Ihnen folge, noch nicht einmal diese Problematisierung vorgenommen hat. Vielmehr hat er dieses Vorgehen nach unserer Kenntnis sogar unterstützt. Das begründet insbesondere im Hinblick auf den von mir zitierten Eid der Mitglieder der Landesregierung die Dringlichkeit. Denn es ist in der Tat zu fragen, wo man in Baden-Württemberg landet, wenn der Finanzminister unterwegs vergißt, was er da geschworen hat.

Ich möchte dazu noch eines sagen: Ich finde es auch nicht in Ordnung, daß der Herr Finanzminister heute hier nicht anwesend ist. Ich meine, es wäre eigentlich richtig, ihn nach Artikel 38 unserer Geschäftsordnung zu zitieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

damit er einmal dazu Stellung nehmen kann, was für eine Rolle er hier spielt. Ich möchte den Herrn Wirtschaftsmini-

ster ausdrücklich für die Art und Weise loben, wie er die ihm zur Verfügung stehenden Instrumente eingesetzt hat.

(Beifall der Abg. Kuhn GRÜNE und Dr. Caroh SPD)

Es geht aber nicht, daß der Herr Finanzminister sich hier abduckt, immer das große Wort führt und große Töne spuckt, wenn er nicht zuständig ist, sich aber hier verweigert, wenn er zuständig ist, und dem Parlament nicht Rede und Antwort steht. Ich möchte für die Fraktion GRÜNE nach Artikel 38 der Geschäftsordnung beantragen, daß Herr Finanzminister Mayer-Vorfelder von diesem Landtag herziert wird.

(Beifall bei den GRÜNEN – Abg. Kuhn GRÜNE: Sehr gut!)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Witzel.

(Abg. Kurz CDU: Sag einmal! Spricht da jeder zur Geschäftsordnung?)

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Seit das Badenwerk seinen Angriff auf das Stromeinspeisungsgesetz gestartet hat, stehen in einer wichtigen Zukunftsbranche alle Räder still. Mögliche CO₂-Reduktionsprojekte unterbleiben, Banken sperren Kredite, und Investitionspläne in Wasser- und Windkraftanlagen verschwinden in der Schublade.

(Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Hopmeier: Bitte zur Geschäftsordnung, Herr Abg. Dr. Witzel.

(Abg. Weyrosta SPD: Das ist doch eine Sachdebatte und keine Geschäftsordnungsdebatte mehr! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Herr Abgeordneter, sprechen Sie bitte zur Geschäftsordnung und zur Frage der Dringlichkeit.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Ich möchte jetzt auf das Argument von Herrn Baumhauer eingehen.

(Abg. Weyrosta SPD: Nein! – Abg. Dr. Selhörer REP: Das geht ja wohl nicht! Er kann ja nicht einfach das Manuskript ablesen! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Hopmeier: Zur Geschäftsordnung, bitte. Wenn wir die Dringlichkeit bejahen, können Sie nachher Sachausführungen machen. Aber jetzt reden wir nur zur Dringlichkeit.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Ich wollte in zwei Sätzen begründen, Herr Präsident, daß die Sache dringlich ist. Es ist ein unhaltbarer Zustand. Es wurde argumentativ gesagt.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

es sei kein Handlungsbedarf mehr da, weil das Badenwerk eingelenkt habe. Ich habe gestern mit dem Pressesprecher des Badenwerks telefoniert. Er sagte mir gegenüber: „Das

(Dr. Witzel)

Badenwerk bleibt bei seiner Linie. Es wird weiterhin unter Vorbehalt gezahlt.“

(Abg. Weimer SPD: Das ist doch Schnee von gestern! Haben Sie nicht gehört, was der Staatssekretär erklärt hat? — Zuruf des Abg. Scheuermann CDU — Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Mir liegen die von Ihnen geschilderten Sachverhalte einfach nicht vor.

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Hopmeier: Es geht um die Dringlichkeit, Herr Abg. Dr. Witzel. Sie führen eine Sachdebatte.

(Abg. Kuhn GRÜNE zu Abg. Scheuermann CDU: Herr Scheuermann, lesen Sie doch den Sportteil! — Gegenruf des Abg. Scheuermann CDU: Den lese ich auch noch! — Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Herr Abg. Dr. Witzel, sprechen Sie bitte zur Dringlichkeit und zur Geschäftsordnung und nicht zur Sache.

(Zuruf von der CDU: Zur Geschäftsordnung haben wir noch nichts gehört! — Abg. Weimer SPD: Gehen Sie doch an Ihren Platz!)

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Herr Präsident, die Dringlichkeit kann man als erstes dadurch begründen, daß man sagt: Es ist ein unhaltbarer Zustand.

(Heiterkeit und Beifall)

— Wenn Sie es knapp haben wollen, dann bekommen Sie es so.

Zum zweiten wird gesagt, der Aufsichtsrat könne da nichts machen, das sei ein operatives Geschäft, von daher sei die Dringlichkeit nicht gegeben.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Dem muß entgegengehalten werden: Hier geht es nicht nur um einen Preis von ein paar Pfennig pro Kilowattstunde, sondern es geht um wichtige Investitionen, die dabei blockiert werden. Der Aufsichtsrat kann durchaus auch handeln.

(Zuruf)

Ich darf Ihnen einmal klar sagen: Im Aktienrecht steht: Wenn ein Vorstand einer Aktiengesellschaft vorsätzlich gegen geltendes Recht verstößt,

(Abg. Weyrosta SPD: Das alles begründet keine Dringlichkeit, Leute!)

dann kann ihn der Aufsichtsrat fristlos entlassen.

(Beifall des Abg. Renz GRÜNE)

Das wäre der dicke Hammer, den man möglicherweise herausholen könnte, wenn das Badenwerk hier nicht einlenkt.

(Beifall bei den GRÜNEN — Glocke des Präsidenten)

Ich meine, deshalb kann und muß auch im Aufsichtsrat gehandelt werden.

Präsident Dr. Hopmeier: Sprechen Sie bitte zur Dringlichkeit, Herr Abg. Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Ich habe einen Beitrag geleistet, aus dem hervorgeht, daß es wichtig ist, hier und jetzt zu handeln. Wir können handeln, und wir sollten das heute tun. Zum Termin hat Herr Pfister klar und deutlich etwas gesagt. Das will ich nicht wiederholen.

(Beifall bei den GRÜNEN — Abg. Weimer SPD: Ich finde das unerträglich!)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Maurer.

(Abg. Wieser CDU: Also! Hoffentlich geht es jetzt ins Ziel!)

Abg. Maurer SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich hat Herr Kollege Witzel jetzt keine Geschäftsordnungsdebatte geführt. Man muß aber auch darauf hinweisen, Herr Staatssekretär, daß auch Sie hier einen Sachbeitrag geleistet und auch eine Sachdebatte geführt haben.

(Abg. Bebbler SPD: So ist es!)

Damit haben Sie das im Grunde genommen erst eröffnet. Das ist so. Herr Präsident, Sie haben das ja auch sofort gemerkt und gerügt. Seitdem hat dann eine Sachdebatte stattgefunden, die von dem Vertreter der Regierung ausgelöst worden ist.

Nun mache ich einmal einen Vorschlag, damit wir alle wieder von den Bäumen herunterkommen.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Herr Kollege Kuhn, wir haben doch jetzt Anlaß zu feiern.

(Abg. Wieser CDU: So ist es!)

Wir könnten feiern. Der Herr Staatssekretär hat erklärt, die rechtswidrige Praxis des Badenwerks werde zurückgezogen,

(Abg. Weimer SPD: So ist es!)

das Geld werde wieder gezahlt. Goll hat seine Entscheidung unter dem großen Druck, der hier von Ihnen, vom Wirtschaftsminister, von uns und von anderen zu Recht ausgeübt worden ist, korrigiert. Ich finde, wir sollten jetzt rausgehen und feiern.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU)

Im übrigen sollten wir uns dann — wir kriegen ja den Antrag von Herrn Wieser nicht weg — in drei Wochen darüber unterhalten, welche Vorkehrungen zu treffen sind, damit solche Gespensterabläufe, jedenfalls bei baden-württembergischen EVUs, nicht noch einmal stattfinden und möglicherweise auch noch zweideutig von bestimmten Teilen der Politik begleitet werden.

(Maurer)

Unser Verhalten, das Verhalten der SPD, im Aufsichtsrat war übrigens unzweideutig. Das wollte ich bei dieser Gelegenheit auch noch gesagt haben.

(Abg. Wieser CDU: Aber zur Feier laden Sie alle ein!)

Also feiern wir, Herr Kollege Wieser; ich hoffe, Sie feiern aus innerer Überzeugung mit.

(Abg. Wieser CDU: Ja, gern!)

Die rechtswidrige Praxis ist beendet, und jetzt können wir uns darüber unterhalten, wie wir dafür sorgen, daß so etwas nicht wieder vorkommt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Wieser CDU: Nun ist aber Schluß!)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kuhn.

(Abg. Dr. Schlierer REP: Oje, oje! Auch das noch am frühen Morgen!)

Abg. Kuhn GRÜNE: Ich finde, daß wir so vorgehen können. Meine Fraktion wird einer Aufforderung zum Feiern nicht entgegnetreten, sondern sich ihr anschließen.

(Abg. Wieser CDU: Prima!)

Ich will aber noch etwas zu dem sagen, was hier gelaufen ist.

Erstens: Der Landtag kann immer, wenn er sich einigt, ein Thema auf die Tagesordnung setzen.

(Abg. Wieser CDU: Jawohl, Herr Oberlehrer!)

Das kann man immer machen, so daß man es auch heute machen könnte. Jetzt höre ich, daß der Herr Finanzminister – im Juni wird es um die Frage seines Verhaltens gehen – derzeit im Ausland ist. Deswegen ziehe ich für meine Fraktion den vom Kollegen Bütikofer gestellten Antrag auf Zitation des Ministers zurück. Beim Feiern hätten wir ihn eh nicht gebraucht, kann man dazusagen.

Zweiter Punkt: Ich finde – das will ich noch sagen, Herr Kurz – eines sehr interessant. Wir brauchen eine Diskussion über einen dringlichen Antrag, damit ein Staatssekretär im Finanzministerium hier – zwar nicht zur Geschäftsordnung, aber immerhin – sagt, die Kuh sei vom Eis. Dazu mußten wir aber eine Geschäftsordnungsdebatte führen.

(Abg. Wieser CDU: Vielleicht waren auch andere Ursachen gegeben!)

Jetzt frage ich Sie einmal: Wie geht eigentlich diese Regierung mit dem Parlament um?

(Zuruf des Abg. Weimer SPD)

– Verstehen Sie? Sie hätte doch gestern im Vorfeld sagen können, daß diese Kuh aufgrund des Drucks des Parlaments und der Regierung vom Eis geräumt worden ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Baumhauer, da können Sie nicht so elegant sagen: „Ich habe noch schnell mal eine Sachinformation abgeliefert.“ Das hätten Sie den Fraktionen vor der Debatte offiziell zur Kenntnis geben können. Das hätte ich eigentlich auch erwartet.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Freiwillig und ungezwungen!)

Jetzt schlage ich vor, daß wir zunächst die Debatte zur Gewerbesteuer führen – die ist nämlich für unsere Gemeinden wichtig –, und daß danach der Uli Maurer eine oder zwei Flaschen Sekt für die Fraktionsvorsitzenden und die energiepolitischen Sprecher ausgibt.

(Beifall bei den GRÜNEN – Abg. Maurer SPD. Wird gemacht!)

– Vielen Dank, Uli Maurer.

(Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Hopmeier: Herr Kollege Kuhn, darf ich Ihren Beitrag so verstehen, daß Ihr Antrag auf Dringlicherklärung und der der Fraktion der FDP/DVP zurückgezogen werden? Dann brauche ich darüber nicht abstimmen zu lassen.

(Zustimmung)

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Blockade der Gewerbesteuerreform und der Neuordnung der kommunalen Finanzen – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

Für den Ablauf der Aktuellen Debatte hat das Präsidium die üblichen Redezeiten festgelegt: Gesamtdauer 50 Minuten ohne Anrechnung der Redezeit der Regierung, 5 Minuten für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und 5 Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort darf ich Herrn Abg. Dr. Döring erteilen.

Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist dringend notwendig, daß mit der Reform der Gewerbesteuer und der Abschaffung der Gewerkekapitalsteuer endlich ein ganz wesentlicher Schritt im Zusammenhang mit der Reform der Steuergesetzgebung in der Bundesrepublik Deutschland vollzogen wird. Es geht nicht, daß wir an einer zentralen Stelle des gesamten Steuerreformvorhabens nach wie vor eine Blockade haben. Hier muß endlich entschieden werden, und diese Entscheidung muß in den nächsten Wochen herbeigeführt werden. Daraus ergibt sich auch die Aktualität.

Wir halten es für eine Riesengefahr, daß durch die Blockade, die derzeit besteht, womöglich eine Situation eintritt, in der wir durch ein Festhalten in den alten Bundesländern an der Gewerkekapitalsteuer in die Situation hineinkommen, daß die Kommunen in den neuen Bundesländern ab 1. Januar 1996 Gewerkekapitalsteuer erheben müssen. Dies darf so nicht kommen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Daraus ergäbe sich die außerordentlich groteske Situation, daß die öffentliche Hand in den neuen Bundesländern mit

(Dr. Döring)

der einen Hand langfristige Darlehen zur Existenzgründung, zur Existenzweiterung und zur Existenzsicherung oder zur Umschuldung eines Betriebes gibt, mit der anderen Hand aber die Gewerkekaptalsteuer aus eben diesen Darlehen kassiert. Dies wäre ein absoluter Irrsinn und wirtschaftspolitisch total verfehlt.

Wir sind in der Situation, daß wir aufgrund der Gewerkekaptal- und der Gewerbeertragsteuer im internationalen Steuerwettbewerb ein gewaltiges Handicap zu verzeichnen haben. Dies ist das eine Problem, das gelöst werden muß.

Völlig unbestritten ist, daß wir keine einseitige Lösung herbeiführen können, sondern daß wir die Kommunen dringend an dieser Lösung mit beteiligen müssen. Das kann überhaupt keine Frage sein. Wir brauchen eine volle Kompensation für die Kommunen, und es muß auch eine Überlegung angestellt werden, wie sie ihr Recht der eigenen Zugriffsmöglichkeit erhalten können. Auch dies muß gewährleistet sein.

Aber wenn wir jetzt Kompromißvorschläge auf dem Tisch haben, daß die Gewerkekaptalsteuerabschaffung dadurch kompensiert werden soll, daß die Abgaben an Land und Bund ausbleiben, dann, meine ich — das ist ein neuer Vorschlag, der erst jüngst aus Ihren Reihen gekommen ist —, ist das eine Diskussionsgrundlage, die es wert ist, daß man sich darüber unterhält.

Bei der Gewerbeertragsteuer — ich sage es noch einmal — wird es ohne volle Kompensation nicht laufen können, aber es kann nicht sein, daß wir das ganze Thema liegenlassen und dann in eine Situation kommen, in der unsere Betriebe nach wie vor unter einer im internationalen Vergleich außerordentlich hohen Steuerlast zu leiden haben. Wir müssen uns doch nur einmal die Situation anschauen: Wenn deutsche Betriebe im Ausland ein Vielfaches dessen investieren, was ausländische Betriebe bei uns investieren, was natürlich mit dieser in der Summe ganz gewaltigen Steuerbelastung zusammenhängt, dann muß in dem Bereich eine Korrektur vorgenommen werden.

Ich appelliere dringend, dafür zu sorgen, daß wir eine Lösung im Bundestag und Bundesrat erreichen, daß das Thema nicht liegenbleibt, denn die Hoffnung, die von verschiedener Seite kommt, darauf, daß die EU eine Verlängerung der Regelung, hier Gewerkekaptalsteuer zu erheben, sie aber in den neuen Ländern nicht zu erheben, mitmacht, hat keinerlei reale Grundlagen. Derjenige, der jetzt hier blockiert, muß vielmehr wissen, daß er dann die Gewerkekaptalsteuer zum 1. Januar 1996 in den neuen Ländern einführen muß, was ein kompletter Unsinn wäre, den es dringend zu verhindern gilt.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Kurz CDU)

Wir müssen auch einmal anschauen, daß der Vorschlag einer Beteiligung an der Umsatzsteuer nicht der schlechteste ist.

(Zustimmung des Abg. Kurz CDU)

Das ist nicht der schlechteste Vorschlag, und er ist, was man ebenfalls sehen muß, vom Städtetag gekommen. Der Vor-

schlag ist ja nicht irgendwo erfunden worden, sondern kam ja von einer bestimmten Seite her. Er würde in der Summe sogar eine Besserstellung bringen. Das Problem besteht in der Verteilung und der genauen Ausgleichsregelung, was gelöst werden muß.

Wenn es nicht gelänge, was zu beklagen wäre, daß man vor der Sommerpause noch zu einer Einigung in dieser wichtigen Frage kommt, sollte umgehend eine Enquetekommission zur Reform der Gemeindefinanzierung eingesetzt werden. Die Gemeindefinanzierung muß dringend umfassend reformiert werden. Wenn es nicht zur Einigung kommt, müßte diese Enquetekommission die Aufgabe erhalten, hier zu einer Lösung zu kommen, bei deren Erarbeitung alle Beteiligten mit an einem Tisch sitzen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das wäre inkonsequent!)

Aber dadurch wäre ein gewaltiger Zeitverlust zu beklagen. Deswegen wollen wir jetzt vor der Sommerpause noch dringend eine Einigung erreichen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Keitel.

Abg. Keitel CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die von der Bundesregierung vorgeschlagene Verfassungsänderung wäre eine Chance in vielfacher Hinsicht gewesen, um im Gewerbesteuerbereich einzusteigen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das ist gut, daß Sie mit dem Irrealis anfangen!)

— Sehr geehrter Herr Bütikofer, ich bin fest überzeugt, daß es eine Chance ist.

Die Bedenken der Kommunen sind in der Tat berechtigt; das ist überhaupt keine Frage. Aber, meine Damen und Herren, ich bin fest überzeugt, wir hätten über den Umsatzsteueranteil für unsere Kommunen einen Einstieg in eine Wachstumssteuer, eine Wachstumssteuer, deren Aufkommen sich über viele Jahre hinweg positiv entwickelt hat. Wenn Sie das einmal zurückverfolgen: Es war ja 1991 eine Reform geplant. Seit dieser Zeit bis zum heutigen Tag hätte sich das Aufkommen im Mehrwertsteuerbereich für die Kommunen um 2 Milliarden DM verbessert. Das liegt daran, daß das Mehrwertsteueraufkommen seit 1970 fast um das Sechsfache gestiegen ist, während das Gewerbesteuer-aufkommen lediglich um das 3,5fache zugenommen hat. Die Mehrwertsteuer wird auch in Zukunft einen Wachstumstrend haben. Es gibt Hochrechnungen, über die ermittelt wurde, daß es zwischen 1996 und 1999 weitere 2 Milliarden DM sein werden, die für die Kommunen mehr zur Verfügung stünden.

Deswegen meine ich, daß diese Chance, zu einer Kommunalfinanzreform zu kommen, genützt werden müßte. Der Vorschlag der Bundesregierung hätte alle Voraussetzungen erfüllt, die wir eigentlich immer an die Reform im Kommunalfinanzbereich gestellt haben.

Ich wiederhole: Sie wäre eine stetig steigende Steuereinnahmenbasis für die Kommunen gewesen — die Gemeinden hätten auch weiterhin ein Hebesatzrecht gehabt —, und sie

(Keitel)

wäre ein Bindeglied — was wir immer gefordert haben und fordern sollten — zwischen Gemeinde und Wirtschaft.

Die Bundesregierung hat vollen Ausgleich zugesichert. Ich will gerne zugeben und die Bedenken der Kommunen einbringen: Der Begriff „voller Ausgleich“ ist natürlich in den ersten Jahren sehr, sehr schwer umzusetzen. Das ist das Problem. Deswegen sind die Forderungen der Kommunen berechtigt, hier nach Lösungen zu suchen, daß die Mehrwertsteuerzuflüsse in den nächsten Jahren gemeinschaftlich umgesetzt werden können. Dies muß man in der Tat im Detail mit der Bundesregierung aushandeln.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Wann?)

Aber, Herr Kollege Bütikofer, diese Chance jetzt nicht zu nutzen, halte ich für nicht in Ordnung.

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Die endgültige Verteilung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer soll nach einem orts- und wirtschaftsbezogenen Schlüssel erfolgen, einer Kombination von Lohnsumme der Betriebe einschließlich der Betriebsstätten und dem nutzbaren Anlagevermögen der Betriebe. Einen besseren Einstieg in eine Quasi-Wertschöpfungssteuer in der Kommune und für die Kommune gibt es eigentlich nicht.

Meine Damen und Herren, da für den Zeitraum bis zum Vorliegen der nächsten Steuerstatistik dafür die präzisen Daten fehlen, ist diese Übergangsregelung in der Tat schwierig. Ich habe schon darauf hingewiesen.

Es hätte auch eine ganze Reihe von weiteren Vorschlägen und Möglichkeiten gegeben, um diesen Weg, den ich angesprochen habe, für unsere Kommunen zumutbar zu gestalten. Ich füge noch einmal hinzu: Ich erwarte vom Bund, daß er mit dem Städtetag und den kommunalen Spitzenverbänden in intensive Gespräche eintritt, um dieses Problem in Richtung Kommunen zu lösen.

(Beifall der Abg. Rückert und Döpfer CDU — Abg. Hackl GRÜNE: Dünner Beifall!)

Meine Damen und Herren, die Beteiligung der Kommunen an der Umsatzsteuer hätte die Chance geboten, die Gewerbesteuer endgültig abzuschaffen. Warum ist es nun so wichtig, die Gewerbesteuer abzuschaffen?

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Herr Döring, ich gebe Ihnen recht: Wenn wir sie jetzt nicht abschaffen, wird sie zum 1. Januar 1996 in den neuen Bundesländern eingeführt werden müssen. Die Europäische Union wird dies verlangen.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Das ist keine Begründung!)

Ich meine, dies würde zu schwerwiegenden Konsequenzen für die Unternehmen in den neuen Bundesländern führen. Es sind junge, krisenanfällige Unternehmen. Sie würden unter dieser zusätzlichen Besteuerung leiden. Existenzgefährdungen wären die Folge. Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel.

Die Abschaffung der Gewerbesteuer hätte die Chance zu einer deutlichen Verbesserung der Struktur der Unter-

nehmensbesteuerung insgesamt geboten. Unsere hohe Steuerbelastung — das brauche ich nicht zu wiederholen — im Unternehmensbereich ist bekannt.

(Zuruf des Abg. Kurz CDU)

An der Spitze der Problemliste stehen daher für mich die Gewerbesteuer und die Gewerbesteuer. Ich bleibe deswegen dabei: Die Gewerbesteuer und die Gewerbesteuer sind vom Ansatz her ungerecht. Sie sind steuerpolitisch überholt, nicht rechtsformneutral und führen zu einer steuerlichen Doppelbelastung der Wirtschaft, und sie sind auch wettbewerbsverzerrend, kompliziert und leistungshemmend.

Meine Damen und Herren, deswegen bleibe ich dabei, daß der Weg, der von der Bundesregierung eingeschlagen worden ist, eine Chance wäre. Wir sollten sie nutzen. Ich würde mich freuen, wenn auch die SPD die Wirtschaftsprobleme und die arbeitsmarktpolitischen Probleme, die mit dieser Steuer verbunden sind, sähe und ihre Blockadehaltung noch einmal überdächte. Ich meine, es wäre notwendig für den Wirtschaftsstandort Deutschland und für eine Chance in einen Einstieg in eine Kommunalfinanzreform unter den Aspekten, die ich in Richtung Kommune gesagt habe, die berücksichtigt werden müssen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU — Abg. Kuhn GRÜNE: Dafür kriegen Sie ein Foto von Helmut Kohl!)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Maurer.

Abg. Maurer SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Keitel, die SPD sieht sehr wohl die Probleme in der Unternehmensteuergesetzgebung in der Bundesrepublik Deutschland. Nur: Wir sehen die Probleme etwas zusammenhängender, als Sie dies offensichtlich tun, und wir sehen vor allem die entscheidenden Punkte, auf die es ankommt.

Das entscheidende Problem in der Bundesrepublik Deutschland ist aus unserer Sicht, daß der Faktor Arbeit insgesamt zu hoch belastet ist.

(Abg. Kurz CDU: Sehr richtig!)

Das gilt für den gesamten Bereich der Lohnnebenkosten. Das trifft übrigens die Unternehmungen genauso wie die Arbeitnehmer. Das sind die zentralen Fragen, um die es sich drehen wird und drehen muß. Es wird darum gehen, ob der Faktor Arbeit insgesamt durch eine umfassende Reform unserer Steuergesetzgebung in nächster Zeit entlastet wird.

Nur: Wenn das der wirkliche Punkt ist, Herr Kollege Keitel, müssen Sie einmal sehen, daß das, was jetzt probiert worden ist, vor diesem Hintergrund der Notwendigkeiten, die wir für die Unternehmensteuerreform haben, ein völlig untauglicher Versuch war. Sie können nicht davon ablenken, mit welchen Refinanzierungsvorschlägen die Bundesregierung diese glorreiche Idee begleitet hat. Die Einnahmeverluste aus dem Wegfall der Gewerbesteuer sollten durch die Verschlechterung bei der degressiven Abschreibung der Unternehmen refinanziert werden.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Balla, balla! Das macht doch kein Vernünftiger!)

(Maurer)

und zwar mit dem Ergebnis, daß die geplante Veränderung nicht nur nicht zu einer steuerlichen Entlastung insgesamt geführt hätte, sondern sogar zu einer stärkeren steuerlichen Belastung der Wirtschaft insgesamt.

(Abg. Kurz CDU: 4,5 Milliarden!)

Das hätte zu einer stärkeren Belastung geführt.

(Minister Dr. Spöri: Vor allem der Kleinen!)

Sie müssen wissen, daß die Gewerbekapitalsteuer mittlerweile nur noch von 16 % der Unternehmen gezahlt wird. Übrigens sind die Zahler des Löwenanteils die Geschäftsbanken. Und Sie stellen sich hin und sagen: Es war eine tolle Idee, den gesamten Mittelstand mit zusätzlichen Steuern zu belasten, damit 16 % von der Gewerbekapitalsteuer befreit werden. Ja wo sind wir denn?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Abg. Kuhn GRÜNE: Der wirtschaftliche Sachverstand ist gering bei der CDU! Ganz gering!)

Gerade unter dem entscheidenden Aspekt der Entlastung des Faktors Arbeit und einer wirklich sinnvollen Reform der Unternehmensbesteuerung war dies die totale Nullnummer. Deswegen ist diese Verfassungsänderung im Deutschen Bundestag völlig zu Recht abgelehnt worden, übrigens auch deswegen zu Recht, weil es ja insgesamt – das haben Sie vorsichtig angetippt – eine völlig unausgegrenzte Geschichte war: denn kein Mensch weiß bis heute, wie sich diese Umsatzsteuerbeteiligung auf die einzelnen Gemeinden auswirken würde. Diese Aktion, die da gemacht worden ist und die ich für eine reine Medienaktion halte, reiht sich ganz nahtlos ein. Man hat ganz genau gewußt, daß das nicht durchkommt, hat das im Deutschen Bundestag inszeniert und damit gerechnet, es werde abgelehnt und man könne sich in die Brust werfen nach dem Motto: „Wir haben etwas probiert für die Unternehmen, aber die anderen haben es kaputtgemacht.“ Eine so durchsichtige Inszenierung wie die, die da abgelaufen ist, so schlecht vorbereitet,

(Abg. Kuhn GRÜNE: Laienspiel!)

reiht sich nahtlos in das Durcheinander und die Konzeptionslosigkeit ein, die wir auf dem Gebiet der Steuerpolitik in Bonn seit Monaten erleben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich sagen Ihnen: Entweder die Bundesregierung und auch Ihre Bundespartei bringen die Kraft auf, sich jetzt endlich in seriöse Verhandlungen zu den eigentlichen Fragen – Entlastung des Faktors Arbeit, Lohnnebenkosten und auch Einstieg in eine ökologische Orientierung unserer Steuergesetzgebung und vieles andere, was auf dem Tisch liegt – zu begeben und dies einer umfassenden Regelung zuzuführen – dann müssen Sie selbstverständlich auch eine Reihe von Positionen mittragen, die beispielsweise von uns entwickelt worden sind; das ist doch völlig klar –, oder es bleibt bei dieser Wurstlei der Koalition in Bonn, wie wir sie jetzt seit Monaten erleben. Dies wäre weder im Interesse der Bundesrepublik Deutschland noch im Interesse der Kommunen, noch im Interesse der Unternehmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Abg. Kuhn GRÜNE: Das war kurz, aber wahr!)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rapp.

Abg. Rapp REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In keinem Land Europas sind Unternehmen mit einer solchen Vielfalt von Steuern und Abgaben belastet wie bei uns in Deutschland. Jede Diskussion, die steuerlichen Belastungen auf ein erträgliches Maß zurückzuführen, ist bisher an denjenigen gescheitert, die glauben, der Staat könne alles, der Bürger könne nichts. Das Wort „sparen“ ist in sozialdemokratischen Kreisen in letzter Zeit so umgedeutet worden, daß man anstatt Verringerung der Staatsausgaben an die Erhöhung der Staatseinnahmen denkt, wenn man vom Sparen spricht.

(Abg. Weimer SPD: Was? Bei uns war das?)

– Genau bei Ihnen.

(Abg. Weimer SPD: Du mußt mal Zeitung lesen! Wer regiert denn in Bonn?)

Die Staatsquote hat inzwischen nahezu 50 % erreicht, Tendenz weiterhin steigend. Die Steuern für den mittelständischen Unternehmer liegen, wenn er alles zusammenrechnet, manchmal bei 70 % Gesamtbelastung.

(Abg. Weimer SPD: Das ist sehr hoch, und wer ist daran schuld? Die SPD!)

– Sie waren auch einmal ein paar Jahre in Bonn dabei. Da hat sich auch nichts verbessert, Herr Weimer. Ihre Partei war auch schon dabei.

(Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

Löhne und Leistungen werden in unserem Land derart hoch besteuert, daß inzwischen viele mittelständische Betriebe ihre Produktion dorthin verlagern, wo sie noch eine Chance sehen, zu Weltmarktpreisen produzieren zu können. Ein typisches Beispiel war in den letzten Monaten die Vergabe der Produktion des Swatch-Autos ins benachbarte Frankreich. Wir alle – nicht alle, der Herr Kuhn hat ja nicht darunter gelitten, der hat sich ja für die Lothringer gefreut – haben ja sehr kritisch begleitet,

(Abg. Kuhn GRÜNE: Ich bin Europäer!)

daß wir diese Arbeitsplätze hier nicht halten können.

Wer jedoch denkt, meine Damen und Herren, daß in Bonn aus solchen Tatsachen Konsequenzen gezogen werden, der irrt. Man bastelt weiter an der Gewerbesteuer, der Gewerbekapitalsteuer herum. Man will sie nicht hergeben. Ich will eines vorweg sagen: Ich weiß, daß die Gemeinden eine alternative Finanzierung brauchen. Das ist ganz klar.

(Beifall bei den Republikanern)

Aber, meine Damen und Herren, es kann doch nicht sein – das ist heute schon angesprochen worden –, daß jemand viel Geld investiert, teure Maschinen und Geräte anschafft, damit er weiterhin seine Arbeitsplätze hier halten kann, und, während er seine Schulden dafür abbezahlt, Gewerbekapitalsteuer zahlen muß. Es ist doch der Witz des Jahrhunderts, wenn wir so mit denjenigen umgehen, die den Standort hier

(Rapp)

letzten Endes noch auf Trab halten sollen, meine Damen und Herren. Das kann doch nicht gehen.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich frage mich aber auch — und diese Frage hätte ich gern Herrn Maurer gestellt, wenn er da wäre —, wenn es so notwendig ist, bei der Gewerbesteuer diejenigen, die Geld auf selbständige Art und Weise verdienen, an den Kosten, die den Gemeinden entstehen, zu beteiligen, warum das dann bei den Freiberuflern nicht möglich ist.

(Abg. Dr. Walter Müller SPD: Eine alte SPD-Forderung!)

Warum sollen die, die inzwischen zum Teil auch schon mittelständische Unternehmen haben, an der Finanzierung der Gemeinden absolut nicht beteiligt werden?

(Beifall bei den Republikanern)

Hier ist auch die SPD noch eine Antwort schuldig.

(Abg. Weyrosta SPD: Nein! Das ist eine alte Forderung der SPD, mein Lieber!)

Die nehmen genauso Infrastrukturmaßnahmen in Anspruch wie andere. Darüber brauchen wir uns gar nicht zu streiten. Ein Steuerberater nimmt genausoviel in Anspruch wie ein Makler.

(Abg. Weyrosta SPD: Das ist ja alles richtig, aber das ist eine alte Forderung von uns!)

Bleiben Sie mir bitte auf dem Teppich! Das stimmt so nicht.

(Abg. Weyrosta SPD: Nein, das stimmt so nicht! —
Abg. Birgit Kipfer SPD: Sie sind schlecht informiert, Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren, wir Republikaner wollen ein Steuersystem, das dafür sorgt, daß Arbeitsplätze geschaffen werden können, daß Arbeitsplätze erhalten werden können. Wenn Herr Maurer gerade da ist: Es ist leicht, darüber zu reden, die Gewerbesteuer zu halten. Aber Sie zahlen für Ihre 14 000 DM, die Sie zu Ihren Diäten hier im Haus noch kassieren, keinen Pfennig Gewerbesteuer.

(Beifall bei den Republikanern)

aber jeder kleine Handwerker, der ein paar Mark verdient, zahlt eben am Schluß Gewerbesteuer. Das ist das Problem.

(Beifall bei den Republikanern)

Von dem hohen Thron, auf dem Sie sitzen, läßt sich leicht auf diejenigen herunterreden, die sich plagen, lieber Herr Maurer.

Der Staat kann aber auch nicht zusehen, wie unser Markt hier immer weiter von Waren abgedeckt wird, die nicht mehr hier produziert werden, wie wir immer mehr Arbeitslose, aber immer weniger Waren in diesem Land produzieren. Deshalb werden wir auf Dauer darauf angewiesen sein, Steuern, die gewinnunabhängig sind, zu streichen; damit

meine ich die Gewerbekapitalsteuer. Wir werden die Gewerbesteuer auf Dauer streichen müssen. Daran führt überhaupt nichts vorbei.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Sie wollen sie erhöhen und ausweiten!)

— Nein, Herr Döring, ich habe gesagt: Wenn sie so notwendig ist, wie es Herr Maurer sagt, soll er sich selbst an den Kosten beteiligen. Das ist das Problem.

(Beifall bei den Republikanern)

Wir werden, meine Damen und Herren,

(Zuruf des Abg. Weyrosta SPD)

als Alternativvorschlag — und das ist ein Vorschlag von uns Republikanern — die Gemeinden an der Umsatzsteuer beteiligen müssen. Ich weiß, daß dies eine schwierige Rechnung ist. Die Rechnung war aber auch in der Vergangenheit für die Gemeinden schwierig, die inzwischen, obwohl es Gewerbesteuer gibt, keine mehr bekommen, weil die Produktion ins Ausland verlagert worden ist. Auch das gibt es. Wenn Sie einmal die Bürgermeister fragen, werden Sie feststellen, daß über diese Lösung nicht jeder glücklich ist. Die würden sich viel mehr darüber freuen, wenn sie am Umsatz, der in ihrer Gemeinde entsteht, beteiligt würden, als wenn sie die Einnahmen aus der Gewerbesteuer behalten.

Meine Damen und Herren, das ist einfach Fakt. Wir müssen von unseren Stückkosten, die wir hier haben, herunter. Das erreichen wir am leichtesten, wenn wir über den Umsatz gehen. Am Umsatz ist letzten Endes auch der Import beteiligt und nicht nur derjenige, der hier noch bereit ist, für weitere Arbeitsplätze zu sorgen.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Kuhn GRÜNE: Und jetzt das Schlußwort!)

— Das Schlußwort mache ich, wenn ich es für richtig halte, Herr Kuhn. Sie haben aber zufällig getroffen

(Zuruf des Abg. Schrempf SPD)

Wir Republikaner sagen — ich sage das zum Schluß —: Der Weg — —

(Zuruf des Abg. Schrempf SPD)

— Sie haben praktische Erfahrung, was das anbelangt, Herr Schrempf. Jetzt gehen Sie mir aber bitte fort. Da lacht ja jeder.

Der Weg muß weg von der Gewerbesteuer führen. Der Weg muß weg von der Gewerbekapitalsteuer führen. Der Weg muß eine Entlastung der Lohnkosten mit sich bringen, damit Deutschland, damit Baden-Württemberg zum Wohle unserer Bürger weiterhin Arbeitsplätze halten kann.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bütikofer.

Abg. Bütikofer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Gewerbesteuer, die immer noch einer der wesentlichen Stützpfiler der Finanzierung unserer Kommunen ist, kann nicht bleiben, wie sie ist,

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Jetzt ist es aber recht!)

weil sie in den letzten Jahren nicht nur von einer Bundesregierung systematisch kaputtreformiert worden ist. Die Gewerbesteuer ist teilweise zu einer Großbetriebssteuer degeneriert. Es ist nicht einzusehen, daß die Selbständigen nach wie vor bei der Gewerbesteuer außen vor sind. Das haben per Zwischenruf Sie auch gesagt, Herr Kollege Weyrosta. Die Gewerbesteuer kann nicht bleiben, wie sie ist. Es gibt Reformbedarf.

Aber es ist wie so oft. Wenn es solchen Reformbedarf gibt, wäre es erst einmal wichtig, zu überlegen und offenzulegen, wohin und nach welchen Grundsätzen man reformieren will. Genau dieses „Wohin“ wird aber unter einem unglaublich oberflächlichen Aktionismus zugedeckt.

Ich bin völlig der Meinung von Herrn Maurer: Was der Finanzminister in Bonn macht, ist die Strategie des „erfolgreichen Scheiterns“. Man ist „erfolgreich“, indem man eine Forderung aufstellt, von der man weiß, man bekommt sie sowieso nicht erfüllt. Man baut damit eine Scheinidentität, einen Scheingegensatz und eine Scheinperspektive auf. Indem man auf die anderen deutet, die nicht mitmachen, hat man Grund, um so mehr weiter in diese Richtung vorwärtszugehen und noch mehr Illusionen zu produzieren. Und davon lebt man dann politisch.

(Zuruf des Abg. Keitel CDU)

Meines Erachtens muß man, wenn man über Gewerbesteuerreform redet, den Zusammenhang von Gemeindesteuerreform, von Unternehmensteuerreform und von ökologischer Steuerreform diskutieren. Deswegen muß man – und da verstehe ich Sie einfach nicht, Herr Döring – erst einmal diese Enquetekommission einrichten, von der Sie sprechen. Man muß erst einmal das machen, was zum Beispiel der Präsident des Gemeindetags in diesem Land gefordert hat, diese Enquetekommission einen Lösungsvorschlag für die Gemeindefinanzierung erarbeiten lassen, damit man weiß, wie man alle drei Steuerreformen unter einen Hut bekommt. Es ist doch absurd, wenn Sie sagen: „Wir schaffen erst einmal etwas ab, wenn es aber nicht klappt, richten wir eine Enquetekommission ein. Erst schlagen wir das Kind tot, wenn es dann aber immer noch strampelt, prüfen wir, wie wir es wieder aufpäppeln können.“ Das macht doch keinen Sinn.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meines Erachtens muß ein wesentlicher Grundsatz bei dieser Überlegung und bei dieser Integration, von der Sie, Herr Maurer, auch gesprochen haben, sein, daß die Finanzautonomie der Gemeinden nicht eingeschränkt, sondern gestärkt wird. Herr Oberhauser vom Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium der Finanzen hat bei der Anhörung im Bundestag zum Jahressteuergesetz ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der Vorschlag, wie er von Herrn Waigel und der Koalition auf dem Tisch liegt, die Finanzautonomie der

Kommunen einschränkt. Es gäbe aber einen Vorschlag – und auch darauf hat Herr Oberhauser noch einmal hingewiesen; den hat der Wissenschaftliche Beirat beim BMF bereits 1982 gemacht –, wie man die Reform der Gewerbesteuer vorantreiben und eine ganze Reihe von Gesichtspunkten, die hier schon kritisch geäußert wurden, aufgreifen könnte. Das wäre die Perspektive einer Wertschöpfungssteuer auf kommunaler Ebene. Ich glaube, das wäre eine Richtung, in die man gehen könnte.

(Abg. Keitel CDU: Die Chance besteht!)

Wenn man sich darauf einigen könnte, Herr Döring, dann gibt es überhaupt keinen Grund, die Gewerkekapitalsteuer für sakrosankt zu erklären. Das ist überhaupt nicht mein Punkt. Das ist nicht der Graben, an dem ich kämpfe oder an dem die Schlacht entschieden werden sollte. Aus meiner Sicht gibt es Gründe, die Gewerkekapitalsteuer zu kritisieren. Aber ich darf das nicht aus dem Zusammenhang herauslösen, und ich muß es in einen Reformzusammenhang stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich glaube auch, wir sollten uns, wenn wir von Unternehmensteuerreform und von Gewerbesteuerreform reden, ein bißchen bemühen – Herr Keitel, das sage ich vor allem in Ihre Richtung –, den Unternehmen nicht Sand in die Augen zu streuen. Wenn die Bundesregierung sagt, das solle aufkommensneutral gemacht werden, können Sie sich doch nicht hinstellen und so tun, als würde hier eine Unternehmensteuerbelastung, wie hoch sie auch immer sein mag, abgesenkt.

Wenn man dann noch guckt, wie Sie es finanzieren,

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Ich sage Ihnen gleich etwas dazu!)

wie Sie es aufkommensneutral machen, dann wird es wirklich fragwürdig. Sie belasten doch in der Tat das investive Verhalten, indem Sie die degressive Abschreibung zur Finanzdeckung nehmen. Sie belasten auch eher das mittelständische Unternehmen, indem Sie dem, der wirklich viel Gewerkekapitalsteuer zahlt, dem Großen, eine Entlastung geben. Das ist doch eine Umverteilung innerhalb der Unternehmen, die Unternehmensteuer zahlen, aber zu Lasten der kleineren, zu Lasten der ökonomisch aktiveren, der investieren und zugunsten der größeren Unternehmen, zugunsten derer, die nicht investiv tätig sind. Das macht doch wirtschaftspolitisch keinen Sinn.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch was die Gemeinden betrifft, Herr Keitel, habe ich mich über Sie sehr gewundert. Ich kann verstehen, daß es die FDP nicht juckt, wie sich ein solcher Vorschlag auf die Gemeinden auswirkt, weil es die FDP kommunalpolitisch kaum noch gibt.

(Oh-Rufe von der FDP/DVP)

Aber es muß eine Partei wie die CDU doch jucken, wenn ein Volumen von 8 Milliarden DM – darum geht es – für die Kommunen in Frage gestellt ist und kein Mensch beim besten Willen sagen kann, wie sich diese Umsatzsteuerbetrei-

(Bütikofer)

ligung von 2,7 % in der Verteilung auf die Kommunen auswirkt. Sie geben doch Steine statt Brot, wenn Sie sagen: Jetzt machen wir es erst einmal; es wird sich schon irgendwie herausstellen. So kann doch das Land, das für seine Kommunen Verantwortung trägt, mit diesen nicht umgehen.

Es muß Ihnen doch zu denken geben, daß selbst der Deutsche Städtetag, der sich – ob jetzt aus Fatalismus oder aus guten Gründen, lasse ich dahingestellt – entschieden hat, zu sagen: „Wir kriegen das mit der Revitalisierung der Gewerbesteuer nicht hin; wir lassen uns auf einen Kompromiß ein“, gesagt hat: So, wie es Waigel wolle, jetzt, in dieser Eile, in dieser Hast, in dieser Überhast gehe es nicht, sei es den Kommunen nicht zumutbar.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Was machen Sie denn mit der Gewerbekapitalsteuer, Herr Bütikofer?)

Das müssen Sie doch einmal zur Kenntnis nehmen und quittieren. Das heißt, Sie müssen erst die Probleme lösen und dann einen Schritt vorwärts gehen und dürfen nicht erst einmal irgendwo hingehen und gucken, wie hinterher alles zusammenkracht.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Was machen Sie mit der Gewerbekapitalsteuer? Nichts!)

Ich will ein Letztes sagen; es betrifft noch einmal die Regierung. Ich bin der Meinung, es geht nicht an, daß der Finanzminister und der Staatssekretär im Finanzministerium durch die Lande ziehen und lauthals überall erklären, die Gewerbekapitalsteuer müsse weg, man von der Regierung offiziell aber dazu nichts hört. Am 2. Juni steht das Jahressteuergesetz im Bundesrat zur Abstimmung. Ich möchte gern von einem Vertreter der Regierung, und zwar nicht wieder aufgedröselte nach rot und schwarz und ganz schwarz und ganz rot, sondern von einem Vertreter, der für die Regierung spricht, hören.

(Abg. Drexler SPD: Wer ist denn ganz schwarz?)

wie sich die Regierung zu diesem Vorschlag des Bundestags, zu diesem Vorschlag der Koalition in Bonn stellt, im Jahressteuergesetz die Gewerbekapitalsteuer abzuschaffen und damit einen wesentlichen Teil der Finanzierung der Kommunen in Frage zu stellen und ihre Finanzautonomie einzuschränken. Ich bin der Meinung, die Regierung kann das nicht mittragen. Wir fordern die Regierung auf, das Jahressteuergesetz auch aus diesem Grund im Bundesrat abzulehnen. Dazu sollten Sie Stellung nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Baumhauer.

Staatssekretär Baumhauer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich nehme namens der Landesregierung gern Stellung zum Jahressteuergesetz 1996, wie dies Herr Bütikofer eingefordert hat, und glaube, daß ich da doch einiges zur Erhellung beitragen kann, wie ich es heute vormittag auch beim Einspeisungsgesetz versucht habe.

(Abg. Weyrosta SPD: Fangen Sie nicht schon wieder an! – Abg. Dr. Döring FDP/DVP: „Versucht“ ist richtig!)

Was ist Sache? Sache ist, daß der Bundesfinanzminister ein Jahressteuergesetz 1996 vorgelegt hat, in dem er die relevanten Punkte aufgenommen und versucht hat, mit der Opposition eine Übereinstimmung zu erreichen, weil er die Mehrheit im Bundesrat und nachher im Vermittlungsausschuß braucht.

Deshalb hat er nach Bonn eingeladen. Ich war verschiedentlich dort, der Finanzminister war dort. Wir haben unsere Vorstellungen zur steuerlichen Behandlung des Wohnungsbaus und auch unsere Überlegungen zum Familienlastenausgleich vorgetragen. Der Bundesfinanzminister hat ja gesagt: Ich stelle für den Familienlastenausgleich 6 Milliarden DM zur Verfügung, aber bitte sagt mir, wie ich das im einzelnen im Gesetz ausformulieren soll. Ich bin offen dafür, wie es gemacht wird.

Nun haben sich diese Besprechungen in Bonn in verschiedenen Bereichen sehr schwierig gestaltet, weil dort – das muß man sehen, das ist mein Eindruck – viel Parteipolitik mit im Spiel ist.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Richtig!)

Das hat dazu geführt, daß wir in Bonn mit dem Jahressteuergesetz nicht recht weiterkommen, weil es die dortigen Mehrheitsverhältnisse nicht zulassen

Deshalb hat man folgendes gemacht: Die Bundesregierung hat das Jahressteuergesetz verabschiedet und in die parlamentarische Beratung von Bundesrat und Bundestag gebracht.

Nun hat man gesehen, daß man gerade in der Unternehmensteuerreform – sprich Gewerbesteuer und alle damit zusammenhängenden Fragen – nicht recht vorankommt. Deshalb ist jetzt folgendes Procedere vereinbart: Der Regierungsentwurf wird mit den Punkten, die das Bundesverfassungsgericht für klärungsbedürftig gehalten hat, nämlich der Steuerfreistellung des Existenzminimums und der Verbesserung des Familienleistungsausgleichs, weiterberaten. Davon abgekoppelt ist die Unternehmensteuerreform, die Gewerbesteuer, weil da die Fragen eben noch so offen sind und eine Übereinstimmung in Bonn nicht zu erreichen ist.

Deshalb werden jetzt durch einen Initiativgesetzentwurf der Familienleistungsausgleich und das Existenzminimum behandelt. Im Durchgang im Bundesrat bleibt es, wie Sie angedeutet haben, Herr Bütikofer, bei der Zeiteinteilung. Es wird aber nachher – darüber machen wir uns keine Illusionen – im Vermittlungsausschuß enden.

Die weitere Behandlung des Jahressteuergesetzes mit dem Hauptteil Gewerbesteuer wird etwas hinausgezögert, so daß wir noch etwas Zeit haben für die Beratung, die wir durchführen werden.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Zeitpunkt?)

– Es liegt ein genauer Zeitplan fest. Davon abgekoppelt – das heißt, die Beratung erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt – ist der Teil Gewerbekapitalsteuer, Gewerbesteuer gegen-

(Staatssekretär Baumhauer)

über der Beratung von Existenzminimum und Familienleistungsausgleich.

Wir werden jetzt zum Familienleistungsausgleich und zum Existenzminimum Stellung nehmen müssen. Sie haben ja gelesen, daß wir zu den Tarifen — zwölf sind in Rede — einen baden-württembergischen Vorschlag gemacht haben, und auch beim Familienlastenausgleich sind wir mit unseren Vorstellungen dabei.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Hopmeier: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Weyrosta?

Staatssekretär Baumhauer: Ja, bitte.

Abg. Weyrosta SPD: Herr Staatssekretär, diese Auskunft kann ja nicht reichen. Sie sagen, Sie schieben das noch vor sich her unter Ausklammerung der Gewerbesteuer und der Gewerkekapitalsteuer. In Ihren Köpfen ...

Präsident Dr. Hopmeier: Frage!

Abg. Weyrosta SPD: ... — stellvertretend für die, die in Bonn die Köpfe haben oder nicht haben — müssen ja Vorstellungen sein.

Staatssekretär Baumhauer: Ja, sicher.

Abg. Weyrosta SPD: Dann sagen Sie doch bitte, was Sie mit der Gewerbesteuer und mit der Gewerkekapitalsteuer vorhaben, damit wir wenigstens wissen, auf welchen Kurs Sie gehen.

Staatssekretär Baumhauer: Lieber Herr Kollege Weyrosta, ich weiß um Ihre Ungeduld und weiß Ihr Temperament zu schätzen.

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Aber ich befand mich am Beginn meiner Rede. Daß ich darauf komme, ist ganz selbstverständlich.

Wir haben den Entwurf des Jahressteuergesetzes im Kabinett noch nicht beraten. Vielmehr haben Gespräche mit den kommunalen Landesverbänden stattgefunden, an denen der Herr Innenminister, der Finanzminister und ich beteiligt waren. Wir haben mit den kommunalen Landesverbänden vereinbart, daß wir in Bonn keine Entscheidung mittragen werden, die den Interessen der Kommunen in unserem Land entgegensteht.

Was die Kommunen vorgetragen haben, ist einsichtig. Sie sagen — der Kollege Robert Maus war in seiner Eigenschaft als Präsident des Landkreistags dabei —: Nennt uns einmal die Auswirkungen auf die einzelnen Gemeinden. Deshalb haben wir auch Untersuchungen durchgeführt, wie sich die Gewerkekapitalsteuer auf die Gemeinden auswirkt.

Es ist auch klar, daß die Kommunen die Auswirkungen auf den Finanzausgleich, also auf die vertikale Verteilung, wissen wollen. Wir haben vom Gemeindetag dann eine Reihe von Fragen erhalten, wie dies im einzelnen aussehen könnte und welche Vorstellungen wir haben.

Nun haben wir mit den kommunalen Landesverbänden vereinbart, diese Probleme mit ihnen weiter zu erörtern. Ich sagte bereits, daß man Zeit gewonnen habe. Eine der Forderungen der kommunalen Landesverbände bestand nämlich auch darin, die Gewerbesteuer und die Unternehmensteuer herauszunehmen aus dem Jahressteuergesetz 1996, weil es zu schwierig sei.

Was haben wir getan? Die Finanzministerkonferenz hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Herr Kollege Döring, insoweit sind in ziemlich großem Umfang Materialien, was Vorstellungen zur Gewerbesteuerreform anbelangt, vorhanden. Es gibt 15 Modelle — Revitalisierung der Gewerbesteuer und alle möglichen Modelle mehr. Wir brauchen gegenwärtig keine Enquetekommission über die Möglichkeiten, die es hierzu gibt. Diese hat man bereits ermittelt.

Nun haben wir, hat das Finanzministerium — ich will es einmal eingrenzen — die Vorstellung, daß wir die Gewerkekapitalsteuer abschaffen, die Gewerbeertragsteuer senken und die Kommunen am Aufkommen aus der Umsatzsteuer beteiligen. Deshalb bedauern wir es, daß es in Bonn nicht zu dieser Grundgesetzänderung gekommen ist.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Wer ist „wir“? „Wir“ sind jetzt Sie und Herr Mayer-Vorfelder?)

— „Wir“ ist das Finanzministerium. Wir sind für die Landesregierung zur Zeit an den Gesprächen des Finanzausschusses des Bundesrats beteiligt. Dies muß noch im Kabinett abgestimmt werden

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

und wird schließlich in einer Haltung zum Jahressteuergesetz und zur Unternehmensteuerreform seinen Niederschlag finden.

Wir meinen, daß die Gewerkekapitalsteuer abgeschafft und die Gewerbeertragsteuer mittelstandsfreundlich zumindest gesenkt werden soll. Wir meinen, daß ertragsunabhängige Steuern ein großes Problem für unsere Unternehmen darstellen. Ich brauche dies im einzelnen wohl nicht zu verdeutlichen.

Die andere Frage, die heute im Mittelpunkt steht, ist die, wie sich dies auf das Gemeindefinanzsystem auswirkt. Ich habe bereits gesagt, Herr Bütikofer, daß man durchaus ein Gesamtkonzept anstrebt. Die Gemeinden wollen wissen, wie sich die Gewerbesteuerreform auf die einzelne Gemeinde auswirkt. Wir sind dabei, daß wir die Gemeinden am Aufkommen aus der Umsatzsteuer mit einer Komponente beteiligen, die — Herr Keitel hat es ausgeführt — ein Interesse der Gemeinden an der Ansiedlung von Gewerbe und der Finanzhoheit bekundet, wie man es jetzt bei der Gewerbesteuer hat. Da gibt es auch bestimmte Vorstellungen, wie man dies im einzelnen tun kann.

Die neuen Bundesländer — Sie haben es heute vielleicht in der Presse gelesen — melden sich und sagen, die vorgesehene Verteilung des Aufkommens aus der Umsatzsteuer gehe zu Lasten der neuen Bundesländer, weil die Steuerkraft dort sehr viel schneller zunehme, als man es vermutet habe. Da sind wir mitten drin in der Problematik der Verteilung der Umsatzsteuer.

Unser großes Problem, meine Damen und Herren, ist: Um den Verteilungsschlüssel zu definieren, brauchen wir Daten

(Staatssekretär Baumhauer)

grundlagen. Für uns ist es daher unverständlich — ich muß es einfach sagen —, daß Herr Lafontaine das Steuerstatistikgesetz ablehnt. Im Finanzausschuß des Bundesrats wird das Steuerstatistikgesetz abgelehnt, das wir aber bräuchten, um diesen Schlüssel zu errechnen, wie wir die Umsatzsteuer im einzelnen auf die Gemeinden verteilen. Das ist sehr problematisch. Ich will nun nicht auf Einzelheiten dazu eingehen.

Ich habe noch einen Punkt. Herr Kollege Maurer ist jetzt leider nicht da. Ich muß ihm das nachher noch einmal deutlich sagen. Beim ersten Durchgang des Jahressteuergesetzes im Finanzausschuß des Bundesrats hat die SPD der Verminderung der degressiven Abschreibung von 30 auf 25 % zugestimmt. Dazu hat sie keinen Antrag gestellt. 157 Anträge waren gestellt worden, aber keiner zu einer Abänderung der Verschlechterung der degressiven Abschreibung als Gegenfinanzierung, wie wir dies vorhaben bzw. wie der Bundesfinanzminister dies vorhat.

Wenn das jetzt so stehenbliebe, bedeutete es deshalb, daß durch die Haltung der A-Länder im Bundesrat 5 Milliarden DM zusätzliche Belastung für die Betriebe dazukämen, ohne daß eine Entlastung der Gemeinden vorgenommen würde. Ich gehe davon aus, daß man das vielleicht nicht ganz übersehen hat und deshalb nicht dagegen vorgegangen ist.

Unsere Meinung ist — ich sage das noch einmal sehr deutlich —, daß wir jetzt in dieser Situation weiterkommen müssen, um im Interesse der Gemeinden — da sind wir mit ihnen einig — eine Alternative zu dem vorzubringen, wie sich das derzeitige System der Gewerbesteuer darstellt. Darüber ist noch nicht das letzte Wort gesprochen worden. Daß wir aber die Gemeinden im Blick haben, das ist ganz eindeutig.

Ich möchte meinen Beitrag beenden, weil der Herr Innenminister nachher noch einiges aus der Sicht der Gemeinden zur Gewerbesteuer sagen will. An diese Frage — deshalb habe ich auch versucht, meine Argumentation so aufzubauen — sollten wir parteiübergreifend herangehen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das ist doch nicht parteiübergreifend, was Sie machen!)

denn wenn wir das nicht tun und uns im Bundesrat und dann schließlich im Vermittlungsausschuß gegenseitig blockieren und sowohl das Jahressteuergesetz als auch den Initiativgesetzentwurf aus dem Bundestag nicht beschließen — auch der wird letztlich im Vermittlungsausschuß enden —, dann wird eine große Chance verspielt. Ich habe aber den Eindruck — das ist jetzt meine Meinung als Regierungsmitglied —, daß wir uns in der Landesregierung von Baden-Württemberg in großer Übereinstimmung befinden. Das hat sich auch bei dem Gespräch mit den kommunalen Landesverbänden gezeigt. Ich bin sicher, daß wir eine Lösung finden, die dem Anliegen der Gemeinden gerecht wird, die aber andererseits auch im Interesse des Landes liegt. Diese große Koalition hat ja manchen Nachteil. Sie hat aber auch manchen Vorteil, wenn es um Mehrheiten im Bundesrat geht. Dieser Vorteil ist bei der Beratung des Standortsicherungsgesetzes genutzt worden. Den werden wir bei den anstehenden Beratungen ebenso nutzen. Dann werden wir hoffentlich zu einer Lösung kommen, die hinterher auch vom Landtag einvernehmlich getragen werden kann.

(Beifall bei der CDU — Abg. Weyrosta SPD: Was hat er gesagt?)

Präsident Dr. Hopmeier: Ursprünglich hatte sich Herr Abg. Kurz bei mir gemeldet.

(Abg. Kurz CDU: Ja!)

— Ah, ja. Er liest Zeitung. Er kann das aber aus dem Stand.

(Heiterkeit — Unruhe)

Abg. Kurz CDU: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Wenn ich beim Gemeindefest oder beim Städtfest etwas zu sagen hätte, dann würde ich mir durchaus ernsthaft überlegen, ob ich den Widerstand nicht aufgeben würde.

(Abg. Keitel CDU: So!)

Denn die Bemessungsgrundlage der Zuweisung als Ausgleich aus der Mehrwertsteuer wird das Aufkommen der Gewerbesteuer aus dem Jahr 1992 sein. Damals war dieses Aufkommen am höchsten.

(Abg. Keitel CDU: Die wissen das! Rechnen Sie das einmal aus! Das ist ein Segen für euch!)

Dagegen habe ich bei der Kompensation schon etwas zwiespältige Gefühle. Die Zielvorstellung lautet: Aufkommensneutralität! Dies wird über eine verminderte degressive Abschreibung erreicht. Es werden also all diejenigen Unternehmen, die investieren — das ist übrigens ein völlig falsches Signal für diejenigen, die zur Investition bereit sind — und im Augenblick noch keine Gewerbesteuer bezahlen, in der Zukunft bei den Zahlern sein.

(Abg. Keitel CDU: Das ist das Problem! Ja! Das ist unstrittig!)

Dazu gibt es jetzt einen sehr interessanten Vorschlag von Professor Pinger MdB und auch von Falthäuser MdB, der besagt: Um einen Ausgleich über die Gewerbesteuer vom Ertrag zu finden, soll dort der Freibetrag von 48 000 DM auf 96 000 DM erhöht werden.

(Abg. Keitel CDU: Sehr gut! Sehr richtig!)

Wenn dies noch kommt, dann, meine ich, gibt es kein Argument mehr gegen diese Unternehmensteuerreform.

(Beifall des Abg. Keitel CDU)

Wir müssen uns über eines im klaren sein: Der erste große Fortschritt ist, daß überhaupt über Sinn, Aufgabe und Auswirkung der Gewerbesteuer diskutiert wird. Wenn wir zunächst auch keine Verminderung der Belastung für unsere Unternehmen erreichen, so ist die Veränderung der Struktur schon ein wünschenswerter Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall des Abg. Keitel CDU)

Allein dieser Schritt zur Strukturverbesserung unserer Unternehmensteuern ist immens viel wert und sichert den Standort Bundesrepublik Deutschland, sichert Arbeitsplätze und stabilisiert den Wettbewerb.

(Beifall bei der CDU — Abg. Veigel FDP, DVP, Ein kleiner Schritt!)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Döring.

Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Noch einmal, weil es hier hieß, wir hätten die Interessen der Kommunen nicht im Auge. Das ist natürlich Unsinn, Herr Kollege Bütikofer. Deshalb hatte ich ja mehrfach davon gesprochen, daß wir allergrößten Wert darauf legen, daß es zu einer vollen Kompensation kommt, wie das auch festgelegt ist. Dies wird von uns erwartet. Wenn das nicht kommt, wird es keine Zustimmung geben. Das ist ganz einfach. Diese volle Kompensation muß sein.

(Beifall des Abg. Veigel FDP/DVP)

Sieben unserer acht Abgeordneten sind kommunalpolitisch verankert. Deswegen können Sie davon ausgehen, daß wir das kommunalpolitische Interesse sehr wohl im Auge haben.

Entschieden wehren möchte ich mich gegen Vorstellungen, die hier angeklungen sind, man sollte die Gewerbesteuer auch noch ausdehnen. Das geht ja völlig daneben. Es kann ja wohl nicht sein, daß wir über eine Reform der Gewerbesteuer und der Gewerbekapitalsteuer diskutieren und das Ergebnis ist, daß zur Gewerbesteuer noch mehr herangezogen werden.

(Abg. Hackl GRÜNE: Warum nicht?)

Das wird es unter keinen Umständen geben.

Jetzt will ich etwas zu Ihrer Aussage, das sei allein ein Thema für die Großen, anführen. Das stimmt natürlich überhaupt nicht.

(Abg. Keitel CDU: Nicht?)

Allein in Westdeutschland zahlen 350 000 Betriebe Gewerbekapitalsteuer. Sie können doch nicht sagen, wir hätten 350 000 Großbetriebe, die wir durch die Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer entlasten wollten. Nein, davon würden auch viele mittelständische und Handwerksbetriebe profitieren. Deshalb muß das auch gemacht werden, weil die mit davon profitieren, wenn es zu den angesprochenen Reformen kommt.

Kollege Kurz, ich habe es Ihnen gerade gesagt gehabt: Bei der Anhörung im Finanzausschuß des Deutschen Bundestags haben sich alle Verbände des Mittelstandes — alle Verbände des Mittelstandes — entschieden gegen die Behauptung verwahrt, das Jahressteuergesetz führe durch die Gegenfinanzierung zu einer Belastung solcher mittelständischen Unternehmen, die keine Gewerbekapitalsteuer zahlten. Vielmehr führten die Erhöhung des Freibetrags der Gewerbeertragsteuer, die Einführung eines zusätzlichen Freibetrags für Personengesellschaften und die Verbesserung der Ansparabschreibungen auch unter Berücksichtigung der Gegenfinanzierung zu einer deutlichen Entlastung auch der mittelständischen Betriebe, die keine Gewerbekapitalsteuer zahlten.

Sowohl HDE als auch ZDH verwiesen auf Modellrechnungen für repräsentative Unternehmen aus ihrem Bereich. Selbst Betriebe, die keine Gewerbekapitalsteuer zahlen, wären danach per Saldo entlastet, da kleinere Unternehmen nicht jedes Jahr größere Beträge investieren und deshalb von der Senkung der degressiven Abschreibung weniger betrof-

fen sind als Großunternehmen. Das nur deshalb, weil es vorhin hier völlig falsch dargestellt worden ist.

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks zum Beispiel wies ferner darauf hin, daß zirka 12 bis 15 % der Handwerksbetriebe Gewerbekapitalsteuer und zirka 45 % Gewerbeertragsteuer zahlen. Insgesamt führe das Jahressteuergesetz auch unter Berücksichtigung der Gegenfinanzierung — dick unterstrichen: auch unter Berücksichtigung der Gegenfinanzierung — zu einer Entlastung des Handwerks in Höhe von zirka 600 Millionen DM jährlich. Das ist doch ein Wort. Da kann ich doch hier nicht hergehen und sagen, die Gegenfinanzierung bringe ausschließlich eine Belastung und führe sogar eine Überkompensation herbei.

(Abg. Kurz CDU: Wie würden Sie sich erklären — —? — Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Hopmeier: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Kurz?

Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Nein, ich möchte meine Ausführungen zur Anhörung des Finanzausschusses im Deutschen Bundestag zu Ende führen.

Durch die Gegenfinanzierung würden die Unternehmen am stärksten belastet, die durch Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer auch am stärksten entlastet würden. Infolge des unregelmäßigen Investitionsvolumens und der aufgrund des technischen Fortschritts immer geringer werdenden Nutzungsdauer der Wirtschaftsgüter spiele die degressive Abschreibung für den Mittelstand eine immer geringere Rolle. Die Entlastungen seien deshalb per Saldo selbst bei solchen Unternehmen wesentlich höher, die keine Gewerbekapitalsteuer zahlten.

Auch die ASU bestätigte die Stellungnahme, daß das Jahressteuergesetz den Mittelstand nicht benachteilige.

Interessant war natürlich, Kollege Bütikofer — Ihnen war das doch offensichtlich völlig egal und kein Argument wert —, daß Sie großzügig darüber hinweggingen, daß die Gewerbekapitalsteuer, wenn sie hier bleibt, ab dem 1. Januar 1996 in den neuen Bundesländern eingeführt werden muß. Dann müssen Sie Hunderte von Leuten rüberschicken, die die Einheitswerte feststellen und festlegen müssen, worauf überhaupt Gewerbekapitalsteuer bezahlt werden soll. Das kann ja wohl nicht die Lösung sein.

Darum eilt es in der Tat. Es ist nicht so, daß wir da noch jede Menge Zeit haben, sondern es eilt, daß wir zu einem Ergebnis kommen, das auf der einen Seite die negativen Standortfaktoren der Lohnsteuerentlastung vermindert und auf der anderen Seite die berechtigten Interessen der Kommunen in vollem Umfang berücksichtigt.

(Beifall bei der FDP/DVP — Minister Dr. Spöri erhebt sich, um zum Rednerpult zu gehen.)

Präsident Dr. Hopmeier: Die Regierung muß sich einig werden. — Ich habe schon eine Wortmeldung des Herrn Innenministers vorliegen.

Innenminister Birzele: Ich lasse dem Herrn Wirtschaftsminister den Vortritt.

Präsident Dr. Hopmeier: Gut, dann hat der Herr Wirtschaftsminister das Wort. Die Regierung kann jederzeit das Wort nehmen. — Bitte.

Wirtschaftsminister Dr. Spöri: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kollege Döring hat gerade eben einige Behauptungen über die Auswirkungen der Abschaffung der Gewerkekaptalsteuer und die Auswirkungen der geplanten Veränderungen im Bereich der Gewerbeertragsteuer aufgestellt. Das hat mich veranlaßt, mich deshalb hier zum Wort zu melden, weil das Wirtschaftsministerium von Baden-Württemberg für dieses Land eine Vollanalyse auf der Basis der Zahlen des Jahres 1993 durchgeführt hat, ausgehend vom Gesetzentwurf der Bundesregierung im Bereich Gewerkekaptalsteuer und Gewerbeertragsteuer.

(Abg. Keitel CDU: Die sollen die neuesten Zahlen nehmen!)

— Ach, wissen Sie, Herr Dr. Keitel,

(Abg. Keitel CDU: Ich bin nicht Doktor!)

wenn Sie die Statistik kennen, dann wissen Sie, daß das die neuesten Zahlen überhaupt sind, die wir zur Verfügung haben. Was strukturelle Wirkungen anlangt, so sind sie bestimmt repräsentativ, und strukturelle Wirkungen haben sich bestimmt nicht verändert.

(Abg. Keitel CDU: Akzeptiert!)

Meine Damen und Herren, die Ergebnisse dieser neuen Untersuchung — und ich nenne hier zum ersten Mal die Zahlen, die sich aus dieser Untersuchung ergeben — sehen wie folgt aus: Wenn man vom Gesetzentwurf der Bundesregierung ausgeht, wirkt die Abschaffung der Gewerkekaptalsteuer so, daß 85 % des Entlastungsvolumens auf Großbetriebe entfallen. Das heißt, lediglich 8 % der baden-württembergischen Unternehmen erhalten diese 85 % des Entlastungsvolumens aus der Abschaffung der Gewerkekaptalsteuer. Die restlichen 92 % der Unternehmen in Baden-Württemberg erhalten von der Abschaffung der Gewerkekaptalsteuer nur 15 % des Entlastungsvolumens. Dies ergibt eine Untersuchung des Instituts für angewandte Wirtschaftswissenschaften in Tübingen.

Ich komme zum zweiten Punkt, den Kollege Döring vorhin angesprochen hat. Er hat ja auch noch darauf hingewiesen, daß einige andere Operationen vorgenommen werden, daß die Staffelschritte bei der Gewerbeertragsteuer von 24 000 DM auf 30 000 DM ausgedehnt werden sollen, daß weiterhin die Senkung der Meßzahl bei der Gewerbeertragsteuer um 10 % vorgesehen ist. Dies alles ist bei dieser Untersuchung auch berücksichtigt worden.

Es hat sich aber gezeigt, Herr Kollege Döring, daß dieses den negativen strukturellen Effekt zwischen den Unternehmen, was das Entlastungsvolumen anbelangt, nicht entscheidend korrigiert. Das heißt, auch das, was bei der Gewerbeertragsteuer an gesetzlicher Veränderung vorgesehen ist, wirkt so, daß 66 % des damit verbundenen Entlastungsvolumens auf die Großbetriebe in Baden-Württemberg entfallen und nur 34 % auf kleine und mittlere Unternehmen.

Das ist die aktuellste Untersuchung im Bundesland Baden-Württemberg, Herr Kollege Döring; die Wirkung ist — völ-

lig unpolemisch, das habe nicht ich gerechnet —, daß dies das glatte Gegenteil von mittelstandsorientierter Steuerpolitik ist. Ich unterstelle nicht die Absicht, aber Sie müßten sich aufgrund dieser strukturellen Verzerrung, aufgrund der Tatsache, daß dieses Institut für Baden-Württemberg ermittelt hat, daß zirka 20 % der Entlastungsmasse aus der Abschaffung der Gewerkekaptalsteuer bei Banken und Versicherungslandet und daß das die kleinen und mittleren Produktionsbetriebe, die ohnehin in einer gnadenlosen internationalen Kostenkonkurrenzsituation stehen, über eine Verschlechterung ihrer Abschreibungsbedingungen zu zahlen haben, noch einmal die mittelstandspolitische Wirkung dieses Gesetzentwurfes überlegen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich befinde mich in engem Kontakt mit dem Finanzminister. Wir beide sind der Meinung, daß die Tatsache, daß genaue Statistiken nicht vorliegen, um präzise einen Umsatzsteueranteil berechnen zu können, aus heutiger Sicht ein Riesenproblem ist. Wir sind aber der Ansicht, daß eine Fortführung der Unternehmensteuerreform, die wir von Baden-Württemberg aus im Jahr 1993 angestoßen haben, aufgrund der Situation der Unternehmen, aufgrund der Direktinvestitionen notwendig ist. Es gibt in der Bundesrepublik Deutschland viel zuwenig Direktinvestitionen. Es gibt ein krasses Mißverhältnis zwischen ausländischen Direktinvestitionen unserer Anleger und umgekehrt hereinströmenden Investitionen.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Richtig!)

Wir sind der Auffassung, daß ein Kompromißweg gesucht werden muß, damit wir in der Frage der Unternehmensteuerreform nicht im Bundesrat und im Bundestag blockieren. Deswegen sehe ich persönlich nur den Ausweg — hier befinden wir uns in einem Diskussionsprozeß —, mit der Grundmaxime fortzufahren: Steuersätze herunter, Bemessungsgrundlage verbreitern, Steuersätze herunter für alle Unternehmen, für die großen, die kleinen und die mittleren. Das wäre ein gleichmäßigerer Entlastungseffekt.

Zum Verfahren kann ich nur eines sagen.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Was heißt „verbreitern“?)

— Bemessungsgrundlage. Das heißt: Ausnahmetatbestände, Vergünstigungen abschaffen. Darüber kann man auch diskutieren. Verstehen Sie mich? Zum Beispiel ist die Verringerung der Vergünstigung bei der degressiven Abschreibung beim beweglichen Anlagevermögen dann als Finanzierung diskutabel — was ja im Entwurf vorgesehen ist —, wenn diese Entlastung überall gleichmäßig landet. Das heißt, bei einem gleichmäßigen Entlastungseffekt über alle Unternehmen hinweg — wenn die kleinen und mittleren Unternehmen bei der Entlastung auch mitfahren — kann man diese Art der Finanzierungsform akzeptieren.

Meine Damen und Herren, das Verfahren ist folgendes. Sie sehen, die Landesregierung befindet sich — auch in Arbeitsgruppen — mitten in Diskussionen. Das ist völlig natürlich und völlig verständlich. Sie sehen hier die Unterschiede, die präsentiert worden sind. Es bleibt nur eines — da kann ich dem Kollegen Bütikofer eine Antwort geben —: Entweder

(Minister Dr. Spörl)

wir finden einen Konsens – ich habe ja eine Möglichkeit aufgezeigt –, die Unternehmensteuerreform aufkommensneutral mit sinnvollen mittelstandsfreundlichen Effekten fortzuführen. Wenn dieser Konsens in der Regierung nicht gefunden wird, wird diese Regierung diesem Gesetzentwurf aufgrund der Regel, die wir in der Koalitionsvereinbarung haben, im Bundesrat nicht zustimmen, sondern sich der Stimme enthalten.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bütikofer.

Abg. Bütikofer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe nur ein paar Minuten, aber nach den beredten Zahlen, die der Herr Wirtschaftsminister hier genannt hat, für die ich ihm danke, würde ich gerne eine, zwei Minuten an Herrn Döring abtreten, damit er nachher noch einmal herauskommen und sagen kann: „Entschuldigung, das habe ich nicht gewußt. Ich werde es mir noch einmal besser überlegen.“

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Haben Sie es gewußt? – Abg. Schrempf SPD: Die Frage ist: Was weiß der schon?)

Die Zahlen, die hier vorgelegt worden sind, bekräftigen das, was in der Debatte von mir, aber auch von anderen gesagt worden ist, daß hier eine Schiefelage in der Verteilungswirkung existiert, die so nicht akzeptiert werden kann. Herr Kurz, ich habe Sie vorhin so verstanden, daß auch Sie der Meinung sind, daß man entschieden hierauf achten muß. Ich würde mir wünschen, daß Sie dies auch mit Nachdruck in Ihrer Fraktion vertreten.

Ich möchte ein Zweites sagen: Herr Staatssekretär Baumhauer, ich bin unzufrieden mit dem, was Sie hier vorgetragen haben. Sie haben – das bewundere ich seit langem – eine hohe Kunst entwickelt, mit sehr viel Freundlichkeit Unverbindlichkeiten im Parlament zum besten zu geben. Ich bin schon in Kenntnis dessen gewesen, daß Sie an einer Alternative arbeiten. Aber es würde mich eben interessieren, wie, nach welchen Grundsätzen, wo es hingehen soll. Dazu haben Sie sich leider sehr unpräzise ausgedrückt. Vielleicht können Sie das nachbessern.

Wenn Sie zum Beispiel sagen, Sie wollten diese Umsatzsteuersatzlösung – so nenne ich das einmal –, würde mich interessieren: Wie soll denn nach Ihrer Vorstellung die Umsatzsteuerverteilung auf die Kommunen geregelt werden, nach welchen Gesichtspunkten? Wie stark soll da zum Beispiel der Anwohnerfaktor eine Rolle spielen? Welche anderen Faktoren wollen Sie? Nennen Sie doch ein paar Grundsätze, damit man hier politisch diskutieren kann.

Wenn wir sagen, daß wir die Regierung bei diesem Handeln kontrollieren wollen, dann bedeutet das nicht, daß wir von der Regierung ständig eine Wasserstandsmeldung nach dem Motto „es steigt oder es fällt“ haben wollen, sondern wir wollen auch wissen, wie der Stand im Moment ist. Wo seid ihr mit eurer Arbeit? Wie weit seid ihr gekommen? Müssen

wir euch sagen: „Geht weiter in diese Richtung oder lieber in eine andere“? Das ist doch das, was vernünftig wäre.

(Beifall des Abg. Krieg GRÜNE)

Ein Drittes: Sie, Herr Baumhauer, haben keine Antwort auf die meines Erachtens sehr einfache Frage gegeben, warum Sie nicht bereit sind, dem Vorschlag des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen zu folgen und zu sagen: „Wir machen diese Wertschöpfungssteuer“.

Der Herr Wirtschaftsminister hat eben zwei grundlegende Gesichtspunkte genannt, die man meines Erachtens nur teilen kann: Steuersätze runter und Bemessungsgrundlage verbreitern. Das diskutieren wir ja zum Beispiel auch im Einkommensteuerbereich. Dieses Prinzip hat ja auch etwas mit Steuervereinfachung zu tun. Der Vorschlag der Wertschöpfungssteuer würde genau dem entsprechen. Es ist ein Vorschlag, der in der Vergangenheit auch von den Kommunen wohlgefällig aufgenommen worden ist. Warum nicht? Herr Baumhauer, führen Sie doch einmal ein Argument dafür an. Sagen Sie doch nicht nur: „Wir schaffen an etwas“.

Mich würde auch interessieren, wie aus Ihrer Sicht – der Herr Wirtschaftsminister hat von seiner Sicht gesprochen – eine eigene Lösung dieser großen Koalition von Baden-Württemberg aussehen könnte. Geben Sie, wenn Sie schon von „parteiübergreifend“ reden, einmal ein bißchen Butter bei die Fische.

Ein letzter Punkt: Ich will noch etwas zum Sinn der Gewerbesteuer sagen. Manchmal habe ich den Eindruck, daß hier – von seiten bestimmter Teile der Wirtschaft – schief diskutiert wird. Der Sinn der Gewerbesteuer hat etwas mit dem investiven Verhalten der Kommunen zu tun, die Rahmenbedingungen für das örtliche Gewerbe schaffen.

(Abg. Keitel CDU: Das ist eine einzige Bestrafung!)

Ich meine, die Industrie, die Wirtschaft wird, wenn sie nachdenkt, nicht darum herumkommen – wir hatten dazu eine Anhörung; in ihr hat Herr Wolf vom LVI dies im Prinzip auch gesagt –, einzugestehen, daß die Wirtschaft eben ein Stück weit – lokal bezogen – an der Finanzierung zu beteiligen ist. Man kann sich vielleicht, wenn man Verbandsfunktionär ist, wenn man Ideologe ist, auf den Standpunkt stellen, daß Unternehmensteuer nur dann anfallen sollte, wenn es Gewinne gibt. Aber nach diesem Prinzip könnte ich auch sagen: Ich zahle nur noch Einkommensteuer, wenn ich eine Lohnerhöhung bekommen habe – oder so.

(Abg. Keitel CDU: Aber doch nicht aufgrund von Fremdkapital!)

Diesen Standpunkt vertritt doch kein Mensch. Daß man Unternehmensteuer bezahlt, um nach dem Prinzip der Äquivalenz zur Finanzierung kommunaler Investitionen

(Abg. Keitel CDU: Aufgrund von Fremdkapital?)

im Interesse des Gewerbes beizutragen, das war eigentlich das Grundverständnis derer, die einmal die Gewerbesteuer erfunden haben.

(Abg. Keitel CDU: Das ist schlicht eine Strafsteuer!)

(Bütikofer)

Das war vernünftig so, und es muß insoweit immer ein Stück ertragsunabhängig sein.

(Abg. Kurz CDU: Die Mehrwertsteuer wäre es!)

Deswegen möchte ich diejenigen, die jetzt allzusehr in eine Richtung marschieren und in Gefahr sind, ideologisch zu werden, warnen. Ich bitte Sie, sich daran zu erinnern: War das nicht einmal vernünftig? Es war vernünftig. Aber wir müssen es nicht lassen, wie es ist – das sage ich ja nicht –, sondern wir müssen es in eine Richtung reformieren, wie es wieder vernünftig werden kann. Darum möchte ich Sie bitten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rapp.

Abg. Rapp REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte noch zu zwei Aussagen Stellung nehmen.

Zum einen geht es um die Aussage des Wirtschaftsministers, 66 % aller Gewerbesteuerereinnahmen kämen von Großbetrieben und 34 % von Kleinbetrieben.

Ich muß Ihnen, Herr Wirtschaftsminister, schon sagen: Mir ist es im Prinzip völlig egal, woher die Einnahmen kommen. Ich will Arbeitsplätze. Jede Arbeitsplatzverhinderungssteuer möchte ich weghaben.

(Beifall bei den Republikanern)

Ob sich dies am Schluß auf Arbeitsplätze in Großbetrieben oder in Kleinbetrieben auswirkt, ist mir dabei völlig egal.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich will, daß wir hier Vollbeschäftigung haben, sonst nichts.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Renz GRÜNE: Sagen Sie mal etwas zum Wie!)

Ich möchte auch noch ein Wort zur Gewerbesteuer sagen. Ich vermute, viele hier im Hause sind sich überhaupt nicht darüber im klaren, daß sich gar nicht mehr jeder Bürgermeister über Gewerbesteuerereinnahmen freuen kann. Mancher Bürgermeister wäre froh, wenn er am Umsatz beteiligt wäre, denn Umsatz muß es wohl immer geben. Aber daß alle Firmen in seiner Gemeinde Gewinne erzielen und derzeit nicht in roten Zahlen arbeiten und überhaupt keinen Firmengewinn haben, ist ja nicht sicher. Diejenigen von Ihnen, meine Damen und Herren, die sich die Mühe gemacht haben, die Leute draußen auf dem Land einmal anzusprechen, haben festgestellt, daß es die eine oder die andere Gemeinde gibt, die keine Gewerbesteuerereinnahmen mehr hat. Der geht es deshalb sehr schlecht. Wenn sie über den Topf der Umsatzsteuer eine Beteiligung hätte, dann wäre das kein solches Zitterspiel. Dann würde es den Gemeinden auch besser gehen.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Keitel CDU: Wo er recht hat, hat er recht!)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich dem Herrn Innenminister.

Innenminister Birzele: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch wenige Bemerkungen aus der Sicht der Kommunen zu dem angesprochenen Thema machen.

Vorab will ich aber, Herr Bütikofer, auf Ihr Argument entgegen, daß diese vorgeschlagene Wertschöpfungssteuer zu insgesamt höheren Belastungen führen würde, infolgedessen – jedenfalls nach der bisherigen Ausgestaltung des Vorschlags – gerade das Gegenteil bewirken und die Standortfaktoren in der Bundesrepublik nicht verbessern, sondern verschlechtern würde.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Wieso denn?)

Infolgedessen ist dieser Vorschlag abgelehnt worden. Es sind Elemente daraus übernommen worden, was die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage betrifft.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das ist überhaupt nicht plausibel!)

Herr Abg. Rapp, Ihre Argumentation würde zutreffen, wenn es nur darum ginge, die Gewerbesteuer abzuschaffen. Aber was Sie nicht berücksichtigt haben, ist die Frage der Gegenfinanzierung. Dazu hat ja vorhin der Wirtschaftsminister die Zahlen in Baden-Württemberg aufgezeigt.

(Abg. Keitel CDU: Vorübergehend richtig!)

Das würde Sie ganz persönlich belasten. Sie hätten von der Abschaffung nichts oder wenig, müßten aber über die Gegenfinanzierung durch Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen eine höhere Belastung tragen. Das kann nicht sinnvoll sein, denn die Auswirkungen – das haben ja die Zahlen des Wirtschaftsministeriums ergeben – für Baden-Württemberg sind mittelstandsfeindlich.

(Abg. Keitel CDU: Das ist der strukturelle Einstieg!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht nicht darum, eine Finanzreform zu verhindern, sondern es geht darum, die notwendige Sicherheit über die Auswirkungen einer Finanzreform zu haben. Die kommunalen Landesverbände haben bei dem Gespräch mit dem Ministerpräsidenten – der Präsident des Landkreistages, der Kollege Dr. Maus, kann dies bestätigen – vorgetragen, daß es nicht nur um die Frage der Gewerbesteuer gehe, sondern daß richtigerweise eine Gesamtkonzeption bezüglich der kommunalen Finanzausstattung vorgelegt werden müsse. Sie haben darauf hingewiesen, daß außer der Reduktion der Gewerbesteuer um geschätzte 8 Milliarden DM die Kommunen auch belastet werden durch die absehbare Kürzung bei der Einkommensteuer mit gut 16 Milliarden DM und beim Familienlastenausgleich mit etwa 6 Milliarden DM, ferner, daß im Bereich der Grundsteuer ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Einheitsbewertung zu erwarten ist. Es wäre deshalb richtig und vernünftig, nicht nur den Bereich Unternehmensteuerreform ins Blickfeld zu nehmen, sondern dabei auch eine langfristige Sicherung der Kommunalfinanzen mit voranzutreiben.

Es sind Vorschläge vorgelegt worden, wie die Ausfälle kurzfristig global aufgefangen werden sollen. Langfristig gibt es

(Minister Birzele)

diese Sicherheit nicht. Ich zitiere aus dem Gemeindefinanzbericht 1995 des Deutschen Städtetags. Da heißt es:

Auch wenn angekündigt wird . . ., für eine Übergangszeit einen vollen Ausgleich der Gewerbesteuerverluste sicherzustellen . . ., ist es einfach nicht vermittelbar, daß auf einen Großteil der wichtigsten Steuerquelle der Städte und Gemeinden verzichtet werden soll, ohne zu wissen, wie der Ausgleich endgültig und tatsächlich dann im Jahre 2000 aussehen wird.

Ein weiteres Problem kommt hinzu.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Hopmeier: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Bütikofer?

Innenminister Birzele: Bitte.

Abg. Bütikofer GRÜNE: Herr Minister, bezogen gerade auf Ihre letzte Ausführung: Wie könnte denn theoretisch Ihrer Meinung nach eine solche Gewähr für die Gemeinden, wenn man einmal eine Grundgesetzänderung vollzogen hat, dargestellt werden?

Innenminister Birzele: Das ist ja der streitige Punkt. Ich persönlich trete dafür ein, daß man eine Grundgesetzänderung erst dann vornimmt, wenn Sicherheit über die langfristigen Auswirkungen besteht; denn etwas aufzugeben, ohne genau zu wissen, was man dafür erhält, halte ich nicht für sinnvoll.

(Abg. Weimer SPD: So ist es! Genau!)

Das ist auch — jedenfalls hier im Land — bisher die Einstellung der kommunalen Landesverbände.

Ich möchte aber noch auf einen weiteren Aspekt hinweisen. Wenn der Ausgleich auch global hergestellt ist, stellt sich natürlich für die einzelnen Städte und Gemeinden das Problem, wie sich der Ausgleich vor Ort ganz konkret auswirkt. Da möchte ich Sie an eine Operation aus der Zeit der sozialliberalen Koalition in der Vergangenheit erinnern. Damals ist auf Druck der FDP die Lohnsummensteuer abgeschafft worden. Dies hat damals für die Gemeinden in Baden-Württemberg ein Plus von 400 Millionen DM gebracht, wobei sich das Land gleichzeitig mit bedient hat. Für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen hat es riesige Verwerfungen mit sich gebracht, weil der Ausgleich in den einzelnen Kommunen so nicht hergestellt werden konnte. Daher rühren strukturell ganz erhebliche Finanzierungsprobleme.

Deshalb brauchen wir nicht nur Sicherheit, was global langfristig den Ausgleich betrifft, sondern wir benötigen präzisere Zahlen, um auch die Auswirkungen auf die einzelnen Kommunen beurteilen zu können. Es kann nicht sein, daß der Ausgleich nur global hergestellt wird, sondern die einzelnen Kommunen brauchen auch für ihre weitere Planung Finanzierungssicherheit.

Lassen Sie mich noch auf einen zweiten Punkt hinweisen. Die Kommunen sagen zu Recht, daß sie momentan bei der gegenwärtigen Gewerbesteuer über das Hebesatzrecht die Möglichkeit haben, kommunal zu entscheiden, wie die Finanzierung vor Ort sichergestellt werden soll. Bisher gibt es keine Vorschläge, wie ein kommunales Hebesatzrecht ver-

nünftig entwickelt und realisiert werden kann, damit diese kommunale Entscheidungs- und Gestaltungsfreiheit auch weiterhin gegeben ist.

Der dritte Punkt, auf den ich hinweisen möchte, ist: Es muß gesichert sein, daß die Kommunen nach wie vor langfristige Interesse an der Ansiedlung von Gewerbe haben. Es muß der Zusammenhang zwischen den Erträgen und der Ansiedlungspolitik hergestellt werden. Ansonsten werden Sie überhaupt nirgends mehr Gewerbe ansiedeln können, schon gar nicht Gewerbe, das mit Emissionen verbunden ist, wenn in der Kommune nicht Vorteile mit den Belastungen einhergehen.

Das ist auch eine Zielsetzung der Industrie. Sie merken, daß es in der Debatte eine gewisse Umorientierung gibt, daß auch die Industrie erkennt, daß es auch in ihrem Interesse und nicht nur im kommunalen Interesse liegt, Sicherheit darüber zu haben, was an die Stelle der Gewerbesteuer tritt, damit das kommunale Interesse an Ansiedlung von Gewerbe auch weiterhin besteht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU)

Präsident Dr. Hopmeier: Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Die Aktuelle Debatte ist damit beendet.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der CDU mit der Antwort der Landesregierung — Weiterentwicklung der Bauindustrie und der Bauwirtschaft — Drucksachen 11/3130, 11/3606

Das Präsidium hat hier folgende Redezeiten festgelegt: für die Besprechung der Großen Anfrage 5 Minuten je Fraktion, für das Schlußwort 5 Minuten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kurz.

Abg. Kurz CDU: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Wir unterhalten uns hier in diesem Hohen Hause in steter Regelmäßigkeit über die Situation der Bauwirtschaft. Mein Kontrahent, der Kollege Weyrosta, nickt bereits zustimmend.

Der Antrag unserer Fraktion wurde bereits am 14. März 1994 beantwortet. In der Zwischenzeit ging ein Jahr mit steten Veränderungen ins Land. Mittlerweile gibt es von verschiedenen wirtschaftswissenschaftlichen Instituten eine Aussage über die Entwicklung der Bauwirtschaft, insbesondere über die nächsten zehn Jahre hinweg.

Heute ist die Bauwirtschaft immer noch ein maßgebender Faktor unserer Binnenkonjunktur. Sie trägt mit ihren 180 000 Beschäftigten hier in Baden-Württemberg wesentlich zur Stabilität und zur Stärkung der Binnennachfrage bei.

In den nächsten zehn Jahren — so alle Prognosen — wird sich ein vermindertes Wachstum einstellen. Es wird sich aber auch eine höhere Produktivität einstellen. Damit werden zusätzlich Arbeitsplätze frei. Auch die Bauwirtschaft ist also von dieser Welle der Konzentration, von einem höheren Grad an Rationalisierung nicht frei. Der Wettbewerb wird härter, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen.

(Kurz)

Wir haben im Vergleich zum letzten Jahr einen deutlichen Abschwung. Dies ist jetzt noch die Auswirkung der konjunkturellen Situation, auch der strukturellen Bereinigung. Ich habe da einige Zahlen, die schon aufhorchen lassen. Die geleisteten Arbeitsstunden gingen innerhalb eines Jahres, von Februar 1994 bis Februar 1995, im Wohnungsbau um 7,5 % zurück, im Straßenbau um 10,9 %, im gewerblichen Hochbau um 2,7 %. Die Auftragseingänge gingen im Wohnungsbau um 9,7 % zurück, im Wirtschaftsbau um 11,8 %, bei den öffentlichen Vergaben um 9,5 % — dies wirkt sich real mit einem um 10,5 % geringeren Auftragsvolumen aus —, im Tiefbau sehr drastisch, nämlich um mehr als 20 %. Es ist daher zu prüfen, inwieweit die öffentliche Hand durch antizyklisches — wie auch in früheren Zeiten — Verhalten einen Beitrag zur Stabilisierung der Lage leisten kann. Daher werden wir uns, Herr Kollege Weyrosta, in den kommenden Jahren sehr wohl darüber unterhalten müssen, inwieweit staatliche Auftragsvergabe zu einer besseren Kontinuität und Auslastung der Kapazitäten bei der Bauwirtschaft beiträgt.

(Abg. Köder SPD: Ein altes Thema!)

— Ein sehr altes Thema, Herr Köder. Wir haben uns immer wieder darüber unterhalten, aber, man muß auch sagen, nicht völlig erfolglos.

Ich möchte in dieser Debatte noch zwei Punkte ansprechen. Ich möchte eine Sorge zum Ausdruck bringen, die die Bauunternehmen, insbesondere die mittelständischen Betriebe, hier im Lande Baden-Württemberg zunehmend bedrückt. Es geht um die Auftragsvergabe beim Land Baden-Württemberg. Die öffentliche Hand greift zunehmend zu Investorenmodellen und bedient sich mehr und mehr großer Generalunternehmer. Das bewirkt, daß unser Mittelstandsfördergesetz — das haben wir früher ja einmal unter Schmerzen geboren —, daß diese Richtlinien zur Förderung des Mittelstands weitgehend außer Kraft gesetzt werden. Ich appelliere an die Landesregierung, bei Vergaben diese Richtlinien künftig stärker zu beachten. Wir haben nichts gegen Investorenmodelle, und wir haben auch nichts gegen die Vergabe an Generalunternehmer. Aber es muß die Gewähr dafür gegeben werden, daß der Wettbewerb unter denjenigen, die dann am Bau tätig sind, noch aufrechterhalten bleibt und daß sich kleinere Unternehmen an diesem Wettbewerb beteiligen können.

Was uns im Augenblick große Sorgen bereitet, sind die Werkvertragsarbeiter, die in der Bundesrepublik, aber auch bei uns in Baden-Württemberg zunehmend tätig werden. Es erfüllt uns schon mit Sorge, was sich in diesem Bereich abspielt. Es sind zunehmend englische Unternehmer, portugiesische Unternehmer, die sich aber auch Arbeitnehmer aus den Ostblockstaaten bedienen und hier zu Dumpingpreisen antreten. Die verfassungsrechtlich garantierte Tarifautonomie der Sozialpartner wird auf diese Weise außer Kraft gesetzt.

Der Punkt ist, daß wir Arbeitnehmer in sogenannten sozial geschützten Arbeitsverhältnissen bei uns gar nicht mehr schützen können. Der Wettbewerb zwingt viele Unternehmen, langjährige Mitarbeiter zu entlassen, um überhaupt noch an Aufträge zu kommen, und die Arbeit dann von derartigen billigen Baukolonnen verrichten zu lassen. Das, meine ich, muß so rasch wie möglich aufhören. Die Entsen-

derichtlinie muß, wenn es nicht gelingt, sie auf europäischer Ebene umzusetzen, auf nationaler Ebene eingeführt werden. Frankreich und die Benelux-Staaten geben uns Beispiele dafür. Wir können nicht als die aufrechten Europäer in die Geschichte eingehen, dabei aber unsere Arbeitsplätze gefährden. Wir haben nichts gegen Freizügigkeit und Mobilität, freien Standortwettbewerb, grenzüberschreitenden Strukturwandel. Aber es gibt den alten römischen Grundsatz: „Cuius regio, eius religio“ — ich bin kein Lateiner,

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Man merkt's!)

aber diese vier Worte habe ich auswendig gelernt —, der besagt: Wessen Land, dessen Gesetze. Wir täten gut daran, diesen Grundsatz auch heute noch zu beachten. Arbeitsverhältnisse für ausländische Arbeitnehmer, die in der Bundesrepublik, bei uns in Baden-Württemberg beschäftigt sind, haben unseren gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere unseren tariflichen Bestimmungen zu unterliegen, sei es im Arbeitsschutz, sei es in der sozialen Fürsorge, aber auch bezüglich der Lohnbesteuerung.

Es kommt doch niemand auf die Idee, daß ein Produktionsbetrieb bei sich Arbeitnehmer etwa aus Polen zu den Bedingungen beschäftigt, die in Polen herrschen. In der Bauwirtschaft dagegen wird dies ohne Bedenken hingenommen.

(Abg. Renz GRÜNE: Ja!)

Wir sind der Auffassung, daß in diesem Punkt zum Schutz des Wettbewerbs, im Interesse der Wettbewerbsklarheit und der Wettbewerbsgerechtigkeit so rasch wie möglich Abhilfe geschaffen werden muß. Wir müssen der Bundesregierung deutlich machen, insbesondere natürlich dem liberalen Partner in der Regierung.

(Abg. Renz GRÜNE: So ist es!)

daß Wirtschaftsliberalismus seine Grenzen hat. Die mittelständische Bauwirtschaft ist existentiell gefährdet, wenn keine Änderung eintritt. Es ist geradezu unmenschlich und ungerecht, Arbeitnehmer, die viele Jahre in einem Betrieb waren, aus diesen Gründen in die Arbeitslosigkeit zu entlassen; es ist sozial unverträglich, und es gefährdet auch den Frieden und die Rechtssicherheit bei uns in der Bundesrepublik Deutschland. In diesem Sinne möchte ich meine Rede mit einem Appell an die Bundesregierung schließen, diesem Mißstand so rasch wie möglich Abhilfe zu schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und des Abg. Renz GRÜNE — Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Donnernder Applaus im ganzen Haus!)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Weyrosta.

Abg. Weyrosta SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Perspektiven der Bauwirtschaft: 5 Minuten Redezeit, 14 Fragen, 20 Sekunden je Komplex — dem Präsidium sei Dank für diese „großzügige“ Geste. Oder: Rede schneller, Weyrosta.

Die Fragen wurden am 14. März gestellt, die Regierung hat am 15. Dezember geantwortet. Die Daten, Zahlen und Fakten beziehen sich auf die Wirtschaftsjahre 1989 und 1992. Von 1993 ist nichts zu erfahren. Jetzt schreiben wir 1995.

(Abg. Deuschle REP: Richtig!)

(Weyrosta)

Als ob sich seither die Konjunktur, die Struktur und die Rahmenbedingungen nicht verändert hätten! Das ist ein Blick in die Zukunft ohne die Basis des Augenblicks. Wer soll das verstehen? Oder ist die Bauwirtschaft im Land eine ungeliebte Branche?

Die Bauwirtschaft hat viele Sektoren: die Baustoffindustrie, den Hochbau, geteilt in Rohbau- und Ausbaugewerbe, den Tiefbau und den Straßen- und Ingenieurbau.

Die Größenordnungen spielen eine Rolle: Unternehmen bis 20 Beschäftigte, bis 100 Arbeitnehmer, bis 500 und darüber. Statistiker beobachten nur Baubetriebe mit 20 und mehr Beschäftigten, obwohl 40 % der baden-württembergischen Bauarbeiter in Betrieben bis zu 20 Mitarbeitern beschäftigt sind.

(Zuruf des Abg. Kurz CDU)

Aber alle Differenzierungen fallen der Zeitvorgabe zum Opfer. Dabei wäre es sehr wichtig, dies einmal auszudiskutieren. Vielleicht müssen wir uns dafür eine andere Gelegenheit suchen.

Wie sieht es auf dem Bauplatz Deutschland aus? 1994 wurden in Deutschland Bauleistungen in Höhe von 550 Milliarden DM erbracht. Etwa 14,5 % des Bruttoinlandsprodukts wurden für Bauinvestitionen verwendet. In der Europäischen Union hat die deutsche Bauwirtschaft mit etwa einem Drittel den größten Anteil an den Bauinvestitionen aller Mitgliedsstaaten.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist nur oberflächlich, wenn man das so sagt. Darunter verbirgt sich eine gewaltige Veränderung innerhalb des Baugeschehens. Für die nächsten zehn Jahre geht das Ifo-Institut in seiner Vorausschätzung für Westdeutschland von einem durchschnittlichen Wachstum der Bauinvestitionen um real 1,5 % pro Jahr aus. Für die neuen Bundesländer sind real gut 10 % prognostiziert.

Die gesellschaftlichen Anforderungen an die Bauwirtschaft haben sich in den letzten Jahren zunehmend verändert. So ist zum Beispiel kostenbewußtes, qualitätsgesichertes und umweltverträgliches Bauen stärker in den Vordergrund getreten.

Insgesamt wird das Bauen komplexer. Die schlüsselfertige Herstellung von Bauten hat an Bedeutung gewonnen. Durch Projektentwicklung und das Betreiben und Nutzen von Bauwerken werden zudem völlig neue Tätigkeitsfelder der Bauindustrie erkennbar. Damit werden in den verschiedenen Aufgabenbereichen neue Schwerpunkte gesetzt, zum Beispiel bei den technischen Ausbaugewerken oder in der Umwelttechnik.

In der Phase des gesamtwirtschaftlichen Abschwungs hat sich zwar die Bauwirtschaft als wichtige Stütze der Konjunktur erwiesen, inzwischen ist aber der Wettbewerb, nicht zuletzt durch das Vordringen ausländischer Bauunternehmen, auf dem Baumarkt härter geworden. Die Baupreise sind unter Druck geraten, die Ertragsaussichten haben sich verschlechtert. Es gilt um so mehr, den Vorsprung der deutschen Bauwirtschaft im internationalen Wettbewerb technisch und wirtschaftlich abzusichern und auszubauen.

Nun zu Baden-Württemberg. Das Handwerk ist enttäuscht über die Konjunktorentwicklung – ein absoluter Tiefstand seit 1988. Die Betriebsauslastung und die Auftragsreichweite sinken von Woche zu Woche – so im Wirtschaftsbericht des Handwerkstags zu lesen.

Außerdem liest man darin, daß der Baubereich nun mit Wachstumseinbußen zu rechnen habe. Ein Viertel der Baubetriebe schätzen ihre Lage als schlecht ein, der Anstieg der gesamten Bauinvestitionen werde 1995 nur etwa 1 % gegenüber 4 % im Vorjahr betragen. Personalabbau zeigt sich durch Zurückhaltung bei Neueinstellungen – abgesehen von der Situation der ausländischen Arbeiter, die Herr Kollege Kurz schon beschrieben hat. Zusätzlich ist aber auch ein Abflachen der Lehrlingsspitze in Sicht.

Wenn es Spöris Wohnungsbauprogramm in Baden-Württemberg nicht gegeben hätte, wenn die 350 Millionen DM für die städtebauliche Erneuerung und Entwicklung oder die Förderung früher militärisch genutzter Liegenschaften nicht zur Verfügung stehen würden, wäre es in unserem Land um die Bauwirtschaft schlecht bestellt.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Richtig!)

Bonn verhielt sich völlig falsch, als man dort das Sonderprogramm für Ballungsräume um 75 %, nämlich von 106 Millionen auf 21 Millionen DM, zurückgefahren hat. Viel tat das Land, aber alles konnte es nicht ersetzen. Spöri hat recht, wenn er von Bonn ein neues Ballungsraumprogramm fordert.

Die Vorzieheffekte von 1993 und 1994 sind vorüber. Der befristete Schuldzinsenabzug entfällt, verschiedene Programme der Wohnungsbauförderung laufen aus, und die Hoffnung auf den gewerblichen Bau nach zwei schwachen Jahren halte ich für trügerisch, solange hier nicht höhere Abschreibungsquoten helfen. Das ist übrigens eine recht unbürokratische Maßnahme in der Belebung der Wirtschaft.

(Zuruf des Abg. Renz GRÜNE)

Durch Einbeziehung der neuen Länder in den Länderfinanzausgleich und wachsende Belastungen der Kommunen durch Sozialausgaben wird der Spielraum für öffentliche Bauinvestitionen immer enger. Das Bauen wird teurer: Verknappung des Baulands, aufwendigere Erschließungssysteme, das Baugrundrecht. Das wollen wir bei der anstehenden Novellierung der Landesbauordnung ändern. Für ein simples Einfamilienhaus sind bei Baugenehmigungen über 200 Vorschriften, Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und Normen zu beachten.

Wo sind unsere Chancen? Der Bauarbeitsmarkt ist seit einigen Monaten durcheinander. Die europäische Entsenderichtlinie ist am 27. März 1995 unter französischer Präsidentschaft an Griechenland, Großbritannien, Irland und Portugal gescheitert, und in Bonn hat man geschlafen.

Es muß gelten: gleicher Lohn für gleiche Arbeit am ersten Tag. Das ist das Prinzip, dem wir entgegengehen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Politiker müssen handeln, sonst beginnt das Massensterben der kleinen, mittelständischen Baubetriebe.

(Weyrosta)

Bayern hat einen Alleingang angekündigt und will der Entwicklung einen Riegel vorschieben. Und Baden-Württemberg? Energiesparende Bauweisen sind flottzumachen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Wer ist in Baden-Württemberg an der Regierung?)

Solardächerprogramme, den Japanern folgend, sind in Gang zu bringen, umweltverträgliche Produkte zu entwickeln, Fernwärmenetze auszubauen. Der ökologische Umbau unserer gesamten Infrastruktur und Bausubstanz früherer Jahre muß durch ein mittelfristiges, verstetigendes Programm unsere Baupolitik der nächsten Jahre bestimmen. Wir dürfen dabei den Jahresbedarf von 60 000 bis 70 000 neuen Wohnungen nicht übersehen. Bis zum Jahr 2005 ist in Baden-Württemberg mit dem beträchtlichen Bedarf von mindestens 800 000 Wohnungen zu rechnen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Wer ist in Baden-Württemberg an der Regierung?)

Die Defizite an Wohnungen in den Zentren bewirken auch im Umland um die Zentren herum eine defizitäre Entwicklung des Wohnungsbaus. Die fast über 60prozentige Abhängigkeit des Baumarkts von der Investitionsbereitschaft der öffentlichen Hand führt aufgrund der veränderten Haushaltslagen zu einem ständigen Go-and-stop. Das heißt, die Bauwirtschaft hängt zu 60 % ständig am Tropf der öffentlichen Hand. Da müssen Politiker reagieren. Sie müssen einmal darüber nachdenken, wie sie verstetigende Übersichten für die Zukunft in langfristigen Programmen auf den Markt bringen.

Die Bautechnik muß sich entwickeln. Die Integration des Rohbaus mit moderner Haustechnik muß endlich gelöst werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, selbst wenn man Straßenbau nicht will: Große Summen müssen für die Instandhaltung bereitgestellt werden. Dagegen kann wohl niemand sein.

Unsere Bauten schaffen das Milieu für menschliches Tun und Erleben. Ihnen kann man nicht entkommen. Sie umgeben uns. Wir vergessen nicht: Unsere Bauten sind ein Teil des menschlichen Bemühens, über die Zivilisation hinaus Kultur zu gewinnen. Geben wir uns eine Chance!

Schade, Herr Präsident. Die Zeit ist längst um. Eigentlich sollte unser Gespräch erst jetzt beginnen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Krisch.

Abg. Krisch REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Aus Zeitgründen will ich mich auf jene Punkte der Anfrage der CDU konzentrieren, die für meine Fraktion die höchste Priorität haben, nämlich auf Fragen der Sicherheit der Arbeitsplätze, allerdings mit anderer Bewertung, als es Herr Kollege Kurz getan hat.

Für die Bauwirtschaft gilt wie für die übrige deutsche Industrie: Wir waren vor wenigen Jahren noch Weltmeister im Export von Waren und Leistungen. Jetzt sind wir auf dem

besten Weg, Weltmeister beim Export von Arbeitsplätzen zu werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Den Regierungsparteien scheint die Dienstleistungsfreiheit im Binnenmarkt wichtiger zu sein als der Schutz unserer Arbeitsplätze. Herr Kollege Kurz, da helfen auch Ihre Lippenbekenntnisse nichts.

Nach uns vorliegenden Informationen arbeiten heute über 100 000 Billigarbeiter auf deutschen Baustellen. Die Landesregierung geht in ihrer Antwort auf die Anfrage der CDU auf diese Tatsache überhaupt nicht ein. 100 000 Billigarbeiter bedeuten 100 000 arbeitslose einheimische Bauarbeiter. Deren Kosten für die Allgemeinheit — vom Leid der betroffenen Familien will ich nicht sprechen — und für unseren Sozialetat zählen offensichtlich nichts bei den Eurofanatikern.

Weitere 140 000 Arbeitsplätze sind in Gefahr. Fakt ist doch: Im Binnenmarkt wird der Wettbewerb zum Nachteil der deutschen Wirtschaft verzerrt, und zwar nicht dadurch, daß die konkurrierende Industrie in der Europäischen Union, insbesondere in Frankreich durch gezielte Exportförderung gestützt wird, sondern unter anderem auch dadurch, daß in anderen Ländern grundlegende Erfordernisse, zum Beispiel des Umweltschutzes, und sogar die Wahrung der Menschenrechte mißachtet werden.

(Beifall bei den Republikanern)

Eine Hilfe für unsere Bauindustrie, eine Hilfe für die Bauwirtschaft wäre, wie Herr Kollege Weyrosta richtig sagte, die EU-Entsenderichtlinie, die aber schon 1994 am Widerstand auch der Bundesrepublik gescheitert ist, die am 27. März 1995 bei der Tagung der EU-Sozialminister wieder scheiterte und die am 29. Juni, auf der nächsten Sitzung des EU-Ministerrats, erneut verhandelt werden soll. Der Grundsatz dieser Entsenderregelung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit im gleichen Land“ — Herr Kollege Weyrosta, Sie sagten auch: „zur gleichen Zeit“ — muß schnellstens durchgesetzt werden. Es ist mehr als fraglich, ob die Europäische Union diese Entsenderrichtlinie auf der nächsten Sitzung beschließen wird.

Meine Damen und Herren, unsere Kritik an dem Vertrag von Maastricht wird doch in jeder Sitzung dieses Hohen Hauses aufs neue bestätigt.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Bütikofer GRÜNE: Quatsch! Sie können ja nicht einmal Maastricht und die Einheitliche Europäische Akte auseinanderhalten!)

— Die grünen „BaatschmännerInnen“ sollten sich ein bißchen sachkundig machen, bevor sie hier zwischenrufen.

(Beifall bei den Republikanern)

Anläßlich der Beratung der Großen Anfrage der SPD zum Thema „Vorsorgender Verbraucherschutz im Europäischen Binnenmarkt“, Drucksache 11/2107, während der 63. Plenarsitzung sagte ich: „Frankreich hat offensichtlich die besseren Politiker.“ Ich muß diesen Satz heute wiederholen.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP. Du lieber Gott!)

(Krisch)

Herr Kollege Kurz hat es angeschnitten: In Frankreich sind die Mindestarbeitsbedingungen schon vor dem Inkrafttreten der EU-Entsenderichtlinie gesetzlich so festgelegt, daß auch ausländische Arbeitnehmer und selbst Werkvertragsbeschäftigte darunterfallen.

Deshalb fordern wir für die Bauwirtschaft ausdrücklich:

Erstens: Der Verdrängungswettbewerb durch ausländische Niedriglohnarbeiter ist zu verhindern.

(Beifall bei den Republikanern)

Schließlich haben 1994 über 2 600 Unternehmen des Bauhauptgewerbes Konkurs angemeldet. Das ist gegenüber 1993 ein Anstieg um 20 %. In den neuen Bundesländern stieg die Zahl der Insolvenzen gegenüber dem Vorjahr gar um das Doppelte.

Wir fordern zweitens aus diesem Grund geeignete Maßnahmen zur Stärkung der Eigenkapitalquote in der Bauwirtschaft, um die Zahl der Konkurse wegen nur kurzfristiger Liquiditätsschwierigkeiten zu reduzieren.

Wir fordern drittens wirksame Maßnahmen, um Korruption bei der Vergabe von Aufträgen für öffentliche Bauten zu unterbinden.

(Beifall bei den Republikanern)

Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU ist wie so oft auf 13 Seiten mehr als mangelhaft.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: „Mehr als mangelhaft“ ist mindestens ausreichend!)

Da wird im Zusammenhang mit der Frage nach der Tätigkeit der Bauwirtschaft im Ausland von einer — ich zitiere — „günstigen Entwicklung“ gesprochen. Doch der dieser Antwort beigefügten Tabelle ist zu entnehmen, daß die absoluten Umsätze der deutschen Bauwirtschaft ohne Bereinigung durch Inflation 1984 größer waren als 1992, acht Jahre später. Das bezeichnet Herr Minister Spöri als günstige Entwicklung. Da braucht es keine Aktuelle Debatte, um das Versagen dieser Landesregierung deutlich zu machen.

(Beifall bei den Republikanern)

Oder, Herr Minister Spöri, das, finde ich, ist noch peinlicher für Sie: Auf die Frage, wie denn die deutsche Bauwirtschaft im internationalen Wettbewerb zu betrachten sei, kommt Ihre Antwort — ich zitiere —, sie habe sich behauptet.

(Abg. Weyrosta SPD: Was ja auch stimmt!)

Das wird bestätigt durch die allerneuesten Daten, die der Landesregierung zur Verfügung stehen, Daten aus dem Jahr 1989.

(Heiterkeit des Abg. Trageiser REP)

Herr Kollege Kurz hat eben gesagt, welcher Rückgang der Auftragslage in den letzten beiden Jahren zu verzeichnen war. Die Antwort der Landesregierung ist wertloses Papier.

(Abg. Renz GRÜNE: Und was tun Sie?)

Meine Damen und Herren, da paßt es schon, wenn der Herr Staatssekretär in der letzten Plenarsitzung erklärt, Deutschland sei der größte Nutznießer der Europäischen Union, und in der dieser Debatte zugrunde liegenden Antwort der Landesregierung die Landesregierung voller Stolz schreibt, die deutsche Bauindustrie sei hinter Frankreich die Nummer zwei in Europa. Wir zahlen 65 Milliarden DM in die EU, aber Frankreich ein Vierzehntel davon.

Meine Damen und Herren, die schlechte Lage unserer Wirtschaft in den letzten Jahren und auch die schlechte Lage der Bauindustrie sind die direkte Konsequenz des kläglichen Versagens der Regierungsparteien in Bund und Ländern. Es ist höchste Zeit, daß die Opposition in den Parlamenten gestärkt wird.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Weyrosta SPD: Da muß man aber tief durchatmen, um ruhig zu bleiben!)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Renz.

Abg. Renz GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Modalitäten des Parlaments führen öfter dazu, daß ich in der etwas unglücklichen Rolle bin, unmittelbar nach Vertretern von weit rechts außen sprechen zu müssen.

(Widerspruch bei den Republikanern — Zurufe von den Republikanern, u. a.: Hilflos!)

Ich möchte es mir ersparen, diese Ablenkungsmanöver, die hier immer wieder vorgebracht werden — heute war es das Thema Maastricht und EU —, zurückzuweisen.

Ich möchte das Thema aus meiner Sicht in Ruhe angehen. Heute verbringen die Menschen gut 70 % der Zeit in umschlossenen Räumen. Bei den Stadtmenschen ist es eher mehr, bei den Landmenschen vielleicht etwas weniger.

(Abg. Weyrosta SPD: Und die Grünen sind immer im Grünen! — Gegenruf des Abg. Bütikofer GRÜNE: Wir sind auch manchmal im Roten und wildern da!)

Insgesamt kann man sagen, daß wir mehr drinnen als draußen sind.

Zweitens: Gebäude gehören zu den größten Energieverschwendern. Andersherum gesagt: Die größten Anfangserfolge beim Klimaschutz sind durch Energieeinsparmaßnahmen bei der Wärmeversorgung von Gebäuden zu erzielen.

Obwohl das Raumklima Wohlbefinden und Gesundheit in vieler Hinsicht heute unmittelbarer beeinflusst als das Wetter und obwohl gerade in den Bauberufen das Thema Energieeinsparung in Gebäuden in aller Munde ist, schafft es die CDU, in einer Großen Anfrage zur Weiterentwicklung der Bauwirtschaft solche Themen mit keiner einzigen Silbe zu erwähnen.

Die Schadstoffproblematik auf dem Bau kommt einfach nicht vor, obwohl das Thema Holzschutzmittel, Formaldehyd, PCB etc. wegen der Gesundheitsgefahren, die damit verbunden sind, in der Öffentlichkeit zu starker Beunruhigung geführt hat. Die gesamte Entsorgungsproblematik auf

(Renz)

dem Bau wird ausgeklammert, das Baustoffrecycling, die ganze Problematik der Rohstoffsicherung kommen einfach nicht vor, und dies sogar, obwohl der Kollege Fleischer ansonsten — er ist heute nicht da — im Wirtschaftsausschuß meilenweit für dieses Thema geht. Nicht einmal der Umsetzungsstand der EG-Bauproduktenrichtlinie scheint Sie zu interessieren, und der gesamte Komplex der Baubiologie scheint Ihnen ein Fremdwort zu sein.

Obwohl in der Öffentlichkeit und auch gerade in der Fachöffentlichkeit teilweise aufs heftigste darüber diskutiert wird, kommt das Thema „Ökologie und Bauwirtschaft“ in einer Großen Anfrage der CDU überhaupt nicht vor.

Statt dessen interessieren Sie sich für den Bauboom in China und dafür, warum der Zuwachs bei der baden-württembergischen Bauwirtschaft leicht hinter dem westdeutschen Durchschnitt zurückbleibt.

Ich sage nicht, daß die Internationalisierung der baden-württembergischen Bauwirtschaft völlig unwichtig ist, aber die Gewichtung, die von der CDU vorgenommen wird, ist einfach völlig falsch. Was fangen wir jetzt beispielsweise mit dem Wissen an, daß die kleinen Bauunternehmen aus Baden-Württemberg weniger am Bauboom in den neuen Bundesländern partizipieren konnten, einfach entfernungsbedingt?

Meine Damen und Herren, in Baden-Württemberg wurde selten so viel gebaut wie in den vergangenen vier oder fünf Jahren. Wenn man aber sieht, was gebaut wurde, dann kann man schon etwas traurig werden. Da muß man sehen, daß doch eine ganze Reihe von Chancen auf dem Gebiet der Ökologie einfach vertan wurden. Was heute gebaut wird, wird ja über sehr, sehr lange Zeit in der Zukunft benutzt.

Man kann die Landesregierung jetzt nicht unmittelbar dafür verantwortlich machen, daß die neue Wärmeschutzverordnung erst vor kurzem in Kraft trat, zu einem Zeitpunkt, da der Bauboom den Höhepunkt gerade überschritten hat. Aber ich will noch einmal darauf hinweisen: Am Anfang dieser Legislaturperiode haben wir durch Anträge schon versucht, zu erreichen, daß eine Bundesratsinitiative in dieser Richtung von Baden-Württemberg kommt, leider mit wenig Erfolg. Sie haben selbst unsere Bemühungen, am Landeswohnungsbauprogramm ökologische Korrekturen anzubringen, abgelehnt, und — auch das muß erwähnt sein — allein durch die Verzögerung beim Aufbau der Klimaschutz- und Energieagentur haben Sie im Grunde verhindert, daß zahlreiche Neubaugebiete in den Kommunen schon heute modernen ökologischen Anforderungen entsprechen.

Es ist nicht möglich, in fünf Minuten Redezeit eine ökologische Baupolitik darzustellen, aber es zeichnet sich deutlich ab — und ich bin mir da sehr sicher —, daß zukünftig Themen wie flächensparendes Bauen, Versiegelungsschutz, Rohstoffschonung, Schadstoffvermeidung, Baustoffrecycling, natürlich Energieeinsparung und auch Solararchitektur noch weit wichtiger werden als bisher und vor technischen Weiterentwicklungen und Rationalisierungen im technischen Sinn in den Vordergrund treten. Herr Weyrosta. Nach meiner Auffassung sollten sich vorausschauende Bauunternehmen rechtzeitig auf diese Entwicklungen einstellen.

Zum Schluß von meiner Seite noch etwas zu diesem Thema der Billigarbeitskräfte, dem im Augenblick wohl brennendsten Problem auf dem Bau. Was das Thema Entsenderichtlinie anbelangt, bin ich im Grunde auf das gespannt, was Herr Döring im Anschluß sagen wird.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Ich hätte jetzt gern gehört, was Sie dazu sagen!)

Oder soll ich sagen, ich sei gespannt, welche Ausrede Sie dazu finden? Für uns ist es klar, daß diese Richtlinie mehr als dringend erforderlich ist. Ich brauche nicht zu wiederholen, was von anderen dazu vorhin schon gesagt wurde. Sie ist sehr, sehr wichtig.

Was die Werkverträge mit Staaten insbesondere im Osten anbelangt, gibt es ja einen Landtagsbeschluß, der auf die Initiative des Kollegen Weyrosta zurückging. Ich habe mich dem gern angeschlossen, nicht weil ich glaube, die Politik sollte immer gleich mit Verboten agieren, sondern weil man einfach sehen muß, daß zum Teil regelrechte Sklavenarbeitsverhältnisse herrschen. Dies geht so einfach nicht. Einem Mißbrauch sind Tür und Tor geöffnet.

Das gilt im übrigen auch bei der Arbeitnehmerüberlassung. Aus gutem Grund gibt es ja die vorhandenen Regelungen, und ich will darauf hinweisen: Das Verbot, das da besteht, sollte nicht aufgeweicht werden, auch nicht unter dem Stehwort der Kollegenhilfe.

Zusammenfassend möchte ich zur Billiglohnkonkurrenz sagen, weil mir das besonders wichtig ist: Betroffen von Billiglohnkonkurrenz sind ja vor allem kleinere und auch mittlere Unternehmen. Die Großen der Branche nutzen die Gesetzes- und Durchführungslücken viel leichter aus. Deshalb gilt: Nicht die ausländischen Bauarbeiter sind schuld an den Problemen, sondern die Politik muß dafür sorgen, daß alle — auch die Großen der Branche — dafür in die Pflicht genommen werden, daß derjenige, der hier arbeitet, auch unter den hier geltenden Bedingungen arbeitet, und zwar ganz egal, woher er stammt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Döring.

Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kollege Renz wartet auf meine Ausführungen zur Entsenderichtlinie.

(Abg. Renz GRÜNE: Auf die „Ausreden“, habe ich gesagt!)

— Auf die Ausführungen. Es gibt da überhaupt keine Ausreden.

Ich habe schon an verschiedenen Stellen zum Ausdruck gebracht, daß nach unserer Meinung die Bemühungen um eine nationale Regelung fortgesetzt werden und zu einem Ergebnis kommen müssen. Blüm und Rexrodt sind ja dabei, hier zu einer Einigung zu kommen.

(Zuruf des Abg. Krusch REP)

(Dr. Döring)

— Das ist doch Unsinn. Das ist nur nicht ganz so einfach, wie Sie das sagen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Sie wollen doch den Rexrodt ablösen, weil er so erfolgreich ist!)

Es ist auch bezeichnend, daß alle diejenigen, die sich jetzt für die nationale Regelung im Bereich der Entsenderichtlinie ausgesprochen haben, überhaupt nicht die Frage danach beantwortet haben, wie es mit einer Übergangszeit aussieht.

(Abg. Weyrosta SPD: Doch! Ohne Übergangszeit, habe ich gesagt!)

Herr Kurz, Sie können doch nicht sagen, ab morgen gelte es: wer da komme, müsse das einhalten.

Dann der weitere Punkt, Kollege Weyrosta. Sie haben auch keinen Satz dazu gesagt, wie Sie die Kontrollnotwendigkeiten beurteilen.

(Abg. Weyrosta SPD: Doch! Haben wir! Wir haben sogar eine Anhörung dazu gemacht!)

Wie ist es mit der Regulierung? Es gibt eine gewaltige Regulierung. Das wird in die Lohnbüros hineingehen.

(Abg. Wettstein SPD: Jede Kontrolle ist eine Regulierung, Herr Kollege!)

Es wird zu Dingen kommen, Herr Kurz, die Sie an anderer Stelle immer ablehnen. Deswegen ist das in der Tendenz eine außerordentlich richtige Forderung, doch ist das in der Durchführung deutlich schwieriger und nicht so einfach zu machen. Man sollte hier niemandem Sand in die Augen streuen, indem man sagt: Entsenderichtlinie national, dann sind die Probleme gelöst.

(Abg. Weyrosta SPD: Der politische Wille ist entscheidend!)

— Der politische Wille ist da. Das ist gar keine Frage.

(Abg. Weyrosta SPD: Wenn der Wille da ist, geht auch das andere! — Abg. Renz GRÜNE: Wie sieht Ihrer aus?)

Ich habe schon zum dritten Mal gesagt, daß ich meine, wir müßten uns um eine solche nationale Regelung bemühen. Das ist doch unbestritten, das ist doch gar keine Frage. Die Bemühungen finden auch statt.

(Abg. Weyrosta SPD: Dann spielen Sie doch nicht den Bedenkenträger!)

Aber all die Punkte, die gerade erwähnt worden sind, müssen mit angesprochen werden.

Es ist eine schlimme Situation, wenn uns — wie das dieser Tage geschehen ist — von den Leuten, die in der Bauwirtschaft zu tun haben, gesagt wird, daß heute derjenige, der allein mit deutschen Arbeitskräften auf dem Bau arbeitet, in der Bauwirtschaft keinen Gewinn mehr machen kann. Das ist eine schlimme Situation. Die kann man nicht einfach so hinnehmen. Deswegen besteht da dringender Handlungsbedarf.

Ich meine auch, daß uns das Thema der sogenannten Lohnsklaven nicht ruhig lassen kann. Es ist eigentlich eine Schande, was da passiert.

(Beifall des Abg. Weyrosta SPD)

Wir müssen auch wesentlich mehr tun, um gegen die illegalen Arbeitskräfte vorzugehen. Dazu brauchen wir größere Kontrollmöglichkeiten. Wir haben uns für den Lichtbildausweis ausgesprochen, der aber leider nicht gekommen ist.

Wir haben im Land Baden-Württemberg beim Arbeitsamt 27 Leute, die das kontrollieren. Das ist natürlich auch viel zu wenig. Wer hier ansetzen will, muß an dieser Stelle auch mehr Personal zur Verfügung stellen, damit diese Kontrollen vorgenommen werden können. Sonst hilft das auch nicht und läuft auch in die Irre.

(Abg. Weyrosta SPD: Es sind sogar bloß 24!)

— Uns sind gestern noch 27 genannt worden. Herr Weyrosta, wenn es sogar nur 24 wären, wäre es noch schlimmer.

(Abg. Wettstein SPD: Drei sind gestorben!)

Meine Damen und Herren, was Herr Weyrosta angesprochen hat, ist richtig: Die Unterstützungsprogramme für Konversionsbereiche, für Wohnungsbau sind außerordentlich wichtig, aber sie müssen auch durch begleitende Unterstützung aus den Kommunen fortgesetzt werden. Sie haben das Thema angesprochen, was das Bauland angeht. Wenn das Bauland nicht zur Verfügung gestellt wird oder nur so restriktiv, daß das Bauen dermaßen teuer ist, ist in der heutigen Situation natürlich große Zurückhaltung bei den verunsicherten Bauwilligen, die fragen: Können wir uns das noch leisten? Wie sieht es mit der Sicherheit unserer Arbeitsplätze aus? Das spielt alles zusammen mit eine große Rolle.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Sehr richtig!)

Ich halte die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage für interessant und in vielen Punkten auch für dringend notwendig

(Abg. Renz GRÜNE: Ach komm!)

zur Erläuterung dessen, was abgefragt worden ist. Herr Renz, die von Ihnen angesprochenen Bereiche sind von den Fragestellern ausgeklammert worden. Man kann aber nicht der Landesregierung einen Vorwurf machen, wenn sie auf nicht gestellte Fragen keine Antwort geben kann. Der Bereich, den Sie angesprochen haben, fehlt in der Tat.

Natürlich muß auch ein Punkt kommen, den Sie nicht angesprochen haben, der Ihnen an verschiedenen Stellen auch unangenehm ist. Es hilft nichts, wenn wir nicht offen und ehrlich eingestehen, daß wir uns mit unseren zu hohen Preisen regelrecht aus dem Markt auspreisen. Auch das muß man ganz nüchtern sehen. Natürlich ist das auch viel zu teuer. Da preisen wir uns aus. Das muß man sehen.

Man muß auch dazu stehen — bis auf die Republikaner müßten das die anderen Fraktionen doch offen anerkennen —, daß nun einmal innerhalb der EU die EU-weite Ausschreibung bindend vorgeschrieben ist. Ab einer gewissen Losgröße ist die EU-weite Ausschreibung bindend vorge-

(Dr. Döring)

schrieben. Deswegen wird es immer mehr EU-Unternehmen geben, die auch nach Baden-Württemberg kommen, und zwar bei größeren Bauvorhaben, weil die EU-weite Ausschreibung ab einer gewissen Losgröße vorgeschrieben ist. Die werden einen Teufel tun und die deutschen Löhne bezahlen, wenn sie mit ihren Unternehmen aus England oder aus Portugal kommen.

(Abg. Krisch REP: Wir exportieren Arbeitsplätze!)

Dieses Rad werden Sie nicht zurückdrehen können. Dazu sage ich Ihnen auch: Dieses Bekenntnis zu Europa und zu den EU-Vereinbarungen muß auch bestehenbleiben. Was Sie machen, ist blanker Populismus, wie bei Ihnen im übrigen gar nicht interessant, sondern typisch war, daß Sie jede einzelne Forderung, die Sie erhoben haben, in den Raum gestellt, daß Sie aber nicht mit einer einzigen Silbe gesagt haben, wie Sie die Umsetzung dieser Forderungen erreichen wollen. Nicht mit einer einzigen Silbe sind Sie darauf eingegangen.

(Abg. Krisch REP: Ich mache nicht Ihre Hausarbeit!)

wie Sie die Forderungen umsetzen wollen. Deswegen kann man das, was von Ihnen gekommen ist, glattweg vergessen.

Wir müssen dafür sorgen, daß die Bauwirtschaft eine Chance hat, und zwar über den Bereich Löhne und Preise, durch die Zurverfügungstellung von mehr Bauland und durch ein Wohnungsbauprogramm, das auch denjenigen die Möglichkeit zum Bauen gibt, die dem unteren und dem mittleren Einkommensbereich angehören. Deswegen ist die Initiative für das Bausparwesen, die von seiten der Landesregierung losgetreten worden ist, völlig richtig. Sie ist richtig, damit wir dort wieder Aufträge hereinbekommen. Dann kann man schauen, daß man nach einer Durststrecke wieder in eine bessere Situation kommt.

Die nationale Entsenderichtlinie, um das noch einmal zu sagen, wird im Bundeswirtschaftsministerium und im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung noch erarbeitet. Dabei wird es noch vor der Sommerpause zu einem Ergebnis kommen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich dem Herrn Wirtschaftsminister.

Wirtschaftsminister Dr. Spöri: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst eine methodische Vorbemerkung: Wenn die Antwort auf eine Anfrage statistisch veraltet ist, dann hat dies mehrere Gründe.

Erstens: Die Statistik hat gewisse Zeitverzögerungen. Wir wissen, daß wir nicht immer eine aktuelle Statistik zur Verfügung haben, und Sie wissen auch, daß nicht die Regierung die Statistik macht, sondern daß das Statistische Landesamt die Statistik macht und versucht, uns so schnell wie möglich Zahlen zu liefern.

Zweitens: Wenn eine Anfrage ein Jahr lang im Parlamentsbetrieb hängenbleibt, kann man nicht sagen, die Antwort darauf sei total veraltet. Eine Diagnose kann im letzten Jahr

in der damaligen Situation durchaus noch richtig gewesen und heute schon etwas ältlich sein.

Der dritte Punkt: Wenn nicht auf Ökologie eingegangen wird, schlage ich vor, Herr Kollege Renz, eine getrennte Anfrage und eine getrennte Debatte zu machen. Es gibt in diesem Bereich eine Menge an Leistung, über die wir kritisch diskutieren und die Sie in diesem Parlament kritisch begleiten können.

(Abg. Renz GRÜNE: Die CDU vergißt das heute noch!)

Ich kann jetzt nur über das diskutieren und zu dem aus der Sicht der Landesregierung einen Beitrag leisten, was die Landesregierung gefragt worden ist. Bitte gestatten Sie mir die Konzentration auf diese Fragen.

Da hat sich natürlich etwas verändert. Deswegen bin ich sehr froh über diese verspätete Debatte über die Lage der Bauwirtschaft in Baden-Württemberg; denn die aktuelle Diagnose ist aus meiner Sicht eine ganz andere, als das in der Antwort, die ich damals gegeben habe, zum Ausdruck kommt. Ich nutze jetzt selbstverständlich die Gelegenheit zu einer aktuellen Analyse.

Die Situation ist die, daß wir zwar immer noch sagen können: Im Jahr 1994 hatten wir mit 105 000 fertiggestellten Wohnungen einen einmaligen Rekord. Das heißt, wir haben seit 20 Jahren im Land Baden-Württemberg keine so hohen Baufertigstellungszahlen erreicht. Dazu hat selbstverständlich nicht nur der freifinanzierte Wohnungsbau einen wichtigen Beitrag geleistet, sondern wir beobachten in einer langen Zeitreihe, daß sich die Baufertigstellungen positiv korrelierend zur Wohnbauförderung in Baden-Württemberg entwickeln. Es gibt, was die Baufertigstellungen anlangt, einen eindeutigen langfristigen zeitlichen Zusammenhang mit der Intensität der Bauförderung in Baden-Württemberg.

Das erwähnte Rekordergebnis — das sage ich jetzt schon prognostisch voraus — wird aber aus meiner Sicht in diesem Jahr nicht mehr erreicht werden können. Es wird sich eine spürbare Abschwächung im Bereich des Wohnungsbaus bemerkbar machen.

Jetzt liefere ich aktuelle Daten: Im ersten Quartal 1995 war die Nachfrage im Wohnungsbau um 10% rückläufig, und obwohl der Wirtschaftsbau nachfragemäßig insgesamt um 10% angezogen hat, kam es dennoch per Saldo zu einem Rückgang der Nachfrage im Bauhauptgewerbe um 2,2%. Das ist ein bemerkenswerter Vorgang, weil diese Abwärtsentwicklung, diese Erosion bei der Nachfrage mitten in einem konjunkturellen Erholungsprozeß stattfindet. Insofern ist dies kein typischer Vorgang bei der Nachfrage in einem konjunkturellen Erholungsprozeß. Dazu haben mehrere Faktoren beigetragen: das Auslaufen der Steuervergünstigungen, die hier schon zitiert worden sind, aber auch andere Belastungsfaktoren wie die Realeinkommensentwicklung, eine einmalige Abgabenlast in der Bundesrepublik Deutschland, was dazu führt, daß natürlich das investive Engagement des Privatmanns oder der Privatfrau auch im Baugewerbe etwas zurückhaltender wird.

Meine Damen und Herren, der Rückgang des Wohnungsbaus in diesem Jahr, ein Rückgang, den ich prognostiziert

(Minister Dr. Spöri)

habe, ist zwar bedauerlich, aber man kann nicht in jedem Jahr neue Rekorde im Wohnungsbau erwarten. Wir haben im Jahr 1992 einen Rekord erzielt, wir haben im Jahr 1993 ein Rekordergebnis gehabt – immer im Vergleich mit den letzten 20 Jahren –, wir haben im Jahr 1994 ein Rekordergebnis gehabt. Wir haben unter der gegenwärtigen Regierung solche Rekordergebnisse erreicht, daß wir schon in diesem Jahr, also ein Jahr vor Beendigung der Legislaturperiode, das Versprechen dieser Regierung in der Wohnbaupolitik erfüllt haben. Wir haben ja gesagt, daß wir während der Amtszeit der jetzigen Regierung insgesamt 280 000 Wohnungen bauen wollten. Dieses Ziel haben wir in Baden-Württemberg zur Jahresmitte längst erreicht. Wir werden also das Ziel des Wohnungsbaus, das die Regierung angekündigt hat, sehr stark übererfüllen. Das ist ja auch einmal erfreulich, wenn man ansonsten immer nur die Defizite in der Politik zur Kenntnis nimmt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Döring FDP/
DVP: Bravo!)

Meine Damen und Herren, den Rückgang halte ich nicht für so gravierend, daß man sagen sollte, das sei jetzt ein Drama, daß wir in diesem Jahr ein wenig unter dem Ergebnis des letzten Jahres liegen. Das Problem ist ein anderes. Wir müssen aufpassen, daß dieser Rückgang nicht zu stark ausfällt. Da habe ich aufgrund der jetzigen Dynamik große Sorge – minus 10 % Nachfrage im Wohnungsbau im ersten Quartal –, weil man die Lage im Bauhauptgewerbe sehr differenziert sehen muß. Das Bauhauptgewerbe hat im letzten Jahr natürlich vom Wohnungsbau profitiert, auf der anderen Seite damals vom rezessiven Gewerbebau nicht profitiert. Dieser war rückläufig. Der Straßenbau, der öffentliche Tiefbau, der öffentliche Hochbau waren rückläufig. Wir haben das zum Teil über eine offensive Wohnbaupolitik, die sich sehen lassen kann, stabilisiert. Aber die Betriebe haben Schwierigkeiten gehabt, und das Bauhauptgewerbe hat die höchste Zahl der Insolvenzen. Das muß man sehen. Im Branchenvergleich hat von allen Branchen das Bauhauptgewerbe im Jahr 1994 mit 184 Insolvenzen je 10 000 Unternehmen den ersten Platz eingenommen. Wenn jetzt noch eine Belastung dazukommt und wenn der Rückgang im Wohnungsbau zu dramatisch ist, dann wird die Situation natürlich bedrohlich. Gerade in Baden-Württemberg macht sich der Wettbewerbsdruck sehr negativ bemerkbar. Ich bin nicht für Preissteigerungen, aber wenn Sie zum Beispiel einmal sehen, daß wir in Baden-Württemberg bei Wohngebäuden einen Preisindex haben, der im Jahr 1995 im Vergleich zu 1994 nur ganz minimal angewachsen ist – wir haben eine Steigerung des Preisindex für Wohngebäude von November 1994 bis Februar 1995 von 0,4 % –, dann zeigt dies erfreulicherweise für den Investor eine sehr starke Preisberuhigung, während dies auf der anderen Seite

(Abg. Weyrosta SPD: Einnahmeverluste!)

bedeutet, daß sich die Ertragslage für das mittelständische Baugewerbe sehr schlecht entwickelt.

(Zuruf des Abg. Weyrosta SPD)

Meine Damen und Herren, deswegen ist das im Grund genommen bedenklich. Ich habe immer gesagt: Wir können nicht jedes Jahr neue Rekordergebnisse erzielen. Das wäre absurd. Irgendwie muß auch einmal ein Gipfel erreicht werden und eine Beruhigungsphase eintreten. Ich habe aber die

Befürchtung, daß, wenn wir nicht aufpassen, diese Beruhigungsphase zu stark wird und daß das im Bereich der Nachfrage für den Wohnungsbau ein zu starker Prozeß nach unten wird.

Deswegen war es falsch – und das muß korrigiert werden –, daß zum Beispiel das Sonderprogramm für Ballungsräume zurückgefahren worden ist, und zwar in Baden-Württemberg – es ist ja ein Bundesprogramm – von 106 Millionen DM auf inzwischen 21 Millionen DM im Jahr 1995. Wir hatten im letzten Jahr noch 106 Millionen DM zur Verfügung. Aufgrund des Zurückfahrens der Bundesmittel sind wir im Jahr 1995 auf 21 Millionen DM gelandet. Dabei muß man wissen, daß ein ganz großer Teil des Wohnungsbedarfs genau in den Räumen liegt, wo das Ballungsraumprogramm zurückgefahren worden ist, nämlich in den Verdichtungszentren, in den großen Ballungskernen und in den Stadtzentren. Deswegen ist dieser Rückgang regionalpolitisch, von der regionalen Strukturwirkung her gesehen falsch angelegt.

Wir haben zwar immer noch die Situation, daß wir im Jahr 1995 für das Landesprogramm zur städtebaulichen Erneuerung 350 Millionen DM und 889 Millionen DM für das Landeswohnungsbauprogramm ausgeben. Dies ist aber insgesamt gesehen ein Betrag, der zwar eine beträchtliche investive Wirkung hat – annähernd 10 Milliarden DM Investitionen wurden 1994 über die Förderung, über Multiplikatoren, über vorgelagerte Auftragseffekte, über die Mobilisierung von privaten und zum Beispiel in Kommunen von öffentlichen Investitionsmitteln ausgelöst –, aber dieser Betrag, diese Anstoßwirkung geht in der Tendenz zurück.

(Abg. Weyrosta SPD: Nach der Sommerpause gibt es neue Konkurse!)

Das langfristige Problem ist, daß wir zwar nach einer Ifo-Studie in der Bauwirtschaft insgesamt damit zu rechnen haben, daß wir hier in den nächsten Jahren eine positive Entwicklung haben, und zwar jahresdurchschnittlich 2 % Geschäftswachstum, das heißt Umsatzwachstum; dennoch ist da der Produktivitätsanstieg aufgrund des Einsatzes neuer Bautechnologien so stark, daß wir bis ins Jahr 2004 bei diesem geschätzten Wachstum der Bauleistung von 2 % 110 000 Arbeitsplätze verlieren werden, ausgehend von einem Stand der Arbeitsplätze von 1,5 Millionen im Jahr 1994.

Dabei gehen die Schätzungen des Ifo-Instituts, die ich hier vorgestellt habe – ich meine die Langfristprognose der Arbeitsplatzentwicklung im Bausektor –, noch von der günstigen Annahme aus, daß die ausländischen Subunternehmen keine zusätzlichen Marktanteile erringen werden. Diese Annahme ist natürlich sehr heroisch. Es bedarf vielfältiger Maßnahmen, damit dieser Fall eintritt.

Jetzt möchte ich zu dem kommen, was hier aus mittelstandspolitischer Sicht gesagt worden ist. Kollege Kurz ist leider nicht mehr im Saal.

(Abg. Weyrosta SPD: Wo ist denn der Mittelstand?
Die CDU ist überhaupt nicht im Saal! – Abg.
Remppel CDU: Hier, hier!)

– Herr Kollege Remppel vertritt in diesem Zusammenhang die CDU.

(Abg. Remppel CDU: Wie der Pfarrer in der Kirche! Der schimpft auch immer!)

(Minister Dr. Spörl)

Kollege Kurz hat sich an die Landesregierung gewandt. Ich sage ihm jetzt in seiner Nichtanwesenheit, wie die Landesregierung — —

(Zurufe von der SPD)

Er hat bei den Investorenmodellen angemahnt, Herr Kollege Remppel, daß man da nach dem Mittelstandsgesetz mittelstandsfreundlicher vorgehen sollte.

Ich darf dazu sagen: Wir kämpfen im Wirtschaftsministerium darum, daß hier tatsächlich auch bei Investorenmodellen das Mittelstandsgesetz umgesetzt wird, damit kleinen und mittleren Bauhandwerksbetrieben die Möglichkeit eröffnet wird, auftragsmäßig zu partizipieren. Das ist in der Tat ein großes Problem.

(Abg. Kurz CDU betritt den Sitzungssaal.)

Zweiter Punkt — ich habe es schon ohne Sie gemacht, Herr Kurz —.

(Abg. Kurz CDU: Das ist gut!)

den Sie und einige andere Redner auch — Kollege Weyrosta hat darauf hingewiesen — angesprochen haben: Niedriglohnkonkurrenz.

(Abg. Schmiedel SPD: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!)

Ich weise zunächst einmal darauf hin, daß wir als Land Baden-Württemberg in der Wirtschaftsministerkonferenz in der Richtung initiativ geworden sind, daß die Entsenderichtlinie auf europäischer Ebene endlich kommt. Es ist so, daß die Subunternehmen Arbeitskräfte aus Portugal, Spanien, Griechenland, Großbritannien und Irland einsetzen und damit eine Konkurrenzsituation entsteht, die für unser mittelständisches Bauhandwerk nicht mehr auszuhalten ist. Ich akzeptiere den Binnenmarkt mit gleichen Bedingungen — Herr Kollege Döring, darüber müssen wir noch einmal diskutieren —, man muß Nachteile aushalten können, aber man muß auch neue Überlegungen anstellen und versuchen, Abfederungen zu erreichen und Regelungen einzuziehen, wenn es darum geht, zu verhindern, daß eine ruinöse Konkurrenz stattfindet, die strukturell dazu führt, daß eine einheimische Produktionsbasis insgesamt in Frage gestellt wird.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Völlig unbestritten!)

Darüber müssen wir reden. Die Entsenderichtlinie ist ja noch in der Diskussion. Auf europäischer Ebene ist sie gescheitert. Wir brauchen uns überhaupt nichts mehr vorzumachen.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Richtig!)

wir brauchen auch nicht mehr zu appellieren.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Richtig!)

Sie wird auch in der nächsten europäischen Runde scheitern. Im Grunde genommen geht es jetzt darum, daß wir die Entsenderichtlinie auf nationaler Ebene durchsetzen, denn die Lohnkostenunterschiede, die direkt an den Baustellen als ruinöse Konkurrenzsituation wirksam werden, sind gravierend; sie belaufen sich auf 25 bis 50 %.

Ich kann Ihnen dazu nur eines sagen: Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat im Bundesrat schon die Position vertreten, daß die Bundesregierung auf nationaler Ebene handeln und dafür sorgen muß, daß die Leute, die hier eingesetzt werden, im Einkommensbereich und im Lohnnebenkostenbereich nach gleichen Bedingungen bezahlt werden wie deutsche Arbeitskräfte. Es reicht aber nicht aus, darauf zu verweisen, daß die Bundesregierung eine Diskussion führt. Herr Blüm hat einen nationalen Alleingang versprochen. Das Problem hängt gegenwärtig im Beziehungsgeflecht zwischen Bundeswirtschaftsministerium und Bundesarbeitsministerium.

Wir können uns mit der jetzigen Situation nicht zufriedengeben. Ich sage Ihnen: Ich kann nach einem Gespräch mit Handwerksvertretern nicht mehr länger warten; ich kann nicht raten, zu warten. Ich werde der Landesregierung von Baden-Württemberg vorschlagen, zumindest zusammen mit dem Land Bayern, das eine ähnliche Ankündigung gemacht hat, und vielleicht mit anderen, die dann mitmachen, im Bundesrat eine Initiative zu starten, um in dieser Angelegenheit Dampf zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir können zwar im Bundesrat nicht die Entsenderichtlinie durchsetzen, aber ich denke, daß die Länder viel näher an den Unternehmen und vor allem am mittelständischen Handwerk dran sind und daß sie gegenüber diesen Betrieben, gegenüber der deutschen und der baden-württembergischen Bauwirtschaft, eine besondere Verpflichtung haben. Ich werde dem Landeskabinett vorschlagen, im Bundesrat zusammen mit Bayern eine gemeinsame Initiative einzubringen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Döring FDP/DVP — Abg. Weyrosta SPD: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Mit der Aussprache ist die Große Anfrage Drucksache 11/3130 erledigt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 2 abgeschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 3 auf:

Große Anfrage der Fraktion der SPD mit der Antwort der Landesregierung — Wirtschaftsnahe Forschung in Baden-Württemberg — Drucksachen 11/2449, 11/2980

Das Präsidium hat folgendes festgelegt. Für die Besprechung der Großen Anfrage sollen die Fraktionen eine Redezeit von je 5 Minuten haben. Der anfragenden Fraktion steht ein Schlußwort von 5 Minuten zu.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wettstein.

Abg. Wettstein SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Baden-Württemberg ist ein rohstoffarmes Land.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Bis jetzt stimmt's! — Abg. Renz GRÜNE: Kann man nichts dagegen sagen!)

Deshalb ist Baden-Württemberg besonders auf die Kenntnisse, den Erfindungsreichtum und den Forschergeist seiner Bürgerinnen und Bürger angewiesen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Bis jetzt war alles richtig!)

(Wettstein)

Die wirtschaftsnahe Forschung, Entwicklung und Anwendung neuer Technologien ist deshalb von besonderer Bedeutung für Baden-Württemberg.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

– Auch hierin stimmen Sie mir zu, Herr Kollege Pfister. Dann ist der Wahrheitsgehalt ja gesichert.

Ich stelle fest: Die baden-württembergische Forschungs- und Technologielandschaft ist intakt. In der Antwort des Wirtschaftsministeriums auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion heißt es mit Recht:

Baden-Württemberg ... hat insbesondere das wohl dichteste Netz an Forschungsinstituten und Universitätslabors in Deutschland.

(Abg. Renz GRÜNE: Auch dieses ist bekannt!)

Es verfügt dabei gerade in neuen Technologien über Forschungsinstitute von internationalem Rang.

Baden-Württemberg hat also eine außerordentlich günstige Position.

Es wäre allerdings zu wünschen, daß der Ausbau der Forschung an den Fachhochschulen noch verstärkt würde, insbesondere vor dem Hintergrund, daß der Technologietransfer von Fachhochschulen in die Wirtschaft am besten funktioniert.

Meine Damen und Herren, die Förderung von Forschung und Entwicklung durch das Land ist ausreichend,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

insbesondere wenn man dies an den Möglichkeiten des Haushalts von 1995/96 mißt. Ich stelle auch mit einiger Genugtuung fest, daß es den Regierungsfaktionen gelungen ist, das CI-Programm wieder zu installieren, das die Forschung und Entwicklung neuer Technologien von kleinen und mittleren Unternehmen unterstützt. Dieses Forschungsprogramm war ja eingestellt worden – das kommt auch in der Antwort der Landesregierung zum Ausdruck –, und wir haben es in den Haushalt 1995/96 wieder eingestellt.

Allerdings konnten wir beim Haushalt 1995/96 nicht alles ausgleichen, was an Forschungsmitteln des Bundes weniger nach Baden-Württemberg fließt; der Bund hat bekanntlich drastische Kürzungen beim Forschungsetat vorgenommen. Ich will nur ein Beispiel nennen: Die Institute der Fraunhofer-Gesellschaft haben bei den Projektfördermitteln einen Rückgang von 69 Millionen DM allein in einem Jahr zu verzeichnen gehabt. Auch nach Baden-Württemberg sind weniger Forschungsmittel des Bundes geflossen.

Wenn der Ministerpräsident glaubt, vor einem Rotgrün-Bündnis warnen zu müssen, und sagt, dies würde das Ende der Hochtechnologie- und Forschungslandschaft Baden-Württemberg bedeuten, dann muß ich dem entgegenhalten: Wer zur Zeit die Hochtechnologie- und Forschungslandschaft Baden-Württembergs gefährdet, das ist die Bundesregierung, die Koalition aus CDU und FDP in Bonn.

(Beifall bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Klare Worte! – Abg. Dr. Caroli SPD: Deutliche Aussage! Vernichtender Hieb!)

Ich habe auf Ihre Zustimmung gebaut, Herr Pfister.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Da kann ich leider nicht zustimmen!)

Die beste wirtschaftsnahe Forschung ist wenig wert, wenn sie nicht Eingang in die Wirtschaft findet.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja, das ist wiederum wahr!)

In Baden-Württemberg funktioniert der Technologietransfer relativ gut, und zwar dank der Steinbeis-Stiftung.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig!)

die bisher vor allen Dingen den Technologietransfer der Fachhochschulen in die Wirtschaft gemanagt hat. Ich freue mich, daß es der Steinbeis-Stiftung, insbesondere ihrem Vorsitzenden, Professor Löhn, jetzt auch gelungen ist, den Transfer aus den Universitäten zu verbessern.

Die Steinbeis-Stiftung ist auch noch in anderer Hinsicht Vorbild.

(Abg. Renz GRÜNE: Das stimmt!)

Wenn wir uns die Tabelle ansehen, die in der Antwort des Wirtschaftsministeriums enthalten ist, dann stellen wir fest, daß die Steinbeis-Stiftung in hohem Maß ihre Einkünfte von kleinen und mittleren Unternehmen bezieht.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Stimmt!)

Bei den anderen Forschungseinrichtungen ist es genau umgekehrt: Sie stützen sich nahezu ausschließlich auf Großunternehmen. Ich wünsche mir, daß in Zukunft auch die anderen Forschungseinrichtungen mehr Wert darauf legen und mehr Fleiß darauf verwenden, auch Aufträge aus dem Kreis kleinerer und mittlerer Unternehmen zu bekommen.

Meine Damen und Herren, die Erkenntnisse aus öffentlichen Forschungsinstituten und aus wirtschaftseigenen Forschungseinrichtungen müssen Eingang in die Produktion finden. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Ich möchte hierfür nur drei Beispiele bringen.

Ein Konzern, der einen Betrieb im Rhein-Neckar-Raum hat, hat eine ganze Forschungsabteilung zur Entwicklung einer Hochenergiebatterie, die für Elektroautos geeignet ist, eingerichtet. Diese Hochenergiebatterie wurde bis zur Serienreife entwickelt. Dann wurde das ganze Projekt gestoppt und die Forschungsabteilung aufgelöst, weil der Konzern zu dem Ergebnis kam: In den nächsten drei bis vier Jahren ist mit dieser Batterie kein Gewinn zu machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist eine sehr kurzfristige Sicht dieses Unternehmens. Da lobe ich mir die Japaner, die viel längerfristiger denken. Auch in unsere Unternehmen in Baden-Württemberg muß Eingang finden, daß man längerfristig denkt und nicht meint, alles, was in den nächsten drei bis vier Jahren keinen Gewinn abwerfe, taue nichts.

(Wettstein)

Das zweite Beispiel — es ist altbekannt —: Das Telefaxgerät wurde bei uns entwickelt, in Japan wurde es produziert.

Drittes Beispiel: Es gibt ein Gemeinschaftsgutachten der Universität Stuttgart und der Unternehmensberatungsfirma Diebold. Dieses Gutachten kommt zu einem sehr mäßigen Ergebnis, was die Beurteilung der Unternehmer und ihrer Innovationsfreude anbelangt. Da heißt es nämlich, nur jede siebte Mark, die in den Unternehmen für Innovation vorgesehen sei, erfülle den Zweck, die Unternehmenszukunft abzusichern. Gefordert sind also Unternehmer wie beispielsweise Wolfgang Fritz, der die Firma Junghans mit der Produktion von Funk- und Solaruhren weltweit zum Technologiemarktführer gemacht hat.

Ich begrüße auch, daß die Landesregierung einen Risikokapitalfonds eingerichtet hat, und ich begrüße ganz besonders die Gemeinschaftsinitiativen des Wirtschaftsministers.

(Zuruf des Abg. Renz GRÜNE)

Das sind Hilfen für innovative Unternehmen, und das dient auch der Anwendung von Forschungsergebnissen in der Wirtschaft.

Durch gemeinsame Anstrengungen, meine Damen und Herren, der Wirtschaft einschließlich der Gewerkschaften, der Wissenschaft und der Politik muß es gelingen, zum Beispiel unsere führende Position in den Umweltechnologien und der Mikrosystemtechnik auszubauen sowie in der Gentechnologie und den Informationstechnologien den Anschluß zu halten. Für die Wirtschaft, für die Arbeitsplätze in Baden-Württemberg ist dies von größter Wichtigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rempfel.

Abg. Rempfel CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Abg. Zeller SPD: Wo sind denn deine Leute? Sag einmal! — Abg. Weyrosta SPD: Der Rempfel hat schon andere Säle leergeredet! — Abg. Renz GRÜNE: Nichts mehr mit High-Tech bei der CDU!)

Das Thema „Wirtschaftsnahe Forschung in Baden-Württemberg“ ist wichtig, denn wir sollten uns darüber klar sein: Die Arbeitsplätze der Zukunft

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

hängen davon ab. Es muß uns auch klar sein, daß dies nicht der Staat organisieren kann. Der Staat kann nicht die Produkte erfinden, er kann sie nicht vermarkten. Vielmehr brauchen wir eine innovationsfähige Wirtschaft als Partner. Ich darf unterstreichen, was der Kollege Wettstein gesagt hat: Die Situation in Baden-Württemberg ist gut, aber wir dürfen uns nicht in einer falschen Sicherheit wiegen.

Bei einem nationalen Vergleich stellen wir fest, daß wir wirklich gut sind. Wir in Baden-Württemberg haben die meisten Patentanmeldungen, wir haben den höchsten Anteil an Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen — deutlich

höher als im Bundesdurchschnitt, 3,8 % des Bruttosozialprodukts gegenüber 2,5 % des Bruttosozialprodukts im Bund. Wir haben da wirklich etwas vorzuzeigen, und wir haben mit dem Innovationsförderungsprogramm, das wieder neu aufgelegt wurde, etwas, was den mittelständischen Unternehmen hilft. Auch das Programm „Moderne Technologie“ ist okay. Die Verbundprojekte — sie machen vom Volumen her eigentlich das größte Programm aus — haben ihren Sinn. Sie führen nämlich mehrere Firmen mit Instituten an den Hochschulen zusammen und bringen dort gute Ergebnisse.

Wenn wir allerdings international vergleichen, dann müssen wir feststellen, daß tatsächlich einige Fragezeichen angebracht werden müssen. In manchen Bereichen erreichen wir nur 2 bis 3 % der Patentanmeldungen von japanischen oder amerikanischen Firmen. Das muß uns natürlich schon zu denken geben. In Japan werden im Schnitt 3 % des Bruttosozialprodukts als Forschungsaufwand ausgegeben, bei uns bundesweit nur noch 2,5 %. Wir befinden uns da schon in einem gefährlichen Bereich. Es stimmt: Der Bund mußte aus verständlichen Gründen zurückfahren

(Abg. Schmiedel SPD: Was? Wieso? — Zurufe der Abg. Weyrosta SPD und Pfister FDP DVP)

— Weil die Forschungseinrichtungen im Osten dazugekommen sind. Das ist doch klar. — Es ist auch wahr: Auch die Betriebe haben ins Ausland verlagert.

(Zurufe von der SPD)

Dazu nenne ich nur zwei Zahlen der Siemens AG: Vor fünf Jahren waren bei dieser Firma in Deutschland 33 000 Forscher am Forschen und Entwickeln. Soviel sind es auch heute noch.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abg. Rempfel, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Rempfel CDU: Aber im Ausland ließ Siemens vor fünf Jahren 8 500 Forscher arbeiten. Heute sind das 13 500. Die ganze Expansion in diesem Bereich hat sich ins Ausland verlagert.

Darüber hinaus muß ich natürlich klar sagen: Die gleichen absoluten Beträge hierfür von 57 Milliarden DM heute wie damals führen zu einem relativen Rückgang. Wir müssen beklagen, daß wir natürlich auch ein gerüttelt Maß — ich will jetzt nicht sagen: an Schuld —

(Abg. Schmiedel SPD: Doch, doch! — Abg. Dr. Caroli SPD: Sie tippen richtig!)

an Beitrag dazu geleistet haben, zum Beispiel über zu hohe Kosten, über ein Biotechnologiegesezt, das sehr schnell wieder novelliert werden mußte, und über viele Restriktionen, die im Ausland offensichtlich so nicht vorhanden sind. Deshalb geht etwas weg.

(Abg. Weyrosta SPD: Was wollen Sie dagegen tun?)

— Ich sage es gleich.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abg. Rempfel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wettstein?

Abg. Rempfel CDU: Immer, wenn Sie es mir nicht auf die Redezeit anrechnen, Herr Präsident.

(Abg. Weyrosta SPD: Das wissen Sie doch, das macht der Präsident nicht!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abg. Wettstein.

Abg. Wettstein SPD: Herr Kollege Rempfel, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß sich nicht nur die Verteilung der Forschungsmittel geändert hat und das zu Lasten der alten Bundesländer gegangen ist, sondern daß sich auch die absoluten Zahlen nach unten entwickelt haben, daß also einschließlich der neuen Bundesländer weniger Forschungsmittel zur Verfügung standen als vorher für die alten Bundesländer?

(Abg. Schmiedel SPD: Dem stimmt er zu! — Zuruf des Abg. Weyrosta SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abg. Rempfel.

Abg. Rempfel CDU: Das ist richtig. Aber der Hauptfaktor ist natürlich die Umschichtung, genau so, wie ich es gesagt habe.

(Zuruf des Abg. Weyrosta SPD)

Insoweit ist das hier in Baden-Württemberg natürlich eine doppelte Anstrengung wert.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD — Zuruf des Abg. Renz GRÜNE — Abg. Weyrosta SPD: Eine doppelte Kürzung ist es!)

Ich will noch einmal ausdrücklich betonen, daß wir mit 150 Steinbeis-Zentren und einem wirklich hervorragenden Regierungsbeauftragten, Professor Löhn, national gute Voraussetzungen haben. Meine Bedenken, die ich äußern muß, richten sich auf den internationalen Vergleich. Dazu habe ich einige wichtige Sachen gesagt.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Ein wichtiger Bereich ist immer noch auch unsere weitverbreitete Technikfeindlichkeit, die uns behindert.

(Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN — Abg. Deuschle REP: Ja! — Abg. Weyrosta SPD: Die ganzen Umfragen ergeben ein ganz anderes Bild!)

Ich darf, nein ich muß das Beispiel aus den siebziger Jahren bringen.

(Abg. Weyrosta SPD: Das sind doch alle Kamellen, die Sie da verbreiten! — Gegenruf des Abg. Alfred Haas CDU)

— Das ist vielleicht richtig, vielleicht aber auch falsch. Ich hoffe, daß Sie recht haben, Herr Weyrosta. Ich hoffe das.

(Zuruf des Abg. Weyrosta SPD)

In den siebziger Jahren sind die Entwicklungen zur Mikroelektronik entstanden. Wir waren nicht dabei, weil wir die Diskussion über den Jobkiller geführt haben. Jeder von Ihnen weiß das noch.

(Abg. Kurz CDU: Ja! — Abg. Alfred Haas CDU: So ist es!)

Heute reden wir nicht mehr von der Mikroelektronik. Heute reden wir vom Transrapid, von Verkehrsleitsystemen und von neuen Technologien. Dabei haben wir doch wieder viele Neinsager und viele Bedenkenträger.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Republikaner — Abg. Alfred Haas CDU: Auch bei der SPD!)

Ich muß ganz klar sagen: Das sind die entscheidenden Punkte.

Nun haben Sie mich gefragt, was wir zur Effizienzsteigerung bei uns tun könnten.

(Zuruf des Abg. Renz GRÜNE)

Leistung zählt. Unser System der Input-Orientierung in der Forschung ist kein gutes System; denn durch die Kameralistik wird folgendes bewirkt: Man muß einen guten Antrag schreiben, man muß das finanzieren, aber um das Ergebnis kümmert sich fast niemand.

(Zuruf des Abg. Weyrosta SPD)

Wir müssen stärker ergebnisorientiert werden. Deshalb, Herr Minister, lautet mein erster Vorschlag zu diesem Punkt: Wir sollten die Hilfen so steuern, daß wir die letzten 10 bis 15 % nach Ergebnis, also nach Erfolg ausbezahlen. Denn wenn wir das mit der Input-Orientierung so lassen, dann bleiben wir zu langsam, und dann sind wir nicht effizient genug. Ich muß sagen: Die Geschwindigkeit ist genauso wichtig wie die Qualität der Forschung. Denn der Langsame wird vom Schnellen gefressen. Das ist überhaupt keine Frage. Was die Geschwindigkeit anbelangt, sind wir nicht Spitze.

(Abg. Weyrosta SPD: Das hätte ich vom Rempfel gar nicht erwartet!)

Ich meine, wir sollten die Schnelligkeit in unserem System belohnen. Ich kann noch keinen konkreten Vorschlag dazu machen.

(Abg. Weyrosta SPD: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben!)

aber mir scheint das ganz wichtig zu sein. Mir erscheint auch wichtig, daß wir die Mitnahmeeffekte reduzieren; denn wir haben einen ordentlichen Satz an Mitnahmeeffekten, die nicht ohne weiteres so sein müssen.

Der allerwichtigste Bereich des Technologietransfers sind die Köpfe unserer jungen Menschen, der Absolventen der Hochschulen und Fachhochschulen. Wir müssen den Studenten dadurch effizientes Arbeiten beibringen, daß wir während des Studiums Wert auf Effizienz legen. Ein wichtiges Kriterium für die Effizienz ist die Studiendauer, und

(Remppel)

eine wichtige Anforderung sind beispielsweise Bildungsgutscheine.

(Abg. Schmiedel SPD: Also, jetzt nicht vom Thema ablenken! – Gegenruf des Abg. Renz GRÜNE: Doch, das Umfeld ist wichtig!)

Wir müssen Effizienz in die Hochschulen tragen, und wir müssen sehen, Herr Minister, daß wir wieder zu dem Personalfinanzierungsprogramm kommen, das es ja schon einmal gab, mit dem wir finanziell unterstützen, wenn Unternehmen Mitarbeiter an die Hochschulen entsenden. Denn da findet derzeit zu wenig Austausch statt. Mir scheint das ein ganz wichtiger Punkt zu sein.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Ich muß Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

Abg. Remppel CDU: Ja. — Abschließend will ich sagen: Wir sind noch gut in diesem Bereich, aber wir dürfen uns nicht daran hindern lassen, besser zu werden. Denn auf der ganzen Welt ist man enger zusammengedrückt, was Forschungskapazitäten und Innovationen anbelangt. Es besteht nicht die Gefahr, daß wir schlechter werden, aber es besteht die Gefahr, daß die anderen

(Abg. Weyrosta SPD: Besser werden!)

schneller besser werden als wir.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Republikaner)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Eckert.

Abg. Dr. Eckert REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Große Anfrage Drucksache 11/2449 entspricht dem, was man beim Fußball eine Vorlage nennt: Gelegenheit zum Schuß aufs Tor. Hier war es die Gelegenheit zu einer umfassenden Selbstdarstellung der beteiligten Ministerien und ihrer Leiter.

(Abg. Weimer SPD: Wer ist der Mittelstürmer?)

Es ist ja in der Tat beeindruckend, was Baden-Württemberg außer den Forschungslabors der Industrie aufzuweisen hat: Neun Universitäten, davon zwei technische,

(Abg. Renz GRÜNE: Das haben wir gelesen!)

zwölf naturwissenschaftlich orientierte Max-Planck-Institute, zehn Institute der Gemeinschaftsforschung

(Abg. Renz GRÜNE: Können Sie die einzeln nennen?)

— Herr Renz, Sie haben sie in Ihren Unterlagen —, 14 Institute der Fraunhofer-Gesellschaft, zwei Großforschungseinrichtungen, sieben Vertragsforschungseinrichtungen an Universitäten

(Abg. Schmiedel SPD: Ja, jetzt langt's!)

und nicht zuletzt die 130 Transferzentren der Steinbeis-Stiftung für Wirtschaftsförderung an den Fachhochschulen unseres Landes.

Gerade bei der Steinbeis-Stiftung zeigt sich, wie wichtig eine Industrieberatung ist und wie gut das Angebot von den Unternehmen in unserem Land auch angenommen wird.

Anlauf- und Kontaktberatungsstellen bei den Kammern und Verbänden sowie an den Fachhochschulen unterrichten die Firmen über das Angebot. Über 7 000 Beratungen pro Jahr sind das stolze Ergebnis. Hierzu ist zu bemerken, daß sich eine solche Beratung nicht allein auf Technologie beschränken sollte. Bei gleicher Produktqualität wird nämlich derjenige Anbieter gewinnen, der stärker als die Konkurrenz auf den Kunden eingeht. Das beginnt bei der Bedienbarkeit eines Geräts und führt über den Reparaturservice bis zur Lebensdauer.

Wir alle kennen ja Konstruktionen, bei denen wir fragen, ob die Ausführung wirklich der Weisheit letzter Schluß ist. Ich denke an Autos, in denen alles möglich ist, nicht jedoch ein Aussteigen vom Fahrersitz nach rechts.

(Abg. Renz GRÜNE: Meinen Sie das politisch?)

Wir kennen Fernseher und Videorecorder, bei denen die Fernbedienung sich jedem Bedienversuch widersetzt und der Kunde trotz ausführlicher Gebrauchsanleitung fast einen Abendkurs braucht. Hier ist also noch einiges zu tun.

Bei der angewandten Forschung sind es vorwiegend die Großfirmen, die als Partner der Universitäten auftreten. In der Vergangenheit hat es sich wiederholt gezeigt, daß selbst für große Unternehmen das Kostenrisiko bei der Produktentwicklung und Entwicklung eingesetzten Gelder auch tatsächlich auszahlen, fallweise so groß ist, daß sie auf eine Eigenentwicklung verzichten. Es gibt Beispiele, wo Großfirmen an der Entwicklung eines neuen Produkts bankrott gegangen sind. Ich denke an die Firma Rolls-Royce in den sechziger Jahren mit ihrem neuen Triebwerk für Lockheed. Das Motto amerikanischer Multis „Be a fast follower“, also „Sei ein rascher Nachfolger auf dem Markt“, hat daher auch hierzulande Nachahmer gefunden. Für Lizenzen zu zahlen ist eben oft billiger, als eigene Erfindungen zur Marktreife zu bringen.

Eine anwendungsorientierte Forschung an den Universitäten entlastet die Unternehmen, sie sichert die Fertigungstiefe und damit letztendlich Arbeitsplätze. Hierbei wird vorausgesetzt, daß die Forschungsergebnisse nur oder zumindest vorwiegend den Firmen hierzulande zugute kommen. Ein sorgloser Umgang mit Ergebnissen bewirkt das Gegenteil.

Ich habe manchmal den Eindruck, daß dieser Gesichtspunkt hier nicht genügend beachtet wird.

(Beifall bei den Republikanern)

Das Wissen um Produktionsverbesserungen wandert ab: bald darauf gibt es Nachbau in Fernost. Wir bekommen dann statt des erstrebten Warenexports einen Export an Arbeitsplätzen. Die Wirtschaftsförderung verkehrt sich so in ihr Gegenteil. Hier ist also ein Umdenken nötig.

(Dr. Eckert)

(Abg. Drexler SPD: Was wollen Sie? — Abg. Weyrosta SPD: Wie denn, was denn, wo denn?)

Es ist unter anderem der Patentschutz zu verstärken, und es sind vor allem auch Musterprozesse zu führen. Das ist ja das Problem. Es genügt nicht nur ein papierenes Patent.

(Beifall bei den Republikanern)

Die wirtschaftsnahe Forschung soll nämlich zum Warenexport führen und nicht zum Export von Konstruktionen und Produktionsverfahren.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Renz.

Abg. Renz GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gibt in der Forschungsdiskussion eine ganze Reihe von wichtigen Themen. Ich denke an die Drittmittelproblematik, an Fragen nach der Unabhängigkeit oder nach dem Verhältnis von grundlagen- und anwendungsorientierter Forschung. Solche Themen treten in einer Debatte über die wirtschaftsnahe Forschung eher in den Hintergrund. Bei der wirtschaftsnahen Forschung gelten meines Erachtens vor allem zwei Themen: Wirtschaftsnaher Forschung muß umsetzungsorientiert sein, und sie muß kostenbewußt sein.

Das heißt, im Mittelpunkt der wirtschaftsnahen Forschung steht zum einen der Technologietransfer und zum anderen die Frage nach dem Kostendeckungsgrad durch Eigenmittel.

Gerade in Zeiten, in denen in den Unternehmen die Philosophie der schlanken Produktion dominiert und damit natürlich auch ein gewisses Bestreben, Forschungsaufwendungen nach außen zu verlagern, ist in öffentlich geförderten Forschungseinrichtungen ein erklärtes und auch ein erhöhtes Kostenbewußtsein erforderlich. Auftragsforschung hat ihren Preis, und die Institute der wirtschaftsnahen Forschung müssen bemüht sein, ihren Preis sozusagen am Markt auch durchzusetzen. Sie dürfen sich dabei nicht nur auf ihre Grundfinanzierung wie auf eine Art Hängematte verlassen.

Alein ein Blick in den Landeshaushalt zeigt, daß die Institute ganz unterschiedlich abschneiden, was die Kostendeckung angeht. Die Textilforschungsinstitute etwa haben einen sehr hohen Eigenanteil, andere kommen nicht einmal auf 10 % der Betriebskosten.

Bei den Haushaltsberatungen haben wir von seiten der Grünen eine stufenweise Senkung der Betriebskostenzuschüsse beantragt, was eine Erhöhung der Eigenfinanzierung erforderlich gemacht hätte. Ich muß sagen, Herr Rempel, es ist mir bis heute unerklärlich, weshalb gerade die CDU, aber auch die SPD dieses abgelehnt haben.

Zum Technologietransfer: Was ist eigentlich beim Technologietransfer entscheidend? Herr Rempel, ich glaube, Sie liegen falsch, wenn Sie sagen, es sei die Schnelligkeit. Sie machen es sich zu einfach. Entscheidend beim Technologietransfer ist meines Erachtens, inwieweit — und das hat unter dem Strich schon wieder mit Schnelligkeit zu tun — es gelingt, das Verhältnis zwischen vorwettbewerblichem und wettbewerblichem Bereich konstruktiv zu organisieren. Ich

meine, es ist entscheidend, ob sich die Beteiligten gegenseitig ergänzen oder blockieren.

(Abg. Rempel CDU: Kein Widerspruch!)

Die direkte Kooperation, wie sie ja in der Konzeption bei den An-Instituten oder jetzt auch bei den Verbundprojekten, die aus den Gemeinschaftsinitiativen des Wirtschaftsministeriums hervorgehen, zugrunde liegt, scheint dabei weniger erfolgversprechend zu sein als der Ansatz, wie er bei Steinbeis verfolgt wird, für den ja unter diesem Aspekt wohl typisch ist, daß es eben viele dezentrale Einstiege im vorwettbewerblichen Bereich gibt. Da wird akquiriert, die konkreten Projekte im wettbewerblichen Bereich sind aber streng kundenorientiert, kostenbewußt und auf einzelvertraglicher Basis durchgeführt.

(Abg. Weyrosta SPD: Die müssen sich auch finanzieren!)

Für diese Einschätzung, daß Steinbeis in dieser Hinsicht einfach besser funktioniert, spricht nicht nur der hohe Eigenfinanzierungsanteil, der bei Steinbeis ja festzustellen ist, und auch nicht der Überschuß, sondern auch die Beobachtung, daß bei den Vertragsforschungseinrichtungen trotz unmittelbarer Beteiligung der Wirtschaft die Synergien nicht im erhofften Maß zum Tragen kommen.

Weil Sie das auch angesprochen haben: Da, wo das Personal direkt entsandt wird, ist die Erfahrung doch häufig auch so, daß die Betroffenen mehr in die Funktion einer Art Aufpasser geraten, als daß sie die Funktion des Ideenüberträgers wahrnehmen können. Beim FAW in Ulm ziehen die Firmen derzeit beispielsweise, wenn ich das richtig sehe, ihr entsandtes Personal zurück, und der ehrgeizige Eigenfinanzierungsanteil scheint ohne eine gewisse Haushaltskosmetik auch nicht darstellbar zu sein.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Bei Steinbeis liegt das Problem woanders. Überschüsse, die ohne öffentliche Forschungsinfrastruktur ja viel schwerer zu erzielen wären — das darf man nie vergessen —, werden nach meiner Auffassung jetzt in überhöhtem Maße in Immobilien angelegt, anstatt sie — und das wäre viel wichtiger — im vorwettbewerblichen Bereich zu reinvestieren.

Ich möchte ein paar Gedanken dazu sagen, wie das geschehen müßte und was dabei wichtig ist.

Beispiel Mikrosystemtechnik Villingen-Schwenningen bzw. Furtwangen. Das Institut hängt jetzt zunehmend in der Luft. Die Zahl der Studierenden an der FH ist zu gering, weil die Abgänger in der Region kaum Beschäftigungsmöglichkeiten sehen. Bei Kooperationsprojekten gibt es Schwierigkeiten, weil mittelständische Unternehmen teilweise schon bei Eigenbeteiligungen in der Größenordnung von 50 000 DM nicht mehr mitziehen.

Niemand ist für solche — ich sage einmal — defizitäre Zusammenhänge zuständig. Bewilligungen für Projekte laufen auf dem Umweg über Stuttgart. Darin liegt ein schwerer Fehler. Alle schauen einzeln für sich nach Stuttgart, ohne aber die Nachbarn zu Hause, ohne die Kompetenz ihrer Nachbarn und ohne deren Bedürfnisse im Blick zu haben. Wie soll unter solchen Bedingungen die Basistechnologie

(Renz)

Mikrosystemtechnik Anwendung finden? Eine Erstausrüstung gibt eben noch keinen Technologietransfer. Sie wird zum Strohfeuer, wenn das Umfeld nicht stimmt, wenn jenseits der Initialzündung nur noch sozusagen qua Zufall etwas zusammengeht. Darin liegt auch das Problem bei den neuen Projekten, die jetzt im Grund in alter Späthscher Manier, dieses Mal aber mit Mitteln aus der Gebäudebrandversicherung, von Spöri gestartet werden.

Was geschieht, wenn diese Mittel erschöpft sind? Wie geht es dann weiter?

Wir haben – das möchte ich zum Schluß noch anführen – im Rahmen der Haushaltsberatung auch in dieser Richtung Mittel zum Einstieg in die Finanzierung regionaler Kooperationen und damit im Grunde zur Diffusion von Innovationen, wie man sagt, gefordert. Auch das wurde abgelehnt. Die Finanzierung des Alltagsgeschäfts, meine Damen und Herren, verspricht eben keinen so großen Auftritt wie die Ankündigung neuer Projekte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Man kann sagen, daß die konjunkturelle Entwicklung in Baden-Württemberg in der letzten Zeit erfreulich ist. Wenn man dann allerdings einen Blick auf die Arbeitslosenzahlen wirft, wird deutlich, daß wir nicht nur in Baden-Württemberg, sondern in Deutschland insgesamt nicht nur aus einem konjunkturellen Tal herauskommen müssen, sondern gleichzeitig auch tiefgreifende Strukturschwächen zu überwinden haben, was nichts anderes heißt, als daß wir auch technologische Defizite haben, die wir überwinden müssen.

Natürlich bleibt es Daueraufgabe auch in Baden-Württemberg, die Wettbewerbsfähigkeit jener traditionellen Industriezweige zu verbessern, die unser Land in den letzten Jahrzehnten nach vorn gebracht haben. Ich nenne den Maschinenbau, die Elektrotechnik und den Fahrzeugbau. Aber ich bin davon überzeugt, daß wir für einen wirklich anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung, für einen wirklich spürbaren Abbau der Arbeitslosigkeit und für wirklich zukunftssichere Arbeitsplätze einen noch entschiedeneren Vorstoß in neue Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts brauchen, weil diese die Märkte des 21. Jahrhunderts ganz entscheidend bestimmen werden.

Es ist nicht schwer, diese Schlüsseltechnologien auszumachen. Ein Blick etwa in die Ergebnisse der Zukunftskommission „Wirtschaft 2000“ zeigt diese Felder deutlich auf.

Ich will nur einige Beispiele nennen: Die Informationstechnologie

(Abg. Renz GRÜNE: Das machen alle!)

ist heute schon mit einem Weltumsatz von 1,5 Billionen DM der größte Industriezweig.

Ich nenne die Umwelttechnik,

(Abg. Renz GRÜNE: Machen alle!)

die im Jahr 2000 rund 600 Milliarden DM Weltumsatz ausmachen wird. Diesen Bereich nenne ich deshalb, weil wir gerade im Bereich der Umwelttechnik in Deutschland – auch in Baden-Württemberg – in bestimmten Bereichen sogar die Nase vorn haben und eine führende Rolle spielen, die wir nicht verspielen dürfen.

Ich nenne aber auch den Bereich der Bio- und der Gentechnologie. Dies ist wahrscheinlich der Bereich, der in der Zukunft am schnellsten wachsen wird. Besonders in diesem Bereich kann Baden-Württemberg durchaus auf eine gute Forschungsinfrastruktur verweisen. Das Problem besteht in diesem wichtigen Bereich nur darin, daß die Forschungsergebnisse nicht schnell genug in Produkte umgesetzt werden.

Das läßt sich auch an einigen Zahlen deutlich machen: Wir haben zum Beispiel in den Vereinigten Staaten rund 300 Produktionsanlagen für gentechnische Produkte. In Japan sind es 120 Anlagen, in der Bundesrepublik Deutschland sechs Anlagen, und in Baden-Württemberg ist es eine Anlage. An diesen Zahlen wird das Problem klar.

Deshalb will ich sagen, daß mir fünf, sechs Punkte wichtig sind, die ich kurz ansprechen möchte.

Erstens: Ich will deutlich unterstreichen, was die Vorredner gesagt haben: Baden-Württemberg verfügt in der Tat über eine sehr gute Forschungsinfrastruktur. Das gilt für die Grundlagenforschung, aber auch für die anwendungsorientierte Forschung.

Es ist wahr, daß wir in Baden-Württemberg bei den Forschungsgeldern an der Spitze liegen, und zwar nicht nur im Ländervergleich, sondern wohl auch international. Mit 3,8% Forschungsausgaben gemessen am Bruttosozialprodukt liegen wir höher als beispielsweise die Japaner. Auch wenn Sie den Pro-Kopf-Aufwand für Forschungsaufgaben nehmen, hat Baden-Württemberg wirklich eine gute Position

Was mir wirklich Sorge macht – dieses Thema ist vorhin angesprochen worden –, das ist der Bund. Der Bund hat in der Tat in den letzten Jahren seine Mittel für Forschungsaufgaben zurückgefahren. Wir liegen jetzt bei 2,5%. Ich hoffe sehr, daß es gelingt – –

(Abg. Brechtken SPD: Deshalb brauchen wir eine andere Regierung! – Abg. Drexler SPD: Wer regiert denn dort?)

– Ich stelle es fest und beklage es, Herr Drexler. Es muß doch wohl möglich sein, daß ich hier selbstkritisch sage.

(Zuruf des Abg. Schöning FDP/DVP)

daß meine Sorge nicht so sehr die Forschungsinfrastruktur des Landes Baden-Württemberg ist, die ich als gut bezeichne, sondern daß sich meine Sorge tatsächlich darauf bezieht, daß der Bund auf diesem Gebiet in den letzten Jahren seinen Verpflichtungen nicht genügend nachgekommen ist.

Zweiter Punkt: Ich bin dafür, daß diese gute Forschungsinfrastruktur auch konsequent für eine Fortsetzung der Innovationsoffensive genutzt wird, und zwar muß dies eine abgestimmte Innovationsoffensive sein, gewissermaßen eine konzertierte Aktion von Politik, Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft mit dem Ziel, daß solche neuen Technologien zu-

(Pfister)

nächst einmal gemeinsam erkannt, dann erforscht und dann aber auch in marktfähige Produkte umgesetzt werden.

Dritter Punkt: Die baden-württembergische Forschungspolitik muß zunehmend auch in die europäische Forschungspolitik eingebettet sein. Insbesondere dürfen die mittleren und die kleineren Betriebe nicht von Brüssel abgeschnitten werden, weil sie sich selbstverständlich schwerer tun als beispielsweise die Großindustrie, die ganz andere Möglichkeiten hat. Kurze Wege nach Brüssel und möglichst wenig Bürokratie, das muß die Zielrichtung für eine Einbettung der baden-württembergischen in die europäische Forschungspolitik sein.

Vierter Punkt: Eine noch so gute Forschungsinfrastruktur nützt überhaupt nichts, wenn die Ergebnisse nicht bei denjenigen ankommen, die sie in marktfähige Produkte umsetzen müssen, nämlich bei den Unternehmen. Das Beispiel Faxgerät ist bereits genannt worden. Herr Kollege Rempfel, Sie haben recht: Wir müssen hier nicht nur bei der Umsetzung flexibler werden, wir müssen hier nicht nur ein Stück weit cleverer sein, sondern wir müssen vor allen Dingen auch schneller sein, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

Ich denke, daß die 150 Transferzentren der Steinbeis-Stiftung im Land Baden-Württemberg das Kernstück bei der Umsetzung von Forschungsvorhaben sind und bleiben. Ich bin vor allem darüber froh — Herr Kollege Wettstein, Sie haben darauf hingewiesen —, daß diese Steinbeis-Transferzentren sehr ausgeprägt einen Charakter der Mittelstandsförderung haben — übrigens zum Nulltarif, weil sie sich praktisch selbst finanzieren.

Einen letzten Punkt will ich noch ganz kurz ansprechen: Wir brauchen auch technologisch orientierte Existenzgründungen, weil jede Existenzgründung zusätzliche Arbeitsplätze mit sich bringt. Wie ist denn die Situation? Die Situation ist so, daß unsere jungen Ingenieure, wenn sie von den Fachhochschulen oder von den Berufsakademien kommen, ein hervorragendes Können und gute Ideen haben, auch den Mut haben, sich selbständig zu machen. Was sie allerdings nicht haben, ist Kapital. Was sie brauchen, sind günstige Produktionsmöglichkeiten, und sie brauchen zusätzliche betriebswirtschaftliche Kenntnisse. Deshalb kommt es für mich entscheidend darauf an, Herr Minister, daß wir versuchen, regionale Konzepte

(Abg. Renz GRÜNE: Das stimmt! Jawohl! Und zu finanzieren!)

für technologisch orientierte Neuexistenzen zu zimmern, die drei Dinge zusammenbinden müssen.

Erstens: Wir brauchen regionale Risikokapitalfonds.

(Abg. Renz GRÜNE: Sehr richtig!)

Es nützt nichts, wenn wir einen landesweiten Risikokapitalfonds haben, sondern wir müssen regionale Fonds bilden, weil dann die Möglichkeit besteht, daß sich auch die regionalen Banken an diesem Kapitalfonds zusätzlich beteiligen.

(Abg. Renz GRÜNE: Neue Aufgaben für Sparkassen! — Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abgeordneter, ich muß Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

Abg. Pfister FDP/DVP: Ich komme zum Schluß.

(Abg. Wettstein SPD: Jetzt sind wir aber froh, daß wir überhaupt einen Risikokapitalfonds haben!)

Wenn dies alles gewährleistet ist, was ich gesagt habe, wenn Sie diese Dinge alle zusammenbinden und wenn Sie es dann noch schaffen — das ist ein ganz wichtiges Anliegen —, daß Sie insgesamt in unserem Land ein günstiges Klima für neue Technologien schaffen, wenn es uns gelingt, die gesellschaftliche Akzeptanz für neue Technologien zu erreichen, wenn Sie dies alles erreichen, dann haben wir allerdings gute Chancen, nicht nur aus dem konjunkturellen Tal herauszukommen, sondern auch die Anforderungen zu meistern, die notwendig sind, um aus der technologischen Krise herauszukommen.

Es ist und bleibt aber wahr: Die Forschungsinfrastruktur ist ein Schlüssel dafür. Die Forschungsinfrastruktur in Baden-Württemberg, die gut ist, muß in der Zukunft weiter ausgebaut werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich dem Herrn Wirtschaftsminister.

Wirtschaftsminister Dr. Spöri: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte über eine solche Große Anfrage und ihre Beantwortung hat nicht die Funktion, daß die Regierung hier wiederholt, was sie in der Antwort geschrieben hat.

(Abg. Rempfel CDU: Aktueller bitte! Das ist zwei Jahre alt!)

Die Regierung sollte dazu aktuell Stellung nehmen. Ich denke, daß trotz der Überfülle von Anträgen und Anfragen auch diese Anfrage eine sehr aktuelle Bedeutung hat. Diese Anfrage wird in einer Phase der wirtschaftlichen Entwicklung behandelt, die gekennzeichnet ist durch einen konjunkturellen Erholungsprozeß

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig!)

und durch beträchtliche Erfolge im Bereich der Steigerung der Kosteneffizienz. Dennoch möchte ich sagen: Das Problem liegt einfach darin, daß wir durch diese ungeheuren Anstrengungen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit zwar Erfolge errungen haben, aber beobachten müssen, daß wir diese Erfolge mit einem hohen Preis bezahlen müssen. Ich sage immer wieder: Wenn man es mit dem Beschäftigungshöhepunkt von 1991 in der Industrie in Baden-Württemberg vergleicht, dann haben wir durch die wettbewerbssteigernden Maßnahmen bis 1996 zu erwarten, daß wir zirka ein Drittel der traditionellen Industriearbeitsplätze durch Steigerungsmaßnahmen bei Kosteneffizienz und durch Produktivitätsschübe vernichten.

Diese Maßnahmen haben allein in der Rezession, beginnend im Juli 1992 bis Ende 1994, dazu geführt, daß wir 260 000 Arbeitsplätze in der Industrie verloren haben, die wir nicht kompensieren konnten. Das zeigt eigentlich sehr genau, daß wir inzwischen zum ersten Mal seit 1990 durch ungeheure Anstrengungen der Landesregierung, aber vor allen Dingen

(Minister Dr. Spöri)

der Unternehmen, des Managements und der Beschäftigten, eines erreicht haben: Wir sind mit 2,3 % realem Wachstum — bei allen Vorbehalten, die man bei Wachstumsziffern anmerken kann — in der Sozialproduktdynamik, in der Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts wieder im Geleitzug, im Durchschnitt der restlichen Bundesländer. Es ist bemerkenswert, daß dies seit über fünf Jahren zum ersten Mal wieder der Fall ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte einfach einmal feststellen, daß wir inzwischen wieder eine Situation erreicht haben, die wir seit 1990 nicht mehr hatten. Wir hatten in den letzten Jahren, zurückgehend bis zum Jahr 1990, immer eine unterdurchschnittliche Wachstumsdynamik.

Dennoch ist dies überhaupt kein Ruhekissen. Was gegenwärtig läuft, ist brandgefährlich. Denn dieser hohe Verlust an Arbeitsplätzen mitten in der Rezession und jetzt in der konjunkturellen Erholungsphase dieses Jahres zeigt auch, daß wir arbeitsmarktpolitisch durch diese politischen Maßnahmen und durch Bemühungen der Unternehmen keinen hinreichenden Ausgleich erreichen.

Wenn man sich dies betrachtet, gibt es eigentlich nur einen Ausweg — der ist in der Strategie dieser Großen Anfrage aufgezeigt —, nämlich einen schnelleren Strukturwandel in neue Produkte und neue Märkte hinein. Ich muß in Baden-Württemberg neues Volumen und neue Wertschöpfungen, die neue Arbeitsplätze schaffen könnten, darstellen. Dies bedeutet, eine rein defensive Verteidigungsstrategie im Rahmen der internationalen Globalisierung, eine rein defensive Kosteneffizienzpolitik, so richtig sie ist und so sehr sie vorhandene betriebliche Substanz und Arbeitsplätze sichert, reicht nicht aus, weil wir dann allein eine Schrumpfsstrategie betreiben. Wir müssen auch neues Marktvolumen in neuen Produktbereichen erobern.

(Beifall bei der SPD)

Dazu ist natürlich die Forschungs- und Technologiepolitik die entscheidende Schlüsselpolitik, die wir betreiben. Wir haben hier eine hervorragende Infrastruktur, die genannt worden ist. Das möchte ich nicht wiederholen. Das ist auch nicht das Verdienst der amtierenden Landesregierung. Wir haben uns zusätzlich — Kollege von Trotha wird das noch darstellen — durchaus ins Zeug gelegt, mit all den wirtschaftsnahen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, die in der Antwort auf diese Große Anfrage genannt sind, die vorhandene Infrastruktur zu verbessern.

Ich meine aber, der Großteil des Verdienstes daran, daß wir eine so hervorragende angewandte Forschungsinfrastruktur haben, kommt früheren Landesregierungen zu. Das muß man einfach einmal sagen, weil diese Infrastruktur langsam gewachsen ist. Das ist vor allem auch ein Verdienst des früheren Ministerpräsidenten Späth, der in der angewandten Technologiepolitik einen ganz besonders starken Akzent gesetzt hat. Auf dieser Situation konnten wir mit unseren spezifischen Maßnahmen aufbauen.

(Abg. Wettstein SPD: Ist das der Späth, der so viele Sünden gemacht hat?)

Meine Damen und Herren, wir haben versucht, diese Infrastruktur noch effektiver zu nutzen. Wenn man nämlich neue Produkte auf den Markt bringen möchte, wenn man neue technologische Produktionsverfahren einführen will, braucht man in den Betrieben und in der Gesellschaft eine hohe Akzeptanz. Damit wird sich heute dieses Parlament in einem anderen Zusammenhang noch einmal befassen. Das erreiche ich nur, wenn ich technologiepolitische Offensiven mit einem integrativen politischen Ansatz einleite. Das heißt, ich muß von vornherein alle Betroffenen, die diese Produkte in Anspruch nehmen, und vor allem auch die Arbeitnehmerseite, die in den Betrieben mit neuen Technologien zu arbeiten hat, in den politischen Prozeß der Einführung neuer Technologien einbeziehen.

Das haben wir mit dem Politikmodell „Gemeinschaftsinitiative Wirtschaft und Politik“ gemacht. Wir haben das in den verschiedensten Technologiebereichen, in denen wir neue Produkte und Marktchancen haben, versucht.

Ich möchte hier aber ganz klar sagen: Wir sind nicht am Ende der methodischen Innovation in der Technologiepolitik. Vieles von dem, was in der Debatte gesagt worden ist, was der Kollege Renz angesprochen hat, was der Kollege Pfister moniert hat, was besser werden müsse, vieles, was, glaube ich, auch Kollege Wettstein vorhin gesagt hat —

(Abg. Kuhn GRÜNE: Was heißt da „glaube ich“?)

— Ich habe halt schon einen kleinen Alzheimer. Ich bin ein bißchen älter als Sie, Kollege Kuhn.

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Das ist aber schlecht fürs Ministerpräsidentenamt!)

Ich muß es noch einmal nachlesen. Es waren eine Menge Anregungen.

Kollege Pfister hat einen regionalen Risikokapitalfonds vorgeschlagen. Es ist schon ganz gut, wenn wir das Übernehmen von Risiko dadurch fördern. Nur risikohafte Handeln sichert Zukunft. Wer risikolos verfährt, wer kein Risiko eingeht, der verspielt Sicherheit und Zukunft.

(Beifall bei der SPD — Abg. Weyrosta SPD: Das gilt auch für die Politik! — Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

Dieses risikohafte Handeln haben wir gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten mit einem Risikokapitalfonds von 75 Millionen DM auf zehn Jahre zu fördern versucht, weil das Bankensystem nicht bereit ist, innovative Querdenker zu unterstützen, wenn sie nicht eine entsprechende Eigenkapitalbasis haben. Das ist unser Problem.

Zweitens sind wir nicht so betonhaft angelegt, daß wir vom Parlament nicht neue Anregungen annehmen würden. Die Landesregierung war natürlich dankbar für den Anstoß, nicht nur technologische Verbundprojekte zu machen. Ich finde, es ist eine bemerkenswerte Zusammenarbeit. Sie ist zwar betragsmäßig noch klein: 8 Millionen DM neu für das CI-Programm, das heißt für einzelbetriebliche Technologieförderung. Diese Zusammenarbeit hat sich aus Anstößen der Fraktionen entwickelt. Im Wirtschaftsausschuß des Landtags von Baden-Württemberg hat man diese Vorschläge gemacht.

(Minister Dr. Spöri)

Ich bin ein Anhänger der sogenannten Verbundprojekte, bei denen man im vorwettbewerblichen Raum in der Forschung und Entwicklung Ressourcen dadurch spart, daß mehrere Unternehmen und Forschungsinstitute zusammenarbeiten und zusammen entwickeln. Aber nicht jedes Unternehmen möchte sich in diesen Rahmen stellen.

(Abg. Rempfel CDU: So ist es!)

Es gibt viele Unternehmen, die ihre Entwicklungen einzelbetrieblich vorantreiben wollen. Auch diesem einzelbetrieblichen Willen müssen wir Rechnung tragen. Da ist das CI-Programm jetzt zwar quantitativ noch minimal, aber es ist ein qualitativer Neueinstieg in eine neue Methode der Technologiepolitik, die sinnvoll ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Renz GRÜNE: Was ist da neu? Die einzelbetriebliche Förderung haben Sie abschaffen wollen!)

– Natürlich, Herr Renz, ich gebe es ja zu, es ist ein Wiedereinstieg.

(Abg. Renz GRÜNE: Da war eine Abschaffung durch eine Koalitionsvereinbarung!)

– Diese Koalition ist natürlich ganz schlimm. Wir haben das aufgrund von Einsparmaßnahmen, aufgrund eines restriktiven Haushaltskurses zusammen mit Ihnen im Landtag von Baden-Württemberg abgeschafft. Ich könnte Ihnen noch viele Dinge nennen, die in der Wirtschaftspolitik und in der Technologiepolitik sinnvoll wären, die wir gegenwärtig nicht machen. Es ist falsch, daß wir sie nicht machen. Aber wir machen sie eben nicht, weil wir das Geld dafür nicht haben. Das war auch beim CI-Programm die Situation. Wir haben uns diese Mittel jetzt geschaffen. Nennen Sie es halt Wiedereinstieg; das ist mir völlig Wurst, ich bin da überhaupt nicht eitel. Es ist kein neuer Ansatz, Sie haben recht. Aber es ist sinnvoll, daß wir diese Schneise wieder schlagen und diese neue Perspektive eröffnen. Ich habe es ja positiv angesprochen.

Ich bin ein bißchen skeptisch, wenn man versucht, regionale Technologiekonzepte aus der Sicht des Wirtschaftsministeriums zu machen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist falsch! Die müssen unten entwickelt werden! – Zuruf des Abg. Renz GRÜNE)

Wir können nur eines tun: Wir können sagen: Entwickelt eure Konzepte in den Regionen selbst von unten,

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

und wir versuchen dann, euch finanziell zu unterstützen. Wenn das so ist, dann akzeptiere ich auch diesen Beitrag und diesen Ansatz.

(Zuruf des Abg. Renz GRÜNE)

Meine Damen und Herren, ich denke, daß wir einige Bereiche – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Wirtschaftsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Pfister?

Wirtschaftsminister Dr. Spöri: Bitte.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Minister, ich möchte genau an dieser Stelle eine Zwischenfrage stellen. Wenn es so wäre, daß in den Regionen von unten her entsprechende Technologiekonzepte entwickelt würden, und Sie sagen, dann wären Sie bereit, solche Konzepte zu unterstützen, könnten Sie sich vorstellen, daß unter dieser Voraussetzung zum Beispiel Teile des Landesrisikokapitalfonds, den Sie schon haben, gewissermaßen in die Regionen hineingegeben werden mit dem Ziel und dem Anreiz, daß die Mittel dieses Risikokapitalfonds durch zusätzliches Kapital der örtlichen und regionalen Banken in den Regionen aufgestockt werden, damit auf diese Art und Weise noch mehr Risikokapital akquiriert wird?

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Wirtschaftsminister.

Wirtschaftsminister Dr. Spöri: Ich will einfach mal die Entwicklungsgeschichte des letzten Risikokapitalfonds kurz skizzieren. Wir haben mit den Banken gesprochen, weil wir die Risikokapitalfinanzierung im Vergleich zur amerikanischen Finanzierungssituation für völlig unbefriedigend halten. Wenn zwei, drei junge Leute von der Uni kommen und der Bank nicht eine Immobilie anbieten können, die man mit einer Hypothek belegen kann, dann fallen sie durch, auch wenn sie ein neues Softwarekonzept haben. Dieses Konzept ist ein immaterielles Wirtschaftsgut, das von einem Kredit-sachbearbeiter nur sehr schwer bewertet werden kann. Da hat er keine Bankensicherheit. Das ist das Problem.

Je mehr wir in eine Dienstleistungsgesellschaft hineinwachsen, je größer der Wertschöpfungsanteil des Dienstleistungssektors wird, um so mehr stellt sich natürlich das Problem einer relativ immateriellen Produktions- und Wertschöpfungsweise. Deswegen hat man nicht mehr diese großen physischen Objekte, mit denen Banken arbeiten können, als Sicherheit. Das ist das Problem.

Die Banken haben uns gesagt: Risikofinanzierung ist nicht unsere Aufgabe, das ist staatliche Aufgabe. – Das war die Antwort.

Jetzt haben wir einen Risikokapitalfonds aufgelegt. Ich habe zum Beispiel in Richtung auf die Bodenseeproblematik im Raum Friedrichshafen – Abbau im Dasa-Bereich, Strukturprobleme im Zusammenhang mit der Rüstungskonversion – den lokalen Vertretern, dem Kollegen Zeller und auch dem Oberbürgermeister, wenn ich mich richtig erinnere, angeboten, den Risikokapitalfonds ganz gezielt für regionale Projekte in Anspruch zu nehmen. Wenn die regionalen Banken zusätzlich stärker in eine solche Risikokapitalfinanzierung einsteigen,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist der Punkt! – Abg. Rempfel CDU: Da hat ja niemand etwas dagegen! – Abg. Pfister FDP/DVP: Aber das Landesengagement ist die Voraussetzung!)

dann ist das sicherlich willkommen.

Lassen Sie mich noch kurz drei Beispiele nennen. Ich denke, daß im Bereich dieser neuen technologischen Entwicklung,

(Minister Dr. Spöri)

der Forcierung des Strukturwandels, gar kein richtiger Unterschied mehr zwischen Industriesektor und industrieller Technologie auf der einen Seite sowie Dienstleistungsentwicklung auf der anderen Seite gemacht werden kann. Das ist in drei Bereichen beobachtbar. Deswegen kann man auch sehr klar herausarbeiten, daß die sogenannte Dienstleistungsgesellschaft auch eine hochtechnologische Sache ist, die sehr viel mit Hardwaretechnologie und mit industrieller Kompetenz zu tun hat. Gewisse Dienstleistungen kann man gar nicht darstellen, ohne ein hohes industrielles Niveau, ohne eine hohe industrielle Kompetenz zu haben.

Die drei Bereiche, auf die wir uns im Wirtschaftsministerium sehr stark konzentriert haben, sind: erstens die Anwendung der neuen Informationstechnologie in allen Anwendungsbereichen, die man sich da vorstellen kann, natürlich durchaus kritisch begleitet.

Als zweites ist der Bereich Umwelttechnologie zu nennen. Im Bereich der umwelttechnologischen Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsinitiativen haben wir immerhin bei den Zuschüssen und bei den Kreditmitteln — das meiste sind zinsgünstige Kredite — eine Steigerung auf 217 Millionen DM erreicht, das ist gegenüber 1991 eine Steigerung um 65 %. Hier hat man sich zusätzlich angestrengt, und Herr Pfister hat ja gesagt, daß wir hier eine hohe Kompetenz haben. Ich möchte Herrn Kuhn nicht besonders damit drangsaliieren, daß ich darauf hinweise. Aber wir haben natürlich einen ganz erheblichen Marktanteil in Baden-Württemberg. Eine technologische Strategie muß primär bei den Stärken ansetzen, da, wo man vorne ist. Wenn man hinterherzuckelt, hat man wenig Chancen, aufzuholen. Wir müssen dort vorne weg stürmen, wo wir ohnehin stark sind. Dann kommen die großen Arbeitsplatzfolge.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Remppel CDU)

Im Bereich der Mikrosystemtechnik ist dies übrigens auch noch der Fall. Die Verklammerung von Dienstleistungen, das heißt Meß- und Analysetechnik, ist aber auch im Bereich der Biotechnik gegeben. Deswegen bearbeiten wir das Thema Biotechnik sehr intensiv. Wir haben ein biotechnisches Parkkonzept verabschiedet. Wir werden in Heidelberg, Ulm und Freiburg zusammen mit den regionalen Institutionen drei neue Biotechnikparks schaffen. Ich denke, daß dies eine infrastrukturelle Möglichkeit ist, wie wir zusätzliche Betriebe, neue Unternehmer — nicht nur Produktionsunternehmen, sondern auch Dienstleistungsunternehmen — in solche Parks hineinbekommen. Dann können wir diese Vorgänge auch mit Risikokapitalfonds unterstützen. Gleichzeitig können wir Existenzgründungsförderung gewähren.

Ich werde im November dieses Jahres eine Reise nach Kalifornien durchführen und bei biotechnischen Unternehmen eine Akquisitionsveranstaltung machen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Da gehe ich mit!)

Wir wollen versuchen, das Ganze umzukehren, den Amerikanern ein paar Firmen wegzunehmen und sie nach Baden-Württemberg zu bringen.

(Abg. Remppel CDU: Sehr gut! Viel Glück! —
Abg. Göbel CDU: Darf man helfen? — Zuruf der
Abg. Brigitte Wimmer SPD)

— Ja, natürlich, immer sehr risikohaft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will noch eine strategische Schlußbemerkung machen.

(Abg. Remppel CDU: Zum Personalprogramm auch noch etwas! — Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Dort, wo wir — dies kann der Kollege von Trotha wahrscheinlich bestätigen — in der Forschungsinfrastruktur besser geworden sind, haben wir dies mit Mitteln erreicht, die wir unverdientermaßen bekommen haben. Wir haben aus den Erlösen aus dem Verkauf der Gebäudeversicherungen 1,1 Milliarden DM für die Verbesserung der Forschungsinfrastruktur eingesetzt. Davon kann man nicht auf ewig leben. In der Technologiepolitik muß eine kontinuierliche Gestaltungsstrategie betrieben werden. Ich habe es bereits erwähnt.

Hier muß ich noch einmal sagen: Ich bin als Wirtschaftsminister voller Neid, wenn ich mir anschauere, wie intelligent Privatisierungsstrategien in Bayern genutzt werden.

(Abg. Drexler SPD: Ja! — Zuruf des Abg. Schöning FDP/DVP)

Anteile an der Rhein-Main-Donau AG, Erlös 267 Millionen DM, Anteile an der Dasa, Erlös 409 Millionen DM, Veräußerung des Bayernwerks an die VIAG, Nettoerlös insgesamt 2,3 Milliarden DM.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das müssen Sie einmal Ihren Genossen sagen, Herr Minister! — Lachen bei Abgeordneten der SPD — Abg. Remppel CDU: Aber Tafelsilber kann man bloß einmal verkaufen!)

Die Erlöse belaufen sich insgesamt auf 5,5 Milliarden DM.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Damit kannst du etwas machen!)

Sie setzen für die Modernisierung ihrer Forschungslandschaft 1,5 Milliarden DM ein, Gründung eines bayerischen Risikokapitalfonds mit 150 Millionen DM, ein zusätzliches Technologieförderprogramm von 673 Millionen DM. So geht es weiter. Da werde ich als baden-württembergischer Wirtschaftsminister ganz blaß vor Neid.

Wir sollten nicht nur von Zufallsergebnissen leben, was unseren Mittelspielraum in der offensiven Technologiepolitik angeht. Wir müssen in Baden-Württemberg unbedingt eine intelligente Privatisierungsstrategie mit der Neustrukturierung von staatlichem Anteilsbesitz verbinden.

Ich sage Ihnen ganz konkret: Wenn die Energiefusion abgeschlossen ist, wenn das alles einmal vorbei ist und wenn das alles steht, muß man sich doch zu Recht fragen, warum wir überhaupt noch Anteile halten, die unter 50 % liegen, und warum wir diese Anteile anschließend nicht entweder teiler oder vollprivatisieren, um genau die finanzielle Masse zu ge-

(Minister Dr. Spöri)

winnen, die wir brauchen, um von Trothas Forschungsinfrastruktur weiter auszubauen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD
– Abg. Brigitte Wimmer SPD: Noch von Trothas!)

Stelly, Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich dem Herrn Minister für Forschung und Technologie.

(Abg. Zeller SPD zu Minister von Trotha: Schließen Sie sich doch einfach den Äußerungen des Wirtschaftsministers an! – Zuruf des Abg. Göbel CDU)

Minister für Wissenschaft und Forschung von Trotha: Herr Präsident, liebe Kollegen! Herr Präsident, Sie haben mich eben als Minister für Forschung und Technologie angesprochen. Das entspricht auch dem Gang der Debatte, aber nicht ganz der Bezeichnung meines Hauses.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Deshalb will ich gern noch die Gelegenheit ergreifen, etwas über Wissenschaft und Forschung zu sagen.

Die Große Anfrage, über die wir heute diskutieren, stammt zwar aus dem Jahr 1993. Das angesprochene Thema ist dennoch aktueller denn je. Da wir, mein Haus und ich, einige Beiträge dazu geleistet haben, möchte ich Ihnen diese in aller Kürze vorstellen.

Einig sind wir uns sicher darin, daß angesichts der Dynamik und der Komplexität des wissenschaftlichen Fortschritts und seiner Folgen für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Forschungspolitik und Forschungsförderung nur im engen Kontakt zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik vorangebracht werden können. Ein Nebenaspekt bei dieser Debatte war, daß – wie üblich – ein bißchen auch das „Schwarze-Peter-Spiel“ betrieben wurde. Nun räume ich ein, daß beim Bund vielleicht einiges hätte anders laufen können. Wir hatten dort nicht immer die durchsetzungskräftigsten Forschungsminister.

(Abg. Zeller SPD: Sehr vorsichtig ausgedrückt!)

Jetzt haben wir dort einen sehr tüchtigen Mann, dem bei seiner Berufung überdies zugesagt wurde, daß sein Haushalt überproportional wachsen werde. Herr Kollege Drexler, wir brauchen ja bloß einmal nach Niedersachsen oder nach Hessen zu schauen, dann sehen wir, wie es nicht sein darf.

(Abg. Weimer SPD: Was? – Zuruf des Abg. Jacobi GRÜNE)

Dann schließe ich mich lieber der Vision von Herrn Dr. Spöri an. Auch ich meine: Wenn die Fusion der Energieversorgungsunternehmen gelungen ist, dann stellt sich die Frage, ob wir hier nicht nach bayerischem Vorbild etwas für den Bereich der Forschungs- und Technologieförderung tun sollten.

(Abg. Drexler SPD: Ist der Ministerpräsident stolz auf Niedersachsen? Er hat den Herrn Schröder zitiert!)

– Dies ist mir nicht bekannt.

(Zurufe von der SPD, u. a.: Weil Sie nicht da waren! – Gegenruf des Abg. Rempel CDU)

Ich will Ihnen sagen, wo ich gestern war. Ich war gestern zusammen mit Herrn Kollegen Zehetmair hier in Stuttgart, weil Herr Kollege Zehetmair und wir bestimmte Probleme besprochen haben. Ich habe ihn in der Tat auch um die 1,5 Milliarden DM beneidet, die ihm zur Verfügung stehen.

(Abg. Weimer SPD: Berufsakademie!)

– Herr Kollege Weimer, das wird Sie freuen: Wir sind uns beim Thema Berufsakademie sehr viel nähergekommen.

(Abg. Weimer SPD: Herzlichen Glückwunsch!)

Ein gutes Gespräch tut immer gut. Wir haben allerdings auch die Forschungsfragen erörtert, die beispielsweise im Wissenschaftsrat bei der Behandlung des Reaktors eine Rolle gespielt haben, der gegen den Widerstand der Grünen durchgesetzt werden muß. Ich kann Ihnen nur sagen: Forschungspolitik rotgrün – viel Vergnügen!

(Abg. Renz GRÜNE und Abg. Weimer SPD: Oh!
– Abg. Weyrosta SPD: Was war das jetzt? – Abg. Renz GRÜNE: Na, na!)

Ich meine – das hat das Gespräch gestern auch ergeben –, wir haben bei uns in Baden-Württemberg immer noch die differenzierteste Forschungslandschaft. Es reicht aber nicht, eine Bestandsaufnahme vorzunehmen, sondern wir brauchen eine prospektive Analyse der zu erwartenden Entwicklung in den verschiedenen Forschungsgebieten, weil man nicht alles fördern kann. Man muß sich auf das Wichtigste konzentrieren. Ziel muß dabei sein, neue und zukunftssträchtige Forschungs- und Technologiebereiche zu identifizieren und deren Relevanz für das Land Baden-Württemberg zu analysieren. Auf dieser Basis sollten der Politik geeignete Vorschläge gemacht werden. Die Landesregierung erwartet hierzu Vorschläge vom Innovationsbeirat und vom Landesforschungsbeirat.

Die Landesregierung hat dankbar auch die Steigerung der Mittel für die einschlägige Auftragsforschung zur Kenntnis genommen. Die Zahlen unterstreichen den Erfolg und die Qualität unserer Hochschulen in diesem Bereich.

Wahrheit ist immer konkret. Was haben wir getan? Unter Federführung meines Hauses haben wir acht „technologieorientierte Arbeitsgruppen zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft“ eingesetzt. Diese Arbeitsgruppen haben mit Blick auf die Sicherung des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg Möglichkeiten einer verbesserten Verzahnung des Forschungspotentials des Landes mit dem Forschungspotential der Wirtschaft des Landes untersucht und Vorschläge für strukturelle Forschungsmaßnahmen sowie für Leit- und Verbundprojekte in wichtigen Technologiebereichen erarbeitet.

Aus der Fülle der Vorschläge will ich Ihnen sechs nennen, die bereits realisiert sind oder sich in der Realisierungsphase befinden.

Ich nenne als erstes das hier mehrfach angesprochene Bemühen, Technologietransferzentren der Steinbeis-Stiftung an den Universitäten einzusetzen. Wir wollen damit die vorhan-

(Minister von Trotha)

dene Infrastruktur und das transferspezifische Wissen der Steinbeis-Stiftung auch im Rahmen der Universität nutzen und haben deshalb eine entsprechende Vereinbarung geschlossen. Ich hoffe, daß wir bis zum Jahresende 15 Steinbeis-Transferzentren an den Universitäten haben werden.

(Beifall des Abg. Weimer SPD — Abg. Weimer SPD: Sehr gut!)

Zum zweiten nenne ich die Technologieberatungsstellen in den Universitäten als Anlauf- und Vermittlungsstellen für effizienten Transfer. Es nützt ja nichts, einen Mittelständler etwa auf den Forschungsbericht und den Index zu verweisen, sondern er braucht Ansprechpartner, die seine Sprache verstehen und sich zugleich in der Wissenschaft auskennen, um taugliche Hinweise geben zu können.

Ich nenne als drittes die zentrale Patent- und Lizenzberatungsstelle, die wir an der Universität Karlsruhe eingerichtet haben. Sie steht allen Universitäten und Fachhochschulen zur Verfügung. Ihr Ziel ist mehr und bessere Erfindungsvermarktung.

Ich nenne als viertes das Personalsicherungsprogramm für Existenzgründer an Hochschulen. Dieses Programm dient dazu, jungen Hochschulmitgliedern den Beginn unternehmerischer Tätigkeit dadurch zu erleichtern, daß sie zur Hälfte der Zeit an Hochschulprojekten beteiligt werden und die andere Hälfte der Zeit bereits für ihre künftige unternehmerische Existenz verwenden können.

Ich nenne als fünftes — das ist mir ganz besonders wichtig — die Softwarelabors, die wir an den Universitäten Stuttgart und Karlsruhe sowie an den Fachhochschulen Esslingen und Karlsruhe eingerichtet haben. Ich hoffe, daß es auch in Heilbronn klappen wird. Diese Labors werden von den Hochschulen und Wirtschaftsunternehmen gemeinsam betrieben, die Programme werden gemeinsam besprochen und die Mitarbeiter gemeinsam bezahlt.

Als letztes nenne ich die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, und zwar eine Förderung im Rahmen von Projekten, bei denen die Auswahl der Geförderten, der Themen und der Projekte sowie die Finanzierung durch uns gemeinsam mit den beteiligten Wirtschaftsunternehmen erfolgen.

Insgesamt haben wir 25 Millionen DM bereitgestellt. Die Wirtschaft beteiligt sich zusätzlich mit 9 Millionen DM, und wir haben vor, nach drei Jahren zu evaluieren, ob sich die Maßnahmen bewährt haben oder nicht.

Dennoch: Obwohl die Zusammenarbeit nicht schlecht ist, muß sie intensiviert werden. Es bestehen nach wie vor Defizite an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Beide Seiten müssen noch konstruktiver aufeinander zugehen. Hier gibt es in der Tat noch Kommunikationsprobleme, die es zu überwinden gilt. Jede mit öffentlichen Mitteln geförderte Wissenschaft muß sich bewußt sein, daß sie hier im Interesse des Gemeinwohls eine Bringschuld zu leisten hat. Die Wirtschaft sollte nicht zuletzt in ihrem eigenen Interesse ihre Holschuld in diesem Bereich erkennen.

Wir selbst wollen zu einem Klima beitragen, in dem Innovationen und neue Technologien gedeihen können. Mit den Maßnahmen zur Verbesserung des Technologietransfers aus

den Mitteln aus dem Verkauf der Gebäudebrandversicherungsanstalten haben wir, meine ich, einen bedeutenden Beitrag geleistet. Alle diese Beiträge nützen allerdings nichts oder sind zum Scheitern verurteilt, wenn große Teile der Wirtschaft zu dem Ergebnis kommen, daß anderenorts eine größere Akzeptanz oder auch ein forschungsfreundlicheres Klima besteht als bei uns. Ein Musterbeispiel dafür ist leider nach wie vor die Gentechnik.

Im Bereich der angewandten Forschung und Entwicklung leisten vor allem die Fachhochschulen einen hervorragenden Beitrag. Sie übernehmen zunehmend überzeugend die Mittlerrolle zwischen grundlagen- und anwendungsorientierter Unternehmensforschung. Deshalb haben wir auch die Forschungsfördermöglichkeiten innerhalb des Fachhochschulbereichs verbessert.

Ich will aber jetzt nicht zu der in der Bundesrepublik in diesem Zusammenhang so beliebten Auseinandersetzung über die Scheinalternative zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung sprechen. Der frühere Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft und künftige Rektor der Universität Konstanz, Hubert Markl, hat diese Beziehung einmal mit dem Verhältnis zwischen den beiden Geschlechtern verglichen und festgestellt, die Fruchtbarkeit komme vom Miteinander und nicht von der Auseinandersetzung darüber, auf wen es dabei eigentlich mehr ankommt.

(Heiterkeit des Abg. Weimer SPD)

In der Tat: Nur wer sich verdeutlicht, daß die Forschungsergebnisse für die Entwicklung neuer Produkte und Verfahren nur auf dem Humus einer gut finanzierten und breit angelegten Grundlagenforschung gedeihen können, wird für wirtschaftsnahe Forschung die Motivation und die Bereitschaft aufbringen, die wir für die Sicherung des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg brauchen und die mein Haus, aber auch die ganze Landesregierung nach Kräften unterstützen werden.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Damit ist die Große Anfrage Drucksache 11/2449 besprochen und der Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

Meine Damen und Herren, wir treten nunmehr in die Mittagspause ein. Ich unterbreche die Sitzung bis 14.30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13.24 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14.31 Uhr)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Dame, meine Herren! Bitte nehmen Sie die Plätze wieder ein, und man möge auch die Türen schließen, damit die unterbrochene Sitzung fortgesetzt werden kann, was hiermit geschieht.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Fragestunde — Drucksache 11/5955

Ich bin gebeten worden, die Frage unter Ziffer 4 als erste aufzurufen — das ist die Frage des Herrn Abg. Reimann —

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

weil Herr Staatssekretär Brechtken, der die Frage zu beantworten hat, wegen eines dringenden Termins schnell weg muß. Ich nehme an, daß die anderen Fragesteller damit einverstanden sind, daß ich die genannte Frage vorziehe.

Ich rufe sie deshalb auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Max Reimann REP — Förderung eines städtebaulichen Erneuerungs- und Sanierungsprogramms der Stadt Ebersbach

Herr Abg. Reimann, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

Abg. Reimann REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Wie ist der derzeitige Meinungsstand der Landesregierung bezüglich des Antrags auf Förderung eines städtebaulichen Erneuerungs- und Sanierungsprogramms der Stadt Ebersbach an der Fils, Kreis Göppingen, Projekt „Stadtmitte“, von 1992, das ein sehr notwendiges Projekt darstellt aufgrund eines Aussiedlungsprogramms eines Großbetriebs aus einem Wohngebiet in Erwartung einer Förderung durch die Landesregierung?
- b) Ist die Landesregierung wie ich der Meinung, daß ein derartiges Vorhaben wie oben genannt vordringlich gefördert werden sollte? Wenn ja, wann gedenkt die Landesregierung hier im Fall Ebersbach — nach anfänglicher Ablehnung der Förderung — Abhilfe zu schaffen?

Herr Staatssekretär, inzwischen hat sich ja einiges geklärt. Darf ich wegen der Kürze der Zeit einen Satz anhängen?

Wie hoch ist der Förderbetrag, und wann erfolgt die Zuteilung?

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Zur Beantwortung dieser Mündlichen Anfrage erteile ich Herrn Staatssekretär Brechtken vom Wirtschaftsministerium das Wort.

Staatssekretär Brechtken: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich beantworte die Mündliche Anfrage des Abg. Max Reimann wie folgt:

Das Wirtschaftsministerium hat das städtebauliche Erneuerungsgebiet „Stadtmitte Kaufmannareal“ in Ebersbach bereits im Jahre 1994 in das Landessanierungsprogramm aufgenommen. Als Förderrahmen wurde der Betrag von 10 Millionen DM anerkannt. Als Finanzhilfe wurde der Betrag von 5 Millionen DM bewilligt.

Zu Frage b) antworte ich wie folgt: Der Antrag auf Aufnahme in das Landessanierungsprogramm wurde von der Stadt Ebersbach erstmals für das Programmjahr 1993 gestellt. Damals konnten wir es noch nicht bedienen, aber wir haben es 1994 in das Programm aufgenommen.

Wenn Sie gestatten, Herr Präsident, werde ich die Zusatzfrage gleich beantworten.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Ich gestatte es.

Staatssekretär Brechtken: Danke. Was den Ablauf angeht, so ist es so, daß die Stadt jetzt einen Zeitraum von mehreren

Jahren hat, um dieses Projekt abzuwickeln. Wir haben hier keine Bindung an bestimmte Jahre oder Jahresraten, sondern die Stadt wickelt dieses Projekt so ab, wie sie in der Lage ist, ihre Eigenmittel, die sie ja erbringen muß, aufzubringen.

In dem konkreten Fall wird es ja so sein, daß als erstes relativ große Abbrucharbeiten im dortigen Gebiet notwendig werden, um es neu zu gestalten. Die Stadt wird damit beginnen. Ich kann Ihnen aber im Augenblick die Frage nicht beantworten, wie die Stadt dieses abwickelt. Mit Aufnahme in das Programm 1994 kann die Stadt aber jetzt Schritt für Schritt die Dinge durchführen. Sie wissen, es müssen natürlich, bevor die ersten Bagger anrollen, auch Planungsarbeiten durchgeführt werden, Aufträge erteilt werden, mögliche künftige Nutzungskonzepte erstellt werden. Damit war die Stadt seit der Aufnahme in das Programm 1994 beschäftigt, und ich rechne damit, daß sie bald mit den Dingen beginnen wird.

(Abg. Reimann REP: Bekomme ich das schriftlich?)

— Aus dem Protokoll ergibt sich dies, Herr Kollege.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Keine weiteren Zusatzfragen? — Dann ist diese Mündliche Anfrage erledigt.

Ich rufe jetzt der Reihenfolge nach die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Norbert Schneider CDU — Zuschußrichtlinien des Landes für Abwasserbeseitigung und Wasserversorgung

Herr Abg. Schneider, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

Abg. Schneider CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Trifft es zu, daß auch Flächengemeinden mit mehreren Ortsteilen pro Jahr nur eine Maßnahme der Wasserversorgung oder der Abwasserbeseitigung mit Landeszuschüssen durchführen dürfen?
- b) Muß in einer entsprechenden Praxis nicht eine eklatante Benachteiligung des ländlichen Raums gesehen werden, und widerspricht diese Praxis nicht einer zwischen CDU und SPD getroffenen Koalitionsabsprache, wonach Flächengemeinden mehrere Anträge pro Jahr stellen können?

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Zur Beantwortung dieser Mündlichen Anfrage erteile ich Herrn Staatssekretär Reinelt vom Umweltministerium das Wort.

Staatssekretär Reinelt: Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordneten! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Herrn Abg. Schneider wie folgt:

Nach den Förderrichtlinien vom 30. Januar 1995 Ziffer 7.4 können Anträge auf Gewährung einer Zuwendung in der Regel nur für jeweils ein Vorhaben pro Jahr gestellt werden. Mit dieser Regelung soll verhindert werden, daß die Ziele

(Staatssekretär Reinelt)

der von der Regierungskommission „Verwaltungsreform“ und dem Ministerrat vorgegebenen Fördersystematik unterlaufen werden. Es soll verhindert werden, daß Gemeinden in ihren Antrag alle in der Zukunft beabsichtigten Vorhaben aufnehmen, um entweder überhaupt die Antragschwelle zu übersteigen oder in den Genuß eines hohen Fördersatzes zu kommen, obwohl diese Vorhaben erst über mehrere Jahre hinweg realisiert werden können.

Wenn die knappen Fördermittel auf diese Art verbraucht würden, ginge dies eindeutig zu Lasten kleinerer Gemeinden des ländlichen Raums, die aus finanziellen Gründen nur ein Vorhaben pro Jahr verwirklichen können. Das heißt, im städtischen Bereich würde, Herr Abg. Schneider, natürlich manches auf einmal realisiert werden, weil dort auch mehr Finanzkraft vorhanden ist. Wir haben aber nur ein begrenztes Fördervolumen.

Von dem Grundsatz „nur ein Vorhaben pro Jahr“ — danach haben Sie ja extra gefragt — können Ausnahmen zugelassen werden, wenn aus unabdingbaren Sachzwängen heraus mehrere Vorhaben gleichzeitig durchzuführen sind, die wasserwirtschaftlich, technisch und wirtschaftlich sinnvoll sind, wobei ich annehme, daß Sie dies gemeint haben und nicht etwa die Gemeinden mit Teilorten, wo es noch unterschiedliche Gebühren gibt.

Die bei der Beratung des Richtlinienentwurfs beteiligten Arbeitskreise der Koalitionsfraktionen haben sich aus diesem Grund mit der Formulierung „in der Regel“ einverstanden erklärt. Beteiligt waren die Umwelt- und die Kommunalarbeitskreise der Fraktionen. Nach den nahezu abgeschlossenen Entscheidungen der Regierungspräsidien als Bewilligungsstellen über die Förderanträge werden 1995 fast durchweg Gemeinden im ländlichen Raum gefördert. Es ist also bereits jetzt zu erkennen, daß mit den neuen Richtlinien der von der Landesregierung und den Koalitionsfraktionen angestrebte Zweck, die schwerpunktmäßige Förderung der Kommunen im ländlichen Raum, voll erreicht wird.

Im Bereich der Abwasserbeseitigung werden über 200 Vorhaben und im Bereich Wasserversorgung über 100 Vorhaben gefördert werden. Das heißt, die jetzige Fördermechanik, Herr Abg. Schneider, geht in Richtung für die Gemeinden im ländlichen Raum und nicht etwa gegen sie.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Zusatzfrage, Herr Abg. Schneider.

Abg. Schneider CDU: Herr Staatssekretär, ich möchte noch einmal nachfragen: Habe ich Sie richtig verstanden, daß Flächengemeinden — das sind Gemeinden in ländlichen Gebieten mit mehreren Teilorten, in denen auch mehrere Abwasserbeseitigungs- oder Wasserversorgungsmaßnahmen notwendig werden —, wenn Sachzwänge vorhanden sind, mehr als einen Antrag pro Jahr stellen können und die Regierungspräsidien wissen, daß sie dann auch mehreren Anträgen entsprechen können?

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Reinelt: Herr Abg. Schneider, daß es unter dem Gesichtspunkt „in der Regel“ den Spielraum für die Regierungspräsidien gibt, wissen die Regierungspräsidien. Das ist auch im Entwurf unserer entsprechenden Auslegungsrichtlinien so angesprochen. Ich meine, daß damit be-

rechtigten Anliegen durchaus auch Rechnung getragen werden kann.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Zusatzfrage, Herr Abg. List.

Abg. List CDU: Herr Staatssekretär, läßt sich quantifizieren, wie viele Ausnahmen von dieser Regel gemacht wurden, daß nur ein Antrag pro Jahr gestellt werden kann?

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Staatssekretär

Staatssekretär Reinelt: Ich bitte, Herr Abgeordneter, um Verständnis, daß ich das nur sehr pauschal beantworten kann, weil mir natürlich die ganz genauen Zahlen noch nicht vorliegen können. Aber vielleicht reicht es Ihnen fürs erste, wenn ich Ihnen sage, daß mit Sicherheit weniger Gemeinden als Vorhaben gefördert werden. In diese Richtung gmg ja Ihre Frage.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Kann Herrn Abg. List zu gegebener Zeit noch eine schriftliche Mitteilung zugehen?

Staatssekretär Reinelt: Selbstverständlich, Herr Präsident. Ich lege nur Wert auf die Feststellung, daß es das Umweltministerium zu diesem Zeitpunkt nicht wissen kann.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Absolut klar.

Herr Abg. Schneider, zweite Zusatzfrage.

Abg. Schneider CDU: Noch eine Frage, Herr Staatssekretär: Sie haben vorhin von Sachzwängen gesprochen, die für diese Ausnahmen vorliegen müssen. Könnten Sie mir einmal ein Beispiel für solche Sachzwänge nennen?

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Staatssekretär

Staatssekretär Reinelt: Das vielleicht gängigste Beispiel wird sein, daß Abwasserbeseitigungs- und Wasserversorgungsmaßnahmen zusammentreffen. In einem solchen Fall wäre es der Bürgerschaft nicht gut zu erklären, daß man die Rohre nicht zusammen verlegt, wenn sie in einem Graben verlegt werden sollen; denn im anderen Fall kämen die Maßnahmen viel teurer. Das wäre zum Beispiel ein solcher Fall.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Keine weiteren Zusatzfragen? — Dann ist diese Mündliche Anfrage beantwortet.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD — Flurbereinigung Rudenberg der Stadt Titisee-Neustadt

Bitte, Herr Abg. Haas, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

a) Wann werden die baulichen Maßnahmen im Zuge der Flurbereinigung Rudenberg, die schon vom Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für 1994 angekündigt waren, tatsächlich begonnen?

b) Welche Ausbaustandards werden die Hofzufahrten haben (wassergebundene, hydraulisch gebundene oder Schwarzdecken)?

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Zur Beantwortung dieser Mündlichen Anfrage erteile ich Herrn Staatssekretär Reddemann das Wort.

Staatssekretär Reddemann: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Herrn Abgeordnetenkollegen Haas wie folgt:

Zu a: Die Zusammenlegung in einem sogenannten BZV-Verfahren — also einem beschleunigten Zusammenlegungsverfahren — Rudenberg/Schwarzenbach wurde am 28. August 1991 vom Amt für Flurneuordnung und Landentwicklung Freiburg mit 2 180 ha angeordnet. Infolge auch nicht zuletzt der begrenzten Personalkapazität — Herr Kollege Haas, aus Ihrer Fraktion wird immer noch mehr Abbau im Bereich der Verwaltung im Landwirtschaftsressort gefordert — des zuständigen Amtes Freiburg hat sich die Erstellung der Ausbaukarte mit landschaftspflegerischer Begleitung verzögert. Statt, wie ursprünglich vorgesehen, im Jahr 1994 kann diese Planung erst im Herbst 1995 vom Amt abgeschlossen werden.

Zur Zeit finden in diesem Verfahren die Vorabstimmungen der Planungen mit dem Vorstand der Teilnehmergeinschaft, mit der Stadt Titisee-Neustadt — ich nehme an, auch mit Ihnen in Ihrer Funktion als Direktor des Bauamts in Titisee-Neustadt —

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Danke schön! — Unruhe)

und mit den Trägern öffentlicher Belange statt. Dabei erfordert insbesondere die Frage der Hofzufahrten eine intensive Diskussion.

Die Vorlage der abgestimmten Ausbaukarte mit landschaftspflegerischer Begleitplanung einschließlich Kostenanschlag und Finanzierungsplan zur Zustimmung durch das Landesamt für Flurneuordnung und Landentwicklung soll Ende 1995 erfolgen, so daß die Bewilligung der benötigten Zuschußmittel nach Zuweisung der Haushaltsmittel 1996 möglich ist. Damit werden die Voraussetzungen für den tatsächlichen Beginn der Ausbaumaßnahmen im Jahr 1996 vorliegen.

Da das Verfahrensgebiet im Bereich der EU-Strukturförderung nach Ziel 5 b liegt — Strukturförderprogramm der Europäischen Union —, soll ein größtmöglicher Anteil der hier geplanten Maßnahmen in diese Förderung übernommen werden. Dies bedeutet, daß die entsprechenden Baumaßnahmen bis Ende 1999 durchgeführt sein müssen.

Zu Ihrer Anfrage b: Ganzjährig zu befahrende und im Winter maschinell schneeräumbare Hofzufahrten müssen nach Auffassung der Flurneuordnungsverwaltung grundsätzlich asphaltiert werden, da es sich bei dieser Befestigungsart zweifellos um die für diese Zweckbestimmung bewährteste, funktionsgerechteste und wirtschaftlichste Bauweise handelt. Welche Bauart für die jeweilige Hofzufahrt letztendlich allerdings zur Ausführung kommt, wird vom Ergebnis der Abstimmung der Planungen mit den betroffenen Trägern öffentlicher Belange, insbesondere mit der Naturschutzverwaltung, abhängen.

Herr Kollege Haas, die Erfahrungen zeigen am Beispiel des laufenden Verfahrens Buchenbach, daß nach der jetzigen Rechtslage ein Beamter darüber zu entscheiden hat, ob eine Schwarzdecke aufgebracht werden darf oder nicht, was zu großem Unverständnis in verschiedenen Bereichen führt. Ich kann nur das dafür zuständige Umweltministerium bitten, die Dinge etwas flexibler zu handhaben, als sie in manchen Verfahren gehandhabt werden. Denn diese Verfahren sollen der besseren verkehrlichen Erschließung der Einzelhöfe im Schwarzwald dienen, und es besteht wenig Verständnis dafür, daß in manchen Bereichen aus verschiedenen Gründen nur eine Schotterdecke zugelassen wird. Die Ingenieure sind der Auffassung, daß, obwohl wir alternative Ausbaumöglichkeiten untersucht haben, nach wie vor die Schwarzdecke die geeignete Befestigungsart für die Einzelhofzufahrten ist.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Zusatzfrage, Herr Abg. Haas.

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Aber wir sind uns einig, daß diese Dinge im Vorfeld geklärt werden müssen und nicht im nachhinein, wie es zum Beispiel in Buchenbach jetzt beklagt wird?

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Reddemann: Das ist richtig. Diese Dinge sollten im Vorfeld abgeklärt werden. Aber da kann man nicht immer unbedingt ein Einvernehmen erzielen, oder die Betroffenen können im Vorfeld nicht in vollem Umfang beteiligt werden, weil letztendlich die Teilnehmergeinschaft diese Entscheidung trifft und die Betroffenen erst im nachhinein über die Auswirkungen dieser Entscheidungen im konkreten Ausbau ihre Situation in Erfahrung bringen.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Keine weiteren Zusatzfragen? — Dann ist diese Mündliche Anfrage beantwortet.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Richard Drautz FDP/DVP — Umgehung Baden-Württembergs beim Schlachtviehtransport

Herr Abg. Drautz, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

Abg. Drautz FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Trifft es zu, daß trotz verschärfter Kontrollen auf baden-württembergischen Autobahnen immer weniger Verstöße bei Viehtransporten deshalb festgestellt werden, weil die vor allem aus Polen und Tschechien kommenden Transporte um Baden-Württemberg herumgeleitet werden bzw. aufgrund eines internen Warnsystems der Spediteure nicht gefaßt werden können?
- b) Wie stellt sich die Zahl der Verstöße insgesamt in den letzten zwei Jahren dar, und welche Anstrengungen hat die Landesregierung unternommen, die Ausweichrouten durch andere Bundesländer, insbesondere für Transporte aus Ostländern, besser zu kontrollieren?

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Zur Beantwortung dieser Mündlichen Anfrage erteile ich wieder Herrn Staatssekretär Reddemann das Wort.

Staatssekretär Reddemann: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Abgeordnetenkollegen Drautz wie folgt:

Zu a: Ein vom Innenministerium gemeinsam mit dem Ministerium Ländlicher Raum erarbeitetes Konzept zur Kontrolle von Tiertransporten sieht vor, Lkw-Kontrollen statt wie bisher an festen Kontrollpunkten künftig mit mobilen Einsatztrupps aus dem fließenden Straßenverkehr durchzuführen. Dabei kann kurzfristig ein Amtstierarzt hinzugezogen werden, bzw. dieser fährt von Anfang an im Polizeifahrzeug mit. Dies hat sich in der Praxis als effizienter erwiesen, da sich bei Einrichtung fester Kontrollpunkte die Transporteure über CB-Funk untereinander informieren, wo die Kontrollstellen sind.

Zu b: Im Jahr 1993 wurden nach Angaben der Polizei bei über 110 000 qualifizierten Lkw-Kontrollen in 30 Fällen tierschutzrechtliche Verstöße festgestellt. Im Jahr 1994 wurden bei über 178 000 qualifizierten Lkw-Kontrollen 43 Tiertransporte wegen tierschutzrechtlicher Verstöße beanstandet.

Die beanstandeten Sachverhalte waren bis auf eine Ausnahme – das ist der berühmte skandalöse Schlaechtschweinetransport aus Spanien, der bei Hockenheim entdeckt wurde – nicht ins Gewicht fallend.

Die Landesregierung sieht keine Möglichkeit, Tiertransporte auf Ausweichrouten durch andere Bundesländer von hier aus zu kontrollieren. Von den Agrar- und den Innenministern der Bundesländer wurde auf den jeweiligen Konferenzen ein bundeseinheitlicher Forderungskatalog zur Verbesserung der Durchführung und Kontrolle internationaler Tiertransporte beschlossen.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Zusatzfrage, Herr Abg. Drautz.

Abg. Drautz FDP/DVP: Ich frage die Landesregierung zusätzlich, wieviel Personal hiermit beschäftigt ist und wie die Aus- und Fortbildung dieses Personals aussieht.

Zweitens möchte ich wissen: Trifft es, nachdem die Richtlinien in einem Katalog bundeseinheitlich geregelt sind, zu, daß zum Beispiel im Land Hessen die Kontrolle nicht so streng ist wie in Baden-Württemberg? Ich kann mir nicht vorstellen, daß Ausweichrouten gefahren würden, wenn in Baden-Württemberg die Kontrollen nicht sehr gut organisiert wären.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Staatssekretär. Haben Sie auch die zweite Frage verstanden? Sie war ja etwas kompliziert gestellt.

Staatssekretär Reddemann: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir Staatssekretäre sind es gewohnt, in den Fragestunden komplizierte Fragen beantworten zu müssen.

(Heiterkeit – Beifall des Abg. Wieser CDU – Abg. Wieser CDU: Das glaube ich!)

Insofern verschafft mir das überhaupt kein Problem.

Herr Kollege Drautz, wieviel Personal nunmehr bereitgestellt werden muß, ist schwierig zu beantworten. Sie wissen, daß natürlich das Innenministerium tangiert ist, wenn es

darum geht, die Transporte zu stoppen, um die Voraussetzungen für die Kontrollmöglichkeiten der bisher im Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ressortierenden Veterinärverwaltung zu schaffen. Ich werde versuchen, Ihnen da eine Zahl nachzuliefern. Ich kann sie Ihnen hier aus der hohlen Hand heraus nicht nennen. Vielleicht können wir das einmal am Personal, das hierzu bereitgestellt werden muß, dingfest machen.

Zu Ihrer zweiten Frage: Ja, ich sagte Ihnen bereits, daß diese Ausweichmöglichkeit von unserer Seite her nicht zu verhindern ist. Im Grunde ist dies ein Beweis dafür – wir wissen, daß da Ausweichverkehre stattfinden –, daß wir in Baden-Württemberg in einer schwarzroten Koalitionsregierung die Kontrollen meiner Meinung nach besser im Griff haben als Hessen mit einer rotgrün verantworteten Regierung. Dies erklärt, warum man von Schwarzrot auf Rotgrün ausweicht.

(Abg. Buchter GRÜNE: An den Roten liegt es nicht!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Keine weiteren Zusatzfragen. Dann ist auch diese Mündliche Anfrage erledigt.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 5 auf:

Mündliche Anfrage der Abg. Birgitt Bender GRÜNE – Verweigerung von Schwangerschaftsabbrüchen im Landkreis Waldshut

Frau Abg. Bender, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- Wie bewertet die Landesregierung das Verhalten des Waldshuter Landrats Wütz, der die Zulassung indikationsloser Schwangerschaftsabbrüche an Kreiskrankenhäusern als „Mitwirkung an der rechtswidrigen Tötung menschlichen Lebens im vorgeburtlichen Stadium“ bezeichnet und einen entsprechenden Kreistagsbeschuß als rechtswidrig beanstandet?
- Wie viele stationäre und ambulante Einrichtungen zur Vornahme von indikationslosen Schwangerschaftsabbrüchen bestehen im Landkreis Waldshut, und wie sind sie regional verteilt?

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Zur Beantwortung dieser Mündlichen Anfrage erteile ich das Wort Herrn Staatssekretär Weinmann vom Sozialministerium.

Staatssekretär Weinmann: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich für das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung die Mündliche Anfrage der Kollegin Birgitt Bender wie folgt:

Zu a: In der Frage der Gesetzmäßigkeit des Kreistagsbeschlusses verweise ich auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 28. Mai 1993. Das Bundesverfassungsgericht hat mit Gesetzeskraft angeordnet, daß § 218 StGB keine Anwendung findet, wenn die Schwangerschaft innerhalb von zwölf Wochen nach der Empfängnis durch einen Arzt abge-

(Staatssekretär Weinmann)

brochen wird und die schwangere Frau sich vor dem Eingriff von einer anerkannten Beratungsstelle hat beraten lassen.

Der vom Bundesverfassungsgericht angesprochene Tatbestandsausschluß bedeutet, daß solche nichtindizierten Schwangerschaftsabbrüche weder für die Frau noch für andere Beteiligte mit Strafe bedroht sind. Den Krankenhäusern ist es daher unter Beachtung der vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten Grundsätze möglich, auch – auch! – indikationslose Schwangerschaftsabbrüche vorzunehmen.

Zur Vornahme von indikationslosen Schwangerschaftsabbrüchen bedarf es keiner ausdrücklichen Entscheidung des Kreistags. Die Aufhebung des Verbots, indikationslose Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen, hat zur Folge, daß die Ärzte an der Durchführung solcher Schwangerschaftsabbrüche nicht gehindert sind. Es handelt sich nicht um neue Krankenhausleistungen, sondern um Leistungen im Rahmen des allgemeinen medizinischen Leistungsspektrums, die von den ausgewiesenen gynäkologisch-geburtshilflichen Abteilungen der Krankenhäuser fachlich wie indizierte Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden.

Keinesfalls gefolgt werden kann der Auffassung des Landrats, daß auch ein ausdrücklicher Beschluß des Kreistags über die Durchführung indikationsloser Schwangerschaftsabbrüche rechtswidrig wäre, weil er dem Sicherstellungsauftrag des Landes mit der Gefahr der Inkaufnahme einer Überversorgung vorgreife. Das Sozialministerium hat bereits früher anläßlich des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Schwangeren- und Familienhilfegesetz flächenbezogene Erhebungen über die Möglichkeiten von indikationslosen Schwangerschaftsabbrüchen durchgeführt. Darüber hinausgehende planerische Festlegungen sind angesichts des Ergebnisses der Erhebungen, daß den Frauen ein indikationsloser Schwangerschaftsabbruch in dem vom Bundesverfassungsgericht gesteckten zeitlichen Rahmen möglich ist, nicht geboten.

Äußerst zu bedauern ist allerdings, daß im Landkreis Waldshut gerade die vom Bundesverfassungsgericht im Rahmen des Beratungskonzepts geforderte ortsnahe ärztliche Versorgung auch zum Schutze des ungeborenen Lebens nicht angeboten wird.

Zu b: Nach den Erhebungen zur Mitte des Jahres 1993 waren im Regierungsbezirk Freiburg fünf Krankenhäuser bereit, im Rahmen der Beratungsregelung indikationslose Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen. Keines der Krankenhäuser liegt im Landkreis Waldshut. Die Kassenärztliche Vereinigung Südbaden berichtete uns damals, daß in ihrem Bereich 32 Gynäkologen bereit waren, solche Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen, davon 20 in ihrer Praxis, zwei ambulant in ihrer Praxis und belegärztlich sowie zehn belegärztlich. Die Praxen und Belegkrankenhäuser befanden sich in Freiburg, Lörrach, Emmendingen, Villingen-Schwenningen, Konstanz, Singen, Tuttlingen, Kehl und weiteren Gemeinden unter 10 000 Einwohnern.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Zusatzfrage, Frau Abg. Bender.

Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Sind wir uns demnach einig, Herr Staatssekretär, daß es nicht in der Rechtsmacht eines Landrats steht, Ärzte eines Kreiskrankenhauses an der Vor-

nahme von indikationslosen Schwangerschaftsabbrüchen zu hindern, und daß dementsprechend ein Kreistagsbeschluß, der dies klarstellt und gegen den der Landrat beim Regierungspräsidium Widerspruch einlegen würde, bestätigt würde, daß der Widerspruch also zurückgewiesen würde?

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Weinmann: Frau Kollegin Bender, da sind wir uns einig. Die Juristen nicht nur des Sozialministeriums, sondern auch des Innenministeriums sagen übereinstimmend, daß das Bundesverfassungsgericht angeordnet hat, und zwar mit Gesetzeskraft. Es kann nicht dem Gutdünken eines Landrats überlassen werden, wie er Gesetze auslegen will. Es geht dabei, wie gesagt, um die Umsetzung eines Gesetzes.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Zusatzfrage, Herr Abg. Scheffold.

Abg. Scheffold CDU: Herr Staatssekretär, Sie haben ausgeführt, daß die Ärzte nicht gehemmt sind –

Staatssekretär Weinmann: Nicht gehindert. „Nicht gehemmt“ habe ich nicht gesagt.

(Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE: Vielleicht die CDU, aber nicht der Staatssekretär!)

Abg. Scheffold CDU: Nicht gehindert sind. Kann ich davon ausgehen, daß das im Umkehrschluß heißt, daß die Ärzte auch nicht dazu verpflichtet sind?

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Weinmann: Nein, das ist nicht der Fall. Das hat ja auch niemand behauptet.

Wir haben eine Vielzahl von Angeboten. Ich habe ja versucht, das im Teil 2 der Antwort auf die Frage der Kollegin Bender darzustellen. Es gibt, sowohl was die niedergelassenen Ärzte als auch die stationären Einrichtungen anlangt, ein Angebot, das aus unserer Sicht Geist und Inhalt des Gesetzes entspricht, daß Frauen nicht über Tage hinweg unterwegs sein müssen. Sie wissen vielleicht noch, daß es lange Zeit die Praxis gab, daß man ins benachbarte europäische Ausland reisen mußte. Dies ist auch für den Bereich Waldshut Gott sei Dank nicht so.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Zusatzfrage, Herr Abg. Hackl.

Abg. Hackl GRÜNE: Wird die Landesregierung ihrer Rechtsauffassung gegenüber dem Landrat auf dem Wege der Rechtsaufsicht Nachdruck verleihen?

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Weinmann: Dies hat der Herr Innenminister bereits getan. Sie wissen vielleicht, daß zur gleichen Stunde eine Kreistagssitzung in Waldshut stattfindet, die mit diesem Thema befaßt ist. Mit der Uhrzeit 12.18 Uhr – dies ist der Fortschritt der Faxzeit – ist ein Fax an den Landrat hinausgegangen, in dem seitens des Innenministeriums klar und eindeutig festgestellt wird, daß die Entscheidung, wenn überhaupt, allein dem Kreistag und nicht dem Landrat zukommt.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Keine weiteren Zusatzfragen. Dann ist diese Mündliche Anfrage beantwortet, und wir sind am Ende der Fragestunde.

Punkt 4 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe Punkt 5 der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landeswaldgesetzes – Drucksache 11/5385

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ländlichen Raum und Landwirtschaft – Drucksache 11/5773

Berichtersteller: Abg. Buchter

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache über den Gesetzentwurf eine Redezeit von 5 Minuten je Fraktion festgelegt. Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Hauk, Sie haben das Wort.

Abg. Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dieser Novellierung des Landeswaldgesetzes ist meines Erachtens ein weitgehender Beitrag geleistet worden, um den bereits vor über 20 Jahren begonnenen Umdenkungsprozeß in Richtung auf eine naturnahe Waldbewirtschaftung nunmehr auch zu verankern. Dabei ist hervorzuheben, daß Waldschutzgebiete in Zukunft gleich den Naturschutzgebieten ausgewiesen werden können, nämlich per Rechtsverordnung.

Es wäre natürlich auch zu wünschen, daß manche Reibungsverluste im Bereich des Naturschutzes, die zwischen Förstern und Naturschutzverwaltung immer wieder einmal entstehen, etwas egalisiert werden könnten.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Zwischen Ihnen und der Naturschutzverwaltung!)

Ich behaupte, dieses Problem wäre am ehesten zu lösen – sicherlich nicht mehr in dieser Legislaturperiode, aber vielleicht in der nächsten –, wenn Naturschutz und Wald wieder unter einem Dach ressortieren würden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Erholung des Menschen im Wald hat von jeher einen hohen Stellenwert in der baden-württembergischen Politik genossen. Ich denke, daß wir das liberalste Waldgesetz überhaupt haben, was das Recht auf freies Betreten des Waldes angeht. An diesem freien Betretensrecht wollen wir auch nichts ändern. Allerdings gibt es eben dort Grenzen für die einzelnen Benutzer, wo sie andere beeinträchtigen. In den letzten Jahren ist dies zunehmend durch das Radfahren geschehen.

Ich sage ganz offen: Es sind nicht die Politiker – –

(Abg. Buchter GRÜNE: Autofahren!)

– Auch durch das Autofahren.

(Abg. Hackl GRÜNE: Fahren Sie Fahrrad, Herr Hauk?)

– Ich fahre Fahrrad. Herr Kollege Buchter, Sie wissen selbst, wie die Dinge entstanden sind.

Es waren die Fahrradfahrer selbst – nicht alle und sicherlich nicht der große Teil, sondern nur eine kleine, aber um so aggressivere Minderheit –, die durch ihr Verhalten dazu beigetragen haben, daß wir heute zu gesetzlichen Regelungen, was das Fahrradfahren im Wald anbelangt, kommen müssen.

Mit der Lösung, wie wir sie auch im Ausschuß noch einmal eingehend beraten haben, daß das Fahren auf Waldwegen unter 2 m Breite in Zukunft nicht mehr erlaubt sein soll, läßt sich leben. Es ist eine Lösung, die Rechtssicherheit für das ganze Land garantiert und die vor allem keine zusätzlichen Schilderwälder, Markierungen und dergleichen mehr heraufbeschwören wird.

(Zuruf des Abg. Buchter GRÜNE)

– Herr Kollege Buchter, ich muß schon sagen: Wir haben über Ihre Vorstellungen im Ausschuß wohl diskutiert. Aber es ist schon etwas augenfällig – Sie setzen sich auch dem Verdacht der Schaumschlägerei und der Effekthascherei aus –, wenn Sie erst heute mit einem Änderungsantrag kommen.

(Abg. Buchter GRÜNE: Herr Präsident!)

Sie hätten dazu im Rahmen der Ausschußberatungen Gelegenheit genug gehabt.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Buchter?

Abg. Hauk CDU: Gern, wenn es nicht auf die Redezeit angerechnet wird.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abg. Buchter.

Abg. Buchter GRÜNE: Herr Kollege Hauk, ist Ihnen entgangen, daß genau derselbe Antrag in seinen beiden Teilen im Ausschuß bereits gestellt worden ist?

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abg. Hauk.

Abg. Hauk CDU: Mir ist von dieser Ausschußberatung noch einiges im Gedächtnis geblieben.

(Zuruf des Abg. Buchter GRÜNE)

was sich nicht gerade durch eine durchgehende Konsistenz ausgezeichnet hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was das Befahren der Waldbestände anbelangt, das Sie, Herr Kollege Buchter, und Ihre Kollegen von der Fraktion GRÜNE wiederum verbieten wollen, kann ich nur betonen: Wir sehen keinen Anlaß, im Gesetz Doppelregelungen zu verankern. Im Waldgesetz ist für die Waldbesitzer bereits eine pflegliche Waldbewirtschaftung vorgeschrieben. Sie muß nach anerkannten Grundsätzen der ordnungsgemäßen Forstwirtschaft erfolgen. Dies schließt auch solches Befahren aus.

Was die Pestizide angeht, so wissen Sie als Försterkollege so gut wie ich, daß diese im Wald de facto nicht mehr angewandt werden. Es werden nur ganz wenige Insektizide eingesetzt, und diese auch nur dann, wenn Kalamitäten oder

(Hauk)

eine massive Holzentwertung anstehen. Wir werden deshalb auch den Antrag der Grünen ablehnen.

(Zuruf des Abg. Hackl GRÜNE)

Ich will noch kurz auf einen Punkt eingehen. Wir haben auf Initiative meiner Fraktion gemeinsam mit dem Koalitionspartner die Waldpädagogik neu in das Waldgesetz aufgenommen, weil wir es für wichtig erachten, Herr Kollege Wieser — Sie sind ja schulpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion —, daß wir auch Kinder und Jugendliche in einem frühen Stadium an die Umwelt und an den Wald heranführen.

(Abg. Wieser CDU: Herr Hauk, sprechen Sie doch den Staatssekretär an! Der hört doch gar nicht zu!)

— Der Herr Staatssekretär ist heute als Abgeordneter unter uns.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dieser Novelle zum Landeswaldgesetz sehe ich auch eine Motivation für Waldbesitzer und Förster. Der vor 20 Jahren eingeschlagene Weg zu einer naturnahen Waldwirtschaft ist richtig und schlägt sich nun auch gesetzlich nieder. Ich bin mir auch sicher, daß die deutsche Waldwirtschaft mit ihren relativ hohen Produktionskosten nur dann überleben kann, wenn Holz von hoher Qualität erzeugt wird. Holz ist ein wertvoller Rohstoff. Es gibt kurze Transportwege bei uns im Land, wenn es dort erzeugt wird. Damit ist dies auch ein Beitrag zu einem umweltfreundlichen Wirtschaftsstandort in Deutschland.

Ich wünsche, daß dieses Gesetz hierzu einen Beitrag leistet und daß es dann mit Augenmaß und dem alten forstlichen Grundsatz, nämlich dem Gesetz des Örtlichen, auch vollzogen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Caroli.

(Abg. Wieser CDU: Ist der auch Förster?)

Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schon wichtig, daß in diesem Gesetz nachhaltige und naturnahe Waldbewirtschaftung festgeschrieben wird. Der Wald als geschlossenes großflächiges Ökosystem hat erhebliche Auswirkungen auf den Naturhaushalt. Luft, Wasser und Artenvielfalt hängen davon ab.

(Abg. Hackl GRÜNE: Aber positiv!)

Immerhin bedeckt der Wald fast 39 % der Fläche unseres Landes.

In der Diskussion über dieses Gesetz sind eigentlich Marginalien wie beispielsweise das Radfahren im Wald in den Vordergrund getreten. Die eigentlichen, sehr weitreichenden Bestandteile sind etwas im Hintergrund geblieben.

Der erste Punkt ist, daß künftig hochwertige Waldteile, also zum Beispiel seltene naturnahe Waldgesellschaften, strukturreiche Waldränder, Schlucht- und Blockwälder — um nur

einige Beispiele zu nennen —, geschützt werden und daß dafür eine neue Schutzkategorie gewählt worden ist, nämlich nach § 30 a der Biotopschutzwald. Das geht über die Festsetzungen von § 24 a des Naturschutzgesetzes hinaus. Diese Biotopschutzwälder sollen stärker geschützt werden. Sie sollen abgegrenzt und beschrieben und in Karten und Verzeichnisse eingetragen werden.

Zweitens haben wir den schon praktizierten Weg der naturnahen Waldbewirtschaftung endgültig im Gesetz verankert. Es gibt keine Kahlhiebwirtschaft mehr, mit Ausnahme der Sonderregelung für eine Fläche von bis zu 1 ha. Naturverjüngung, standortgerechte Baumartenwahl, Begründung und Erhaltung von stufigen Mischbeständen sowie Sicherung und Pflege ökologisch hochwertiger Bereiche sind die Eckpunkte einer naturnahen Waldbewirtschaftung, die wir jetzt im Gesetz verankert haben.

In Zukunft gibt es auch Waldschutzgebiete per Verordnung, wobei unsere Zielvorstellung dahin geht, daß zirka 3 % der Fläche hierfür vorzusehen wären. Wir haben bisher Bannwälder mit zirka 3 000 ha und Schonwälder mit ungefähr 12 000 ha. Wir meinen, die Bannwälder sind viel zu klein. Sie müssen erweitert werden. Darum herum müssen Pufferzonen als Schonwälder gerankt werden.

Einige Bemerkungen zur Beschränkung des Radfahrens auf mindestens 2 m breiten Wegen. Meine Damen und Herren, es ist ein Kompromiß, den wir eingegangen sind.

(Abg. Buchter GRÜNE: Maximal 2 m breite Wege!)

— Bitte?

(Abg. Buchter GRÜNE: Maximal 2 m Breite!)

— Ja, maximal 2 m. Sie haben recht, Herr Buchter. — Gegen waren die Radfahrverbände. Für restriktivere Regelungen haben sich die Grundbesitzer, die Bauernverbände, der Landkreistag und die Forstkammer ausgesprochen. Das ist nun eine Zwischenlösung, die aber im Prinzip auch bisher schon praktiziert worden ist. Dazu ist zu sagen: Weniger als 10 % der Radwege sind davon betroffen.

(Abg. Reddemann CDU: Ja!)

Ausnahmeregelungen sind im übrigen zulässig. Wenn es sich also um einen Verbindungsweg handelt, dann kann man hierfür eine Ausnahmegenehmigung erteilen.

(Minister Weiser: Genau!)

Das ist auch kein Problem. Schließlich wird es auch keine Bußgelder verhängenden Zwei-Meter-Radweg-Ranger geben, die an jedem Radweg stehen.

Wir sind trotzdem mit der ganzen Regelung nicht ganz zufrieden und sind in der Zukunft weiterhin offen für Änderungen.

Nun noch einige Worte zu den Anträgen, die gestellt worden sind.

Meine Damen und Herren, die Grünen-Anträge verstehe ich überhaupt nicht; der erste Antrag ist sowieso überflüssig,

(Dr. Caroli)

weil das bereits im Konzept der naturnahen Waldbewirtschaftung enthalten ist. Und den zweiten Antrag müssen Sie erst einmal erklären. Da scheint sich ein Fehler in der Formulierung eingeschlichen zu haben. Das versteht kein Mensch. Das müssen Sie einmal anschauen. Hier soll an der falschen Stelle etwas eingefügt werden.

(Zuruf des Abg. Buchter GRÜNE)

— Ja. Schauen Sie Ihren Antragstext einmal an. So kann man ihn nicht beschließen. — Im übrigen kommt mir der Antrag bekannt vor. Das ist tatsächlich schon im Ausschuß besprochen und dort verworfen worden, weil es als überhaupt nicht sinnvoll erschien.

Meine Damen und Herren, ich habe hier die Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen in Hessen vor mir liegen. Sie machen dort genau das gleiche, was wir hier machen. Das ist ja eigentlich erfreulich.

(Abg. Reddemann CDU: Die machen uns alles nach! — Zuruf des Ministers Weiser)

Das zeigt, daß die SPD dort, wo sie in der Regierung ist, für naturnahe Waldbewirtschaftung sorgt.

(Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU — Zuruf des Ministers Weiser)

Meine Damen und Herren, nur mit einem Unterschied — —

(Zuruf des Ministers Weiser — Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte keine Zwischenrufe von der Regierungsbank!

Abg. Dr. Caroli SPD: Auf den Unterschied, Herr Minister Weiser, werden wir noch im Zusammenhang mit der Wirtschaftlichkeits- und Organisationsuntersuchung zu sprechen kommen. Es ist so, daß ich natürlich darauf achten muß, daß der Vollzug dieses Gesetzes gewährleistet ist, wenn ich strukturelle Veränderungen beim Personal vornehme. Wenn ich vor Ort naturnahe Waldbewirtschaftung sicherstellen will, sollte, meine ich, zwar eine Delegation nach unten, nicht aber eine Delegation nach oben möglich sein. Das sollten wir beherzigen, wenn einige Beschlüsse im Zusammenhang mit Personalkürzungen gefaßt werden.

(Zuruf des Ministers Weiser)

Im Klartext — ich muß noch etwas deutlicher werden —: Wenn ohnehin keine Einsparungen erzielt werden können, ist uns der Regiewaldarbeiter, der in direktem Kontakt zum Revierleiter steht, lieber als irgendeiner, der von irgendeiner Firma geschickt wird. Ich hoffe, daß wir uns bei den Beratungen auf dieser Linie einigen können.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Herbricht.

Abg. Herbricht REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die waldbauliche Entwicklung der letzten Jahre in Baden-Württemberg kann insgesamt positiv beurteilt wer-

den, hat sich doch der naturnahe Waldbau allgemein durchgesetzt. Der vorliegende Gesetzentwurf paßt also die forstrechtlichen Vorschriften einer bereits bestehenden Entwicklung an und regelt darüber hinaus den Schutz und die Pflege besonderer Waldbiotope. Diese Anpassung ist im Prinzip auch nicht verwunderlich, war und ist doch Waldbaupolitik nie ein statischer Prozeß, sondern schon immer ein dynamischer gewesen.

Die berechnete Begeisterung für den naturnahen Waldbau darf allerdings nicht so weit gehen, daß ökonomische und planerische Festlegungen in Frage gestellt werden. Denn bisher mußte sich der Waldbesitzer im wesentlichen auf die Erträge aus dem Holzverkauf verlassen können. Ob dies immer so bleiben wird oder ob die Gesellschaft bei einer sich verschärfenden Umweltsituation bereit und in der Lage sein wird, den äußerst wichtigen ökologischen Beitrag, den die Forstwirtschaft für die Umwelt erfüllt, anderweitig zu entlohnen, wird die Zukunft zeigen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abg. Herbricht, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hauk?

Abg. Herbricht REP: Ja, sicher.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abg. Hauk.

Abg. Hauk CDU: Herr Kollege Herbricht, ich wollte Sie fragen, warum Sie von Ihrer Fraktion eigentlich keinen Antrag gestellt haben, der zum Beispiel das Anpflanzen ausländischer Baumarten in deutschen Wäldern verbietet.

(Widerspruch bei den Republikanern — Unruhe)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abg. Herbricht.

Abg. Herbricht REP: Herr Hauk, man kann jedes Prinzip auch zu Tode reiten. Ich meine, alles zu seiner Zeit. Sie wissen bestimmt, daß wir in gewissen Migrationsproblemen anderer Ansicht sind als Sie. Ich befürchte, daß Sie die Zukunft eines Besseren oder Schlechteren befehlen wird. Die Douglasien lassen wir aber noch im Land, soweit sie von den Fachleuten für wichtig gehalten werden.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Reddemann CDU: Die Douglasien sind schon eingedeutscht!)

— Ja, die sind da flexibel.

Wichtig ist, daß die Landesforstverwaltung trotz der geplanten Einsparmaßnahmen weiterhin in der Lage ist, das gesetzlich vorgegebene Aufgabenspektrum zu erfüllen, damit der waldbauliche Standard gehalten werden kann. Wenn durch das heute zur Verabschiedung anstehende Landeswaldgesetz der rechtliche Weg für eine ökologische, zukunftsorientierte und innovative Entwicklung des Forstwesens frei gemacht wird, so ist dafür die Offenhaltung eines Einstellungskorridors für forstliche Absolventen eine unabdingbare Voraussetzung.

Der vorliegende Entwurf des Landeswaldgesetzes stieß bereits in der ersten Lesung auf einen so breiten Konsens quer durch alle Fraktionen, daß ich es Ihnen und mir ersparen möchte, noch einmal auf alle Vorzüge und Intentionen des

(Herbricht)

neuen Waldgesetzes einzugehen. Auch die Diskussionen im Ausschuß haben gezeigt, daß kein ernsthafter Dissens besteht.

Bezüglich der Formulierung des § 37 Abs. 3, der das Radfahren im Wald zum Inhalt hat, ist es nicht gelungen, das berühmte Ei des Kolumbus zu finden. Allerdings möchte ich dazu einmal feststellen: Wenn es bei einer so ernsten und wichtigen Thematik, wie es das Landeswaldgesetz ja darstellt, kein größeres Problem gibt als die Findung einer optimalen Regelung für das Radfahren im Wald, so muß es meines Erachtens erstens ein gutes Gesetz sein, und zweitens wird man mit diesem Manko wohl leben können.

Zusätzlich in das Gesetz aufgenommen wurde die Waldpädagogik als Bildungsauftrag. Dagegen gibt es nichts einzuwenden, zumal sie ja ohnehin schon praktiziert wird.

Was den Änderungsantrag der Grünen angeht, so werden wir diesen ablehnen, obwohl er von der Intention her positiv zu bewerten ist.

(Lachen bei den GRÜNEN und der SPD)

— Lassen Sie mich das ruhig begründen. Von der Intention, von der Absicht, die dahintersteht, ist das natürlich positiv, denn wer ist schon für Pestizideinsatz im Wald oder für Bodenverdichtung? Das ist ja keiner in diesem Haus.

(Zuruf von der SPD: Aber?)

Was den Pestizideinsatz betrifft, so wird heute schon aufgrund des gestiegenen Umweltbewußtseins und des Wissens um die Folgeschäden ohnehin dafür gesorgt, daß nicht in jedem Fall gleich mit der chemischen Keule zugeschlagen wird.

Andererseits muß man aber auch gegebenenfalls in der Lage sein, flexibel zu reagieren und nicht erst nach endlosem Expertenstreit, ob nun ein sogenannter begründeter Einzelfall vorliegt oder nicht.

Ähnliches gilt für die Bodenverdichtung. Kein Eigentümer wird meines Erachtens mutwillig seinen Boden verdichten, und sollte er so töricht sein, so hilft meiner Meinung nach gegen Dummheit auch kein Gesetz. Was aber viel problematischer ist: Sie können dem Waldbesitzer doch nicht vorschreiben, wie er seinen Betrieb zu bewirtschaften hat, ohne daß Sie die Eigentümerrechte tangieren.

Bei Ihrem letzten Änderungsantrag geht es mir ähnlich wie dem Kollegen Caroli. Ich halte ihn von der Substanz her nicht für so gewichtig, als daß eine Aufnahme in das Landeswaldgesetz unabdingbar wäre.

Dem Gesetz als Ganzem stimmen wir zu.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Buchter.

(Abg. König REP: Jetzt kommt es!)

Abg. Buchter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Die Ökologisierung der Waldwirtschaft wird mit diesem Gesetz sicherlich wieder einen Schritt vorankom-

men. Die Regelungen zur Kahlschlagsbewirtschaftung, zum Biotopschutzwald und die Verpflichtung zur standortgerechten Baumartenwahl werden von uns ausdrücklich begrüßt. Eine Auseinandersetzung um einige wesentliche Grundzüge der Bewirtschaftung wird aber weitgehend vermieden. Darauf möchte ich eingehen.

Im Kern müßte es dabei um die Frage gehen: Sollen ökosystemserschädigende Eingriffe um kurzfristiger wirtschaftlicher Vorteile willen zulässig sein, nur weil die Folgekosten — Schäden an der Natur meine ich — nicht quantifiziert werden können? An zwei Beispielen möchte ich verdeutlichen, was ich damit meine.

Bei der Holzernte führt das Befahren der Waldböden mit schweren Schleppern häufig zu Bodenverdichtungen, die das Wachstum der Pflanzenwurzeln stark einschränken. Der Schaden sieht dann folgendermaßen aus: Bäume wachsen nicht mehr so wie zuvor, das Bodenleben ist eingeschränkt, ein Versauerungsprozeß setzt ein, Kulturen, also junge Bäume, brauchen viel länger, bis sie der Unkrautkonkurrenz entwachsen.

Das allein bedeutet schon, daß zum Teil über Jahre länger Kulturpflegearbeiten verrichtet werden müssen. Teilweise gehen die Schäden sogar so weit, daß extra Bäume gepflanzt werden müssen, um diese Verdichtungserscheinungen wieder aufzulösen, zu revidieren, also den Boden zu sanieren.

Dabei gibt es längst Holzerntetechniken, mit denen das Befahren vermieden werden kann. Sie stehen doch als Alternative konkret zur Verfügung. Wir fordern dazu auf, diese auch einzusetzen.

Ähnlich verhält es sich beim Einsatz von Pestiziden. Im Wald, Herr Kollege Hauk, werden vor allem Insektengift und zusätzlich — nicht zu vergessen — Mausegift eingesetzt. Ein naturnaher Wald, wie wir ihn alle wollen, beherbergt aber nicht nur Organismen, die Schäden verursachen, sondern auch solche, die diese Schadorganismen in Schach halten und als deren Gegenspieler dienen. Wird aber erst einmal Gift eingesetzt, werden nicht nur die Schädiger eliminiert, sondern quasi automatisch auch die Gegenspieler.

Zu bedenken ist dabei, daß die Population der Gegenspieler häufig wesentlich langsamer aufgebaut wird als die der eigentlichen Schädiger.

Auch hier ein Beispiel: Beim Borkenkäfer werden von einem Elterntier bis zu 100 000 Jungtiere reproduziert. Vögel sind hingegen nicht einmal in der Lage, im Jahr 100 Jungtiere in die Welt zu setzen. Damit hinken die Gegenspieler grundsätzlich hinter den Schadenerregern her, und insofern ist es sehr bedenklich, wenn Gift eingesetzt wird, weil eben, wie gesagt, auch diese Gegenspieler eliminiert werden.

(Beifall des Abg. Hackl GRÜNE)

Das Ergebnis des Gifteinsatzes ist also eine noch raschere, eine noch ungehemmtere Ausbreitung der Schadorganismen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abg. Buchter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Reddemann?

Abg. Buchter GRÜNE: Wenn es nicht auf die Zeit angerechnet wird, ja, gern.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abg. Reddemann.

Abg. Reddemann CDU: Herr Abg. Buchter, können Sie mir sagen, wo in Ihrem Revier oder in welchen Bereichen des Landes Baden-Württemberg im Forst Gift eingesetzt wird? Ich frage dies, weil Sie hier ein Giftszenario an die Wand malen.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abg. Buchter.

Abg. Buchter GRÜNE: Herr Staatssekretär Reddemann, dazu gibt es sehr schöne Statistiken, veröffentlicht von der Landesforstverwaltung. Ich rate Ihnen, diese einmal einzusehen. Daraus wird recht deutlich klar, in welchen Mengen Gift eingesetzt wird. Wir können das gern im Ausschuß bereden und dann noch einmal auf konkrete Zahlen zurückgreifen.

Die landesweite Summe kann ich von meinem Revier nicht ableiten, zumal bei mir kein Gift eingesetzt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD — Abg. Wieser CDU: Liegt das an den Förstern? Das liegt also nicht am Gesetz?)

— Ja, sehr gut. Die Erkenntnis greift um sich. Sehr schön.

(Abg. Hackl GRÜNE: Er ist halt ein guter Förster!
— Unruhe)

— Wenn ich weitermachen dürfte!

Wie hoch ist also der Schaden am Ökosystem? Es gab ja schon in der Vergangenheit Versuche, Schäden am Ökosystem zu quantifizieren.

(Abg. Reddemann CDU: Geschäft mit der Angst!)

Aber das ist eben eine grundsätzliche erkenntnistheoretische Fehlleistung, weil mit unterschiedlichen Qualitäten ausgestattete Systeme überhaupt nicht in ein und dieselbe quantitative Größe übersetzbar sind.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

— Zu deutsch, Herr Abg. Scheuermann: Äpfel können nicht mit Birnen verglichen werden. Damit wird es wohl auch Ihnen eingänglich.

(Abg. Scheuermann CDU: Sehr gut! — Abg. Dr. Caroli SPD: Dem kann man nicht widersprechen!
— Abg. Drautz FDP/DVP: Und Engerlinge nicht mit Borkenkäfern!)

Noch blödsinniger ist allerdings, wenn diese Schäden ignoriert, also überhaupt nicht berücksichtigt werden.

(Abg. Meyer CDU: Regen Sie sich doch nicht so auf!)

In Ziffer 1 unseres Antrags wollen wir genau diese Aspekte in der Novelle berücksichtigt wissen. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu Ziffer 1 unseres Antrags.

Zu Ziffer 2 unseres Antrags: Die Regierung will ja das Radfahren im Wald auf Wegen unter 2 m Breite generell verbieten. Ich sage Ihnen, Herr Minister Weiser, jetzt schon voraus, daß Sie bei dieser Tour einen Speichenbruch erleiden werden — ganz einfach deswegen, weil erstens Baden-Württemberg das einzige Land im Bundesgebiet ist, das eine solche Regelung vorsieht, und weil Sie zweitens eine solche Regelung vorsehen, ohne den wissenschaftlich gesicherten Beweis angetreten zu haben, daß Radler für größere Erosionsschäden sorgen oder auch nur eine größere Wildstörung hervorrufen als Wanderer.

Drittens ist — das ist schon mehrfach angesprochen worden — die Wegbreite eine unbestimmte Größe. Die Radfahrer müßten also immer ihren Zollstock mitnehmen, um zu sehen, ob sie noch auf einem Weg über 2 m Breite oder schon auf einem unter 2 m Breite sind. Das ist praktisch nicht umsetzbar.

(Abg. Reddemann CDU: Oje!)

Es ist auch zu bemerken: In den Städten gibt es jede Menge Radwege unter 2 m Breite, auf denen sich wesentlich mehr Fußgänger befinden. Dort passiert praktisch nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dort soll es unproblematisch sein, aber im Wald wird es plötzlich zum großen Problem hochstilisiert. Ich sage darauf nur: Da wurde wieder einmal Klientelpflege betrieben.

(Beifall bei den GRÜNEN — Zurufe der Abg. Reddemann und Meyer CDU)

Ich habe vorhin schon in einem Zwischenruf darauf hingewiesen: Der Autoverkehr ruft doch wesentlich mehr Störungen und Beeinträchtigungen der Bürger hervor.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

und er macht immerhin 55 % des Freizeitverkehrs aus.

(Abg. Reddemann CDU: Aber nicht im Wald, Herr Kollege! Sind wir im Wald oder auf der Straße? Sie sind doch jetzt im Wald und nicht auf der Straße! Sie verwechseln wieder Äpfel mit Birnen! — Weitere Zurufe — Glocke des Präsidenten)

Ich komme zum Schluß. — Ich hatte doch gerade auch von den Wegen und Straßen in den Städten gesprochen.

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abg. Buchter, ich muß Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

(Abg. Reddemann CDU: Der war schon länger nicht mehr im Wald!)

Bitte.

Abg. Buchter GRÜNE: Sie hatten bei der Ersten Beratung großspurig angeboten, für Kompromißvorschläge offen zu sein. Wir haben einen Kompromißvorschlag mit der Regelung vorgelegt, daß das Fahren auf Wanderwegen, die unter 2 m breit sind, nicht mehr möglich sein soll. Jetzt sind wir gespannt, ob Sie das ernst gemeint haben.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Frau Bender steigt Ihnen auf den Hals bei dieser Forderung!)

(Buchter)

Im anderen Fall würden wir es ein Stück weit als eine beschämende Arroganz der Regierung gegenüber der Opposition begreifen, wenn hier großartig zu Kompromißvorschlägen aufgerufen wird.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Der Vorschlag ist absoluter Irrsinn!)

dann aber, wenn ein solcher Kompromißvorschlag vorgelegt wird, der praktisch das Maximum dessen beinhaltet, was wir noch mittragen können, dieser wie im Ausschuß ohne Begründung abgelehnt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drautz.

(Abg. Reddemann CDU: Jetzt stell es einmal richtig, Richard!)

Abg. Drautz FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorgelegten Gesetzentwurf und den Ergänzungen, die bei den Beratungen des Ausschusses für Ländlichen Raum und Landwirtschaft hinzugefügt wurden, können wir uns einverstanden erklären. Wir werden diesem Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall bei der CDU — Abg. Wieser CDU: Jetzt ist alles geschwätzt!)

Sicherlich werden einige Verbände — aber das ist in der Regel immer so, wenn sehr gegensätzliche Interessen in einem Gesetz aufeinanderstoßen — nicht voll zufrieden sein. Trotzdem sind wir dem Ziel,

(Abg. Schöffler SPD: Hand aus der Tasche!)

den Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetzes, einer ökologischeren Ausrichtung der Waldwirtschaft, aber auch dem dringend erforderlichen Schutz vor einer Übernutzung auch durch den freizeitsuchenden Menschen ein Stück näher gekommen.

(Abg. Schöffler SPD: Prima!)

Ich würde mich wiederholen, wenn ich darauf hinweisen würde, daß das Waldgesetz von 1976 schon damals richtungweisend war.

85 000 km Wegenetz durchkreuzen die rund 1,35 Millionen ha Wald in unserem Land. Ich meine, damit können auch die Radfahrverbände leben.

(Abg. Reddemann CDU: Sehr richtig! So ist es!)

Bei entsprechender gegenseitiger Rücksichtnahme und bei Verständnis füreinander wird man in der Praxis damit auch zurechtkommen.

Ich hätte es natürlich für besser gehalten, wenn der von uns beantragte Passus — wie nachfolgend zitiert — in § 37 Abs. 3 aufgenommen worden wäre:

Das Fahren mit Krankenfahrstühlen ist auf Straßen und Wegen, das Reiten und Radfahren nur auf befestigten

Fahrwegen gestattet. Auf Fußgänger ist Rücksicht zu nehmen.

Die Forstbehörde kann das Reiten und Radfahren auf anderen Wegen im Einzelfall zulassen. In Verdichtungsräumen, in Naturschutzgebieten, in Waldschutzgebieten und im Erholungswald ist das Reiten im Wald nur auf ausgewiesenen Waldwegen gestattet.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Was ist jetzt das, Herr Drautz? Was haben Sie da jetzt gelesen?)

— Da sieht man, wie Sie im Ausschuß geschlafen haben; denn sonst hätten Sie das mitgekriegt, Herr Dr. Caroli.

Allerdings freue ich mich um so mehr, daß der von uns eingebrachte Vorschlag zu § 65,

(Abg. Schöffler SPD: Hand aus der Tasche!)

in Absatz 1 nach der Ziffer 6 eine Ziffer 7 mit dem Wortlaut „die Waldpädagogik als Bildungsaufgabe“ einzufügen, aufgenommen wurde.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Unserem Begehren ist damit entsprochen worden; es war wortgleich mit dem nachgeschobenen Änderungsantrag Nr. 2 von CDU- und SPD-Kollegen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Der CDU/SPD-Antrag ist beschlossen worden, nicht Ihrer!)

Meine Damen und Herren, zu dem novellierten Waldgesetz stelle ich abschließend fest:

Erstens: Wir müssen alles dafür tun, daß dieses Gesetz in der Praxis die wichtige Schutz- und Erholungsfunktion, aber auch die zukünftig immer wichtiger werdende Rohstofflieferung des Waldes sichert.

Zweitens: Wir müssen alles dafür tun, daß der Energielieferant Wald zukünftig mehr an Bedeutung gewinnt.

Drittens: Wir müssen alles dafür tun, daß das novellierte Gesetz den berechtigten Interessen aller Betroffenen auch in der Praxis hilft, also sowohl dem Waldbesitzer als auch dem erholungsuchenden Menschen.

(Abg. Schmiedel SPD: Jetzt langt es! Der Minister wartet schon! — Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Er steht schon in Habachtstellung!)

Viertens: Wir müssen alles tun, daß dieses Gesetz mit dazu beiträgt, daß auch zukünftig diejenigen, die unsere Wälder pflegen, also ihre Arbeitskraft, ihre Arbeits- und Freizeit einbringen, dies nicht nur um Gotteslohn machen müssen, sondern dafür auch entlohnt werden.

Mit unserer Zustimmung zu diesem Gesetz verbinden wir allerdings auch die Hoffnung, daß im Rahmen der anstehenden Verwaltungsreform im Forstbereich keine nachteiligen Entscheidungen getroffen werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU sowie der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich dem Herrn Minister für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Minister für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Weiser: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst für die sachliche Beratung dieses Gesetzes im Ausschuß und auch für die heutige Anerkennung seines Inhalts bedanken, aber auch für die Anerkennung, daß es sich dabei um ein sehr fortschrittliches Gesetz handelt.

Ich hoffe, daß dieses Gesetz so lange Bestand hat wie sein Vorgänger. Das waren immerhin rund 20 Jahre ohne jede Novellierungsnotwendigkeit. Ich glaube, dies bringt sehr deutlich zum Ausdruck, daß wir uns auch vor 20 Jahren um ein in die Zukunft gerichtetes Waldgesetz bemüht haben.

Das Gesetz formuliert die Aufgaben der Forstwirtschaft, aber auch der Landesforstverwaltung und beschreibt die Aufgaben des Waldes insgesamt. Ich glaube, daß wir uns in allen wesentlichen Punkten einig sind.

Sie haben darauf hingewiesen, Herr Kollege Dr. Caroli, daß auch in Hessen ein gleichartiges Waldgesetz verabschiedet worden sei. Zwischen der hessischen und der baden-württembergischen Gesetzgebung besteht leider Gottes folgender Unterschied: Bei uns werden die Gesetze gemacht und durchgeführt, und in Hessen werden sie verabschiedet und dann auf die Seite gelegt.

(Widerspruch bei der SPD — Zuruf des Abg. Schmiedel SPD — Abg. Drautz FDP/DVP: Der Dr. Caroli kennt nicht einmal die Beschlußvorlage!
— Abg. Dr. Caroli SPD: Nein! Wo Sozialdemokraten sind, wird das natürlich umgesetzt!)

Ich will das jetzt gar nicht näher beleuchten. Ich könnte Ihnen jetzt eine Stunde lang darüber berichten, was ideologische Diskussionen bewirken und was praktische Gesetzgebung und deren Durchführung bedeutet.

(Beifall bei der CDU — Abg. Dr. Caroli SPD: Das letztere waren wir! — Abg. Sieber CDU: Das wäre schon interessant, Herr Minister!)

Wir haben es im Umweltschutz noch nie mit der ideologischen Diskussion, aber dafür sehr stark mit der Umsetzung gehalten.

(Abg. Brinkmann SPD: Dann sollten Sie Herrn Sieber mal fragen!)

— O Herr Brinkmann, wir beide wollen uns jetzt nicht über Sonderabfall unterhalten.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP — Abg. Brinkmann SPD: Das können wir gern!)

Ich war in dem Untersuchungsausschuß, in dem Sie Vorsitzender waren, und wenn ich die Abfolge nachher betrachte, fällt mir viel dazu ein.

(Abg. Brinkmann SPD: Es ist vieles besser geworden!)

— Entschuldigung, das wissen Sie so gut wie ich. Wenn sich heute der Herr Schäfer auf viele Erfolge berufen kann, dann nicht auf das, was allein während seiner Amtszeit geschehen ist.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

sondern auf das, was vorher eingeleitet und auf den Weg gebracht war.

(Abg. Brinkmann SPD: Aber Sie wissen, daß seit 1987 auf diesem Gebiet vieles besser geworden ist!)

— Seit 1987.

(Abg. Brinkmann SPD: Und jetzt seit 1992 noch mehr!)

— Ich habe Ihnen ja damals die Berichte der französischen Zeitung vorgelesen, wo es hieß: Da irrt der Herr Abgeordnete; er hat gesagt, er sei einem alten Mann begegnet, der der Deponiewächter gewesen sei. Die Zeitung hat festgestellt: Es war eine junge Dame, die Laborantin in der Mülldeponie war.

(Heiterkeit bei der CDU und den GRÜNEN)

Wir wollen die Themen jetzt wirklich nicht vertiefen.

(Abg. Brinkmann SPD: Wer hat Ihnen denn das erzählt? — Abg. Sieber CDU: Es wäre schon interessant, das weiter zu vertiefen! — Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP — Zuruf von der SPD: Heute beraten wir das Landeswaldgesetz!)

— Entschuldigung! Wer hat denn mit dem Zwischenruf begonnen? Das war doch der Herr Brinkmann.

(Abg. Brinkmann SPD: Aber nicht zum Sondermüll! — Heiterkeit bei der SPD)

— Selbst zu entscheiden, zu was Sie Zwischenrufe machen, ist Ihr gutes Recht.

(Abg. Brinkmann SPD: Zur Ideologie!)

Aber mein gutes Recht ist, die Antwort selber zu wählen. Diese haben Sie mir nicht vorzugeben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie müssen sich immer eines merken. Der, der hier am Rednerpult steht, hat in der Regel den längeren Hebel in der Hand. Deshalb wäre ich mit Zwischenrufen vorsichtig.

Aber nun zurück zum Thema.

(Beifall des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD)

— Nachher steht im Protokoll: „Beifall des Abg. Haas SPD“.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Der Bemerkung, daß Sie sich jetzt dem Thema zuwenden, galt mein Beifall! — Abg. Pfister FDP/DVP: Das steht nicht im Protokoll! — Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat der Herr Minister zum Waldgesetz. — Bitte, fahren Sie fort.

Minister für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Weiser: Entschuldigung! Ich habe doch nur zu Redebeiträgen Stellung genommen, die hier gehalten wurden. Dann kam der Herr Brinkmann mit seinem Zwischenruf, und darauf mußte ich ihm eine passende Antwort geben.

(Abg. Krieg GRÜNE: Historisch!)

— Jetzt kommen auch Sie mit einem Zwischenruf. Das ist ja ganz neu. Wiederholen Sie ihn. Ich habe Ihre Stimme noch nie gehört.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, nun aber zurück zur Sachlichkeit. Herr Kollege Buchter, dadurch, daß Sie hier Ihre Argumente ständig wiederholen, werden sie nicht besser.

Erstens haben wir seit Jahren — um nicht zu sagen: seit Jahrzehnten — als erstes Bundesland die naturnahe Waldbewirtschaftung im Waldgesetz festgeschrieben und durch Weisungen an die Forstbehörde angeordnet und umgesetzt. Sie als Förster müßten wissen, daß ein Wald keine einjährige Kultur ist und daß es deshalb oft sehr lange dauert, bis man die Auswirkungen des Umbaus eines Waldes feststellen kann.

Der zweite Punkt ist die Frage der Anwendung von Gift. Auch dies ist durch uns eindeutig geregelt. Das müßten Sie wissen. Sie wissen auch, daß wir beispielsweise im letzten Jahr in den staatlichen Wäldern keine entsprechende Bekämpfung durchgeführt haben, als es um die Problematik der Schwammspinner ging, sondern nur im kommunalen und im Privatwald entsprechende Maßnahmen zugelassen und diese wissenschaftlich begleitet haben. Der Staatswald ist von jeder chemischen Bekämpfung ausgenommen worden, auch in diesem Jahr.

Schauen Sie sich die Wälder im Hardtwaldbereich bei Karlsruhe an, die die Maikäfer kahlgefressen haben. Wir haben auch dort ausdrücklich Weisung erteilt, daß nicht bekämpft wird.

(Abg. Buchter GRÜNE: Bei der flächigen Bekämpfung! Von der habe ich nicht gesprochen!)

— Was machen Sie denn? Machen Sie Einzelbekämpfung?

(Heiterkeit)

Jetzt müssen wir uns doch wenigstens darüber einigen, daß, wenn ich Insekten bekämpfen will, ich das nicht mit Einzelbaumbehandlung, sondern nur mit Flächenbehandlung machen kann.

(Abg. Göbel CDU: Die gehen schütteln!)

Das dritte, was Sie angesprochen haben, waren die Mäuse. Ich weiß nicht, wie Sie die Mäuse bekämpfen wollen, wenn sie ganze Jungpflanzenbestände vernichten. Ich warte auf Ihren Vorschlag. Wir haben bei uns die Einrichtung, daß jeder Beamte eingeladen ist, Verbesserungsvorschläge einzu-

bringen. Die werden sogar bewertet und prämiert. Bisher habe ich von Ihnen noch keinen bekommen.

(Zuruf des Abg. Buchter GRÜNE)

Dann hätten Sie sogar noch ein schönes Buch von mir bekommen.

Nun noch einmal zu der Frage des Radfahrens. Auch hier wird die Argumentation nicht besser. Sie haben hier ausgeführt, daß sich auf den Radwegen in den Städten Fußgänger tummeln. In welcher Stadt sind Sie denn radgefahren? Wenn ich in der Stadt Radfahrer sehe, bewegen die sich auf getrennt ausgewiesenen Wegen und nicht auf den Gehwegen.

(Abg. Buchter GRÜNE: Sie fahren nicht Rad!)

— Ich war in einer bestimmten Beziehung noch nie Radfahrer.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich will damit nur sagen, daß etwas nicht dadurch besser wird, daß man es ständig wiederholt. Jetzt kommen Sie wieder mit Ihrem Zollstock.

(Zuruf des Abg. Buchter GRÜNE)

Was soll denn dieser Unfug mit dem Zollstock? Ich habe wiederholt hier und auch im Ausschuß erklärt, daß Gesetze, die wir machen, von 95 % unserer Bürger ohne jede Kontrolle und ohne jede Bußgeldbewehrung befolgt werden. Das wird auch hier der Fall sein.

Ich meine, meine Damen und Herren, es ist aus allen Ausführungen hervorgegangen, daß es sich um ein sehr gutes Gesetz handelt, was die Unterschutzstellungen und die Biotopkartierung betrifft. Die Maßnahmen sind im Gange.

Ich möchte meinen Mitarbeitern im forstlichen Bereich für ihre hervorragende Arbeit auch hier einmal öffentlich danken.

(Zuruf des Abg. Jacobi GRÜNE)

— Jetzt wäre mir beinahe etwas herausgerutscht, aber ich halte es lieber zurück.

(Abg. Buchter GRÜNE: Den kennen wir schon!
Der hat einen Bart!)

— Nein, ich habe immer etwas Neues. Wenn ich den Herrn Jacobi betrachte, fällt mir etwas ganz Besonderes ein. Ich möchte das aber nicht auch noch zum besten geben.

Ich möchte statt dessen sagen: Ich hoffe, daß sich, wenn es um die Frage der Einsparung geht, all die, die sich heute so fürsorglich geäußert haben, genauso äußern werden. Ich habe da schon ganz andere Töne gehört.

Im übrigen bitte ich das Hohe Haus, nun den Gesetzentwurf in Zweiter Beratung zu verabschieden.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Die Allgemeine Aussprache ist damit abgeschlossen.

Wir kommen in der Zweiten Beratung zur Abstimmung. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Ländlichen Raum und Landwirtschaft, Drucksache 11/5773.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Landeswaldgesetzes

mit den Nummern 1 bis 28.

Ich rufe zunächst die Nummern 1 bis 8 auf. Diese Nummern kann ich wohl zusammen zur Abstimmung stellen. – Wer den Nummern 1 bis 8 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Einstimmige Annahme.

Dann rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 11/5965 Ziffer 1, auf, der begehrt, in § 22 am Ende von Absatz 1 zwei Sätze anzufügen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe nunmehr die Nummern 9 bis 14 auf. Wer den Nummern 9 bis 14 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Einstimmige Annahme.

Ich rufe jetzt den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 11/5965 Ziffer 2, auf, der in § 37 in Satz 4 des Absatzes 3 eine Änderung begehrt. Ich lasse über diesen Antrag abstimmen. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Nummer 15 nach der Beschlußvorlage abstimmen. Wer ihr zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Einstimmige Annahme.

Die restlichen Nummern, die Nummern 16 bis 28, kann ich wohl zusammen zur Abstimmung bringen, wobei ich darauf hinweisen darf, daß zur Nummer 18 des Artikels 1 der Ausschuß für Ländlichen Raum und Landwirtschaft eine Neufassung vorschlägt. Über diese Neufassung brauchen wir jetzt aber nicht gesondert abzustimmen. Ich lasse also über die restlichen Nummern 16 bis 28 abstimmen. Wer diesen Nummern zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Auch hier einstimmige Annahme.

Ich rufe auf

Artikel 2

Neubekanntmachung

Hier kann ich wohl ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung des Hauses feststellen.

Aufgerufen wird

Artikel 3

Inkrafttreten

Auch hier stelle ich ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung des Hauses fest.

Meine Damen und Herren!

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 24. Mai 1995 das folgende Gesetz beschlossen“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Landeswaldgesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlußabstimmung

Wer dem Gesetz im ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Ich stelle die einstimmige Annahme des Gesetzes fest.

(Abg. Reddemann CDU: Gute Arbeit!)

Meine Damen und Herren, damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich darf um etwas mehr Ruhe bitten.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

- a) **Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus und Sport – Leitlinien zur Weiterentwicklung des Schulwesens in Baden-Württemberg – Drucksache 11/1908**
- b) **Große Anfrage der Fraktion der SPD mit der Antwort der Landesregierung – Schulentwicklungsplan – Drucksachen 11/2875, 11/3410**
- c) **Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus und Sport – Plan zur Weiterentwicklung des Schulwesens – Drucksache 11/5796**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: zur Begründung des Antrags unter Tagesordnungspunkt 6 a 5 Minuten und zur Begründung des Antrags unter Tagesordnungspunkt 6 c gleichfalls 5 Minuten. Schließlich soll über alle drei Initiativen mit einer Redezeit von 5 Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten diskutiert werden.

Das Wort zur Begründung des Antrags der Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Schnaitmann.

Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst an die Vorgeschiede der Leitlinien zur Weiterentwicklung des Schulwe-

(Monika Schnaitmann)

sens in Baden-Württemberg erinnern. Sorgsam gehütet, waren diese 1993 ihrem Inhalt nach nur dem Kultusministerium bekannt. Kein Wunder, denn sie zeigen in keiner Weise auf, wie sich Wege in der Schulpolitik entwickeln können, wie Schule angesichts einer geänderten Kindheit und Jugend aussehen soll. Sie geben nur alte Antworten ohne die geringste Bereitschaft, Schule auch nur in Ansätzen neu zu denken.

Wir haben diese Leitlinien damals an die Öffentlichkeit gebracht in der Hoffnung, daß unser gleichzeitig eingebrachter Antrag Drucksache 11/1908 das bringen möge, was man von einem solchen Vorhaben mit diesem bedeutsamen Titel eigentlich erwarten sollte, nämlich erstens die Öffnung der Diskussion mit kommunalen Schulträgern, Gewerkschaften, Verbänden, Fachleuten, noch bevor die Leitlinien endgültig formuliert und damit festgeschrieben sind; zweitens ein Gesamtkonzept aller Schularten; drittens die sechsjährige Grundschule unter entwicklungspsychologischen und pädagogischen Erkenntnissen zu prüfen; viertens eine Standortplanung durchzuführen, die eine Öffnung des Schulwesens ebenso beinhaltet wie die Integration von Kindern mit Behinderungen; fünftens Perspektiven zu entwickeln im Hinblick auf die notwendige Schaffung neuer Stellen.

Wir hatten damals auch die Hoffnung, daß der Koalitionspartner SPD wegen der öffentlichen Diskussion die Leitlinien in dieser Hinsicht verbessern könnte. Schließlich hatten sie zu diesem Zeitpunkt das Kabinett noch nicht passiert, und Kollege Maurer hat ja in seinem Brief vom 18. März 1993 seine Verwunderung darüber zum Ausdruck gebracht, daß bereits ein umfangreicher Entwurf vorliege, ohne daß vorher eine Abstimmung zwischen den Fraktionen stattgefunden habe.

Dennoch wurden die Leitlinien in der Sitzung des Ministeriums vom 28. Juni 1993 unverändert zur Kenntnis genommen. Damit wurde der Weg freigemacht, mit ihnen zu arbeiten.

Dieser Vorgang macht ebenso wie die Antwort auf die jüngste Anfrage der SPD-Fraktion deutlich, daß das Ministerium den Dialog, die Offenheit überhaupt nicht will, ja systematisch blockiert. So bleiben die Leitlinien Makulatur, weil es ihnen an den wichtigsten Voraussetzungen mangelt. Die Leitlinien sind nicht gestaltunfähig, es fehlen ihnen das Gesamtkonzept, die Langfristigkeit, die Kontinuität, Perspektiven und eine Standortplanung.

So ist es auch nicht weiter verwunderlich, daß die Antworten auf die Anfrage der SPD-Fraktion und die Stellungnahme zum Antrag Drucksache 11/5796 an Dürftigkeit nicht zu überbieten sind.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Stimmt!)

Erstens: In den Ziffern 1 und 2 des Antrags Drucksache 11/5796 wurde konkret nach dem Vollzug der Koalitionsvereinbarung, Leitlinien für alle Schularten zu entwickeln, gefragt. Die Antwort verweist auf gerade mal fünf Seiten der allgemeinen Textpassage der für die Grund- und Hauptschulen vorliegenden Leitlinien und mündet in das Glaubensbekenntnis vom dreigliedrigen Schulwesen. Das heißt, die Koalitionsvereinbarung wurde nicht erfüllt. Aber anstatt dies

wenigstens ehrlich einzugestehen, findet man nur peinliche Ausreden.

Zweitens: In den Ziffern 3 und 4 des Antrags Drucksache 11/5796 wird nach einem Plan zur Beseitigung der Ungleichheiten in der Schullandschaft gefragt. Die Antwort lautet, es gebe keine Ungleichheit — obwohl doch ein großer Teil der Hauptschulen ihre sinnvollen pädagogischen Standards, wie Zweizügigkeit, 35 Schülerinnen und Schüler pro Jahrgang, nicht mehr erfüllt. Das aber ist keine leistungsfähige Hauptschule.

Eine gute Schule hat genügend Schülerinnen und Schüler, um ein eigenes Schulleben zu entwickeln, um Gruppen-, Projekt- und Epochenunterricht zu ermöglichen und Schlüsselqualifikationen, wie Teamfähigkeit, Kooperation und soziale Kompetenzen, zu ermöglichen.

Drittens: In den Ziffern 5 und 6 des Antrags Drucksache 11/5796 wird nach kommunalen Schulentwicklungsplänen gefragt. Die Stellungnahme verweist banal auf die Verpflichtung der Kommunen, Schulen zu bauen. Das aber ist nicht der Sinn der Frage. Offensichtlich haben viele Kommunen besser als das Ministerium begriffen, daß mittels Schulentwicklungsplänen Schule in der Region neu gedacht werden kann. Schule nämlich als sinnstiftender Erfahrungsraum, in dem sich Kinder und Jugendliche in den 1 500 Stunden, die sie dort im Jahr verbringen, wohl fühlen, Schulen, die ein eigenes Profil entwickeln und nicht die 133. Ausgabe des vom Ministerium verordneten Profils sind.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Deshalb haben Städte wie Heidelberg, Tübingen oder Ravensburg Schulentwicklungspläne erarbeitet. Wenn das Ministerium den der Stadt Ravensburg nicht kennt, wie es in der Stellungnahme steht, stelle ich Ihnen hiermit gern eine Kopie zur Verfügung. Auf Seite 26 allerdings steht der Begriff „kooperative bzw. integrative Gesamtschule“, und zwar nicht als Schimpfwort, sondern als Lösung.

Wenn das Ministerium schon nicht begreift, daß Schulentwicklungspläne mehr beinhalten als Schulbauten und welche Ziele sie verfolgen, nämlich ein vielfältiges und bedarfsorientiertes Angebot zu entwickeln, dann ist es vollends ärgerlich, wenn es Bemühungen vor Ort blockiert.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Das stimmt!)

wie zum Beispiel das Modell einer Sekundarschule in Tübingen oder das Modell einer schulartübergreifenden Orientierungsstufe in Merzhausen.

Im übrigen ist es auch höchst verwunderlich, warum das Ministerium einen von allen Fraktionen des dortigen Gemeinderats, also auch von der CDU, unterstützten dementsprechenden Antrag ablehnt, wohl gemerkt, noch bevor er offiziell gestellt wurde.

(Abg. Wieser CDU: Wie geht das, daß ein Antrag abgelehnt wird, bevor er gestellt wird? — Abg. Kuhn GRÜNE: Soweit sind wir schon! — Abg. Zeller SPD: Das ist gängige Praxis, Herr Kollege Wieser! — Abg. Sieber CDU: Das ist unglaublich! — Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Frau Abg. Schnaitmann, Sie haben das Wort.

Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE: Fazit: Die Schulpolitik des Landes Baden-Württemberg bleibt standhaft im Gestern verhaftet, und es hilft wenig, wenn sich ein sogenannter Zukunftskongreß die Wege der Erziehung und Bildung von einem Hartmut von Hentig aufzeigen läßt. Das war ein Feigenblatt, ja, mehr noch, das war und ist der Mißbrauch eines Namens, eines Menschen, der dafür steht, Schule neu zu denken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort zur Begründung des Antrags Drucksache 11/5796 erteile ich Herrn Abg. Zeller.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ungleichheiten in der Unterrichtsversorgung zu verringern und ein vielfältiges, bedarfsorientiertes schulisches Angebot zu erstellen, das hat sich diese Koalition zur Aufgabe gemacht. Die Landesregierung, das Ministerium für Kultus und Sport, sollte die Grundlage erarbeiten, auf der die Kommunen dann ihre Schulentwicklungspläne erstellen können. Es war die SPD, die die Bedeutung von Schulentwicklungsplänen als eine wichtige Aufgabe dieser Legislaturperiode hervorhob.

Ziel dabei ist, ein regional ausgeglichenes Angebot an leistungsfähigen Schulen mit allen Bildungsgängen und Abschlüssen zu sichern. Daß dieses Ziel nicht überall in gleichem Maße erreicht ist, zeigt eine Untersuchung der Johannes-Löchner-Stiftung, in der beispielsweise festgestellt wurde, daß in Heidelberg über 50 % der Kinder nach der vierten Klasse auf das Gymnasium wechseln, während es im Kreis Waldshut gerade einmal um die 20 % sind. Nun wird aber niemand behaupten wollen, daß die Heidelberger Kinder besonders geschickt wären bzw. die Waldshuter weniger auf dem Kasten hätten.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Schauen Sie sich einmal die Kreistagsbeschlüsse von Waldshut an!)

Bei näherer Betrachtung wird deutlich, Herr Kollege Pfister, daß für diese Unterschiede die Ungleichheiten im schulischen Angebot eine entscheidende Rolle spielen. Sie sind die Ursache für diese Unterschiede. Eine fundierte Schulentwicklungsplanung ist deshalb in allen Kommunen notwendig. Gesundbeten nach dem Motto „In Baden-Württemberg haben wir das beste Schulsystem“ verkennt die Realität.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Allzuoft hat die Schulverwaltung den Kommunen ihre Vorstellungen von einem gegliederten Schulwesen aufs Auge gedrückt. Wir wollen, daß vor allem in ländlich strukturierten Räumen Bildungsregionen geschaffen werden, denn nicht jede Gemeinde wird schließlich sämtliche Schulformen anbieten können. Obwohl ein eindeutiger Arbeitsauftrag von seiten der Koalition formuliert war, kam das zuständige Kultusministerium der Erfüllung dieses Auftrags bisher nur halbherzig nach. Bis dato liegt lediglich ein Entwurf des Ministeriums für Kultus und Sport für den GHS-Bereich, Teil I – so heißt es dort ausdrücklich –, vor. Obwohl in

den verschiedenen Stellungnahmen des Ministeriums immer wieder auf die noch folgenden Pläne für Realschulen, Gymnasien und vor allem – das betone ich ausdrücklich – die beruflichen Schulen verwiesen wurde, ist bis heute nichts geschehen, ja, meine Damen und Herren, es wurde geradezu abgeblockt und auf Zeit gespielt.

Die Schulverwaltung und mit ihr Teile der CDU – Herr Kollege Wieser, da möchte ich Sie ausnehmen – verweigern eine notwendige Weiterentwicklung.

(Abg. Oettinger CDU: Was, bitte? – Zuruf des Abg. König REP – Unruhe)

– Ja, das tut weh, Herr Göbel, vor allem dann, wenn Sie sich etwas intensiver mit Schule beschäftigen.

(Abg. Schmiedel SPD: In diesem Fall gehört der Wieser zu uns!)

Wir haben immer wieder auf die Notwendigkeit von Schulentwicklungsplanung aus einem Guß hingewiesen und darauf geachtet, zumindest zeitnahe Aussagen zu den übrigen Schularten zu bekommen. Die Ministerin hatte dies auch mehrfach zugesagt. Wir haben auch darauf hingewiesen, daß externe Gutachter bzw. Planer das Ministerium für Kultus und Sport bei dieser Frage hätten entlasten können. Es gibt ausgewiesene Fachleute. Aber auch hier hat das Ministerium aus allzu durchsichtigen Gründen blockiert.

Es ist natürlich unbequem, die Frage nach dem Bestand von kleinen Hauptschulen in der jetzigen Situation stellen zu müssen. Wir wollen Schulen grundsätzlich erhalten. Das sage ich hier klipp und klar. Niemand von uns will leichtfertig Schulen schließen. Wer sich aber grundsätzlich verweigert, das System Schule weiterzuentwickeln und neue Konzepte zuzulassen, um Schulstandorte halten zu können, der handelt nicht nur kurzfristig, meine Damen und Herren, sondern er verschleudert auch Ressourcen, die effektiver eingesetzt werden könnten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN – Abg. Schmiedel SPD. So ist es!)

Wir haben uns für das zehnte Schuljahr an Hauptschulen eingesetzt, weil es für viele Kinder ein Angebot ist, zu einem mittleren Bildungsabschluß zu kommen, ohne kilometerweit fahren zu müssen. Aber dieser Schritt ist nur ein Zwischenschritt. Es wäre notwendig, daß wir flexible Schulformen zulassen: Verbundschulen, kooperative und integrative Formen, die auf die örtlichen Gegebenheiten zugeschnitten sind. Wer sich gegen diese Weiterentwicklung unseres Schulwesens stellt, der handelt dogmatisch, ist ideologisch verblindet und läßt den erforderlichen Pragmatismus vermissen.

Wir wollen ein wohnortnahes, tragfähiges Schulsystem, das den derzeitigen Schülertourismus reduziert. Will zum Beispiel ein Kind aus Blumberg auf ein Gymnasium, so sitzt es täglich etwa drei Stunden im Bus.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist doch mein Beispiel! Was geht Sie Blumberg an! Das ist doch mein Kreis! Das geht doch Sie nichts an! – Weitere Zurufe)

(Zeller)

Es gibt doch, Herr Kollege Pfister, wahrlich größeres Vergnügen, als einen Teil seines jungen Lebens im Bus zu verbringen.

Wir wollen mit der Schulentwicklungsplanung erreichen, daß Schulen in einer pädagogisch sachgerechten und ökonomisch vertretbaren Art und Größe weitergeführt oder errichtet werden. Nebenbei — darauf hat die Kollegin Schnaitmann hingewiesen —

(Abg. Göbel CDU: Die Quadratur des Kreises!)

— Ich bin auf Ihre Sachbeiträge zur Schulentwicklung gespannt, Herr Göbel. Darauf freue ich mich noch.

(Beifall der Abg. Carla Bregenzer SPD — Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE: Oje! — Abg. Wieser CDU: Aber, Herr Zeller, der Ausschußvorsitzende könnte dazu auch etwas sagen! — Unruhe)

— Der Ausschußvorsitzende ist bestens informiert und hat auch die richtige politische Einstellung zu dieser Frage.

Im letzten Schulentwicklungsplan — darauf hat die Kollegin Schnaitmann hingewiesen — aus den siebziger Jahren wurde eine Hauptschule als tragfähig bezeichnet, wenn sie mindestens zweizügig war. Heute sagt das Ministerium, die in der Regel einzügige Hauptschule habe sich bewährt. Ja es wird sogar behauptet, daß eine begrenzte Zahl von einzügigen Realschulen und Gymnasien ihren Bildungsauftrag erfülle. Das heißt doch im Klartext, daß sehr wohl auch in kleineren Gemeinden einzügige Schulen aller Schularten angeboten werden können.

Wir meinen, Schulentwicklungspläne in den Kommunen und in der Region hätten zu prüfen, wie die Bildungsgänge und die Abschlüsse durch eine Neugestaltung des Bildungsangebots gleichwertig erhalten oder erweitert werden können. Dabei verweise ich zum Beispiel auf die regionale Schule in Rheinland-Pfalz, die im übrigen auch bei dortigen Kommunalpolitikern der CDU uneingeschränkte Unterstützung findet. Daß eine solche Schule nicht nur beim Schulträger, sondern auch bei den Schülerinnen und Schülern sowie bei den Lehrerinnen und Lehrern gut ankommt, davon konnten sich die SPD-Bildungspolitiker bei einem Vor-Ort-Termin selbst überzeugen. Es hilft eben, meine Damen und Herren, wenn man über den eigenen Tellerrand hinausschaut und nicht von vornherein jede Neuerung nur deshalb ablehnt, weil sie nicht aus dem Ländle kommt.

(Beifall bei der SPD — Abg. Schmiedel SPD: Durch Rheinland-Pfalz lernen!)

Durch eine gemeindeübergreifende Abstimmung der Schulentwicklungsplanung ist also zu sichern, daß ein umfassendes, regional ausgewogenes Schulangebot entsteht. Dabei ist klar, daß wir Vorgaben für Standard und Mindestgröße der Schulen brauchen. Damit soll die pädagogische Gleichwertigkeit der Bildungsgänge gesichert werden.

Auch der verstärkten Nachfrage nach festen Grundschulzeiten ist zu entsprechen; Ganztagsangebote und Ganztagschulen sind einzubeziehen. Dabei beschränken wir die Notwendigkeit von Ganztagschulen nicht auf die sogenannten Brennpunktschulen.

Im vorliegenden Entwurf der Leitlinien zur Weiterentwicklung des Schulwesens wurde auch die sechsjährige Grundschule angesprochen. Wir hätten zumindest für diesen Teil eine unabhängige Prüfung gewünscht. Sowohl die Ministerin als auch ihre Mitarbeiter haben uns nie darüber im unklaren gelassen, was sie von der Verlängerung der Grundschulzeit halten.

(Abg. Scheuermann CDU: Nix!)

Wer wie dieser Zwischenrufer eben die Meinung vertritt, daß Kinder unbedingt nach der vierten Klasse getrennt werden müssen, da sie sonst nicht mehr richtig gefördert werden können, kann sich nicht für eine verlängerte Grundschulzeit aussprechen. Das ist doch klar. Wissenschaftlich und pädagogisch haltbar ist eine solche Aussage aber nicht.

(Abg. Schmiedel SPD: Von Bayern lernen!)

Andere Länder zeigen uns sehr wohl, daß gemeinsamer Unterricht über die vierte Klasse hinaus sinnvoll gestaltet werden kann und sowohl leistungsstärkere als auch leistungsschwächere Kinder bestens gefördert werden.

Wer schließlich noch die Horrorzahl von über 3 Milliarden DM für Schulhausbauten an die Wand malt, hat selbstverständlich die kommunalen Spitzenverbände sofort auf seiner Seite. Das ist nichts anderes als ein Totschlagargument.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE)

Ich wünsche mir, daß wir wenigstens bei der Frage des Übergangs, der Schaffung einer echten Orientierungsstufe, wesentlich flexibler werden.

Schließlich möchte ich noch ansprechen, daß die Schulverwaltung geradezu Angst vor einer Schulentwicklungsplanung und entsprechenden Gutachten hat. Zwar wird stets betont, daß grundsätzlich alle kommunalen Schulträger Pläne zur Weiterentwicklung ihres örtlichen Schulwesens erstellen sollten. Werden seitens der Gemeinden dafür dann Fachleute — sprich Gutachter — bemüht, um eine qualitativ hohe Aussage zu bekommen, wird dies von der Schulverwaltung zu verhindern versucht. Eine Gemeinde kann zum Beispiel Gutachten über die Effizienz der eigenen Verwaltung, über einen künftigen Bebauungsplan oder über Altenstrukturpläne erstellen lassen. Die Liste können Sie sich alle vervollständigen. Sie darf aber ja nicht über die Schulentwicklungsplanung ein Gutachten anfertigen lassen, denn das könnte ja gefährlich werden. Die Gefahr, die vermutet wird, ist nämlich das Aufbrechen des starr dreigliedrigen Schulsystems.

Schlichtweg falsch, ich möchte sagen, ein starkes Stück ist die Behauptung in der Stellungnahme zum Antrag Drucksache 11/5796, für Schulversuche mit kooperativen bzw. integrativen Mittelstufen bestehe im Land kein Interesse.

(Abg. Schmiedel SPD: Oje!)

Ich kenne Gemeinden, meine Damen und Herren, wo dies sehr wohl diskutiert und gewünscht wurde.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Sehr richtig!)

(Zeller)

Wenn die Schulverwaltung aber behauptet — allen voran Sie, Herr Staatssekretär —, es bestehe überhaupt keine Chance, solche Schulversuche genehmigt zu bekommen, dann schrecken selbst interessierte Schulträger vor einer Antragstellung zurück. Wer eine sinnvolle Weiterentwicklung des Schulwesens anstrebt, wird so bereits im Vorfeld systematisch entmutigt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Hinterher, meine Damen und Herren, spielt man dann das Unschuldslamm und sagt, es seien ja keine Anträge auf Schulversuche gestellt worden.

Ein weiteres Beispiel: Auch die Stellungnahme zum Antrag Drucksache 11/5796 entspricht nicht der Wahrheit. In der Stellungnahme zu Ziffer 6 des Antrags heißt es, dem Ministerium für Kultus und Sport sei nicht bekannt, welche Erfahrungen und Erkenntnisse die Stadt Ravensburg mit dem von ihr eingeholten Gutachten zur Schulentwicklungsplanung gewonnen habe. Wie kommt es denn dann, daß das Gutachten nicht nur in Ihrem Haus ist, Frau Ministerin, daß das Staatliche Schulamt Tettnang in die intensiven Beratungen stets einbezogen war, daß im Oberschulamt Tübingen unter Beteiligung selbst des Präsidenten Gespräche stattfanden? Wie kommt es, daß in der „Schwäbischen Zeitung“ vom 12. Mai 1995 steht — ich zitiere —:

Der CDU-Politiker

— hier ist der Kollege Köberle gemeint —

greift in die Debatte über die Ravensburg-Schulentwicklungsplanung ein und zieht dabei munter über die SPD her.

(Abg. Schmiedel SPD: Was? — Lebhaftige Unruhe)

Es war also alles bekannt. Sie haben hier schlichtweg die Unwahrheit gesagt.

Eine letzte Bemerkung: Ich fordere das von der CDU getragene Ministerium für Kultus und Sport erneut mit Nachdruck auf, den Koalitionsauftrag zu erfüllen und endlich zu einer objektiven, sachbezogenen Arbeit in Sachen Schulentwicklungsplan zu finden. Es verträgt sich nicht, sehr geehrte Frau Ministerin, einerseits die Schulen zu kreativer Unruhe, so wie Sie dies bezeichnet haben, aufzurufen, andererseits aber konstruktive Ansätze zur Weiterentwicklung unseres Schulwesens in alter, konservativer Manier zu verweigern.

Unser gemeinsames Ziel muß sein, ein möglichst wohnortnahes, tragfähiges schulisches Angebot für unsere Kinder zu schaffen

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

und Schule nicht als etwas Statisches, Herr Kollege Wieser, sondern als etwas Dynamisches zu begreifen. Dies ist die Aufgabe.

Ich weiß, Herr Wieser, daß wir uns da einig sind. Sie haben noch eine große Überzeugungsarbeit zu leisten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rau.

(Abg. Schmiedel SPD: Jetzt habe ich gedacht, unser Freund Wieser kommt! — Gegenruf des Abg. König REP: Der hat Angst gekriegt!)

Abg. Rau CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kollege Zeller hat gerade am Schluß einer bemerkenswert aggressiven Rede

(Abg. Zeller SPD: Was? Ich habe die Wahrheit gesagt!)

Gemeinsamkeiten eingeklagt. Für Gemeinsamkeiten wird die Luft schon ganz schön dünn, wenn man die Ministerin derart ungerechtfertigt unter Beschuß zu nehmen versucht.

(Beifall bei der CDU — Abg. Sieber CDU: Hervorragend!)

Ihre Fragestellungen, Herr Zeller, und auch die der Frau Schnaitmann verraten Sehnsucht nach der Wiederbelebung einer Gesamtschuldiskussion.

(Lachen und Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

und Sie tun so, als ob wir in den vergangenen Jahren den Veränderungsbedarf von Schule nicht erkannt hätten.

(Abg. Sieber CDU: Das ist der Punkt! — Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE: Das stimmt! — Zustimmung bei der SPD)

Das Gegenteil ist der Fall. Allerdings haben wir zu keinem Zeitpunkt eine Reideologisierung der Bildungspolitik zugelassen, und das war gut so.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU — Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abg. Rau, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

Abg. Rau CDU: Bitte.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abg. Zeller.

Abg. Zeller SPD: Herr Rau, ich frage Sie: Woran machen Sie deutlich, daß es hier um eine Reideologisierung geht, wenn Sie das, was ich eben vorgetragen habe, zur Kenntnis nehmen?

Ich bin auch gern bereit, Ihnen die Rede gleich schriftlich noch einmal nahezubringen, damit Sie das überprüfen können.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abg. Rau.

Abg. Rau CDU: Ich halte mich an die Fragestellungen, die in Ihrer Großen Anfrage enthalten waren. Die hatten alle eine Grundtendenz, diese Diskussion, die wir Gott sei Dank schon beendet hatten, wieder in Gang zu bringen.

(Rau)

(Abg. König REP: So habe ich es auch gesehen! —
Zurufe von der SPD: Bestätigung von den Reps! —
Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Das Kultusministerium hat umfangreiche Leitlinien zur Weiterentwicklung des Schulwesens vorgelegt und dabei Schwerpunkte bei der Grundschule und bei der Hauptschule gesetzt. Die SPD hat keine Anstrengungen unternommen, um mit diesen Leitlinien zu arbeiten. Schon als sie ins Kabinett eingebracht wurden, gab es großen Widerstand. Man hat sich nur zu einer Kenntnisnahme, nicht zu einer Zustimmung bequemt, und man hat von diesen Leitlinien, einer umfangreichen Arbeit, von Ihrer Seite in der weiteren bildungspolitischen Arbeit keinen Gebrauch gemacht.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Mit der Umsetzung dieser Leitlinien ist ein entscheidender Beitrag zur Stärkung der Hauptschule und damit des gegliederten Schulwesens gelungen.

(Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE: Amen!)

Der direkte Weg zum mittleren Bildungsabschluß ist eine Aufwertung der Hauptschule und ein Anreiz, sich bei der Schulwahl für die naheliegende Hauptschule zu entscheiden. 440 Standorte der Werkrealschule in diesem Land sind eine Erfolgsgeschichte unserer Bildungspolitik.

(Beifall bei der CDU — Abg. Sieber CDU: Sehr gut! — Abg. Wintruff SPD: Herr Rau, wer hat das vorangetrieben? — Gegenruf von der CDU: Wir natürlich! — Lachen bei der SPD)

— Wir natürlich.

(Lachen bei der SPD)

Wer sonst? Hier bei der CDU sitzen diejenigen, die das vorgedacht haben, und dort sitzt die Ministerin, die es umgesetzt hat.

(Abg. Wintruff SPD: Die hat man zum Jagen tragen müssen! — Gegenruf des Abg. Seimetz CDU: O Gott! — Weitere Zurufe — Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat Herr Abg. Rau.

Abg. Rau CDU: Wer immer wieder Anläufe unternimmt, um Schulen zu konzentrieren, der soll zugeben, daß er dem ländlichen Raum damit Schaden zufügt und den Städten nicht nützt. Schulen auf den Dörfern sind ein Kulturträger, und dort, wo man sich für die Schule im Dorf stark macht, bringt man auch Opfer für den Erhalt der Schule. Deshalb ist die Zusage in den Leitlinien, nur gemeinsam mit Schulträgern Veränderungen vorzunehmen, die wichtigste vertrauensbildende Maßnahme für den Erhalt des dreigliedrigen Schulwesens.

(Beifall bei der CDU)

Das Ministerium für Kultus und Sport ist auf der richtigen Spur, wenn es an der wohnortnahen Schule festhält. Ich verhehle nicht, daß sich dabei die Frage der Ressourcengerechtigkeit stellt. Sie ist jedoch nicht durch Schaffung von Mam-

mutschulen zu erreichen, sondern durch Einfügung von Kriterien in den Organisationserlaß, die die unterschiedlichen Verhältnisse entsprechend bewerten.

Die Versteppung der Bildungslandschaft ist mit uns nicht zu machen.

(Abg. Zeller SPD: Wer will die Mammutschule, Herr Rau? Wer will das?)

— Was sind denn Ihre Verbundschulen anderes als Kahl-schlag im ländlichen Raum?

(Beifall bei der CDU — Abg. Seimetz CDU: Der Traum von der Gesamtschule! — Abg. Zeller SPD: Das ist der Beweis dafür, daß Sie nichts verstanden haben!)

— Ihre Träume, Herr Zeller, in dieser Koalition sind ausgeträumt. Wir haben bewiesen, daß wir zu den in der Bildungspolitik notwendigen Reformen in der Lage waren. Das haben wir gerade am Beispiel der Hauptschule schon vorgeführt.

Die Untersuchungen zur sechsjährigen Grundschule in den Leitlinien haben die Einrichtung von Schulversuchen bereits im Stadium der Abwägung überflüssig gemacht.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abg. Rau, gestatten Sie nochmals eine Zwischenfrage?

Abg. Rau CDU: Nein, sonst reicht nämlich meine Redezeit vorne und hinten nicht.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das wird nicht angerechnet!)

— Hier steht, daß ich nur noch eine kurze Redezeit habe, und ich habe noch einiges zu sagen.

Wer bei bekannter Mittelknappheit für eine Veränderung des schulischen Unterbaus Milliardenbeträge auszugeben bereit ist, hat Ziele im Auge, die ebenfalls in Richtung einer grundsätzlichen Strukturveränderung laufen. Nein, auch nicht durch diese Hintertür geht es in Richtung Gesamtschule. Was in anderen Ländern gescheitert ist, muß bei uns nicht auf dem Rücken der Kinder ausprobiert werden.

Die GEW hat Ihnen das Bargel-Gutachten mit auf den Weg gegeben, dessen Mängel vor Ort so offenbar geworden sind, daß Sie es endlich wegstecken sollten.

Wir haben uns den wirklichen Herausforderungen gestellt, und wir werden unsere Arbeit an bildungspolitischen Aufgaben auch dann nicht einstellen, wenn es Obstruktionsversuche gibt. Das zweite Kienbaum-Gutachten wird eine Nagelprobe für die echte Reformbereitschaft werden. Wir wollen Anregungen, die wir von dort erwarten, für die zügige Weiterentwicklung der inneren Schulreform nutzen. Dort finden die entscheidenden Veränderungen statt, die unsere Kinder auf ihre Zukunft vorbereiten und sich dabei an den individuellen Fähigkeiten der Kinder orientieren.

Die Bilanz der inneren Schulreform kann sich bereits sehen lassen, aber wir haben noch weitreichende Veränderungen vor uns. Ein klar definierter Rahmen in Form von Lernzie-

(Rum)

len und Schlüsselqualifikationen, ein Kern von verbindlichem Stoff, vergleichbare und damit zentrale Abschlüsse und jede Menge Freiraum zur Ausgestaltung des Schulalltags – das ist unser Ziel, das freilich eines nicht bringt: weniger Arbeit für Lehrer.

Wir haben noch eine ganze Reihe von weiteren Dingen in die Wege geleitet, die hier im allgemeinen Bedürfnis, eine Grundsatzdiskussion zu entfallen, untergegangen sind. Wir haben die Weichen gestellt für eine Ausweitung von Ganztagsangeboten, wir haben die Weichen gestellt für einen Schulversuch „Integration von behinderten Kindern“.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

– Herr Zeller, ich gebe gerne zu, daß der Anstoß dazu von Ihnen ausging. Das ist umgesetzt worden, weil wir es für vernünftig gehalten haben.

(Abg. Seimetz CDU: Wir haben es unterstützt!)

Wir haben die Weichen gestellt, um eine weitere Auffächerung des Angebots in der beruflichen Bildung zustande zu bringen – ein ganz wichtiges Ziel unserer Bildungspolitik.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Damit ist klar, daß man sich nicht hinter die Aussage zurückziehen kann, es sei kein Plan vorgelegt worden. Wir haben vielmehr zu bewerten, was geleistet worden ist, und das kann sich sehen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. König.

(Abg. Wieser CDU: Jetzt bin ich einmal gespannt!)

Abg. König REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Alle drei hier zur Debatte stehenden Initiativen haben einen gemeinsamen Tenor: Die Initiatoren bezweifeln – um es einmal etwas vorsichtig auszudrücken – die Erfüllung der Koalitionsvereinbarung in puncto Schulentwicklungsplanung, während die Landesregierung dies – zu Recht, meine ich – dementiert. Insbesondere werden Vorschläge und Maßnahmen angemahnt, die über den Bereich der Grund- und Hauptschulen hinausgehen.

Die Frau Kultusministerin führt dazu in der Stellungnahme zum Antrag Drucksache 11/5796 aus, daß zumindest im allgemeinen Teil der Leitlinien zur Weiterentwicklung des Schulwesens, die dem Landtag im September 1993 zugeleitet wurden, alle Schularten behandelt wurden.

Des weiteren ist das Kultusministerium der Auffassung, daß heute in Baden-Württemberg bei den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen für alle Schüler in erreichbarer Nähe ein qualitativ hochwertiges Bildungsangebot besteht und daß das in der Koalitionsvereinbarung geforderte bedarfsorientierte und vielfältige schulische Angebot mit dem dreigliedrigen Schulwesen in besonderer Weise gewährleistet wird.

(Beifall bei den Republikanern)

Frau Ministerin, das sehe ich genauso. Ich habe mich deshalb besonders über Ihr klares Bekenntnis zu diesem dreigliedrigen Schulwesen gefreut.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Wintruff SPD: Warum sind Sie dann aus der CDU¹ ausgetreten, Herr König, wenn Sie nichts Neues wollen?)

Ich habe es für meine Fraktion immer wieder gesagt, und ich wiederhole es heute nochmals mit Nachdruck, daß auch wir Republikaner das dreigliedrige Schulwesen eindeutig präferieren.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf von der SPD: Nichts Neues!)

Nur ein gegliedertes Schulsystem ist in der Lage, dem breiten Spektrum von Begabungen, Fähigkeiten und Leistungsvermögen der einzelnen Schüler am ehesten gerecht zu werden.

Außerdem läßt sich im Gegensatz zu gigantischen Gesamtschulen mit dem dreigliedrigen Schulwesen am besten die Forderung nach Wohnortnähe und Überschaubarkeit einer Schule in einem Flächenstaat wie Baden-Württemberg verwirklichen.

Ich kann Ihre Feststellung, Frau Ministerin, daß sich unser bestehendes Bildungssystem bewährt hat, nur unterstreichen:

(Beifall bei den Republikanern)

denn jeder Schüler hat in der Tat heute in Baden-Württemberg unabhängig vom Wohnort und von seiner sozialen Herkunft die Möglichkeit, die Chance, alle schulischen Abgänge zu erreichen.

(Abg. Zeller SPD: Weiter so! – Abg. Wintruff SPD: Für was brauchen wir Sie dann noch? Dann brauchen wir keine Repts mehr, wenn alles so gut ist! – Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Auch von den Schulträgern, den Schulen und den Eltern wird das dreigliedrige Schulsystem landesweit anerkannt, so daß auch von dieser Seite überhaupt keine Veranlassung für Änderungen besteht. Dem Ministerium für Kultus und Sport ist zum Beispiel lediglich eine einzige Gemeinde bekannt, die einen Schulversuch für eine integrative Schulform plant.

(Abg. Zeller SPD: Denen wird doch im Vorfeld schon abgesagt! Haben Sie das nicht gemerkt?)

Meine Damen und Herren, die Strategie der linken Bildungspolitiker in diesem Hause ist nicht neu. Sie versuchen, durch Aufspüren von kleinen Schulen, sogenannten Zwergschulen, im Land und Konzentrationsforderungen auf andere Schulformen hinzuführen, um ihre ideologische Vision etwas schmackhaft zu machen.

(Abg. Wintruff SPD: Sie haben ja keine Ideen! – Zuruf des Abg. Gerhard Stolz GRÜNE)

Ihr eigentliches Ziel, meine Damen und Herren von der linken Seite dieses Hauses, ist nämlich die Gesamtschule, die

(König)

scheibchenweise über integrative Modelle und ein zunächst noch zweigliedriges Schulsystem erreicht werden soll.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Wintruff SPD: Jetzt befreien Sie sich doch mal von Ihren Alpträumen!)

Alle bisherigen Erfahrungen mit Gesamtschulen, meine Damen und Herren, sprechen aber gegen diese Schulform.

(Abg. Wintruff SPD: Herr König, Herr König! — Abg. Dr. Caroli SPD: Das Schultrauma sitzt tief!)

Ein weiterer Schritt auf dieses Ziel hin ist die Forderung der Linken nach einer Ausweitung der Schulversuche, besonders stark in Richtung sechsjährige Grundschule.

(Zuruf des Abg. Gerhard Stolz GRÜNE — Abg. Wintruff SPD: Sie phantasieren doch!)

Meine Damen und Herren, wir Republikaner sprechen uns deutlich gegen eine unbegrenzte Ausweitung von Schulversuchen im Land aus.

(Beifall bei den Republikanern)

Wir brauchen Ruhe und Verlässlichkeit im Schulwesen. Wir brauchen gleiche Schulsysteme in allen Landesteilen; denn nur damit kann die notwendige Vergleichbarkeit der erbrachten Leistungen sichergestellt werden.

(Beifall bei den Republikanern)

Großflächige Schulversuche, wie sie für die Erprobung einer sechsjährigen Grundschule notwendig wären, benachteiligen nur die betroffenen Schüler. Wir begrüßen deshalb, Frau Ministerin, die klare Haltung Ihres Hauses,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Was für ein Schulerschluß!)

das der Erprobung der sechsjährigen Grundschule aus organisatorischen, finanziellen, rechtlichen und pädagogischen Gründen eine Absage erteilt hat.

Meine Damen und Herren, mit uns Republikanern ist der Einstieg in eine linksalternative Bildungslaufbahn,

(Lachen bei der SPD)

die da heißt „Langzeitgrundschüler — Gesamtschulschüler — Langzeitstudent — Vorruehändler“ nicht zu machen.

(Beifall bei den Republikanern)

Frau Schnaitmann, Sie schütteln den Kopf. Das wundert mich nicht. Sie haben ja in Ihrer Fraktion mit dem Kollegen Jacobi ein solches Versuchsexemplar bereits in Ihren Reihen.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Dr. Caroli SPD: Ich glaube, da hinten machen wir mal eine IQ-Messung! Ob da die 80er-Marke übertroffen wird, weiß ich nicht!)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir hatten gestern abend bis in die späten Abendstunden eine lange Diskussion über das Thema „Stärkung des Bankenplatzes Baden-Württemberg“, vielleicht bekannter unter dem Namen Bankenfusion. Das Ergebnis dieser Diskussion war Null; der Grund: Selbstblockade der großen Koalition.

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig! — Abg. Weyrosta SPD: So sehen Sie aus! — Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Wir haben nicht erst seit heute, sondern seit Jahren unter dem Stichwort Schulentwicklungsplanung eine Diskussion zur Weiterentwicklung und Verbesserung des baden-württembergischen Schulwesens. Ich sage das Ergebnis voraus: Null. Der Grund: Selbstblockade der großen Koalition.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Selbstblockade der CDU! — Abg. Wintruff SPD: Herr Pfister, so retten Sie die FDP nicht! — Heiterkeit — Abg. König REP: Die ist überhaupt nicht mehr zu retten!)

Mir könnte es ja egal sein, wenn sich die Koalitionäre auch heute wieder wie die Bürstenbinder hier darüber streiten,

(Abg. Seimetz CDU: Wenn man blind ist, ist es egal, wo man hinguckt!)

ob nun das Konzept zur Weiterentwicklung des Schulwesens bereits vorliegt oder nicht vorliegt, ob es noch verwirklicht werden muß oder nicht verwirklicht werden muß. Die CDU sagt: Ja, es ist bereits vorhanden, es ist bereits verwirklicht. Die SPD sagt: Nein, es ist nicht verwirklicht.

(Abg. Wintruff SPD: Was sagt die FDP?)

Eines ist jedenfalls sicher: Auch eine große Koalition ist keine Garantie für ein gutes Schulwesen.

(Abg. Weyrosta SPD: Jetzt sagen Sie, was Sie wollen! — Abg. Wintruff SPD: Was sagt die FDP?)

Mir geht es um die Sache. Kein Schulsystem kann so gut sein, daß es nicht weiterentwickelt werden müßte und weiterentwickelt werden könnte.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Mir geht es darum, daß einerseits sehr offen Schwachstellen unseres Schulsystems aufgezeigt werden und daß gleichzeitig auch Konzepte und Verbesserungsvorschläge gemacht werden. Hier liegen schwere Versäumnisse dieser Regierung vor. Es fehlt an Konzepten zur Verbesserung unseres Schulwesens.

(Abg. Seimetz CDU: Zum Beispiel? — Abg. Weyrosta SPD: Wo sind Ihre Anträge?)

Ich nenne Punkte.

(Abg. Weyrosta SPD: Wo sind Ihre Anträge?)

Erster Kritikpunkt: Wir haben in der Zwischenzeit Untersuchungen über Entwicklungen unseres Schulwesens. Allerdings beziehen sich diese ausschließlich auf den Grund- und Hauptschulbereich, und selbst hier muß man außerordent-

(Pfister)

lich vorsichtig sein. Ich begrüße zwar mit Ihnen, daß es gelungen ist, in den neunziger Jahren eine Hauptschulreform durchzuführen. Ich erinnere aber daran, daß wir in den achtziger Jahren schon einmal eine Hauptschulreform hatten, und meine große Sorge ist die — auch dies gehört zur Schulentwicklungsplanung —, daß die Reformelemente der achtziger Jahre — erweitertes Bildungsangebot, Ergänzungsunterricht — in der Gefahr stehen, nicht in das nächste Jahrtausend übertragen werden zu können.

Punkt zwei: Ich teile nicht die Meinung, Frau Kultusministerin, daß das Gymnasium bzw. die Weiterentwicklung des Gymnasiums von nachrangiger Bedeutung sei. Ich meine, daß sich das Gymnasium aus seinem immer noch sehr stark ausgeprägten neuhumanistischen Bildungsideal lösen und viel stärkere Bezüge zur konkreten Arbeitswelt herstellen muß. Auch das Gymnasium muß in der Zukunft von seinem Selbstverständnis her stärker berufsorientierte Inhalte anbieten.

Zum anderen wird das Gymnasium auch quantitative Probleme bekommen. Der Anstieg der Schülerzahlen ist in der Zwischenzeit auch bei den Gymnasien angekommen. Vor allem Ihr Hinweis, Frau Ministerin, daß Schüler zukünftig auf benachbarte Gymnasien umgelenkt werden sollen, zeigt deutlich, daß Ihre Aussage nicht mehr in vollem Umfang zutrifft, wonach — ich zitiere — in allen Bereichen ein gut ausgebautes, leistungsfähiges Schulwesen vorhanden sei.

Punkt drei: Ich wiederhole an dieser Stelle mein klares Bekenntnis auch zum gegliederten Schulwesen. Dieses hat sich bewährt. Ich warne eigentlich davor, im Zusammenhang mit der klassischen Gesamtschule diese Schlachten der siebziger Jahre jetzt noch einmal zu schlagen.

(Abg. Zeller SPD: Wer ist das? Das ist gar niemand! — Zuruf des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD)

Etwas ganz anderes ist es, meine Damen und Herren, wenn wir

(Abg. Weyrosta SPD: Haben Sie so etwas wie ein Programm?)

dort kooperative oder auch teilweise integrative Wege einschlagen, wo dieses beispielsweise dazu führen kann, daß neue, eigene Schulprofile entwickelt werden können, daß Ressourcen geschont werden oder daß Einspareffekte vorhanden sind, die wir an anderer Stelle dringend brauchen.

Herr Kollege Zeller, Sie hatten das Beispiel Blumberg angesprochen. Ich wollte es an dieser Stelle auch ansprechen. Ich will an diesem konkreten Beispiel einmal auf folgendes hinweisen: Blumberg, eine Stadt mit 12 000 Einwohnern, direkt an der Schweizer Grenze gelegen und damit natürlich mit einigen Standort- und Strukturschwächen behaftet, ist das einzige Unterzentrum in ganz Baden-Württemberg, in dem es keine gymnasiale Einrichtung gibt. Wenn jetzt die Stadtväter der Stadt Blumberg sagen, die Stadt brauche als zusätzliche Standortqualitätsverbesserung auch eine gymnasiale Einrichtung, ist es doch klar, daß man hier nicht ein zusätzliches eigenes Gymnasium baut, sondern daß man eine vernünftige Kooperation mit der bestehenden, funktionsfähigen Real-

schule eingeht, um auf diese Art und Weise hier eine gymnasiale Einrichtung zu schaffen.

(Abg. Zeller SPD: So ist es! Der Pfister hat es kapiert!)

Dies hat mit Ideologie überhaupt nichts zu tun, sondern das ist vernünftig. Allerdings muß natürlich im Sinne einer regionalen Schulentwicklungsplanung geprüft werden, wie die Schülerzahlen und -ströme aussehen.

(Abg. Zeller SPD: Der König hat das nicht kapiert, im Gegensatz zu Ihnen! — Abg. Dr. Caroli SPD: Jetzt kommen wir ein Stück weiter!)

Meine Damen und Herren, wenn Sie, Frau Minister, sagen, daß Sie — ich zitiere jetzt einmal — „eine Weiterentwicklung des dreigliedrigen Schulsystems nicht ausschließen“, müssen Sie natürlich auch solche Entwicklungen zulassen und dürfen sie nicht blockieren.

Ähnliches gilt für die 150 Minihauptschulen in unserem Lande. Ich sage ja zum Prinzip der wohnortnahen Schule. Wer täte das nicht? Aber auch dieses Prinzip der wohnortnahen Schule hat dort seine Grenzen, wo eine solche Minihauptschule die Bildungsangebote nicht mehr verwirklichen kann.

(Abg. Zeller SPD: So ist es!)

Bevor ich jetzt hergehe und eine solche Schule schließe, werde ich mir auch im Sinne einer regionalen Schulentwicklungsplanung genau Gedanken darüber machen müssen, welche konkreten Kooperationsmöglichkeiten in der Situation vorhanden sind, um auf diese Art und Weise dazu beizutragen, daß die Schulversorgung sichergestellt ist, aber gleichzeitig auch die Bildungsqualität verwirklicht werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD — Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD — Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Straub: Herr Abg. Pfister, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Pfister FDP/DVP: Meine Damen und Herren, ich will noch einmal sagen, was mir an dieser ganzen Schulentwicklungsplanung — der Begriff paßt mir nicht —, ich sage jetzt einmal, was mir an den Konzepten für die Weiterentwicklung des Schulwesens überhaupt nicht gefällt. Mir paßt überhaupt nicht, daß das für mich wirklich entscheidende Problem entweder überhaupt nicht oder nur am Rande angesprochen wird.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen allen voraus: In den nächsten 15 Jahren werden wir uns nicht so sehr um eine äußere Schulreform zu kümmern haben, sondern um eine innere. Wir werden uns darum zu kümmern haben, daß wir unsere neuen, durchaus guten Lehrpläne tatsächlich umsetzen können. Wir werden uns darum kümmern müssen, daß wir unsere Schlüsselqualifikationen, die wir vermitteln wollen, tatsächlich vermitteln können.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

(Pfister)

Wir werden uns darum kümmern müssen, meine Damen und Herren, daß die Schule in stärkerem Maße erzieherisch wirkt und eine — nicht die alleinige, aber eine — Antwort auf den Funktionswandel der Familie gibt.

Dies alles wird nur dann möglich sein, wenn es uns erstens gelingt, die Unterrichtsversorgung für die nächsten 20 Jahre zu gewährleisten, und wenn es uns insbesondere zweitens gelingt, neue, vor allem junge Lehrer an unsere Schulen zu bekommen. Das ist für die nächsten Jahre und Jahrzehnte unser Hauptproblem: das sage ich Ihnen voraus. Deshalb wäre es gut gewesen, wenn die Schulentwicklungsplaner von der linken und von der rechten Seite und auf der Regierungsbank das Thema Unterrichtsversorgung wirklich zu einem Schwerpunkt einer zukünftigen Verbesserung unseres Unterrichtswesens gemacht hätten. Das haben sie nicht getan. Sie haben nicht Wege aufgezeigt, wie aus dieser schwierigen Situation herauszukommen ist. Deshalb hat die gesamte Regierung, Schwarze, Rote, alle haben sie versagt.

(Beifall bei der FDP/DVP — Lachen bei der SPD)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Schnaitmann.

Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auf einige Äußerungen möchte ich doch noch eingehen,

(Unruhe — Abg. Walter GRÜNE: Jetzt seid einmal ruhig! Jetzt spricht Frau Schnaitmann!)

und zwar auf die sogenannte Erfolgsgeschichte der Werkrealschule, die allenfalls eine unendliche Geschichte der Hauptschule ist. Selbst wenn 400 Hauptschulen das zehnte Hauptschuljahr, also den Werkrealschulabschluß, eingeführt haben, ist das nichts, ist das nach wie vor eine Stärkung starker Schüler, die dadurch den mittleren Bildungsabschluß erreichen, und zwar auf dem Rücken der schwächeren; das muß man eindeutig sehen. Die starken Schüler und Schülerinnen werden mit fünf Stunden pro Woche gefördert, die schwachen nur mit zwei.

(Abg. König REP: Wie kriegen wir die Sonderschüler zum Abitur?)

Das erweiterte Bildungsangebot, das ursprünglich das Profil der Hauptschule ausmachte, ist weitgehend zugunsten des zehnten Hauptschuljahres geschwunden. Schon jetzt klagen Schulleiter, Lehrer und Lehrerinnen, daß es an ihren Schulen zwei Klassen Schüler und Schülerinnen gebe, nämlich solche, die nur den Hauptschulabschluß schafften, und solche, die immerhin das zehnte Hauptschuljahr absolvierten. Das ist eine Entwicklung, die ich für sehr problematisch halte. Richtig wäre ein zehntes Hauptschuljahr für alle gewesen.

(Abg. Seimetz CDU: Das wäre genau das Falsche gewesen!)

Das hätte in der Tat die Hauptschule gefördert. In den Leitlinien zur Schulentwicklungsplanung sind keinerlei andere Perspektiven aufgezeigt als der Verweis auf das zehnte Hauptschuljahr. Wenn das die Hauptschule nicht mehr rettet, ist das das Ende der Fahnenstange.

Auch der Verweis auf die steigenden Schülerzahlen an Hauptschulen zeigt keinen Weg aus der Krise. Es ist doch klar, daß dann, wenn die Schülerzahlen allgemein steigen, sie auch an der Hauptschule steigen.

(Zuruf des Abg. Köberle CDU)

Zweitens: Wenn man pädagogischen Standards, die einmal mit Recht für die Hauptschule eingefordert wurden, nämlich Zweizügigkeit, 35 pro Jahrgang, alle Altersstufen an einem Schulort und, und, und, Mammutschulen entgegengesetzt, die man offensichtlich als Alternative will, ist das einfach nicht richtig zugehört, oder man will nicht richtig zuhören, was hier kritisiert wird.

Wer dann auch noch die Ideologie der Gesamtschule kritisiert, wenn das Wort einmal gefallen ist, und die schulpolitische Diskussion auf eine Gesamtschuldiskussion reduziert, sollte etwas vorsichtiger sein, wenn von der gleichen Partei gleichzeitig immer wieder die Fahne des dreigliedrigen Schulsystems hochgehalten wird oder die reaktionäre Rückkehr zum Klassenverband in der gymnasialen Oberstufe gefordert wird. Was ist denn das anderes als die Ideologie einer ständischen Schule,

(Abg. Seimetz CDU: Das ist Rückkehr zur Vernunft!)

die hier von der CDU nach wie vor vertreten wird?

Die sechsjährige Grundschule wurde überhaupt nicht unter pädagogischen und entwicklungspsychologischen Gesichtspunkten untersucht, sondern rein nach der Anzahl der Schulneubauten. Man kommt auf 2,6 Milliarden DM. Diesen Schulneubauten werden in der Schulentwicklungsplanung etwa 16 Seiten eingeräumt, während sich die pädagogische Abhandlung auf etwa zwei bis drei Seiten reduziert.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Hier macht sich bemerkbar, daß die Leitlinien zur Weiterentwicklung des Schulwesens eine Standortplanung ablehnen mit der Begründung, da die Schülerzahlen nicht so hoch stiegen, wie sie schon einmal gewesen seien, bedürfe es keiner Standortplanung. Und das, obwohl in der Zwischenzeit 15 Jahre vergangen sind und sich die Kommunen verändert haben. Das ist einfach eine kurzsichtige Sichtweise, die zu nichts anderem führt als zur Ungleichheit in der Schullandschaft.

Als letztes möchte ich die Frage an die CDU stellen: Wenn Sie alle neuen Überlegungen von SPD, Grünen und FDP/DVP immer mit diesem Verweis, das sei nichts anderes als Gesamtschule, Spielwiese oder sonst etwas, ablehnen, frage ich Sie noch einmal — ich habe das in meiner ersten Rede gefragt, und ich will es jetzt wissen —: Warum machen Sie dann einen Zukunftskongreß und laden Hartmut von Hentig, den kritischsten Pädagogen des Schulwesens, ein? Dann ist das wirklich ein Feigenblatt und eine Verlogenheit.

(Beifall bei den GRÜNEN — Abg. Leicht CDU: Ist „Verlogenheit“ ein parlamentarischer Ausdruck, Herr Präsident? — Gegenruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Wenn's stimmt, schon!)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Ministerin Dr. Schultz-Hector.

Ministerin für Kultus und Sport Dr. Marianne Schultz-Hector: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal, liebe Frau Schnaitmann: Wenn sich alle Ideen zu neuen Dingen auf die integrierte Gesamtschule konzentrieren, wenn das bei SPD und Grünen so wäre, dann würde ich sie ablehnen.

(Abg. Zeller SPD: Wer sagt denn das?)

— Ich rede im Konjunktiv.

(Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE: Das haben wir ja nicht getan!)

Frau Schnaitmann hat das absolut herausgefordert — Sie können es nachher im Protokoll nachlesen —, indem sie das Neue auf diesen Punkt konzentriert hat.

Meine Damen und Herren, eine festgezimmerte Schulentwicklungsplanung des Ministeriums aus einem Guß, so wie sie Herr Zeller gefordert hat, ist doch eher ein Instrument des Zentralismus, von dem wir uns gerade in der Arbeitswelt und auf allen anderen Gebieten verabschieden.

(Abg. Zeller SPD: Das gibt's doch gar nicht!)

Die Zukunft der Schule liegt nicht im Zusammenzählen von Kilometern und Köpfen. Die Zukunft liegt in der Entwicklung der Einzelschule,

(Abg. Zeller SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

ihrer zunehmenden Selbstverantwortung und einer schulinternen Qualitätssicherung, die von einer gewandelten Schulverwaltung gestützt und gefördert wird.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Straub: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

Ministerin für Kultus und Sport Dr. Marianne Schultz-Hector: Vielleicht kann Herr Zeller seine Ungeduld zähmen, bis ich ausgedet habe.

(Abg. Zeller SPD: Eine Zwischenfrage hat mit Ungeduld nichts zu tun! — Abg. Pfister FDP/DVP: 3 Minuten am Stück dürfen Sie reden! — Abg. Seimetz CDU: Bestimmt das jetzt schon Herr Pfister?)

Ich will ja gar nicht leugnen, daß das Thema Schulentwicklungsplanung in den parlamentarischen Erörterungen einen größeren Raum beansprucht, daß es mit Regelmäßigkeit auftaucht, daß es Gegenstand von Großen Anfragen, Initiativen und Abgeordnetenanstrengungen ist. Aber alle planerischen Ideen und Theoriekonzepte, die in diesem Zusammenhang bisher entwickelt wurden, zeigen bei sorgfältiger Prüfung immer die gleichen Nachteile. Sie halten nicht, was sie versprechen, nämlich Ressourcen zu sparen, Wohnortnähe zu verdichten oder Qualität zu steigern — und gerade der letzte Punkt ist mir wichtig.

Die Standortplanung wird mit der Bildungspolitik verwechselt.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Schulentwicklungsplanung wird als Instrument zur Veränderung des Bildungssystems begriffen. Bildungspolitische Entscheidungen gehen der Standortplanung voraus. Bildungspolitische Entscheidungen sind im Schulgesetz festgehalten. Das sind die wesentlichen Kriterien und Merkmale des Weges, den wir gehen müssen.

Herr Pfister, auch die Minimaloberstufe in Blumberg, die Sie einrichten wollen, würde uns wenig helfen, wenn Sie das Ganze dann gleich wieder sehr berechtigt in den Ressourcenzusammenhang stellen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist keine Oberstufe, Frau Ministerin!)

Die Schulentwicklungsplanung ist keine Angelegenheit theoretischer Satzungen und bürokratischer Strategien.

(Abg. Zeller SPD: Genau!)

die die Dinge landesweit festnageln wollen, so als ob wir es in jedem Fall besser wüßten als die Kommune und die kommunal Verantwortlichen vor Ort. Die Grundsatzentscheidungen über bildungspolitische Richtlinien fallen im Parlament, und für die ist dann die Regierung zuständig. Die Ausformung im einzelnen geschieht dann vor Ort.

Wir haben eine Schulentwicklungsplanung mit Leitlinien zur Weiterentwicklung des Schulwesens in Baden-Württemberg vorgelegt und haben da, wo wir strukturelle Veränderungen dringend gebraucht haben, nämlich in der Hauptschule, versucht, sie landesweit zusammen mit den Kommunen in einem vernünftigen Dialog zu planen.

(Abg. Seimetz CDU: Jawohl!)

Wir haben auch Maßnahmen vorgelegt, mit denen wir die Erfüllung der besonderen pädagogischen und sozialen Aufgaben der Hauptschule insgesamt stärken.

Wir haben uns mit dem Thema Grundschule und mit der Wohnortnähe der Grundschule auseinandergesetzt, die uns natürlich Ressourcen kostet, sowie mit der Frage: Wie lange soll Grundschule denn dauern?

Auch zu den anderen Schularten sind in den Leitlinien generelle Aussagen gemacht worden. Aber Sie alle wissen, daß wir zum Beispiel im Augenblick im Zusammenhang mit dem Gymnasium nichts Genaueres über die langfristige Dauer der Schulzeit und über die Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe wissen. Ich denke — und so ist das auch im Ministerat besprochen —, auch die Ergebnisse des Kienbaum-Gutachtens zur Optimierung des Ressourceneinsatzes an unseren Schulen sollten sinnvollerweise auf dem Tisch liegen, ehe wir Aussagen über Realschulen, Gymnasien und berufliche Schulen machen. Es wird sich in diesem Gutachten zeigen, ob wir mit unserem System Ressourcen verschwenden oder ob wir es nicht tun. Schulentwicklungsplanungen vom grünen Tisch sind in einem Flächenstaat wie dem unsrigen Grenzen gesetzt. Das wissen Sie alle. Bei allen Planungen ist die jeweilige Situation vor Ort zu berücksichtigen.

(Ministerin Dr. Marianne Schultz-Hector)

Schulentwicklungsplanung ist meiner Ansicht nach bei den Kommunen in guten Händen. In der Regel kommen wir sehr gut miteinander aus. Einen Dissens gibt es nur auf einem Feld: Das betrifft die Knappheit der Ressourcen, der sächlichen genauso wie der personellen.

Wenn Sie, Herr Zeller, Ihre Zwischenfrage noch stellen möchten, gern.

Stellv. Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Zeller.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Abg. Zeller SPD: Es ist natürlich immer ein bißchen schwierig, Frau Ministerin, nochmals den entsprechenden Anknüpfungspunkt herzustellen, nachdem Sie in Ihrer Rede fortgefahren sind. Ich will das gern tun.

Können Sie sich daran erinnern, daß Sie selbst in einigen Antworten, die ich Ihnen gern herausuche, falls Sie dies anzweifeln sollten, zum Ausdruck gebracht haben, daß Schulentwicklungsplanung möglichst zeitnah — alle Schularten; vor allem haben Sie sogar auf das berufliche Schulwesen abgehoben — und, wenn möglich, aus einem Guß geschaffen werden sollte? Ich frage Sie: Erinnern Sie sich daran?

Ministerin für Kultus und Sport Dr. Marianne Schultz-Hector: Lieber Herr Zeller, ich erinnere mich gut daran. Aber Sie wissen genauso wie ich, daß wir im beruflichen Schulwesen gegenwärtig revolutionäre Veränderungen erleben und Orientierungsschwierigkeiten haben, was die Verknappung der Lehrstellen in der Großindustrie betrifft. Wir suchen alle miteinander danach, welche Lösungen es auf diesem Weg gibt. Jetzt eine Planung vom Stapel zu lassen, mit der wir meinen, Weichen stellen zu können, die wenigstens mittelfristig Bestand haben, würde ich gegenwärtig nicht für richtig halten.

Ich denke, wir haben Schulentwicklungsplanung immer betrieben, sonst gäbe es in diesem Land ja kein Schulwesen, das ein dichtes Grund- und Hauptschulnetz aufweist und sich dadurch auszeichnet. Wir haben eine relativ vernünftige Verteilung von Realschulen und Gymnasien im Land. Daß es da im einzelnen Korrekturbedarf gibt, will ich gar nicht ausschließen. Das Berufsschulwesen ist bei uns in einem Maße differenziert — mit der Möglichkeit, das Abitur am beruflichen Gymnasium zu erlangen, Herr Pfister —, wie es in keinem anderen Bundesland auch nur annähernd der Fall ist.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Daß die Bemühungen um die Sonderschule, die noch gar nicht erwähnt wurde, bei uns in den letzten 25 Jahren ganz sicher sehr intensiv betrieben wurden, wird niemand bestreiten.

Natürlich sind wir auf dem Weg, was Veränderungen im Schulwesen betrifft, ein Weg, der sich für mich in der Schulentwicklungsplanung nicht als Standortplanung manifestiert, sondern der sehr wesentlich darauf zielt: Was verändert sich in jedem Klassenzimmer, was verändert sich in jeder einzelnen Schule?

Wir haben mit den Lehrplänen Möglichkeiten eröffnet, die der einzelnen Schule alle Chancen geben, neue Unterrichtsformen einzuführen, ihr eigenes Profil zu erarbeiten. Wir wollen die Freiräume, die vorhanden sind, erweitern. Wir

wollen die Schulen ermutigen, diese Freiräume zu nutzen. Ich bin nicht für die autonome Schule in der letzten Konsequenz.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Die kann es auch nicht geben!)

Aber mehr Autonomie, mehr Selbstverantwortung, mehr Gestaltungsmöglichkeiten, das ist etwas, was ich mir durchaus vorstellen kann. Dazu muß sich — ich habe es schon einmal gesagt — auch die Schulverwaltung ändern. Wir sind auf dem Weg. Aber meine Hauptsorge ist gegenwärtig nicht die Konzeption, sondern die Versorgung der Schüler mit Lehrern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP — Abg. Pfister FDP/DVP: Meine auch! Da bin ich völlig Ihrer Meinung!)

Daß wir zum Beispiel im Ergänzungsbereich vorläufig nur an der Hauptschule, aber ganz kurzfristig auch an den anderen Schularten eine immer knappere Situation haben, ist allen hier bewußt, die sich einigermaßen verantwortlich mit Schüler- und Lehrerzahlen beschäftigen. Darauf sollten wir uns konzentrieren. Das ist bei allen Veränderungsmöglichkeiten, die wir gegenwärtig sehen, wohl einer der wichtigsten Wege.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Der wichtigste!)

Wir sind dabei, Schulen zu verbessern, Lernchancen zu verbessern. Dazu brauchen wir keine Schulentwicklungsplanung als Standortplanung, meine Damen und Herren. Noch einmal, ganz entschieden: nein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Straub: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Ich gehe davon aus, daß der Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 11/1908, an den Ausschuß für Schule, Jugend und Sport überwiesen werden soll. — Dem wird nicht widersprochen. Dann ist so beschlossen.

Die Große Anfrage der Fraktion der SPD, Drucksache 11/2875, ist mit der heutigen Aussprache erledigt.

Bei dem Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 11/5796, handelt es sich um einen Berichtsantrag.

(Abg. Zeller SPD: Schulausschuß!)

der im Grundsatz auch erledigt ist.

(Abg. Zeller SPD: Nein! Schulausschuß!)

— Es wird beantragt, diesen Antrag ebenfalls an den Ausschuß für Schule, Jugend und Sport zu überweisen. — Kein Widerspruch. Dann ist auch dies so beschlossen.

Punkt 6 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte — Gesellschaftliche Akzeptanz neuer Technologien — beantragt von der Fraktion der CDU

(Stellv. Präsident Straub)

Für den Ablauf der Aktuellen Debatte gelten die üblichen Redezeiten: Gesamtdauer 50 Minuten ohne Anrechnung der Redezeit der Regierung, im übrigen 5 Minuten für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und 5 Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Schweizer.

Abg. Rosely Schweizer CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gesellschaftliche Akzeptanz neuer Technologien kann man mit Sicherheit nicht durch Gesetze verordnen. Das ist ein Prozeß, der durch viel Information, und zwar durch verständliche Information, wachsen muß. Die neuen Techniken aber werden ja in der Hauptsache von Ingenieuren, Chemikern, Physikern, Mathematikern und ähnlichen Berufsgruppen vorangetrieben. Ich finde, daß sich diese Berufsgruppen nie durch eine besonders verständliche Sprache ausgezeichnet haben.

(Abg. Köder SPD: Philosophen sind auch nicht verständlicher!)

Also müssen wir als Medienmultiplikatoren übersetzen.

Man begegnet dem immer wieder, wenn man in Versammlungen ist: Die Menschen haben einfach Angst vor dem Unbekannten. Und wenn ich Angst habe, dann bin ich dagegen. Nun ist es natürlich sehr viel einfacher, Bedenkenträger zu sein statt Hoffnungsträger. Jede technische Weiterentwicklung beinhaltet auch Gefahren, und jeder Bedenkenträger hat irgendwann einmal recht.

Aber unsere Wissenschaftler, die Techniker, die Mediziner werden in ihrer Forschung von der Hoffnung angetrieben. In den „Fliegenden Blättern“ heißt es einmal:

Der Pessimist glaubt, was er fürchtet. Der Optimist glaubt, was er hofft.

Deutschland steht in der Gefahr, von den großen Forschungsgebieten Gentechnik, Medizin, Kernforschung, Multimedia, Mikroelektronik und anderen verdrängt zu werden durch Bedenken, Bedenken, Bedenken.

(Abg. Walter GRÜNE: Da gibt es aber noch andere, die Akzeptanz haben!)

– Da gibt es sicher auch noch viele andere Bereiche. Ich konnte nicht alle aufzählen. So lange Redezeit habe ich nicht.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Oswald Spenglers „Untergang des Abendlandes“!)

Aber die Weltmärkte richten sich nicht danach, ob in Deutschland besonders viele Bedenkenträger unterwegs sind.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Die Entwicklung geht weiter, und wenn sie nicht bei uns weitergeht, dann geht sie woanders weiter.

(Beifall des Abg. Haasis CDU – Abg. List CDU:
So ist es!)

Wenn die zukunftsträchtigen Arbeitsplätze nicht bei uns entstehen, dann entstehen sie bei anderen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Republikaner)

Deswegen liegt hierin eine Gefahr. Man muß aktiv neue Wege beschreiten, denn bei dem „Guten Alten“ hängen zu bleiben, kann oft mehr Gefahr in sich bergen, als auf neue Dinge umzusteigen.

Die CDU hat diese Aktuelle Debatte heute hier im Landtag beantragt, weil sie weiß, daß die Schaffung von zukunftsträchtigen Arbeitsplätzen einfach essentiell wichtig ist

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ah!)

und weil diese wiederum von der gesellschaftlichen Akzeptanz der neuen Technologien abhängen werden. Wir setzen auch nicht blind auf jeden Fortschritt. Wir begrüßen auch einen Kongreß, wie er gerade in Ludwigsburg stattfindet, auf dem sich Sicherheitsfachleute darüber informieren und gegenseitig beraten, wie man Schäden ausweichen und Katastrophen verhindern kann. Auch das stärkt ja das Vertrauen derjenigen, die darüber lesen.

Zwischen der Risikoeinschätzung neuer Technologien durch die Fachleute und der Risikoeinschätzung des einzelnen klappt eine Riesenlücke. Diese Lücke wird auch manchmal von den Medien ganz unverantwortlich geschürt. Es ist aber eine Illusion, zu meinen, man könnte 8 Milliarden Menschen, die im Jahr 2000 auf unserem Planeten leben, mit den alten Techniken ernähren, von anderen Lebensstandards ganz zu schweigen.

Die Ängste junger Menschen sind andere als die Ängste älterer. Schüler und Studenten sind viel zukunftsorientierter als manch alter Hochschulprofessor. Die einen erklären, was wir bis heute wissen, und die anderen fragen: „Was kann ich damit in der Zukunft anfangen?“

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Was soll denn die Debatte?)

– Wenn Sie es nicht wissen, dann ist es schon traurig.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Wissen Sie, es gibt an den Universitäten immer noch Programme, von denen diejenigen, die zuhören, schon wissen, daß sie veraltet sind. Diese Zustände muß man einmal hochholen, damit einmal etwas daran geändert wird.

(Beifall des Abg. Haasis CDU)

Multimedia ist ein gutes Beispiel dafür. Telearbeit, Telemedizin, Telelearning, Teleshopping: Das alles sind Begriffe, die jetzt sehr häufig verwandt werden, von denen aber die wenigsten wissen, was das eigentlich ist und was das für sie persönlich konkret bedeutet. Deswegen muß es diskutiert und immer wieder rübergebracht werden. Wer von uns hat denn hier schon eine E-Mail-Number?

(Abg. Brechtken SPD: Ich! – Abg. Dr. Caroli SPD: Ich nicht! – Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Die Möglichkeiten von Multimedia für die Lehre, das Lernen, die Kommunikation sind ja fast unbegrenzt. Ich erinnere daran, daß die California State University im Herbst ihren neuen Campus einweiht, daß sich auf diesem Campus

(Rosely Schweizer)

aber keine Bibliothek befindet, weil alle Informationen umfassender und leichter über Computer zu beschaffen sind.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Keine Warteschlange in der Bibliothek!)

Die technische Ausrüstung ist etwas, was wir noch schaffen müssen. Der Haken daran ist, daß das im ersten Anlauf sehr teuer ist.

In Amerika bekommen die Studenten gleich bei der Immatrikulation eine Kennzahl und haben von ihrem Studentenwohnheim aus sofort den Zugang zum Internet. Sie haben einfach Vorteile, die unsere Studenten nicht haben.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Wer ist denn hier an der Regierung? Sie oder wir?)

– Sie Gott sei Dank nicht.

(Heiterkeit – Abg. Walter GRÜNE: Sie werden es aber noch erleben! – Gegenruf des Abg. Haasis CDU: Dann geht's abwärts!)

– Mit uns oder mit den anderen?

Im bundesdeutschen Vergleich mag Baden-Württemberg in bezug auf die Anschlüsse noch ziemlich weit vorn liegen. Im Vergleich zu den USA stecken wir aber einfach noch in den Kinderschuhen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das ist das Ergebnis von 30 Jahren CDU-Regierung!)

Ich meine, es ist wichtig, das weiterzutreiben, weiter zu erforschen und vor allem die gesellschaftliche Akzeptanz zu erhöhen.

(Zuruf des Abg. Krieg GRÜNE)

– Tut mir leid, ich kann Sie akustisch nicht verstehen.

(Lachen des Abg. Dr. Caroli SPD)

Ich bin der Meinung, daß Akzeptanz Information braucht. Vor dem Mensch-Maschine-Dialog steht der Mensch-Mensch-Dialog. Das versuchen wir heute hier zu machen. Deswegen hält die CDU diesen Dialog heute abend für wichtig.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Keine Botschaft!)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Köder.

Abg. Köder SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gemessen an der Anmeldung durch die CDU-Fraktion, die darauf hindeutete, daß dies heute als KampftHEMA mit dem Ziel, einzelnen Parteien das Etikett der Technikfeindlichkeit ans Revers zu heften, vorgesehen war

(Abg. Haasis CDU: Wer hat denn das gesagt?)

– wir haben gelesen, was Sie zur Begründung dieser aktuellen Debatte geschrieben haben –. ging der Beitrag von

Frau Schweizer ein Stück weiter als das, was wir bisher von der CDU gehört haben.

Frau Kollegin Schweizer, es ist richtig, daß wir hier in Europa – das ist nicht nur ein deutsches Phänomen – nicht die unbefangene Technikgläubigkeit haben, wie es sie anderswo gibt.

(Abg. Schöning FDP/DVP: Die Japaner merkwürdigerweise auch nicht!)

– Ja, da fängt es an. Ich habe in Japan noch die Tsukuba-Weltausstellung 1984 erlebt. Dort standen Pavillons einer großen japanischen Firma, auf denen mit Riesenlettern geschrieben war: „What mankind can dream, technology can achieve.“ Es hätte in Europa niemand gewagt, das irgendwo hinzuschreiben: Was die Menschheit erträumen kann, kann die Technik erfüllen.

Wir wissen aus unserer Kultur um die Ambivalenz der Technik,

(Beifall der Abg. Birgit Kipfer SPD und Dr. Salomon GRÜNE)

und daraus entstehen kritische Diskussionen, und diese kritischen Diskussionen sind notwendig.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das hat mit Technologiefeindlichkeit null zu tun!)

Das hat nichts mit Technologiefeindlichkeit zu tun, sondern es ist wichtig, daß sich die Politik dieser Aufgabe stellt. Was an kritischer Distanz und was an Ängsten, die die Menschen umtreiben, vorhanden ist, das muß aufgearbeitet werden im gesellschaftlichen Diskurs, und das kann man nicht leicht mit dem Hinweis auf Arbeitsplätze wegfegen, zumal auch das Thema Arbeitsplätze, Frau Kollegin Schweizer, durchaus ambivalent ist.

Wir haben in der Enquetekommission „Multimedia“ ein Mitglied, das bei jeder Gelegenheit nachfragt, wo denn die Wertschöpfung stattfinden werde,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ulsamer!)

und wir haben wenig Greifbares dafür gefunden, was an Wertschöpfung in Europa, in Deutschland oder gar in Baden-Württemberg stattfinden kann. Wir müssen darauf setzen; das ist schon richtig. Aber wir müssen sehen, das reicht als Argument nicht aus, sondern wir müssen uns dieser Diskussion stellen. Wir müssen uns die Mühe machen, uns mit diesen Argumenten auseinanderzusetzen. Bei solchen Diskursen, bei denen es um die Auseinandersetzung mit kritischen Einwendungen geht, habe ich die CDU bisher nicht gesehen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir müssen das, was wir planen, auch mit gesellschaftlichen Visionen versehen. Ich halte es für eine wichtige Aufgabe der Enquetekommission, über nutzerorientierte Anwendungen, über verbraucherbezogene Anwendungen Perspektiven aufzuzeigen, deutlich zu machen, wo gesellschaftlicher Fortschritt erreichbar ist und wo Ressourcen geschaffen werden können,

(Köder)

diesen gesellschaftlichen Fortschritt auch möglich zu machen.

Es hilft auch nicht die fröhliche Ignoranz — das habe ich schon erwähnt —, sondern es hilft nur, sich wirklich intensiv in allen Einzelheiten mit Kritik und mit Ängsten auseinanderzusetzen.

Frau Kollegin Schweizer, ich möchte aus einem Vortrag von Professor Radermacher zitieren. Er ist Mitglied unserer Enquete-Kommission, und er hat an einer Stelle folgendes gesagt. Ich zitiere das deshalb, weil er in Ihrem Sinn sehr ökonomisch bezogen argumentiert.

Natürlich müssen wir alle immer zunächst einmal innerhalb des Systems operieren. Wir müssen erfolgreich sein, die Firma muß überleben, wir müssen uns auf dem Weltmarkt behaupten. Jeder von uns muß normalerweise innerhalb des Systems agieren, aber das sollte uns nicht daran hindern, ein paar Prozent unserer Zeit gedanklich auch außerhalb des Systems zu verbringen, das System von außerhalb zu analysieren

(Abg. Weimer SPD: Sehr gut!)

und uns immer wieder zu fragen, ob eigentlich das, was da abläuft, noch vernünftig ist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

— Soweit das Zitat.

Radermacher fordert die Politik auf oder beschreibt die Aufgabe der Politik als intelligentes Systemverhalten. Er weist der Politik die wichtige Aufgabe zu, stabile Pfade in die Zukunft zu nennen, wie er es bezeichnet, damit bei der Bevölkerung das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik wiederhergestellt wird. Dies ist nur im intensiven gesellschaftlichen Diskurs möglich. Ich möchte die CDU herzlich einladen, sich auch draußen an diesem gesellschaftlichen Diskurs zu beteiligen.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Dann werden wir alle weiterkommen, denn auch die Wirtschaft ist darauf angewiesen, zu wissen, welche Produkte, welche Dienstleistungen letztlich akzeptiert werden.

(Unruhe)

Auch die Industrie braucht diese Orientierung. Deswegen tun wir alle gut daran, uns diesem Diskurs zu stellen.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Trageiser.

(Abg. Walter GRÜNE: Jetzt kommt der Technologieexperte!)

Abg. Trageiser REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben sicherlich Technik- und Technologiefeindlichkeit in vielen Bereichen, aber es ist zum Glück nicht so, wie Frau Kollegin Schweizer das dargestellt hat, daß dies ein generelles Phänomen sei.

Immer dann, wenn es grundsätzlich wird, finden wir eine negative Einstellung. Wir sind grundsätzlich gegen Kerntechnik — die ist gefährlich —, wir sind grundsätzlich gegen Kohlekraftwerke — die verursachen Dreck —, wir sind grundsätzlich gegen mehr Autoverkehr — wegen der Ozonbelastung —, wir sind deshalb grundsätzlich gegen den Neubau von Straßen. Wir sind natürlich auch gegen den Bau von Bahnstrecken. Also die Strecke Stuttgart — Ulm wird mit Sicherheit so viele Einspruchsverfahren erhalten, wie wenn wir nach Ulm eine neue Autobahn bauen würden. Wir sind grundsätzlich gegen die Verwendung chemischer Mittel in der Landwirtschaft — die Grünen haben heute einen entsprechenden Ergänzungsantrag eingebracht gehabt —, wir sind erst recht grundsätzlich gegen Gentechnik. Wir sind überhaupt grundsätzlich gegen alles.

(Lebhafte Zurufe, u. a. Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Wer denn? — Abg. Dr. Caroli SPD: Sie? Oder wer? Grundsätzlich gegen Ausländer, das trifft auf Sie zu!)

— Die öffentliche oder, sagen wir besser, die veröffentlichte Meinung. Zum Glück ist es meistens die veröffentlichte Meinung.

(Abg. Gerhard Stolz GRÜNE: Die vereinigte Linke! — Weitere Zurufe)

Wenn wir dann hinschauen, wie der Bürger als einzelner, als Individuum reagiert, ist es jedoch zum Glück ganz anders. Er geht los und kauft sich den neuesten Camcorder, den neuesten Fernseher, das neueste Auto und achtet darauf, daß es die beste Technik hat. Er installiert Fasgeräte im privaten Bereich, er fliegt mit dem Flieger in den Urlaub,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Dabei kann man auch auf die Nase fliegen!)

er benützt die Technik ohne Scheu. Immer dann, wenn es seine individuelle Einzelentscheidung ist, hat er gar nicht soviel Berührungsängste, wie in den Medien und in der Öffentlichkeit immer wieder dargestellt wird.

(Abg. Walter GRÜNE: Von wem reden Sie eigentlich?)

Gott sei Dank ist dies so; denn sonst wäre es wirklich schlimm.

Wenn man sich einmal überlegt, welches die Ursachen für dieses Verhalten sind, für dieses scheinbar technikfeindliche Verhalten, ist es gut, einmal in andere Länder zu schauen, wie die Menschen dort reagieren.

(Abg. Walter GRÜNE: Das ist sonst nicht Ihre Spezialität!)

Geht man 200 km westlich nach Frankreich,

(Abg. Walter GRÜNE: Dort sind Ausländer!)

dann gibt es dort eine Firma EDF, Electricité de France, die fast 40 Atomkraftwerke in Betrieb hat. Dutzende von Transporten von und nach diesen Werken erfolgen wöchentlich und täglich, und die Menschen leben ruhig und friedlich in Koexistenz.

(Abg. Weyrosta SPD: Haben Sie eine Ahnung!)

(Trageiser)

mit der aus ihrem Verständnis zwar ungeliebten, aber, weil eben notwendigen, auch akzeptierten Technik. Meine französischen Freunde schütteln nur den Kopf und lachen, wenn sie im Fernsehen die Aufgeregtheit und Verrücktheit sehen, die sich bei uns beim Castortransport abspielt,

(Abg. Walter GRÜNE: Für die hat Tschernobyl auch nicht stattgefunden?)

wo Tausende von Polizisten auf der Straße sein müssen, um einen solchen Transport zu sichern.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Walter GRÜNE: Und bei Republikaner-Parteitag sind es auch nicht weniger!)

Meine französischen Freunde sind stolz darauf,

(Abg. Walter GRÜNE: Sie haben doch keine ausländischen Freunde!)

daß das erste zivile Überschallflugzeug eine Concorde war, ein französisches Produkt, weil sich damit die französische Industrie ganz wesentliche Marktanteile gesichert und damit Arbeitsplätze geschaffen hat.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Die Concorde ist doch von gestern!)

Sie sind stolz darauf, daß der TGV, das führende Hochgeschwindigkeitsschienenverkehrssystem, ein französisches System ist und Arbeitsplätze in Frankreich schafft.

(Unruhe)

Sie lachen sich kaputt über das Theater, das wir in Deutschland zum Transrapid aufführen.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Walter GRÜNE: Können Sie einmal sagen, was TGV heißt? Keine Ahnung!)

Während der TGV überall in die Welt exportiert wird, protestieren Ihre Sympathisanten in Norddeutschland gegen den Bau der ersten Transrapidstrecke.

(Beifall bei den Republikanern)

Und wir wundern uns, wenn die Arbeitsplätze aus Deutschland verschwinden.

Die Technikfeindlichkeit ist gemacht, sie ist gemacht von bestimmten Interessengruppen und gemacht und unterstützt von den Medien.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Während bei uns in Bad Boll und in Tutzing und den entsprechenden Veranstaltungsorten laufend Seminare über die Gefahren neuer Technologien stattfinden

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: In Weikersheim nicht?)

und sich die Leute, wie Sie gesagt haben, heftig darüber ereifern und die Technik hinterfragen, führen die Franzosen

en masse Seminare über die Einführung und die Chancen neuer Technologien durch. Dies ist eben der Unterschied.

Wenn Sie bei uns eine Talk-Show einschalten, dann sitzen da sechs Bedenkenträger — Frau Schweizer hat uns ja richtig informiert — und warnen vor den Gefahren und Risiken, die irgend etwas, was die Menschen hier bei uns benützen oder benutzen könnten, bedrohen.

(Abg. Walter GRÜNE: Die Gefahren, die von den Reps ausgehen, werden bei jeder Wahl kleiner!)

Es ist deshalb auch kein Wunder, daß wir oft geradezu hysterisch auf echte und eingebildete Gefahren reagieren, daß wir sofort alles ablehnen, was auch nur im geringsten den Anschein hat, als ob es mit einem Risiko behaftet sei.

Es ist kein Zufall, daß wir uns doppelt und dreifach gegen alles und jedes versichern. Es ist in diesem Zusammenhang sicherlich kein Zufall, daß Deutschland mit Abstand das Land in Europa mit der größten Versicherungsdichte ist.

Im zweiten Teil

(Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Dr. Caroli SPD: Bitte nein! — Abg. Walter GRÜNE: Lieber nicht! — Abg. Dr. Caroli SPD: Nein, nein, keinen zweiten Auftritt!)

werde ich dann fragen, was nach unserer Meinung geschehen muß,

(Beifall bei den Republikanern — Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

damit die Menschen etwas weniger Angst vor den ihnen eingeredeten Technikgefahren bekommen.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Salomon.

(Abg. Walter GRÜNE: Sag lieber nichts zu ihm! Es ist verlorene Redezeit!)

Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich genauso wie Herr Köder bei dieser Thematik gewundert, was das Ganze eigentlich sein soll. Soll das Ganze eine Publikumsbeschimpfung sein, wie das Herr Trageiser gemacht hat? Die Medien sind schuld. Irgendwelche gesellschaftliche Gruppen sind schuld, daß in diesem Land nichts vorangeht.

(Unruhe bei den Republikanern)

Bei Frau Schweizer hatte ich nicht den Eindruck, daß sie das als Publikumsbeschimpfung meint, obwohl sie auch die Medien zitiert hat, die schuld seien. Ich habe mich bei Frau Schweizer eher gewundert, wie man im Jahr 1995 noch einen so technikunkritischen Beitrag leisten kann. Wir haben doch hier in Deutschland seit 20 Jahren eine Debatte, die sich, sage ich einmal, der Dialektik der Aufklärung und der Ambivalenz von Wissenschaft und wissenschaftlichen Segnungen bewußt ist.

(Dr. Salomon)

(Abg. Rosely Schweizer CDU: Bedenkenträger! –
Abg. Deuschle REP: Brillen-Bedenkenträger!)

Und weil sie sich dessen bewußt ist, Frau Kollegin Schweizer – –

(Abg. Scheuermann CDU: Nur kulturpessimistisches Zeug!)

– Hören Sie mir doch einmal gut zu.

Das ist ein Beitrag, der nach Oswald Spenglers „Untergang des Abendlandes“ klingt. Das ist eigentlich etwas, was Sie den Grünen unterschieben. Aber Sie, Herr Scheuermann,

(Abg. Dr. Caroli SPD: „Scheuermann“, nicht „Steuermann“! – Unruhe)

und Sie von der CDU-Fraktion reden diesen Standort Deutschland schlecht. So schlecht, wie Sie das sagen, ist es doch hier gar nicht.

(Beifall des Abg. Walter GRÜNE – Abg. Walter GRÜNE: Sehr gut!)

Ich wundere mich insbesondere deshalb, weil ich mich fragen muß, wer dieses Land seit 30 Jahren oder noch länger regiert. Wer regiert im Bund? Wer regiert im Land? Und Sie stellen sich hier hin und sagen, es sei alles unmöglich, was sich hier tue. Das ist eigentlich eine irre Geschichte, eine Ablenkung von eigenen Politikdefiziten. Ich möchte sagen: Es ist so eine Art Vorwahlkampfgeplänkel. Man wird eigentlich nicht schlau daraus.

Heute morgen haben wir über die Forschungspolitik diskutiert. Der Herr Minister ist anwesend. Er wird nachher kundtun, daß die Forschungspolitik in der Bundesrepublik, gemessen am Bruttosozialprodukt, führend sei – Grundlagenforschung plus angewandte Forschung. Es klemmt aber bei der Umsetzung in Produkte.

(Abg. Scheuermann CDU: Richtig! Jetzt sind wir beim Punkt! – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

– Da sind wir beim Punkt. Aber ist das eine Frage, die allein der Politik angelastet werden kann? Ist das nicht eine Frage, für die die Wirtschaft eigentlich genauso Verantwortung tragen müßte und für die sie ihrer Verantwortung nicht gerecht wird?

(Abg. Ulrich Müller CDU: Deswegen sind wir auch nicht schuld!)

Jetzt komme ich zu dem Punkt, den auch schon Herr Köder erwähnt hat: Wenn Sie beklagen, daß Technologien hier nicht durchgesetzt werden können, daß es keine Akzeptanz gibt, müßten Sie heutzutage einfach die Frage zulassen, ob es eigentlich eine Technologie per se gibt, die an sich gut ist, weil sie neu ist und die, weil sie neu ist, Arbeitsplätze bringt? Oder müßten Sie nicht im Diskurs erst einmal ausloten, ob dem überhaupt so ist? Wir haben doch die Akademie für Technikfolgenabschätzung, und dort legt Herr Bugl, der in Ihrer Partei ist und den ich hier ausdrücklich loben muß,

(Beifall des Abg. Schöning FDP/DVP)

Wert darauf, daß der Diskurs stattfindet. Aber blockiert wird er eher von Ihrer Fraktion als von allen anderen. Er muß von den anderen Fraktionen eher gestützt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Schöning FDP/DVP)

Das ist der Punkt, über den wir hier eigentlich diskutieren müßten.

Wie soll denn etwas gesellschaftliche Akzeptanz erreichen, wenn Sie überhaupt nicht zulassen, daß man über das Ganze diskutiert?

(Zuruf der Abg. Rosely Schweizer CDU)

Wenn Sie, Frau Kollegin Schweizer, sich beklagen, daß in Amerika mittlerweile keine Bibliotheken an den Universitäten mehr gebaut werden, was daran liege,

(Zuruf der Abg. Rosely Schweizer CDU)

daß die Studenten am Internet seien, während in Deutschland das alles nicht möglich sei, muß ich fragen: Ja, wer macht denn die Wissenschaftspolitik im Lande? Die machen doch nicht die Grünen, und die macht auch nicht die SPD in diesem Land. Das sind doch Dinge, die einfach lächerlich und an den Haaren herbeigezogen sind. Ich habe eher den Eindruck: Die CDU will von ihrem eigenen Politikversagen ablenken.

Was wäre denn eine neue Technologie, die 100% Akzeptanz hätte? Das könnte ich Ihnen jetzt schon verraten: Das sind regenerative Energien, das ist die Solarenergie, das ist die Windenergie. Ihre Politik verhindert, daß diese Technologien wettbewerbsfähig sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Abg. Dr. Caroli SPD: Sehr richtig! Absolut richtig!)

weil sie nicht in der Lage ist – das ist jetzt rein ökonomisch und marktwirtschaftlich gesprochen – , die marktwirtschaftlichen Signale so zu setzen, daß diese neuen Technologien, die eine hundertprozentige Akzeptanz in der Bevölkerung hätten, auch marktfähig werden können.

(Abg. Hackl GRÜNE: Sehr richtig! – Abg. Walter GRÜNE: Japan läuft uns davon! Das ist eine Gefahr für die Wirtschaft!)

Sie von der CDU blockieren diese Technologien; das heißt, Sie sind das Innovationshindernis.

Ich will im zweiten Teil noch näher darauf eingehen. Ich möchte mir jetzt zunächst einmal den Minister anhören.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Stelly, Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schöning.

Abg. Schöning FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hatte mich auch zunächst gefragt: Was ist es denn, was die CDU beantragt hat? Ich zitiere aus der schriftlich vorliegenden Begründung der Aktuellen Debatte. Darin heißt es, es sei heute praktisch nicht mehr möglich,

(Schöning)

eine neuartige Technologie ohne massiven öffentlichen Widerstand voranzubringen. Das klingt nach dem Motto: Hier wird heute ein KampftHEMA geprobt.

Jetzt ist die Debatte vielleicht doch etwas nachdenklicher, und deswegen sage ich: Fragen wir uns doch einmal: Trifft das denn überhaupt zu, trifft es generell zu, und, wenn nein, für welche Bereiche trifft es denn zu? „Massiver öffentlicher Widerstand gegen jegliche neue Technologie“ war die Diagnose der CDU.

Generell, denke ich, gilt das sicher nicht. Fragen wir uns einmal — heute morgen haben wir darüber beim Stichwort „wirtschaftsnahe Forschung“ diskutiert —: Wo liegen denn Wachstumsfelder der Zukunft, soweit wir sie ausmachen können? Wo können neue Industrien, neue Wirtschaftszweige entwickelt werden? Wo gibt es da Sperrn?

Da nenne ich einfach einmal fünf Bereiche — sie sind heute morgen alle angesprochen worden —, wo ich diesen massiven öffentlichen Widerstand schlicht nicht sehe: neue Umwelttechnologien — nicht vorhanden;

(Abg. Pfister FDP/DVP: Im Gegenteil!)

neue Werkstoffe — nicht gehört; Mikrosystemtechnik — vorhin in einem anderen Zusammenhang genannt, aber öffentlicher massiver Widerstand auch nicht; Informations- und Kommunikationstechnologien — ich wünsche mir manchmal ein heftigeres Nachdenken über Probleme, die damit verbunden sind, aber der massive öffentliche Widerstand ist nicht zu sehen;

(Abg. Bebbler SPD: Genau! So ist es! — Abg. Walter GRÜNE: Die Industrie macht diesen Widerstand madig!)

neue solare Energietechniken — auch nichts mit dem öffentlichen Widerstand.

Was Tatsache ist in einer Reihe dieser Bereiche: Wir sind zu spät dran, aber doch nicht wegen massiven öffentlichen Widerstands, sondern weil Chancen in der Vergangenheit verpennt worden sind. Das ist es doch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP, der SPD und den GRÜNEN — Abg. Walter GRÜNE: Sehr richtig!)

Wenn wir schauen, was die Realität ist, dann bleiben zwei Bereiche. Den einen können wir vermutlich auch auflösen — ich komme gleich darauf —, und der andere bleibt ein Kampfgebiet.

Der eine Bereich ist der der Gentechnik.

(Abg. Sieber CDU: Aber da ist nichts verpennt worden, Herr Kollege! Der Bereich ist nach Amerika vertrieben worden!)

— Nein, Herr Kollege Sieber. Ich komme gleich darauf. — Auch da denke ich: Von strikter Ablehnung in der Bevölkerung in bezug auf Gentechnik kann nicht die Rede sein. Es gibt Untersuchungen, die allen Fraktionen vorliegen, meine Damen und Herren, aus dem Hause, das der Kollege Salomon angesprochen hat. Von der Akademie für Technikfol-

genabschätzung Baden-Württemberg ist das öffentliche Image, die öffentliche Einschätzung der Gentechnik untersucht worden. Das kann man ja einmal nachlesen. Darin ist von strikter Ablehnung nicht die Rede. Eine gewisse Skepsis,

(Abg. Sieber CDU: Nur nicht an Ort und Stelle!)

eine Ambivalenz ist vorhanden. In jüngster Zeit übrigens auch in Japan, Herr Kollege Köder. Das hat sich geändert. Das einzige Land, von dem man sagen kann, es herrsche noch immer dieser ungebrochene Optimismus vor, sind die Vereinigten Staaten.

(Abg. Walter GRÜNE: Selbst da läßt es nach!)

In Europa besteht ein relativ einheitliches Bild.

Nun frage ich: Wenn diese skeptische Einschätzung vorherrscht, kann man dann sagen: „Die Bevölkerung ist blöd, das ist alles völlig zu Unrecht so“? Man muß auch einmal schauen: Woran macht sich denn die Skepsis fest? Je detaillierter man fragt, desto detailliertere Antworten bekommt man auch. Die Skepsis, die Ablehnung macht sich fest an der Befürchtung der Manipulation menschlicher Erbsubstanz, und das doch wohl zu Recht.

(Abg. Dr. Caroli SPD: So ist es!)

Je mehr man fragt: „Wie ist es denn mit konkreten Anwendungsgebieten von gentechnischen Verfahren?“, desto mehr erhält man Zustimmung aus der Bevölkerung. Bei entsprechenden Anwendungsverfahren im medizinischen Bereich, im Bereich der Bioverfahrenstechnik, auch im Bereich der Tier- und Pflanzenzucht bekommt man interessanterweise Zustimmung.

Das heißt, meine Damen und Herren, daß es notwendig ist, zu differenzieren. Auch eine solche Debatte sollte leisten, daß wir sauber aufarbeiten, worum es dabei jeweils geht. Da komme ich auf das zurück, was vorhin schon einmal kurz angesprochen worden ist. Da muß es darum gehen, Chancen und Risiken darzustellen und aufzuarbeiten und dann Überzeugungsarbeit zu leisten. Insofern kann man nur loben, was die CDU noch zu der Zeit gemacht hat, als sie noch die absolute Mehrheit hatte. Die Einrichtung der Akademie für Technikfolgenabschätzung ist eine exzellente Idee gewesen, ohne jeden Zweifel. Nur sollte man deren Arbeit bitte auch zur Kenntnis nehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP, der CDU und der SPD — Unruhe)

Ich bedaure, daß der Kollege Rebhan nicht anwesend ist. Er würde bestätigen können, was für eine exzellente Arbeit dort geleistet wird.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, diese Akademie besteht seit 1991. Sie hat neben der wissenschaftlichen Aufarbeitung vor allen Dingen eine Aufgabe, der sich dieser Landtag vielleicht nicht mit der nötigen Gründlichkeit widmet, nämlich die Aufgabe der Organisation eines gesellschaftlichen Diskurses über all die Fragen, die mit Technikfolgenabschätzung und mit Technikbewertung zusammenhängen. Wenn das hier

(Schöning)

nicht zur Kenntnis genommen wird, sondern wenn man sich darauf beschränkt, zu sagen, man habe jetzt wieder 1,5 laufende Meter Bücher im Regal, ist die Arbeit dieser Akademie in der Tat nicht so angekommen, wie man es sich gedacht hat.

Noch einmal zur Gentechnik und zum Bereich Multimedia. Warum richten wir Enquetekommissionen ein? Erstens um etwas voranzubringen,

(Abg. Bebber SPD: Eben!)

aber auch um etwas einigermaßen objektiv in seinem Für und Wider zu bewerten. Gerade bei der Gentechnik, Frau Kollegin Schweizer, waren es wir — unsere, Ihre und meine, Freunde in Bonn —, die die Enquetekommission im Bundestag eingesetzt haben. Nach den Ergebnissen dieser Kommission hat man das erste Gentechnikgesetz gemacht. Da sagen wir heute alle, daß das mit einem Zuviel an Regulierung verbunden war, aber wir haben es zunächst einmal verabschiedet. Wir dürfen doch nicht so tun, als wären dies irgendwelche ominösen gesellschaftlichen Mächte und dunklen Kräfte gewesen, die ein Gentechnikgesetz gemacht haben, das in der Tat durch Überregulierung dazu geführt hat, daß man im Bereich industrieller Anwendung in der Bundesrepublik Deutschland Chancen verpaßt hat.

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender GRÜNE)

— Das ist richtig.

(Zurufe von der SPD)

Wir haben es wiederum einvernehmlich im Bundestag korrigiert. Die Novellierung ist erfolgt. Die Überregulierung ist abgebaut. Wenn man heute mit den zuständigen Behörden spricht — das Regierungspräsidium Tübingen ist zuständige Aufsichts- und Genehmigungsbehörde für ganz Baden-Württemberg —, erfährt man, daß die großen Probleme beseitigt sind. Auch die Firmen bestätigen das.

Wir haben aber in der Zwischenzeit Chancen verpaßt. Das kann man beklagen. Man kann das aber nicht unter derselben Rubrik machen, unter der die Aktuelle Debatte beantragt worden ist. Das waren politisch gewollte, bedingte und gesetzte eigene Regulierungen und nicht der Widerstand irgendwelcher anderer.

(Abg. Bebber SPD: Sehr, sehr richtig!)

In diesem Bereich hat sich sehr viel verändert. Ich sehe es auch in meiner eigenen Heimatstadt. Als vor geraumer Zeit — Herr Minister, Sie waren dabei — der Grundstein für das Verfügungsgebäude gelegt wurde, gab es noch heftigen Widerstand, jedenfalls von Teilen der Studierenden, weil da auch entsprechende Räume mit entsprechenden Sicherheitsstufen gemäß Gentechnikgesetz vorhanden sind.

(Abg. Weimer SPD: S-3-Labors!)

Heute gibt es in Tübingen lebhaftes Bedauern, daß wir bei der Landesförderung für die Biotechnologiezentren nicht dabei sind, sondern daß diese in Heidelberg, Freiburg und Ulm angesiedelt wurden. Es hat sich auch da eine ganze Menge geändert.

Ich will den Bereich Kernenergie jetzt nicht ausführlich behandeln. Ich will nur noch eines sagen: Das ist in der Zwischenzeit eine alte, eine überholte — sage ich dazu — Technologie geworden.

(Abg. Walter GRÜNE: Sehr richtig!)

die im übrigen auch ohne jeden Widerstand der Bevölkerung in den fünfziger und sechziger Jahren mit massiver staatlicher Subventionierung eingeführt worden ist.

(Abg. Sieber CDU: Damals hat man sich um die Standorte gerissen!)

eine Technik, deren Risiken erst später bekanntgeworden, Herr Kollege Sieber, oder, besser gesagt, ins Bewußtsein gerückt sind und nicht grundsätzlich behebbare sind.

Wir haben ein gewaltiges Proliferationsrisiko im Bereich der Nutzung der Kernenergie, ein Risiko, das immer größer wird, je weiter Kernenergie — auch zu friedlichen Zwecken — weltweit verbreitet wird. Das muß man sehen.

(Zuruf des Abg. Hackl GRÜNE)

Wir haben eine nach wie vor weltweit ungelöste Frage der Entsorgung. Es gibt keine Lösung. Wir haben dort Risiken mit einer Wirkungsdauer von Zehntausenden von Jahren. Des Weiteren haben wir im Zusammenhang mit dieser Technologie zwar ein von der Eintrittswahrscheinlichkeit her nur minimales, aber für den Fall des Eintritts dann doch übermäßig großes Risiko.

(Abg. Bebber SPD: Aber, Herr Schöning, Sie sind in der FDP/DVP! — Zuruf der Abg. Birgitt Bender GRÜNE)

— Lieber Herr Kollege Bebber, ich erzähle hier nur das — darauf können Sie sich verlassen —, was Meinungs- und Willensbildung der baden-württembergischen FDP/DVP zu diesem Thema ist.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das steht im Programm! — Zurufe von den GRÜNEN)

Wenn Sie ab und an etwas anderes hören, kann ich das nicht ändern; aber Sie dürfen sich schon auf das verlassen, was ich sage.

Kurzum: Auch die Kernenergie ist für das, was ausgeführt worden ist, glaube ich, nicht das richtige Beispiel.

Neue Technologien sind für neue Wachstumsfelder unverzichtbar. In der Diagnose sind wir uns völlig einig. Wir brauchen diese neuen Wachstumsfelder für neue und zukunftssichere Arbeitsplätze. Denn wir wissen, in den alten Industrien wird es in sehr kurzer Zeit möglich sein, das heutige Produktionsvolumen mit etwa der Hälfte der jetzt dort tätigen Arbeitskräfte herzustellen. Es ist also keine Frage, wir sind auf diese neuen Technologien angewiesen.

Wir brauchen neue Technologien auch — das ist mir sehr wichtig, und auch das kann man nachvollziehen, wenn man sich intensiver mit der Arbeit der Akademie für Technikfolgenabschätzung befaßt — für die Entwicklung einer Art des Wirtschaftens, das einem nachhaltigen Wirtschaften nahe-

(Schöning)

kommt — wir werden es nie ganz erreichen —, also einem Wirtschaften, das das natürliche Regenerationspotential der Erde nicht dauerhaft überfordert. Das werden wir entwickeln müssen, weil wir sonst mit der wachsenden Weltbevölkerung überhaupt nicht fertig werden können. In diesen Bereich passen natürlich alle die genannten neuen Technologien hinein — Umwelttechnologien, solare Energietechnik und, und, und —, aber nicht die alten, beispielsweise nicht die Kernenergie.

Ich sage also: Das ist in etwa die große Entwicklungslinie für die Zukunft. Technikfolgenabschätzung trägt dazu bei, solche Entwicklungslinien erst einmal aufzuzeigen, transparent zu machen, auch begreifbar zu machen. Technikfolgenabschätzung muß auch dazu beitragen, gesellschaftliche Unterstützung dafür zu finden. Ich betone es noch einmal: Dieser Weg lohnt die Diskussion. Wir haben sie im Landtag viel zu wenig geführt. In welchen Ausschüssen haben wir denn die Ergebnisse der Akademie für Technikfolgenabschätzung bislang diskutiert, meine Damen und Herren?

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das muß kommen!)

Das lohnt. Aber die Totschlagargumentation nach dem Motto „Irgend etwas behindert irgend etwas Neues“ ist Quatsch.

(Beifall bei der FDP/DVP, den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich dem Herrn Wissenschaftsminister.

(Abg. Weimer SPD: Jetzt müssen Sie sich anstrengen, wenn Sie das noch steigern wollen! — Abg. Walter GRÜNE: Die schwächste Rede kam bis jetzt von der CDU!)

Minister für Wissenschaft und Forschung von Trotha: Ich sehe, wie mir Goodwill entgeschlägt.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir verdanken diese sehr sinnvolle Debatte der CDU-Fraktion.

(Abg. Walter GRÜNE: Den Antrag, nicht die Debatte!)

Ich denke, es steht dem Haus sehr gut an, ein wichtiges Thema über den Tag hinaus zu diskutieren. Darin stimme ich mit Herrn Schöning überein. Ich stimme mit ihm auch in der Behauptung überein, daß das, was in der Akademie für Technikfolgenabschätzung bereits geleistet worden ist, öfter Gegenstand der Aussprache in diesem Haus sein sollte.

Jetzt werfen Sie der CDU-Fraktion vor, sie wolle nicht diskutieren. Wer hat denn die Diskussion in Gang gebracht? Das war die CDU-Fraktion, und es gibt allen Grund, ihr dafür zu danken.

Dann kam die nächste absurde Behauptung.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Aber mit welchen Argumenten, Herr Minister!)

— Herr Salomon, Sie müssen schon jedem erlauben, die Behauptung vorzutragen, die er für richtig hält.

(Abg. Walter GRÜNE: Da sind wir uns einig!)

Auch Sie haben übrigens ganz absurde Behauptungen vorgebracht, nämlich die mangelnde Offenheit dieses Landes gegenüber neuen Technologien beklagt und dabei die Solarenergie genannt. Bitte benutzen Sie Ihren Freifahrerschein nach Vaihingen, und schauen Sie sich einmal an, was wir dort beim Projekt „Hysolar“ und vielen anderen Projekten machen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Es ging doch um die Marktchancen, nicht um die Forschung! — Abg. Walter GRÜNE: Es geht darum, daß die Rahmenbedingungen nicht da sind! — Abg. Weyrosta SPD: Herr Minister, ich war dort! Die sagen mir, ihnen fehle das Geld! — Weitere Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

— Herr Weyrosta, wir haben schon eine ganze Menge Geld in diese Entwicklung investiert. Wir sind auch bereit, weiter Geld zu investieren.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Solange aber die Rahmenbedingungen nicht anders sind, ist das Geld verschwendet! — Zuruf des Abg. Weyrosta SPD)

— Ich weiß nicht, in welchem Rahmen Sie sich jetzt bewegen. Ich will Ihnen nur sagen: Natürlich weiß ich auch, daß nicht allein die Forschungserkenntnisse, die wir bisher erreicht haben, wichtig sind, sondern auch solche Erkenntnisse, wie diese Energie wirtschaftlich eingesetzt werden kann. Es besteht gar kein Zweifel, daß auch dies Forschungsergebnisse sind, die wir brauchen. Sonst hätten wir längst Sonnenenergie aus Saudi-Arabien hierher importieren können.

(Abg. Weyrosta SPD: Vaihingen braucht Geld von Ihnen! An dem fehlt es!)

— Herr Weyrosta, wenn Sie da waren, wissen Sie, daß wir viel Geld investiert haben.

(Abg. Weyrosta SPD: Ich weiß! Aber das reicht eben nicht!)

Es kann also nicht gesagt werden, was oft gesagt wird, wir hätten diese Energie hintangestellt.

Nun grundsätzlicher: Wir alle wissen, daß sich die Technik durch ihre Folgenabschätzung und -bewertung nicht beherrschen läßt. Dennoch wird der Diskurs — das ist, glaube ich, auch allgemein anerkannt worden — um die Folgen und, damit verbunden, auch die Akzeptanz neuer Technologien angesichts der rasanten Zunahme neuer naturwissenschaftlich-technischer Erkenntnisse immer dringlicher, um den Bereich vorhandener Einfluß-, Gestaltungs- und Steuerungsmöglichkeiten wirklich zu nutzen.

Dabei ist die Einschätzung der Chancen und Risiken moderner Technologien zu wichtig, als daß man sie den wissenschaftlichen Experten überlassen dürfte. Schon das berühmte Expertendilemma „So viele Experten, so viele Meinungen“ macht deutlich, daß auch Urteile von Wissenschaftlern nicht

(Minister von Trotha)

frei sind von vorwissenschaftlichen Auffassungen, Hintergrundverständnissen, Erwartungen und Rationalitätskonzeptionen.

Ohnehin sind die Bürger und Bürgerinnen hochindustrialisierter Staaten aus verständlichen Gründen längst nicht mehr bereit, dem Rat von Experten zur Einführung neuer Produkte, Produktionsweisen oder Technologien zu folgen. Dies ist nicht zuletzt ein Zeichen wachsenden kritischen Bewußtseins und als solches durchaus begrüßenswert. Noch besser wäre es freilich, wenn es auch von selbstkritischem Verhalten bestimmt wäre, insbesondere dann, wenn etwa das Sankt-Florians-Prinzip leitendes Erkenntnisinteresse ist oder politisch motivierte Angstmacherei betrieben wird; Frau Kollegin Schweizer hat dafür ein paar Beispiele genannt.

Der umfassende Einsatz von Technik verändert in zunehmendem Maß soziale Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen. Die Effekte neuer, aber auch alter Techniken bündeln sich, verdichten sich. Die Schnelligkeit und das Ausmaß der Entwicklung sowie die Komplexität der Effekte eröffnen neuartige Nutzungschancen und Problemlösungspotentiale. Das Gesundheitswesen ist dafür ein hervorragendes Beispiel. Sie führen aber auch in vielen Bereichen zu wachsenden und kaum überschaubaren Risiken. Unsere Gesellschaft ist sich bewußt, daß alles, was technischer Fortschritt bisher zum Wohl der Menschheit bewirkt hat und in Zukunft bewirken kann, auch Schädigungen und potentielle Gefahren für Mensch und Natur mit sich bringen kann.

Dabei scheint es so zu sein – das hat diese Debatte wieder deutlich gemacht –, daß die Gesellschaft die Chancen und Problemlösungspotentiale der Technik kaum, die Risiken aber viel bewußter wahrnimmt. Ich will jetzt nicht den Schwarzen Peter herumreichen. Die Bevölkerung weiß genau, wer bremst und wer für neue Entwicklungen offen ist.

(Abg. Walter GRÜNE: Die CDU bremst!)

– Denken Sie mal an die dritte Startbahn in Frankfurt. Ich bin neulich zusammen mit Herrn Fischer auf ihr gelandet

(Abg. Schöning FDP/DVP: Auf der Startbahn?)

und habe mich daran erinnert, was er seinerzeit unternommen hat und wie er jetzt genüßlich die neuen Möglichkeiten der Technik nutzt.

Die Verantwortlichen in Staat, Wissenschaft und Wirtschaft sollten sich bewußt werden, daß Maßnahmen zur Etablierung neuer Techniken und zu ihrer Durchsetzung ein technik- und forschungsfreundliches Klima benötigen. So, wie ein Industrieunternehmen nicht von der Produktion, sondern vom Verkauf der Produktion lebt, so reicht die Qualität der Forschung allein nicht aus. Sie muß begleitet und unterstützt werden von einem Klima der Akzeptanz, und hierfür sollten wir alle Überzeugungsarbeit leisten. Aber ein Stück Überzeugungsarbeit muß offenbar auch in diesem Haus erst noch geleistet werden.

Das häufig gebrauchte Schlagwort von der Technologiefeindlichkeit der Deutschen geht, schaut man sich jüngere Umfrageergebnisse an, dabei offensichtlich an der Realität vorbei. Herr Schöning hat schon ein paar Hinweise gegeben; ich will sie ergänzen. Mehr als 50 % der Deutschen wün-

schen mehr Geld für die Grundlagenforschung. Mehr als 70 % sind der Überzeugung, daß Forschung und Entwicklung für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands unentbehrlich sind, und mehr als 80 % votieren für einen Ausbau der Industrieforschung. Stimmt denn dies mit dem Bild von der Technikfeindlichkeit überein?

Um das Bild noch ein bißchen zu kolorieren, müssen allerdings weitere Differenzierungen vorgenommen werden. So stoßen diejenigen Forschungsgebiete auf die größte Sympathie, die sich mit der Förderung alternativer Energien, der Verbesserung der Gesundheit und des Umweltschutzes beschäftigen. An zweiter Stelle stehen Raumfahrt – in der Öffentlichkeit weitgehend verketzert –, Verkehrstechnik und auch Abfalltechnik. Die geringste Akzeptanz finden Kernenergie, Gentechnik und teilweise auch die Entwicklung von Großcomputern.

Darüber hinaus erweist sich eine Untergliederung in Technikbereiche als sinnvoll. So zeigt sich, daß Technikbereiche, deren Produkte dem unmittelbaren Nutzen des einzelnen dienen, einem wesentlich geringeren Legitimierungsdruck ausgesetzt sind als Produkte und Technologiebereiche, deren Nutzen im einzelnen nicht unmittelbar einsehbar ist. Kühlschrank, Staubsauger, Stereoanlage, PC und nicht zuletzt das Auto erfreuen sich allgemeiner Zustimmung, obwohl es auf der Hand liegt, daß auch sie Umweltbelastungen hervorrufen.

Ganz anders verhält es sich bei den sogenannten externen Techniken, zu denen etwa das Chemiewerk, die Müllverbrennungsanlage, das Kraftwerk oder das Gentechniklabor zählen. Ortwin Renn, einer der Direktoren der Akademie für Technikfolgenabschätzung, spricht hier von der „Technik als Nachbar“. Die Menschen fühlen sich hier nicht als unmittelbare Nutzer und sind aus diesem Grund leichter bereit, solche Technikbereiche für überflüssig zu halten, nach dem bekannten Motto: Wir brauchen keine Kernkraftwerke, bei uns kommt der Strom aus der Steckdose.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Na ja!)

In diesem Zusammenhang ist auch die in Deutschland breite Skepsis gegenüber der Gentechnik zu sehen, eine Haltung, die, teils begründet, teils als Vorhalt, dazu dienen mußte, daß wir in der Nutzung weltweit erschreckend zurückgefallen sind. Auch sie macht sich insbesondere an Anwendungen fest, in denen der Nutzen nicht unmittelbar einsichtig ist. So wird etwa der Einsatz gentechnischer Methoden zur Heilung von Krebserkrankungen, Alzheimer und allem, was da eine Rolle spielt, eher akzeptiert als etwa zur Herstellung haltbarer Tomaten.

Wir bilden unser Urteil nach unmittelbar erlebten Eigenschaften bestimmter Technikzweige. Dieses Urteil fällt je nach sozialer Gruppenzugehörigkeit, Kenntnisstand und situativen Bedingungen unterschiedlich aus.

Was ist da zu machen? Die erste Aufgabe der Technologiepolitik besteht demnach in der Information sowie der offenen und öffentlichen Diskussion über technologische Innovationen, wie wir es heute in dieser Debatte tun. Ziel muß dabei sein, daß das Strittige vom Unstrittigen getrennt wird, und dies auf der Grundlage des jeweiligen Standes der Wissenschaft einschließlich des Aufzeigens möglicher Handlungsalternativen.

(Minister von Trotha)

Darüber hinaus aber muß die technologiebezogene Öffentlichkeitsarbeit bewußt machen, daß nicht nur der Einsatz technologischer Errungenschaften, sondern ebenso der Verzicht darauf Konsequenzen für die ganze Gesellschaft haben kann, vom Selbstverständnis bis zur Erhaltung von Arbeitsplätzen.

Zum Zweck der Verdeutlichung will ich auf eine Unterscheidung zurückgreifen, die der Bielefelder Soziologe Niklas Luhmann getroffen hat. Als Risiken bezeichnet er jene Bedrohungsfaktoren, die dem Handeln oder Nichthandeln der Individuen selbst entspringen. Gefahren dagegen nennt er Bedrohungen, die uns gleichsam von außen überwältigen, wie beispielsweise Naturkatastrophen. Luhmanns eigentlich banales Beispiel zur Unterscheidung von Gefahren und Risiken: „Daß es regnen könnte, ist eine Gefahr. Ein Risiko ist es, keinen Schirm mitzunehmen.“ Diese Unterscheidung ist für die Bewältigung von Angst durchaus funktionabel.

Der Diskurs über Technikfolgen ist aber nicht allein ein Diskurs um technische Folgen der Technik.

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Unter den Bedingungen eines wachsenden Wertpluralismus stehen ebenso divergierende ethische Überzeugungen und Wertmaßstäbe zur Debatte.

Die Technik galt einst als selbstverständliches Kulturelement, das keiner besonderen Beachtung oder Rechtfertigung bedarf. Heute hat sich die Situation erheblich verändert. Die kritiklose Stilisierung technologischen Fortschritts zum Selbstzweck ist aber eine ebenso einseitige Reaktion wie die entgegengesetzte, die in Untergangsvisionen und einer Art Dämonisierung von Technik zum Ausdruck kommt.

Die Grenzen von Entwicklungen, die Grenzen von Ressourcen, Umweltbelastungen und die Einschränkung von Lebenschancen künftiger Generationen erfordern eine differenzierte Betrachtung. Uns allen sollte dabei bewußt sein, daß ein Ausstieg aus der Geschichte jedenfalls nicht möglich ist. Auch die Schäden des technischen Fortschritts lassen sich nur mit den Mitteln der Technik wieder in Ordnung bringen.

Selbst der als Technikfetischist sicherlich unverdächtige Theodor Adorno räumte ein, daß die Verwüstungen, die der Fortschritt anrichtet, allenfalls mit dessen eigenen Kräften wiedergutzumachen sind, niemals durch die Wiederherstellung des älteren Zustands, der sein Opfer war.

(Abg. Weyrosta SPD: Das werde ich den Leuten in Tschernobyl einmal sagen!)

— Ja, genau so ist es. Das ist, wenn Sie so wollen, die bittere Realität.

Wir sind also angehalten — —

(Abg. Weyrosta SPD: Da können Sie nicht mit Technik etwas wiedergutmachen!)

— Nein. Aber Sie könnten folgendes tun, Herr Weyrosta — darin liegt das große Problem —: einen technischen Standard erreichen, der es ermöglicht hat, daß wir in der Bun-

desrepublik keinerlei derartigen Unfall gehabt haben und einen derartigen auch nicht zu erwarten haben.

(Abg. Drexler SPD: Gut! Das ist Technik! Aber dort nicht! Da kann die Technik nichts mehr machen! — Abg. Bebbler SPD: Da ist Adorno ins Gegenteil verkehrt! — Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

— Ich freue mich über jeden, der Adorno kennt. Dennoch sollte es sachdienlich sein.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Was sollen wir tun? Wir sind angehalten, das gesamte Forschungspotential für eine ökologisch und ethisch vertretbare Technologieentwicklung nutzbar zu machen.

(Abg. Weyrosta SPD: Die Weisheit schweigt!)

Gleichzeitig müssen wir uns aber von der Illusion verabschieden, wir könnten jemals auch nur einen einigermaßen vollständigen Überblick über die Auswirkungen einzelner technischer Lösungen auf alle Bereiche des natürlichen gesellschaftlichen Lebens gewinnen. In einer Gesellschaft wie der unseren, die zudem durch eine starke Diversifizierung und Individualisierung von Erwartungen und Lebensentwürfen gekennzeichnet ist, ist der einzelne immer weniger aus eigener Einsicht zu einer Gesamtschau imstande, vermag der einzelne immer weniger alle potentiellen Folgeprobleme einer Entscheidung vorauszusehen. Je größer die Gestaltungsfreiheit ist, desto nötiger ist die kritische Diskussion.

Weder die sachgerechte noch die ethische Angemessenheit unserer Entscheidungen und Handlungen können heute von einem einzelnen oder von einer Sachverständigengruppe allein angemessen beurteilt werden. Auch wissenschaftliche Experten formulieren ihre Fragestellungen und Lösungsansätze vor dem Hintergrund bestimmter Erwartungen und Werthaltungen, die mit den ebenso subjektiv geprägten Überzeugungen und Erwartungen anderer meist in Konflikt stehen. Angesichts der hochgradigen Spezialisierung in unserem Wissenschaftssystem — ebenfalls ein nicht mehr rückgängig zu machender Vorgang —,

(Abg. Weyrosta SPD: Na, na!)

aber auch angesichts des wachsenden ethischen Pluralismus — ebenfalls nicht mehr rückgängig zu machen;

(Abg. Weyrosta SPD: Na!)

das ist auch gar nicht erwünscht — verlangen viele unserer gegenwärtigen Erkenntnisaufgaben nicht nur eine disziplinübergreifende Auseinandersetzung, sondern sie verlangen ebenso eine Klärung kontroverser Geltungsansprüche. Strikte Grenzen zwischen dem Wissen von Experten und der Einschätzung von Laien lassen sich längst nicht mehr aufrechterhalten. Wir alle stehen also vor der Herausforderung, tradierte Werte und eingewohnte Denkmuster neu zu überprüfen und dabei dem Erfordernis des interdisziplinären und des häufiger noch schwierigeren interpositionellen Gedankenaustausches Rechnung zu tragen.

Lassen Sie mich zusammenfassen. Ich bin der Überzeugung, daß die Förderung der Diskussion zwischen den einzelnen

(Minister von Trotha)

Wissenschaften, zwischen den verschiedenen Positionen innerhalb einer Wissenschaft sowie insbesondere zwischen Wissenschaftlern und Gesellschaft oder einzelnen gesellschaftlichen Gruppen eine der drängendsten gesellschafts-, wissenschafts- und forschungspolitischen Aufgaben darstellt. Im Idealfall sollte die Technikbewertung dem künftigen Gang der Dinge geistig vorauslaufen und auf Probleme aufmerksam machen. Die Realität ist leider weitaus ernüchternder.

Wichtige Schritte zur Institutionalisierung eines die Fachgrenzen übergreifenden Prozesses der Wissensverarbeitung haben wir bereits unternommen. Sie bestehen etwa in der Aufnahme des Bereichs der Technikfolgenabschätzung in natur- und ingenieurwissenschaftliche Studiengänge.

(Abg. Weyrosta SPD: So etwas müssen wir in 5 Minuten sagen, und der darf eine halbe Stunde reden!)

– Auch hier trägt Ihre Wahrnehmung, Herr Kollege Weyrosta. Es ist erst die Hälfte. Ich brauche aber nur noch eine Minute, um auch für Sie noch etwas zu sagen.

(Abg. Drexler SPD: Das liegt wahrscheinlich an der Rede, daß wir denken, es wäre eine halbe Stunde!

– Abg. Bebbler SPD: Der Minister ist deswegen noch lange kein Schwätzer!)

– Ich bedanke mich. – Ich wollte Ihnen sagen, daß wir weitere wichtige Schritte zur Institutionalisierung getan haben. Ich nenne als Beispiele die Aufnahme des Bereichs der Technikfolgenabschätzung in die Studiengänge, ich nenne die Einrichtung von Ethik-Professuren, ich nenne die Gründung von Zentren für Wissenschaftsethik und nicht zuletzt die in Deutschland auf Bundesebene bislang einzigartige Akademie für Technikfolgenabschätzung hier in Baden-Württemberg.

Wir alle wissen: Baden-Württemberg ist nicht überall vorn. In diesem Bereich ist es aber mit Sicherheit vorn. Das tut uns nicht nur gut. Darauf können wir stolz sein. Darum bedanke ich mich für diese Debatte.

(Beifall bei der CDU – Abg. Ströbele CDU: Prima!)

Stellv. Präsident Straub: Meine Damen und Herren, die Ausführungen des Herrn Wissenschaftsministers waren so umfassend, daß keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

(Beifall des Abg. Ströbele CDU – Abg. Weyrosta SPD: Ich habe es doch gesagt!)

Die Aktuelle Debatte ist damit beendet.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Beschlußempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 11/5229, 11/5230, 11/5889, 11/5929, 11/5930

– Sie stimmen den Beschlußempfehlungen zu.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Beschlußempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten sowie zu Eingaben – Drucksache 11/5875

– Ich stelle Zustimmung zu den Beschlußempfehlungen fest.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 19. Dezember 1994 – Anmeldung des Landes Baden-Württemberg zum 24. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ – Drucksachen 11/5174, 11/5899

Berichterstatter: Abg. Keitel

– Sie stimmen der Beschlußempfehlung zu.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

Beschlußempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu dem Schreiben des Wirtschaftsministeriums vom 28. November 1994 – Energiebericht '93 – Drucksache 11/5755

Berichterstatter: Abg. Rempfel

– Sie stimmen der Beschlußempfehlung zu.

Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

Kleine Anfragen – Drucksachen 11/5826, 11/5836

Meine Damen und Herren, die auf der Tagesordnung stehenden Kleinen Anfragen wurden in der Zwischenzeit schriftlich beantwortet.

Punkt 12 der Tagesordnung ist damit ebenfalls erledigt.

Wir sind am Ende der Sitzung angelangt.

Meine Damen und Herren, die nächste, die 69. Plenarsitzung findet am Mittwoch, dem 28. Juni 1995, 10.00 Uhr statt. Die Tagesordnung wird vom Präsidium aufgestellt und Ihnen rechtzeitig zugesandt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluß: 17.46 Uhr